



23 | **2015**

68. Jg., 49.–50. KW, 10. Dezember 2015

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

*Reiner Haseloff, Thomas Lenk und Philipp Glinka,
Berthold U. Wigger, Michael Thöne*

- Solidaripakt Ost in der Kritik: Sollte die Wirtschaftsförderung Ost beendet werden?

Forschungsergebnisse

Eckart Bomsdorf

- Lebenserwartung über 90 Jahre heute, Rente ab 70 morgen?

Daten und Prognosen

Panu Poutvaara und Daniela Wech

- ifo Migrationsmonitor

*Michael Ebnet, Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg,
Gülsüm Orhan, Ludwig Dorffmeister und Matijas Kocijan,
Gernot Nerb und Przemyslaw Wojciechowski, Oliver Falck*

- ifo Branchen-Dialog 2015

Arno Städtler

- 2015: Leasing und Anlageinvestitionen wachsen im Gleichschritt – moderates Wachstum auch für 2016 erwartet

Im Blickpunkt

Klaus Wohlrabe

- ifo Konjunkturtest November 2015

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Solidarpakt Ost in der Kritik: Sollte die Wirtschaftsförderung Ost beendet werden?

3

Ende 2019 läuft der Solidarpakt II aus. Sollte im Kontext der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Wirtschaftsförderung Ost beendet und in ein umfassendes Fördersystem für strukturschwache Regionen in Ost- und Westdeutschland integriert werden? Nach Ansicht von *Reiner Haseloff*, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, ist der Solidarpakt, auch wenn nicht alle der mit ihm verbundenen Ziele bis 2020 erreicht werden, nicht gescheitert. Es habe sich gezeigt, dass der Länderfinanzausgleich allein nicht in der Lage ist, die regionalen Differenzen in Deutschland auszugleichen. Daher bedürfe es einer Sonderförderung wie den Solidarpakt. Für *Thomas Lenk* und *Philipp Glinka*, Universität Leipzig, sind die Sonderbedarfe, die im Rahmen von Korb I des Solidarpakts berücksichtigt werden, nicht mehr pauschal im Osten Deutschlands zu verorten. Spezielle Fördermaßnahmen dagegen, wie sie derzeit u.a. mit Hilfe der Mittel aus Korb II des Solidarpakts durchgeführt werden, seien in den ostdeutschen Ländern weiterhin zwingend erforderlich, um diese langfristig in die ökonomische Lage zu versetzen, ihr Allokationsergebnis zu verbessern. Diese Maßnahmen müssten jedoch nicht im Rahmen eines Solidarpakts konstituiert werden. *Berthold U. Wigger*, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), sieht in den noch bestehenden Unterschieden in der Wirtschafts- und Finanzkraft zwischen Ost- und Westdeutschland keinen Grund für gesonderte Transfers für die ostdeutschen Länder. Dem Solidarpakt II sollte deshalb nach seinem Auslaufen kein weiterer folgen, sondern den Unterschieden Ost- und Westdeutschlands sollte mit den Instrumenten der Regionalpolitik begegnet werden. *Michael Thöne*, Universität zu Köln, schlägt eine »Solidarität 4.0 statt einem Solidarpakt III« vor. Ein Bund-Länder-Finanzausgleich nach dem Muster der Solidarität 4.0, der wegen seiner besseren Bedarfsorientierung in der Lage sei, die Mittelverteilung so anzupassen, dass eine gleichmäßige Finanzierung der öffentlichen Leistungen nach Maßgabe der objektiven Unterschiede erfolgt, sei auch der beste Nachfolger für den Solidarpakt II.

Forschungsergebnisse

Lebenserwartung über 90 Jahre heute, Rente ab 70 morgen?

Eine visionäre vorausschauende Kurzanalyse

15

Eckart Bomsdorf

Die Lebenserwartung steigt in Deutschland von Jahr zu Jahr. Dies gilt gleichermaßen für die Lebenserwartung im Renteneintrittsalter, und damit nimmt auch die Rentenbezugszeit zu, ohne dass der Rentenversicherung auf der Einnahmenseite zusätzliche Zahlungen zugutekommen. In der kapitalgedeckten privaten Rentenversicherung wird dieser Effekt durch niedrigere Rentenzahlungen oder höhere Beiträge kompensiert, in der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung bleibt dieses Phänomen bisher weitgehend unberücksichtigt. Eine steigende Lebenserwartung kann sich, nach Ansicht von *Eckhart Bomsdorf*, Universität zu Köln, jedoch nicht allein in einer immer weiter zunehmenden Rentenbezugszeit bemerkbar machen, sie sollte auch Auswirkungen auf die Lebensarbeitszeit haben. Die auch als gesetzliches Renteneintrittsalter bezeichnete Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung sollte daher langfristig angepasst werden. Sie könnte dauerhaft an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden; eine Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 69 oder 70 Jahre wäre langfristig gesehen dann die Folge. Vorausgehen müssten bereits kurz- bis mittelfristig eine gegenüber heute stärkere Flexibilisierung des faktischen Renteneintrittsalters und eine Anpassung der Hinzuverdienstgrenzen.

Daten und Prognosen

ifo Migrationsmonitor

24

Panu Poutvaara und Daniela Wech

Der ifo Migrationsmonitor, der vom Ifo Center of Excellence for Migration and Integration Research (CEMIR) herausgegeben und vierteljährlich erscheinen wird, stellt aktuelle Informationen zur regulären Einwanderung und zu den Asylsuchenden in der Europäischen Union bereit. Der erste Artikel in der neuen Reihe beschreibt die Einwandererströme sowie die in Deutschland lebenden Einwanderer und geht insbesondere auf die in letzter Zeit nach Deutschland kommenden Asylbewerber ein. Es zeigt sich, dass die Einwanderer im Durchschnitt weniger gut ausgebildet sind als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Ein hoher Anteil der Flüchtlinge verfügt über eine sehr geringe oder gar keine Bildung. Dies stellt eine große Herausforderung für die Integration derjenigen dar, die in Deutschland bleiben dürfen.

ifo Branchen-Dialog 2015

32

*Michael Ebnet, Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg,
Gülsüm Orhan, Ludwig Dorffmeister und Matijas Kocijan,
Gernot Nerb und Przemyslaw Wojciechowski, Oliver Falck*

Am 28. Oktober 2015 fand der diesjährige ifo Branchen-Dialog statt, wiederum unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Eberhard Sasse, trug Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, zum Thema »Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Welt« vor. An den Vortrag schlossen sich die vier Branchenforen an. Zum Abschluss der Veranstaltung diskutierte Oliver Falck, Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien, die Frage »Innovation und technologischer Wandel in einer digitalisierten Welt«. Der Beitrag fasst die Tagung zusammen.

Leasing und Anlageinvestitionen wachsen im Gleichschritt – moderates Wachstum auch für 2016 erwartet

67

Arno Städtler

Das Leasing insgesamt hat 2014, mit einem kräftigen Zuwachs von 8,3%, wesentlich besser abgeschnitten als die gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben, wie der neueste ifo Investitionstest bei den deutschen Leasinggesellschaften zeigt. Im Jahresdurchschnitt von 2015 dürfte im Neugeschäft ein Wachstum von 3% auf 52,2 Mrd. Euro erreicht werden. Auch für 2016 ist nach derzeitigem Prognosestand mit steigenden Ausgaben für Ausrüstungsgüter, von nominal wie real knapp 4%, zu rechnen.

Im Blickpunkt

ifo Konjunkturtest November 2015 in Kürze: Die deutsche Wirtschaft zeigt sich von der zunehmenden weltweiten Unsicherheit unbeeindruckt

78

Klaus Wohlrabe

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im November deutlich gestiegen. Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage haben sich wieder verbessert. Auch der Optimismus bezüglich der zukünftigen Geschäfte nahm das dritte Mal in Folge zu. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich von der zunehmenden weltweiten Unsicherheit unbeeindruckt.

Solidarpakt Ost in der Kritik: Sollte die Wirtschaftsförderung Ost beendet werden?

Ende 2019 fällt die gesetzliche Grundlage für den Länderfinanzausgleich weg und zugleich läuft der Solidarpakt II aus. Sollte im Kontext der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Wirtschaftsförderung Ost beendet und in ein umfassendes Fördersystem für strukturschwache Regionen in Ost- und Westdeutschland integriert werden?

Erreichtes festigen, Lücken schließen, den Aufholprozess nicht abreißen lassen

Wenn der Solidarpakt II bzw. die Diskussion über einen dritten Solidarpakt kritisiert werden, dann liegt das im Wesentlichen daran, dass nicht alle der mit dem Solidarpakt verbundenen Ziele bis 2020 erreicht werden. Er ist deswegen jedoch nicht gescheitert. Genauso wenig wie die »Wirtschaftsförderung Ost«, die als ein Teilbereich des Solidarpakts anzusehen ist, der jedoch darauf abzielt, langfristig so etwas wie den Solidarpakt abkömmlich zu machen und den Länderfinanzausgleich zu entlasten.

Es wird sicherlich niemand abstreiten, dass es ohne die Unterstützung der Länder, des Bundes sowie der Europäischen Union (Länderfinanzausgleich, Solidarpakt I und II, EU-Strukturfonds und viele weitere) nicht möglich gewesen wäre, eine im Wesentlichen marode und am Boden liegende Wirtschaft wieder aufzubauen. Allein im Rahmen des Solidarpakts II stehen für den Zeitraum zwischen 2005 und Ende 2019 neben Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich teilungsbedingter Lasten in Höhe von rund 105 Mrd. Euro (»Korb 1«) zusätzliche, vom bundesstaatlichen Finanzausgleich unabhängige Bundesmittel in Höhe von 51,5 Mrd. Euro zum gezielten Abbau struktureller Schwächen in Ostdeutschland zur Verfügung (»Korb 2«). Ostdeutschland verfügt heute über eine moderne und effiziente Verwaltung sowie über zukunftssichere Infrastrukturen, die wesentliche Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entfaltung von regionalen Potenzialen darstellen. Die Reindustrialisierung ist gelungen, die Länderhaushalte sind trotz hoher Schuldenbelastung in den meisten der neuen Länder ausgegli-

chen, die Arbeitslosigkeit hat sich in weiten Teilen Ostdeutschlands halbiert, und es ziehen mittlerweile wieder mehr Menschen nach Ostdeutschland als fortziehen. Das sind für mich deutliche Belege dafür, dass all die Hilfen merkliche Wirkungen entfacht haben.

Auch die ostdeutsche Wirtschaft hat sich in den vergangenen 25 Jahren sehr positiv entwickelt. Bedenkt man, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 1991 nur etwas mehr als ein Drittel des westdeutschen Niveaus betrug, war ein rasches Wirtschaftswachstum auch die Bedingung für ein gesellschaftliches Zusammenwachsen des wiedervereinigten Deutschlands. Gerade in den Jahren nach der Wiedervereinigung schien eine baldige Angleichung der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands möglich zu sein. Doch in den vergangenen 15 Jahren ist der Angleichungsprozess ins Stocken geraten. Bei ähnlichen Wachstumsraten in Ost- und Westdeutschland wird sich auch zukünftig die Schere nicht schließen lassen. Worin besteht diese Schere?

Das BIP je Einwohner beträgt in den ostdeutschen Flächenländern nur etwa 71 % des gesamtdeutschen Niveaus. Einen Teil dieser Differenz erklärt die über zwei Jahrzehnte andauernde Abwanderung insbesondere junger Menschen, die zu einer verhältnismäßig ungünstigen Altersstruktur in den neuen Ländern führte. Betrachtet man die Wirtschaftskraft je Erwerbstätigen, dann erreichen einige ostdeutsche Flächenländer wie Sachsen-Anhalt und Brandenburg zumindest Angleichungsraten an das gesamtdeutsche Niveau von 81 bzw. 84%. Ursächlich für den selbst bei dieser Betrachtung noch bestehenden Unterschied sind die vergleichsweise ungünstige Betriebsgrößen- und Branchenstruktur sowie auch die Tatsache, dass viele der in den vergangenen 25 Jahren entstandenen Betriebsstätten quasi als verlängerte Werkbänke westdeutscher



Reiner Haseloff*

* Dr. Reiner Haseloff ist der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.

oder ausländischer Unternehmensverbände oder Konzerne fungieren. Sie besitzen meist keine Forschungs- und Entwicklungseinheiten, keine Headquarter-Funktion und keine zentrale Vertriebsabteilung. Diese Betriebsstätten waren und sind enorm wichtig für Ostdeutschland, halfen sie doch maßgeblich beim Abbau der Arbeitslosigkeit mit. Dennoch gibt es in den neuen Bundesländern bis heute kein Unternehmen, das im deutschen Börsenleitindex DAX-30 notiert ist. Die Verlagerung von Unternehmenszentralen nach dem Zweiten Weltkrieg hatte eine nicht unbeträchtliche und noch immer andauernde Wirkung auf die Wirtschaftsstrukturen Ostdeutschlands. Dieses Fehlen von großen Unternehmenszentralen bzw. von Großbetrieben in hochproduktiven Branchen hat nicht nur eine geringere Wirtschaftskraft zur Folge, sondern auch geringere Steuereinnahmen. Und hierin bestand und besteht das Ziel des Solidarpaktes. Die ostdeutschen Länder sollten einerseits langfristig auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt werden, und es sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich eine selbsttragende Wirtschaft entwickeln kann. Aber nach wie vor ist bei einer Pro-Kopf-Steuerkraft der ostdeutschen Flächenländer von 56% und der Gemeinden von 61% des gesamtdeutschen Durchschnitts eine flächendeckende Finanzschwäche im Osten offensichtlich. Diese Finanzschwäche, eine zum Teil weiterhin sehr hohe Verschuldung sowie die in Ostdeutschland frühzeitiger und intensiver zu spürenden Auswirkungen des demographischen Wandels werden einem weiteren Abbau der beschriebenen Unterschiede entgegenwirken.

Dass die regionalen Unterschiede in Deutschland nicht zu groß und bestenfalls sogar verringert werden, sollten wir weiterhin als Auftrag unseres Grundgesetzes verstehen. Letztlich war es neben der Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit eben dieses Streben nach der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet, das dazu führte, dass der Bund in wesentlichen Bereichen Gesetzgebungskompetenz erhielt. Dies hat auch zur Folge, dass finanzschwache wie finanzstarke Länder die bundeseinheitlich festgelegten Standards umsetzen müssen, was vor allem in der Sozialpolitik für strukturschwache Länder und ihre Gemeinden zu höheren Haushaltsbelastungen führen kann als für wirtschaftsstarke Länder. Dies ist maßgeblich für die Ausgestaltung des Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Ländern, der damit unabdingbare Voraussetzung für die Finanzierung der Aufgabenerfüllung und Eigenstaatlichkeit der Länder ist.

Auch wenn vor gut 20 Jahren eine begriffliche Konkretisierung erfolgte und nunmehr bezüglich der Gesetzgebungskompetenz gleichwertige statt einheitliche Lebensverhältnisse als Verfassungsziel genannt werden, war und ist dieses Ziel prägend für den deutschen Föderalismus. Wenn die Fundamente unseres föderalen Systems und unserer Verfassung also nicht grundlegend in Frage gestellt werden, müssen auch nach 2019 viele Regionen in Ost wie West auf

die solidarische Unterstützung wohlhabenderer Regionen Deutschlands sowie durch den Bund bauen können. Es geht daher nicht um eine reine Ostförderung. Viele der beschriebenen Problemlagen existieren auch in nord-, west- oder süddeutschen Regionen und machen zum Teil auch dort Ausgleichsprozesse notwendig. Allein die Kumulation der Herausforderungen in Ostdeutschland wird jedoch dazu führen, dass ein wesentlicher Teil von Transfermitteln weiterhin hierhin fließen wird, um damit Nachteile bei der Steuerkraft, der Wirtschaftskraft sowie aufgrund anderer struktureller oder demographischer Aspekte auszugleichen. In welcher Form dies erfolgen kann und sollte, ist jedoch umstritten. Es hat sich aber gezeigt, dass der Länderfinanzausgleich allein nicht in der Lage ist, diese Differenzen auszugleichen – was streng genommen auch nicht die Aufgabe dieses finanzkraftbezogenen und formelbasierten Ausgleichsinstruments ist. Daher bedurfte und bedarf es einer Sonderförderung wie den Solidarpakt.

Da eine nachhaltige Erhöhung der Steuerkraft nur über eine Zunahme von Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftskraft und Einkommen möglich sein wird, ist hierfür die Wirtschaftsförderung weiterhin das erfolgversprechendste Instrument. Es kommt daher darauf an, rechtzeitig vor 2020 dessen Ausgestaltung weiterzuentwickeln, um es strukturschwachen Regionen zu ermöglichen, an der wirtschaftlichen Dynamik – jeweils im Rahmen der eigenen Branchenstrukturen – teilzuhaben. Die in Ostdeutschland vorhandenen Defizite an Metropolität, schlagkräftigen Unternehmensstrukturen und Unternehmensforschung lassen sich jedoch nicht von heute auf morgen überwinden. So wird beispielsweise Sachsen-Anhalt wohl auf absehbare Zeit nicht das neue Baden-Württemberg werden – es sollte aber die Chance haben, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen und seinen Weg zu gehen.

Ziel muss es daher sein, ein gesamtdeutsches Fördersystem vorzuhalten, wie wir es heute mit Abstrichen bereits mit der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW) haben.

Im Juni 2015 hat sich der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium mit der Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftsförderung befasst und u.a. empfohlen, dass die Förderung des Bundes zur Schaffung von Arbeitsplätzen und insbesondere zur Fortentwicklung der Infrastruktur künftig nur noch über die GRW erfolgen und nach bundesweit einheitlichen und geschärften Kriterien (betriebliche Investitionen, neue Arbeitsplätze sowie Ausbau der lokalen Infrastruktur) erfolgen sollte. Zudem solle, so der Wissenschaftliche Beirat, die Förderung dann auf Wachstumskerne konzentriert werden, da in entlegenen Gebieten selbst eine Dauersubvention nicht zur Ansiedlung von mehr Betrieben führen würde und daher abzulehnen sei.

Dem Anliegen kann in wesentlichen Teilen zugestimmt werden. Die Fördermittel würden in diesem Fall einer klaren Zweckbindung unterliegen und direkt an die gewerbliche Wirtschaft und Infrastruktur adressiert sein. Bundesweit einheitliche Kriterien und die Einbeziehung aller strukturschwachen Regionen würden zudem auch die gesellschaftliche Akzeptanz eines solchen Förderinstruments verbessern. Nichtsdestotrotz wirft der Vorschlag auch Fragen auf: Wie wird beispielsweise sichergestellt, dass die struktur- und meist finanzschwachen Bundesländer eine (andere Förderlinien zum Teil ersetzende) neue GRW kofinanzieren können? Worin bestehen die Anhaltspunkte, dass die bisherige Wirtschaftsförderung außerhalb von Ballungsräumen ins Leere gelaufen wäre? Meine Erfahrung ist hier vielmehr, dass es in der Regel nur eine Förderung gab, wenn sie im Zusammenhang mit einer Ansiedlung oder Erweiterung stand. Wir stellen außerdem fest, dass sich die meisten geförderten Investitionen ohnehin auf die großen städtischen oder industriellen Zentren konzentrieren – ohne dass es eine diesbezügliche Fokussierung in den Förderregeln gab. Zugleich gab es aber auch immer wieder erfolgreiche Projekte im ländlichen Raum. Tatsächlich weisen einige ostdeutsche Regionen gerade im ländlichen Raum eine – verglichen mit westdeutschen Verhältnissen – recht hohe Wirtschaftskraft auf. Von daher sehe ich keinen Anlass für einen derartigen Vorababschluss ländlicher Gebiete von der Wirtschaftsförderung.

Stattdessen ist es sinnvoller, Innovationen bzw. Investitionen in neue Technologien oder Ideen sowie innovative Gründer und Unternehmer zukünftig noch stärker zu unterstützen. Die Wettbewerbsfähigkeit und somit die Wirtschaftskraft spürbar zu steigern wird zukünftig im Wesentlichen nur noch durch eine steigende Innovationskraft möglich sein. Das hieße einerseits, klassische Instrumente der Wirtschaftsförderung wie die GRW noch stärker hierauf zu fokussieren – ein Prozess, der in den neuen Ländern im Übrigen bereits begonnen wurde. Andererseits benötigt eine in dieser Form veränderte Wirtschaftsförderung aber auch entsprechende Rahmenbedingungen. Hierbei ist nicht allein die (Forschungs-)Infrastruktur gemeint, die in Ostdeutschland bereits ein gutes Niveau erreicht hat. Gegebenenfalls müssen neben der GRW andere Anreize zur Verstärkung betrieblicher Forschung und Entwicklung gesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise immer wieder auch die Möglichkeit einer steuerlichen Forschungsförderung in strukturschwachen Regionen diskutiert.

Entscheidend wird jedoch sein, auf welchen Boden Investitionen in Innovation und innovative Produkte fallen. Die Förderkulisse wird auf eine derartige Investitions- bzw. Gründungsentscheidung deutlich weniger Einfluss haben als es beispielsweise bei Investitionen in die beschriebenen »verlängerten Werkbänke« der Fall gewesen ist. Nunmehr sind für Unternehmen sowohl bezogen auf ihr Geschäft und ihre

Unternehmensführung als auch auf ihre Mitarbeiter beispielsweise die Eigenschaften des näheren Umfelds von zunehmender Bedeutung. Exemplarisch stellen sich Fragen wie: Gibt es dort bereits andere innovative Unternehmen derselben oder einer benachbarten Branche? Gibt es die benötigten hochqualifizierten Fachkräfte? Ist das Umfeld lebenswert, und entwickelt sich die Region ebenso dynamisch wie das investierende Unternehmen?

Dass ein Investor hierauf positive Antworten findet, hängt oftmals von einer erfolgreichen Arbeit in verschiedensten Politikfeldern ab. Hierzu zählt die klassische Wirtschaftspolitik genauso wie die Bildungs-, die Kultur-, die Wissenschafts-, die Infrastruktur-, die Arbeitsmarkt- und/oder die Kommunalpolitik. Dies sind nur ausgewählte Beispiele, die jedoch darstellen sollen, wie komplex die Herausforderungen sind, die bestehen, wenn man auch weiterhin zum Ziel hat, in Ostdeutschland eine sich langfristig selbsttragende Wirtschaftsstruktur zu etablieren.

Vermutlich werden die neuen Bundesländer auch in 15 Jahren nicht das gesamtdeutsche BIP je Einwohner erreicht haben. Das gilt jedoch auch für einige westdeutsche Flächenländer. Dieser Indikator verschleierte bereits in der Vergangenheit den industriellen Aufholprozess und seine unterschiedlichen regionalen Ausprägungen, denn parallel zum Schrumpfen der vereinigungsbedingt überhitzten Baubranche sowie des Rückbaus im öffentlichen Sektor fand in den ostdeutschen Ländern kontinuierlich eine Reindustrialisierung statt, die ebenfalls zu der derzeitigen Stärke der deutschen Wirtschaft beigetragen hat. Egal wie gut sich die Wirtschaft Ostdeutschlands entwickelt, in den Jahren bis 2030 werden allein die demographische Entwicklung und der damit einhergehende Anstieg des Anteils Älterer an der Gesamtbevölkerung die Entwicklung dieses Indikators hemmen. Das ist jedoch kein Grund zur Resignation. Bei näherer Betrachtung ging beispielsweise die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spätestens seit 2005 nicht unwesentlich auch auf einen Beschäftigungsaufbau im verarbeitenden Sektor zurück. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist insofern keineswegs nur demographisch bedingt und war trotz der stockenden Angleichung bei der Wirtschaftskraft möglich. Zudem hat sich die Welt in den vergangenen 50 Jahren nicht nur durch die politische Wende Ende der 1980er Jahre grundlegend verändert. Allein die technologischen Umbrüche, die beispielsweise die Computer- oder Kommunikationstechnik mit sich brachten, oder Entwicklungen wie die Globalisierung oder der Klimawandel führen wie in der Vergangenheit auch weiterhin immer wieder zum Entstehen neuer Branchen und damit neuer Chancen.

Ostdeutschland ist mit seinem Branchenmix und seinen Forschungskapazitäten besser aufgestellt, als es das vergleichsweise niedrige BIP signalisiert: Das Know-how im Bereich Ressourceneffizienz, Mobilität und anderen Zu-

kunftstechnologien kann sich zukünftig durchaus in neuen Produkten niederschlagen, die der Region ein eigenes Profil in der internationalen Arbeitsteilung geben könnten. Dazu bedarf es aber eines langen Atems und passfähiger Formen der Innovationsförderung für junge und kleine Unternehmen. Diese dürfen zudem beispielsweise nicht durch Defizite in der Breitband-Infrastruktur oder durch Fachkräfteengpässe gehemmt werden.

Die nächsten Jahre werden entscheidend sein: In Ostdeutschland ist die Abwanderung weitgehend gestoppt, die Arbeitslosenquoten sind meist einstellig, so dass es nicht mehr darum gehen kann, Jobs ohne Rücksicht auf Qualifikation und Nachhaltigkeit zu fördern. Die Städte wachsen wieder, was ihnen auch mehr Möglichkeiten gibt, ihren Wandel zu gestalten und ihr Profil zu stärken. Die Zahl der Unternehmen aus der Region, die sich mit innovativen Produkten auf den Weltmärkten behaupten können, wächst. Ostdeutschland hat das Potenzial, in 15 Jahren so weit zu sein, dass man nicht mehr vorwiegend von Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland sprechen wird, sondern gegebenenfalls von solchen zwischen Nord- und Süddeutschland.

Hierfür müssen weiterhin strukturpolitische Förderinstrumente zur Verfügung gestellt werden, die jedoch nicht ausschließlich auf Ostdeutschland ausgerichtet werden sollten. Egal in welchem Teil Deutschlands: investive Aufwendungen wie die Förderung von Investitionen, Infrastruktur oder Bildung sind immer nachhaltiger als konsumtive Aufwendungen wie beispielsweise zur Milderung der Folgen von Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Überschuldung. Ein Verzicht auf Instrumente zur Struktur- und Wirtschaftsförderung wie den Solidarpakt nach 2019 würde gegebenenfalls sogar das bisher Erreichte zunichtemachen und dann nachträgliche Kritik am Solidarpakt scheinbar selbst rechtfertigen. Soweit sollte es jedoch nicht kommen und Kritik am Solidarpakt und der »Wirtschaftsförderung Ost« vielmehr als Ansporn gewertet werden, die zukünftige gesamtdeutsche Strukturpolitik transparent und nachhaltig zu gestalten. In den vergangenen 15 Jahren wurde die Massenarbeitslosigkeit im Wesentlichen beseitigt und die Abwanderung aus Ostdeutschland gestoppt. Ziel der nächsten 15 Jahre muss es sein, in den strukturschwachen Regionen die Innovationskraft, die Wettbewerbsfähigkeit und – insbesondere bezüglich der ostdeutschen Länder und Kommunen – die regionale Steuerkraft maßgeblich zu steigern und eine gelingende Integration von zugewanderten Ausländern zu organisieren.



Thomas Lenk*



Philipp Glinka**

Solidarpakt in der Kritik: Sollte die Wirtschaftsförderung Ost beendet werden?

Die Mittel aus dem Solidarpakt II und die derzeit kontrovers geführte Diskussion über ihre weitere Zweckmäßigkeit sind im Kontext der übergeordneten Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu untersuchen. Denn die deutsche Finanzpolitik steht insgesamt vor entscheidenden Weichenstellungen. Zentral ist dabei zum einen die generelle Frage, wie künftig die zur Verfügung stehenden Finanzmittel auf die Gebietskörperschaften zugeordnet und verteilt werden sollen. Das ist vertikal zunächst auf der Grundlage der föderalen Aufgabenverteilung abzuwägen und zu beantworten, denn an ihr bemessen sich die erforderlichen Einnahmen zur angemessenen Aufgabenerfüllung. Im Rahmen der wissenschaftlichen und politischen Diskussion stehen die Ausgestaltungsdetails der primären Steuerzuordnung und der anschließenden finanzkraftbezogenen Ausgleichsstufen zur Debatte. Dem bundesstaatlichen Finanzausgleich und damit auch seinen einzelnen Stufen kommt dabei eine primär *distributive* Funktion zu. Zum anderen ist das ökonomisch vorangestellte Problem zu erörtern, wie eine Wirtschaftsförderung ausgestaltet werden sollte, die das zu verteilende Steueraufkommen insgesamt steigert und die bestehenden allokativen Divergenzen reduziert (vgl. dazu ausführlich Lenk 2014).

Aus beiden Überlegungen verdichtet sich die Fragestellung, ob und inwieweit es auch fortführend einer gesonderten Mittelbereitstellung für die ostdeutschen Länder bedarf, die derzeit aus dem seit 2005 geltenden Solidarpakt II geleistet und nach derzeitigem Gesetzesstand 2019 letztmalig gewährt wird. Denn die Mittel, die aus den beiden »Körben« des Solidarpakts zur Verfügung gestellt werden, unterliegen sowohl Allokations- als auch Distributionszielen und sind hinsichtlich ihrer weiterführenden Erforderlichkeit auch ver-

* Prof. Dr. Thomas Lenk ist Prorektor für Entwicklung und Transfer an der Universität Leipzig und Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen und Public Management.

** Philipp Glinka ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig mit dem Forschungsschwerpunkt »Bund-Länder-Finanzbeziehungen«.

schieden anhand dieser differenzierten Zielstellungen zu bewerten.

Die besondere Unterstützung der ostdeutschen Länder, die den Konvergenzprozess nach der deutschen Wiedervereinigung zum Ziel hatte, wird mitunter besonders kritisiert. Viele westdeutsche Länder verweisen ihrerseits auf bestehende Sonder- und Investitionsbedarfe, die durch die derzeitigen Regelungen nicht abgedeckt werden. Angesichts der bestehenden Debatte ist zunächst die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Länder einem Vergleich zu unterziehen.

Wirtschaftliche und finanzielle Divergenz

Bei einem Blick auf die Wirtschaftskraft der einzelnen Länder zeigt sich der Osten Deutschlands auch 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung stark unterdurchschnittlich. Dies ist besonders in den Flächenländern zu konstatieren. Seit dem Jahr 2005 hat sich die Wirtschaftskraft zwar dem Bundesdurchschnitt angenähert; jedoch weitaus weniger stark als vielfach prognostiziert. Insgesamt hat sich das BIP je Einwohner in den ostdeutschen Flächenländern seit Beginn des Solidarpaktes II von 68% auf 71,1% des Bundesdurchschnitts erhöht; in der Einzelbetrachtung verzeichnet Thüringen mit einer Erhöhung von 3,8 Prozentpunkten die stärkste Angleichung in diesem Zeitraum. Im Jahr 2013 weist Sachsen mit 74,2% innerhalb dieser Ländergruppe den höchsten Wert für das relative BIP auf. Damit liegt der Freistaat mehr als 9 Prozentpunkte hinter dem schwächsten westdeutschen Land Schleswig-Holstein (vgl. Statistisches Bundesamt 2015). Es zeichnet sich am Kriterium der Wirtschaftskraft also ein deutliches Bild: Der Aufholprozess der ostdeutschen Flächenländer stagniert weitgehend.

Aus dem wirtschaftlichen Rückstand resultiert eine unterdurchschnittliche primäre Einnahmenausstattung, die sogar noch deutlicher ausgeprägt ist. Vergleicht man die Pro-Kopf-Einnahmen der Länder bzw. der Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen und der geltenden Steuererlegung miteinander und setzt sie jeweils ins Verhältnis zum Bundesdurchschnitt, ergibt sich eine noch größere Spreizung zwischen dem stärksten und dem schwächsten Flächenland als bei der Wirtschaftskraft. Die Spreizung der Wirtschaftskraft beträgt – gemessen am BIP je Einwohner – 48,9 Prozentpunkte. Für das Jahr 2013 beträgt die Spreizung der ausgleichserheblichen Steuereinnahmen auf der Länderebene 75 Prozentpunkte; auf der Gemeindeebene 68 Prozentpunkte. Zurückzuführen ist dieser Überzeichnungseffekt vor allem auf den progressiven Einkommensteuertarif und die Ausgestaltung der Steuererlegungsregeln. Im Ergebnis verfügen die ostdeutschen Länder als Gruppe im Jahr 2013 über Einnahmen von rund 56% des Bundesdurchschnitts; die Gemeinden weisen einen Wert von 60,7%

auf.¹ Damit ist neben dem wirtschaftlichen auch der finanzielle Rückstand der ostdeutschen Flächenländer erkennbar, was die bestehende Abhängigkeit von der bundesdeutschen Solidarität im Allgemeinen deutlich offenlegt.

Im Speziellen ist die Feststellung einer offenbar nachhaltigen wirtschaftlich und finanziell unterdurchschnittlichen Ausgangssituation jedoch nicht ausreichend, um die Erforderlichkeit von Mitteln aus einem fortgeführten Solidarpakt pauschal zu messen und zu bewerten. Denn die Mittel werden den ostdeutschen Ländern über zwei Körbe gewährt, die unterschiedliche Ansätze verfolgen. Die im Rahmen von Korb I gewährten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) i.H.v. 105,3 Mrd. Euro sind nach dem Maßstäbengesetz durch den »... bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf ...« und die »... unterproportionale(r) kommunale(r) Finanzkraft« begründet; sie setzen also bei bestehenden Sonderbedarfen an und sind der Distribution zuzuordnen. Korb II enthält zusätzliche Mittel i.H.v. 51,4 Mrd. Euro für verschiedene Fördermaßnahmen im »Aufbau Ost«. Es handelt sich dabei um Mittel des Bundes und der EU. Diese Fördermittel werden zur Stärkung der ostdeutschen Wirtschaft eingesetzt und haben allokativen Ziele.

Zukünftige Sonderbedarfe und Wirtschaftsförderung

Die Berücksichtigung von Sonderbedarfen ist generell auch in einem ab 2020 geltenden Finanzausgleich erforderlich, um dem grundgesetzlichen Anspruch der »gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet« gerecht zu werden. Neben den rein finanzkraftbezogenen Ausgleichsstufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sind die SoBEZ ein sinnvolles, ergänzendes Element, das bestehende Sonderlasten berücksichtigt und finanziell ausgleicht. Überproportionale Belastungen sind für ihre Gewährung der zugrunde gelegte Maßstab; sie müssen auch weiterhin die notwendige gesetzliche Voraussetzung sein, damit sie ihren ergänzenden Zweck im Gefüge des Gesamtsystems erfüllen. Das legitimiert jedoch nicht zwangsläufig eine Fortführung des geltenden Solidarpakts, der sich ausschließlich auf die ostdeutschen Länder beschränkt. Im Zentrum der Überlegungen sollten folgende Fragen stehen, die nicht isoliert, sondern im Einklang miteinander überprüft werden müssen:

1. Welche konkreten Kriterien sind sachgerecht für die Identifizierung und den Ausgleich bestehender und künftiger Sonderbedarfe?
2. Inwieweit decken sich diese Kriterien mit denen des laufenden Solidarpakts II?
3. Ist eine Begrenzung des Empfängerkreises auf die ostdeutschen Länder auch weiterhin ökonomisch gerechtfertigt?

¹ Als Datengrundlage für die Berechnungen wurden die Abrechnungen des Länderfinanzausgleichs vom Bundesministerium der Finanzen herangezogen.

Bei der Betrachtung der SoBEZ-Kriterien von Korb I des Solidarpakts ergibt sich aus einer finanzwissenschaftlichen Perspektive ein sehr differenziertes Bild. Das Kriterium des infrastrukturellen Nachholbedarfs kann zwar als Sonderbedarfsmaßstab weiterhin sinnvoll sein, jedoch sind infrastrukturelle Defizite nicht mehr auf Ostdeutschland allein begrenzt. Angesichts bestehender Mängel in einigen westdeutschen Regionen scheint eine Ausweitung des Kriteriums auf das gesamte Bundesgebiet angemessen. Die Gewährung von Mitteln zur Schließung von Infrastrukturlücken muss zudem nicht an das Instrument der SoBEZ und das System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs geknüpft werden, sondern kann aus diesem auch ausgelagert und in ein übergreifendes Fördersystem integriert werden. Denkbar ist eine Ausweitung gezielter Maßnahmen in bestimmten Regionen, etwa in Form von Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a GG oder begründeter Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen nach Art. 104b GG, soweit die rechtlichen Voraussetzungen dies gestatten und eine Kofinanzierung trotz haushaltsbedingter Zwänge möglich ist. Auch der Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie hat in seiner jüngsten Publikation die Förderpolitik im Rahmen der »Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung« bekräftigt, die nach bundesweit anzuwendenden Kriterien gesteuert wird.

Bei der Betrachtung der kommunalen Finanzkraft zeigt sich hingegen nach wie vor ein deutliches Ost-West-Gefälle. Zwar sind im Vergleich zum Bundesdurchschnitt auch die Kommunen einiger westdeutscher Länder unterproportional mit finanziellen Mitteln ausgestattet; ihre Finanzkraft ist dennoch höher als die jedes ostdeutschen Landes. Diese kommunale Finanzkraftschwäche ist zunächst ein Einnahmeproblem und stellt grundsätzlich keinen Sonderbedarf dar. Sie wird derzeit jedoch zu einem signifikanten Teil nicht durch die finanzkraftbezogenen Stufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs erfasst und ausgeglichen. Die Einnahmenspreizung auf der Gemeindeebene bleibt zu 36% unberücksichtigt. Erst dieser nicht berücksichtigte Teil führt zu Sonderlasten der Länder, die eine unterproportionale kommunale Finanzkraft aufweisen. Diese Sonderlasten ergeben sich daraus, dass die Länder für eine aufgabenadäquate finanzielle Ausstattung der Kommunen verantwortlich sind. Korrespondierend zu den originären Einnahmeunterschieden der Kommunen, sind die Länder also unterschiedlich stark belastet. Ob ein zusätzlicher Ausgleich der darin begründeten Sonderlasten auch über das Jahr 2019 hinaus sinnvoll ist, hängt maßgeblich davon ab, wie hoch die Einbeziehung der ausgleichsrelevanten Gemeindeeinnahmen in den Länderfinanzausgleich zukünftig ausfällt. Die systemische Lösung einer vollständigen Berücksichtigung der Gemeindefinanzkraft ist sachlich eindeutig geboten.² Nach

² Lenk et al. (2015) haben die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft in den Länderfinanzausgleich eingehend untersucht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass nur die vollständige Einbeziehung sachgerecht ist. Käme diese im Rahmen des Reformergebnisses zur politischen Umsetzung, wäre die unterproportionale kommunale Finanzkraft als Sonderbedarfskriterium obsolet.

derzeitigem Verhandlungsstand ist eine 75%ige Einbeziehung als Kompromisslösung wahrscheinlich. Diese Erhöhung im Vergleich zum Status quo ist zwar zu begrüßen, gleichwohl ist jedoch auch der verbleibende Abschlag aus finanzwissenschaftlicher Sicht nicht nachzuvollziehen und nur im politisch-verhandlungsökonomischen Kontext plausibel. In diesem Fall bliebe die unterproportionale kommunale Finanzkraft als Sonderbedarfskriterium weiterhin relevant. Auch bei einer gesamtdeutschen Überprüfung dieses Kriteriums am Maßstab des Bundesdurchschnitts (soweit dies rechtlich zulässig ist) wären die ostdeutschen Länder weiterhin die größten Empfänger derart begründeter SoBEZ.

Die Mittel aus Korb II des Solidarpakts sind durch die ostdeutschen Länder bisher zu ca. 87% (des insgesamt bis 2019 zur Verfügung stehenden Volumens) abgerufen worden. Sie werden auf verschiedenen Politikfeldern eingesetzt. Hierzu zählen Fördermaßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau, Sport, aber auch Mittel aus den EU-Strukturfonds und zur Altlasten- und Standortsanierung. Die Mittel sollen die Stärkung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur so vorantreiben, dass sich im Ergebnis die einnahrseiteige Abhängigkeit von der Solidargemeinschaft reduziert. Ziel der Mittelbereitstellung durch Korb II war es, bis zum Jahr 2019 eine selbsttragende Wirtschaft in Ostdeutschland zu etablieren, die keiner weiteren Sonderförderung bedarf. Dieser Anspruch ist offenkundig nicht im erwarteten Maße erfüllt worden. Die Gründe dafür haben Ragnitz et al. (2015) in einer Untersuchung der strukturellen Gegebenheiten umfassend beschrieben. Die Handlungsmöglichkeiten der Politik scheinen deshalb zumindest kurz- und mittelfristig stark limitiert. Dennoch und gerade deshalb sind in Ostdeutschland gezielte Fördermaßnahmen mit langfristigen Wachstumseffekten weiterhin zwingend notwendig.

Gesamtdeutscher »Solidarpakt«

Die besonderen wirtschaftsstrukturellen Merkmale der ostdeutschen Länder sind aus ihrem historischen Gesamtkontext heraus erwachsen; entsprechend langfristig müssen förderpolitische Maßnahmen ausgerichtet sein. Grundsätzlich darf nicht von dem derzeitigen solidarischen Wesen der Finanzverfassung und des bundesstaatlichen Finanzausgleichs abgerückt werden. Jedoch bedarf es in einzelnen Ausgestaltungsdetails einer Modifizierung. Eine Fortführung des derzeitigen Solidarpakts im Allgemeinen und die der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland im Speziellen sind deshalb differenziert zu beurteilen. Die Sonderbedarfe, die im Rahmen von Korb I des Solidarpakts berücksichtigt werden, sind (insbesondere im Bereich der Infrastruktur) zwar überwiegend, aber nicht mehr pauschal im Osten Deutschlands zu verorten. Eine Beschränkung des Empfängerkreises auf die ostdeutschen Länder wird damit der gesamtdeutschen Bedarfssituation nicht mehr vollständig gerecht

und dürfte auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung politisch schwer zu rechtfertigen sein. Darüber hinaus ist ein Ausgleich dieser Sonderbedarfe über das Instrument der SoBEZ – in Abhängigkeit weiterer Reformelemente – kritisch zu hinterfragen und mit anderen gesetzlich zulässigen Möglichkeiten abzuwägen. Bestehende Infrastrukturlücken können auch über gezielte Förderprogramme außerhalb des bundesstaatlichen Finanzausgleichs reduziert werden; kommunale Finanzkraftschwächen sind als einnahmeseitiges Problem vollständig durch den Länderfinanzausgleich zu erfassen. Die geltenden Kriterien für SoBEZ sind generell auf ihre Fortführung hin zu überprüfen und zu modifizieren (vgl. hierzu vertiefend Lenk und Kuntze 2012).

Spezielle Fördermaßnahmen, wie sie derzeit u.a. mit Hilfe der Mittel aus Korb II des Solidarpakts durchgeführt werden, sind in den ostdeutschen Ländern weiterhin zwingend und in hohem Maße erforderlich, um diese langfristig in die ökonomische Lage zu versetzen, ihr Allokationsergebnis zu verbessern und somit die einnahmeseitige Abhängigkeit von der föderalen Solidargemeinschaft zu reduzieren. Diese förderpolitischen Maßnahmen müssen jedoch nicht im Rahmen eines geographisch begrenzten Solidarpakts konstituiert werden. Die Investitionsbedarfe sind regional verschieden und liegen teilweise auch in westdeutschen Regionen vor. Eine Förderung ist deshalb nur zweckmäßig, wenn sie stärker ausdifferenziert, nach bundesweit geltenden Kriterien vorgenommen und besonders in Ostdeutschland nach langfristigen Zielen ausgerichtet wird. Dies erfordert allein die langfristige Entstehung der wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten.

Literatur

Bundesministerium der Finanzen (2015), *Endgültige Abrechnung des Länderfinanzausgleichs für das Ausgleichsjahr 2013*, Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2015), *Regionale Wirtschaftsförderung*, Berlin.

Lenk, Th. (2014), *Föderalismusreform III – kritische Analyse der föderalen Finanzbeziehungen und aktuell diskutierte Reformansätze*, ifst-Schrift Nr. 501, Institut für Finanzen und Steuern e.V., Berlin.

Lenk, Th., Ph. Glinka und M. Sunder (2015), *Gutachten zur Berücksichtigung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich*, Leipzig, verfügbar unter: http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/2015-05-05_Lenk_Gutachten_Kommunale_Finanzkraft.pdf.

Lenk, Th. und M. Kuntze (2012), *Neuordnung der föderalen Finanzverfassung nach 2019 unter besonderer Berücksichtigung der Kommunen*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Ragnitz, J., A. Eck, C. Fritzsche, J. Kluge und F. Rösel (2015), *Analyse der finanzkraftbestimmenden Rahmenbedingungen und strukturellen Spezifika ostdeutscher Flächenländer*, Dresden.

Statistisches Bundesamt (2015), *VGR der Länder – Entstehung, Verteilung und Verwendung des BIP in den Ländern – Reihe 1 Band 5 – 2000 bis 2014*, Wiesbaden.



Berthold U. Wigger*

Solidarpakt Ost: Erst eins, dann zwei, dann drei, dann ...?

Die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sind bis Ende 2019 befristet. Für die Zeit danach muss die Politik die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu regeln. Damit verbunden muss sie auch eine Antwort darauf finden, ob und in welchem Umfang die ostdeutschen Bundesländer und Berlin weiterhin gesondert im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs gefördert werden sollen.

Zwischen 1990 und 1994 nahmen die ostdeutschen Bundesländer nicht am bundesstaatlichen Finanzausgleich teil, sondern erhielten Leistungen aus dem Fonds »Deutsche Einheit«. Im Jahr 1995 wurden die ostdeutschen Bundesländer in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Bestandteil des gesamtdeutschen Finanzausgleichs war der zwischen Bund und Ländern vereinbarte Solidarpakt I, auf dessen Grundlage die ostdeutschen Bundesländer und Berlin Ergänzungszuweisungen aus dem Bundeshaushalt von rund 10 Mrd. Euro pro Jahr erhielten. Diese Zuweisungen waren bis 2004 befristet und sollten der Bewältigung einigungsbedingter Sonderlasten und dem Ausgleich für finanzschwache Kommunen dienen. Indessen zeigte sich schon bald, dass der Rückstand der ostdeutschen gegenüber der westdeutschen Wirtschaft auch nach 2004 noch erheblich sein würde.

Bund und Länder schlossen deshalb im Jahr 2001 den Solidarpakt II, in dem sich der Bund verpflichtete, den ostdeutschen Ländern und Berlin in den Jahren von 2005 bis 2019 rund 105 Mrd. Euro als Ergänzungszuweisungen zur Verfügung zu stellen, um nach wie vor bestehende Lücken in der Infrastruktur zu schließen und die weiterhin geringe kommunale Finanzkraft auszugleichen, und weitere Transfers in Höhe von rund 50 Mrd. Euro für sonstige wirtschaftsfördernde Maßnahmen. In Erwartung eines Aufholprozesses Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland wurden die

* Prof. Dr. Berthold U. Wigger ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und Public Management an dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT).

jährlichen Transfers des Solidarpakts II degressiv gestaltet. Im Jahr 2005 betragen sie insgesamt rund 16 Mrd. Euro; im Jahr 2019 werden sie nur noch knapp 3 Mrd. Euro betragen.

Unterschiede in Wirtschafts- und Finanzkraft bleiben bestehen

Freilich ist absehbar, dass die ostdeutschen Bundesländer auch 2020 die Wirtschafts- und Finanzkraft des westdeutschen Durchschnitts nicht erreicht haben werden. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass Ostdeutschland auch in Zukunft hinter dem westdeutschen Niveau zurückbleiben wird. Zwar hat Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland in den Einkommen nach der Wiedervereinigung zunächst erheblich aufgeholt. Dieser Aufholprozess ist aber in den letzten 15 Jahren erlahmt, so dass sich ein Rückstand in den ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Einkommen verfestigt hat. Seit Jahren liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner Ostdeutschlands einschließlich Berlins bei rund 70% des westdeutschen Durchschnitts und das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bei rund 80%.

Soll der Osten angesichts einer geringeren Wirtschafts- und Finanzkraft auch nach 2019 neben den Mitteln aus einem regulären bundesstaatlichen Finanzausgleich besondere Ergänzungszuweisungen erhalten? Soll also den Solidarpakten I und II ein Solidarpakt III folgen? Für die Beantwortung dieser Frage ist nicht unerheblich, inwieweit sich die persistent geringere Wirtschaftskraft Ostdeutschlands mit Lücken in der Infrastruktur oder einem mangelnden Angebot an öffentlich bereitgestellten regionalen und kommunalen Gütern erklären lässt.

In den letzten 25 Jahren ist die öffentliche Infrastruktur Ostdeutschlands erheblich erweitert und verbessert worden. In vielen Bereichen ist sie besser als in Teilen Westdeutschlands. Einstmals heruntergekommene Städte sind umfassend saniert worden. Die Umweltsituation Ostdeutschlands hat sich deutlich verbessert. Die Lebenserwartung der Menschen in Ostdeutschland, zur Zeit der Wiedervereinigung deutlich geringer, hat sich inzwischen der westdeutschen Lebenserwartung angeglichen. Die institutionellen Rahmenbedingungen der ostdeutschen Wirtschaft unterscheiden sich nicht von denen der westdeutschen Wirtschaft. Das ostdeutsche Bildungssystem gilt in weiten Teilen als vorbildlich. In Schulleistungsvergleichen schneiden ostdeutsche Schüler im Durchschnitt weit besser ab als Schüler in den meisten westdeutschen Bundesländern.

Trotzdem ist ein Abstand in der Wirtschaftskraft zwischen Ost- und Westdeutschland nicht nur weiterhin beobachtbar, er scheint sich sogar verfestigt zu haben. Sollte deshalb die Sonderrolle Ostdeutschlands im bundesstaatlichen Finanzausgleich fortgesetzt werden? Bislang werden die Transfers für Ostdeutschland mit einem infrastrukturellen Nachholbedarf und mit einer geringen kommunalen Finanzkraft begründet,

die zu einer Unterversorgung mit lokalen öffentlichen Gütern führt. Inzwischen hat sich aber die Auffassung durchgesetzt, dass andere Faktoren eine viel gewichtigere Rolle für die geringere Wirtschafts- und Finanzkraft Ostdeutschlands spielen.

Unterschiede in Unternehmensstruktur und Demographie

Ein wichtiger Faktor ist der Unterschied in der Unternehmensstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland. Während große deutsche Unternehmen ihren Konzernsitz fast immer in Westdeutschland haben, wird die ostdeutsche Wirtschaft dominiert von kleineren Unternehmen, die weniger als westdeutsche Unternehmen wissensintensive Güter produzieren und in wettbewerbsintensiven Exportmärkten präsent sind. Entsprechend entstehen forschungs- und entwicklungsintensive Wertschöpfungsteile und daran gekoppelte hohe Einkommen viel mehr in Westdeutschland als in Ostdeutschland. Solche Unterschiede werden im Zeitablauf nicht automatisch kleiner. Wissensintensive Wertschöpfung begünstigt vielmehr weitere wissensintensive Wertschöpfung. Deshalb wird sich der Unterschied in der Unternehmensstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland im Zeitablauf sogar eher noch vergrößern.

Ein zweiter wichtiger Faktor ist die unterschiedliche demographische Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Nach der Wiedervereinigung ging die Geburtenrate in Ostdeutschland zunächst drastisch zurück. Die in den Jahren nach der Wiedervereinigung geborenen Alterskohorten sind inzwischen im erwerbstätigen Alter. Es rücken deshalb in Ostdeutschland vergleichsweise wenige junge Personen in der Erwerbsbevölkerung nach. Hinzu kommt die Wanderung von Ost- nach Westdeutschland in den vergangenen 25 Jahren. Es waren vor allem jüngere Personen, die sich auf den Weg in den Westen gemacht haben. Beides, der Rückgang der Geburtenrate und die Abwanderung jüngerer Bevölkerungsschichten, hat dazu geführt, dass die ostdeutsche Erwerbsbevölkerung älter ist als in Westdeutschland und es ostdeutschen Unternehmen zunehmend schwerer fällt, aus dem Erwerbsleben ausscheidende Arbeitnehmer durch jüngere Arbeitnehmer zu ersetzen. Zudem waren es eher die besser ausgebildeten Personen in Ostdeutschland, die eine günstigere berufliche Perspektive in Westdeutschland sahen und Ostdeutschland verließen. Die ostdeutsche Erwerbsbevölkerung ist deshalb nicht nur altersmäßig nach oben verzerrt, sondern im Durchschnitt auch weniger gut ausgebildet.

Die Unterschiede in der Unternehmensstruktur und in der Demographie zwischen Ost- und Westdeutschland verstärken dabei einander. Weniger wissensintensiv produzierende Unternehmen sind für gut ausgebildete Personen weniger interessant. Zugleich werden wissensintensive, innovative Unternehmen nicht durch eine altersmäßig nach oben und ausbildungsmäßig nach unten verzerrte Erwerbsbevölkerung an-

geloockt. Dieser Zusammenhang wird nicht durch weitere Investitionen in die Infrastruktur aufgelöst; auch ein durch Transfers erweitertes Angebot an lokalen öffentlichen Gütern wird die beschriebenen Probleme in der Unternehmensstruktur und der Demographie nicht beseitigen. Selbst wenn die ostdeutschen Länder die Ergänzungszuweisungen in der Tat den vereinbarten Zwecken entsprechend verwenden – und nicht für wenig wachstumseffektive Strukturierungsmaßnahmen –, so bleiben doch die demographischen Probleme und die Probleme einer wenig innovativen Unternehmensstruktur bestehen.

Ein dritter Solidarpaket?

Begründen deshalb die Unterschiede zwischen Ost und West auch in Zukunft eine Sonderstellung der ostdeutschen Länder im bundesstaatlichen Finanzausgleich? Zunächst ist zu berücksichtigen, dass die Finanzkraft der ostdeutschen Länder bereits durch den regulären Finanzausgleich angehoben wird und ein der durchschnittlichen Finanzausstattung aller Länder stark angeglichenes Niveau erreicht. Auch dem regulären Finanzausgleich liegt ein bundesstaatliches Solidaritätsargument zugrunde. Mit den Transfers aus dem Solidarpaket erreichen die ostdeutschen Länder sogar eine höhere Finanzausstattung pro Kopf der Bevölkerung als einige westdeutsche Länder.

Zudem führen die Unterschiede in der Unternehmensstruktur und in der Demographie zwar zu einem geringeren Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Das gilt aber nicht in gleichem Maße für die verfügbaren Einkommen. Aufgrund der umverteilenden Wirkungen des progressiven Steuersystems, der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme und des geringeren Preisniveaus in Ostdeutschland liegen die realen verfügbaren Einkommen der ostdeutschen privaten Haushalte bei mehr als 90% des westdeutschen Durchschnitts.

Schließlich haben die ostdeutschen Länder eine eher kleinbetriebliche, wenig innovative Unternehmensstruktur und eine alters- und ausbildungsmäßig verzerrte Erwerbsbevölkerung nicht exklusiv. Auch in Westdeutschland gibt es Regionen mit vergleichbaren Strukturproblemen. Zwar sind in Westdeutschland derartige Strukturschwächen eher regional begrenzt und nicht mehr oder weniger flächendeckend wie in Ostdeutschland. Strukturschwache Regionen in Ostdeutschland erfordern deshalb aber keine grundsätzlich anderen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen als in Westdeutschland.

Regionalförderung statt Solidarpaket

Sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland sollten die Strukturprobleme mit den Instrumenten der Regionalpolitik angegangen werden. Dafür bereitgestellte finanzielle Mittel finden auf diese Weise eine zielgerechtere Ver-

wendung als die bisherigen Transfers, denen es schon aufgrund der Ausgabenautonomie der Länder an einer problemadäquaten Schwerpunktsetzung mangelt. Regionalpolitik sollte dabei die Konsequenzen insbesondere des demographischen Wandels mildern, nicht aber den demographischen Wandel aufzuhalten versuchen. Letzteres wäre schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil es sich bei demographischen Entwicklungen um sehr langfristige Prozesse handelt, die die Politik nur bedingt beeinflussen kann.

So führt beispielsweise der Versuch, auf lokaler oder regionaler Ebene dem demographischen Wandel entgegenzuwirken, vor allem zu überhöhten öffentlichen Ausgaben in die Infrastruktur. Die Kommunen halten ihr öffentliches Infrastrukturangebot hoch, damit nicht sie die Abwanderung junger Bewohner trifft, sondern andere Kommunen. Bei insgesamt rückläufiger oder alternder Bevölkerung kann das aber nicht in jeder Kommune funktionieren. Vielmehr befinden sich die Kommunen in einem Dilemma: Insgesamt könnten die öffentlichen Finanzen geschont oder besser verwendet werden, wenn man sich gemeinsam auf ein geringeres öffentliches Infrastrukturangebot verständigt. Jede einzelne Kommune hat aber einen Anreiz, das eigene Angebot hochzuhalten. Gezielte Regionalförderung berücksichtigt dieses Dilemma und begleitet Schrumpfungsprozesse, statt sie aufzuhalten. Solche Schrumpfungsprozesse sind mit individuellen Härten verbunden, weil durch die Abwanderung soziale und familiäre Netzwerke wegbrechen. Hier sollte die Förderung ansetzen. Schließlich sollte es im Kern nicht darum gehen, Regionen an sich zu fördern, sondern die in den Regionen lebenden Menschen.

Fazit

In den vergangenen 25 Jahren wurden erhebliche Mittel für den Aufbau Ost aufgewendet. Gleichwohl sind Unterschiede in der Wirtschafts- und Finanzkraft zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen geblieben. Diese Unterschiede begründen aber in Zukunft keine gesonderten Transfers für die ostdeutschen Länder im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Dem Solidarpaket II sollte deshalb nach Auslaufen der gegenwärtigen Finanzausgleichsregeln kein weiterer Solidarpaket folgen. Die bestehenden Unterschiede Ost- und Westdeutschlands gleichen langfristigen Disparitäten zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen hinsichtlich Unternehmensstruktur und Demographie. Sie sollten deshalb nicht mit einer allgemeinen Finanzkraftsteigerung einzelner Länder angegangen werden, sondern zielgenauer mit den Instrumenten der Regionalpolitik. Diese sollte sich nicht an abstrakten Vorstellungen von prosperierenden Regionen orientieren, sondern an den Bedarfen der Menschen, die in diesen Regionen leben.



Michael Thöne*

Solidarität 4.0 statt Solidarpakt III

25 Jahre deutsche Einheit

Am 3. Oktober 2015 haben wir 25 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Wie jedes gute Jubiläum bietet auch dieser Jahrestag gute Gelegenheit, die Erfolge zu würdigen. Erreicht wurde sehr viel. Die deutsche Einheit ist ein großer Erfolg – größer, als dieser kleine Beitrag wird deutlich machen können. Zum Jahrestag wurde aber auch wieder viel von der – eigentlich schon zu Tode zitierten – »Mauer in den Köpfen« geschrieben. Echte und gefühlte Unterschiede zwischen Ost und West gibt es natürlich weiterhin. Über echte Unterschiede und unseren Umgang mit ihnen werden wir im Folgenden sprechen.

Unterschiede im Selbstverständnis und in den sogenannten »Befindlichkeiten« werden dagegen sehr viel häufiger beklagt als angebracht. Nicht, dass es diese Unterschiede nicht gäbe, Demoskopien und Soziologen bestätigen uns regelmäßig, dass sich weiterhin viele Menschen als »Ossis« und »Wessis« wahrnehmen. Aber diese Unterschiede sind nicht Anlass zur Klage. Vielmehr wäre es erstaunlich, und auch ein wenig erschreckend, wenn Menschen mit so unterschiedlichen Biographien und Sozialisierungen »konvergieren« würden.

Doch das ist eine Generationenfrage. Die Unterschiede kennen die Unter-Dreißigjährigen nicht mehr. Wer einmal mit seinen Kindern Billy Wilders geniale Komödie »Eins, zwei, drei« angeschaut hat, muss feststellen, dass er vor lauter Erklären-Müssen der ganzen Ost-West-Absurditäten die besten Pointen verpasst. Und wer einmal ernsthaft versucht hat, seinen erstaunten Studierenden die Funktionsweise und innere »Logik« einer sozialistischen Planwirtschaft zu erläutern, neidet der Jugend ihre Unbefangenheit. In dieser Perspektive ist deutlich, dass die deutsche Einheit jeden Pfening und jeden Cent, den wir hineingesteckt haben, wert ist. ... Was nicht heißt, dass jede Mark und jeder Euro gut angelegt oder für dieses Ergebnis notwendig waren.

Womit wir zu den realen Unterschieden kommen. 25 Jahre deutsche Einheit sind auch 25 Jahre des Aufbaus Ost und der finanziellen Aufbauhilfen über manche Transferkanäle und Steuervergünstigungen. Nach den ersten fünf bewegten Jahren standen und stehen hier die beiden großen Solidarpakte im Mittelpunkt. Solidarpakt I von 1995 und 2004 sollte die wesentliche Anpassung der ökonomischen und staatlichen Leistungsfähigkeit herbeiführen. Das konnte nicht klappen; im Nachhinein wissen wir, dass die Ambitionen deutlich zu hoch gesteckt waren. Die wirtschaftliche Konvergenz sollte sich dann im Laufe des Solidarpakts II einstellen, der 2005 anließ und noch bis 2019 gilt. Von Anfang an waren die spezifischen Bundesergänzungszuweisungen des Solidarpakts degressiv ausgestaltet. Die anfänglichen 10,5 Mrd. Euro im Jahr sanken bis 2008 nur leicht, danach auf vorbestimmten Pfad um durchschnittlich 740 Mio. Euro jährlich. 2019, im letzten Jahr des Solidarpakts II, erhalten die ostdeutschen Länder und Berlin zusammen noch 2,1 Mrd. Euro Sonderbedarfsergänzungszuweisungen zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Danach ist – nach aktueller Gesetzeslage – Schluss.

Vorkehrungen für die Zeit ab 2020 gibt es noch nicht. Seit rund zwei Jahren ringen Bund und Länderregierungen um eine Nachfolgelösung. Die ist nicht nur für Ostdeutschland notwendig, der gesamte Länderfinanzausgleich gilt nur bis einschließlich 2019. Für die Jahre ab 2020 muss eine neue Lösung gefunden werden. Im Jahr 2020 müssen die Länder ebenfalls erstmals die Schuldenbremse einhalten und ausgeglichene Haushalte vorweisen. Die Frage nach der Ausgestaltung einer etwaigen weiteren Finanzförderung für die ostdeutschen Länder muss in diesem Gesamtkontext beantwortet werden. Dort gehört die Frage zweifellos hin. Zweifelhaft allerdings ist, ob sie mit einem ehrlichen Blick auf Ganze beantwortet werden wird.

Ein dritter Solidarpakt?

Braucht Deutschland einen Solidarpakt III, mit dem – wenn auch gewiss ohne diesen Namen – die Finanzierung des Prozesses der weiteren deutschen Einheit vorangetrieben wird? Die Befundlage ist gemischt:

- Die zum Zeitpunkt der deutschen Einheit erhoffte und mit den umfangreichen Transfers angestrebte wirtschaftliche Konvergenz von Ost- und Westdeutschland ist weiterhin in großer Ferne. In der ersten Halbddekade nach der Einheit wuchs die ostdeutsche Wirtschaft trotz (oder wegen) des Zusammenbruchs zahlreicher Betriebe und der ganzen Wirtschaftsform mit enormer Dynamik. Wer an lineare Trends glauben mochte, sah die Konvergenz in greifbarer Nähe. Doch schon seit 1996 kann von einem

* Dr. Michael Thöne ist Geschäftsführer des FiFo Köln – Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln.

nennenswerten Aufholprozess nicht mehr die Rede sein. In diesem Jahr lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Ostdeutschland bei 68% des Westniveaus. Knapp 20 Jahre später liegt das BIP/pro-Kopf nach Berechnungen des ifo Dresden immer noch nicht höher als 70 bis 74%. Da die Westländer natürlich nicht zu wachsen aufhören, können sich diese Unterschiede, wenn überhaupt, nur sehr langsam schließen. Dieser Befund spräche sehr klar für weitere engagierte Förderungen des ökonomischen Aufholprozesses. Wenn denn die letzten 20 Jahre ein weniger nüchternes Bild der Erfolgchancen einer solchen Strategie vermittelten.

- Die jüngste Arbeitsmarktstatistik vom November 2015 meldet für Deutschland nicht nur die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1991. Auch im Ost-West-Vergleich ist das Bild wesentlich gemischter, als man dies über viele Jahre kannte. Zwar ist die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Osten weiterhin über dem Westniveau. Mit Blick auf die einzelnen Länder liegt die Arbeitslosenquote aber in Thüringen und Sachsen schon niedriger als in Nordrhein-Westfalen oder im Saarland. Auch bei den Stadtstaaten zeigen sich keine Ost-West-Muster mehr, das Land mit der höchsten Quote ist Bremen, dicht gefolgt von Berlin. Aber nur teils dürften die niedrigen Arbeitslosenquoten im Osten ein Zeichen der Normalisierung sein, teils hingegen ein Nebeneffekt der demographischen Schrumpfung.
- Schließlich stehen die ostdeutschen Länder auch bei den Staatsfinanzen recht gut da. Bevor mit den Sondereinflüssen des Flüchtlingszustroms des aktuellen Jahres auch die Länderfinanzen wieder unter Druck geraten sind, hatten sich insbesondere die Haushalte der ostdeutschen Länder in den letzten Jahren sehr erfreulich entwickelt. Im Jahr 2014 wiesen alle ostdeutschen Flächenländer und Berlin zum Teil erkleckliche positive Finanzierungssalden aus. Im Westen gelang das nur den finanzstarken Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg.

Gerade die letztgenannte Entwicklung wird von beiden Seiten der aktuellen Verhandlungen um die Zukunft der Länderfinanzen sehr unterschiedlich ausgelegt. In den Augen der defizitären westdeutschen Länder, insbesondere vorgetragen von Nordrhein-Westfalen, beweisen die Überschüsse der ostdeutschen Regierungen, dass der Solidarpakt inzwischen eine Überkompensation bewirkt, die im Ergebnis den Westen benachteiligt. Für die ostdeutschen Länder hingegen sind die Überschüsse Beleg, dass sie sich früher und erfolgreicher den kommenden finanzpolitischen Herausforderungen gestellt und Ineffizienzen abgebaut haben. Auch weisen sie darauf hin, dass das bis 2019 fortschreitende Abschmelzen der Sonder-Bundesergänzungszuweisungen ohnehin bewirken werde, dass sie aus einer Situation temporärer Überschüsse wieder in deutliche Defizite abrutschen.

Vor diesem Hintergrund kann nicht mehr für eine explizite »Förderung nach Himmelsrichtung« plädiert werden. Einen

Solidarpakt III als spezifische Förderung der (ehedem) neuen Länder wird es nicht geben. Hierüber herrscht weitgehend Einigkeit. Und hier endet die Einigkeit auch wieder.

Es soll hier nicht versucht werden, die verschiedenen Diskussions- und Streitpunkte zwischen den Ländern fein zu entwirren und zu bewerten. Zum einen ist dies nicht komplett möglich, denn diese wichtigen Zukunftsfragen werden – und das ist dieses Mal neu – von Anfang an zwischen den beteiligten Regierungen im Geheimen verhandelt. Der Bevölkerung und auch den Parlamenten sollen erst fertige Kompromisse präsentiert werden. Partizipation unerwünscht. Zum anderen ist aus der Beobachtung des Teils der Debatte, die medial geführt wird, nicht zu erwarten, dass von den ausgetretenen Pfaden des deutschen Fiskalföderalismus weit genug abgewichen wird, um eine wirklich bedarfsgerechte und zukunftsfeste Lösung zu finden. Nach zwei Jahren politischer Auseinandersetzungen primär um Fragen, die symbolpolitisch unstrittig wichtig sind – d.h. die hitzige »NRW gegen alle«-Auseinandersetzung um die Zukunft des Umsatzsteuerausgleichs –, sind jetzt bald Kompromisse zu erwarten, die »schnell und schmutzig« sind. Alle Beteiligten können kurzfristig gesichtswahrend aus den Verhandlungen gehen, aber die strukturellen Probleme des Systems werden einmal mehr nicht angegangen – die wenigsten haben es überhaupt auf die Agenda geschafft.

Solidarität 4.0

Dass in kontroversen Verhandlungssituationen irgendwann Kompromisse geschlossen werden, die nicht in jeder Hinsicht systematischen Gestaltungsprinzipien folgen, ist natürlich nicht das Problem. Kompromisse sind unvermeidbar. Problematisch ist, dass die Kompromisse auf der Basis einer hergebrachten – und überholten – Systematik formuliert werden und dadurch an der nachhaltigen Zielerreichung vorbeigehen müssen. Konkret geht es um die alte Überzeugung – den *Glauben* –, die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern müssten und sollten ausschließlich an der Finanzkraft orientiert sein.

Die Betonung der reinen Finanzkraftorientierung des deutschen Finanzausgleichs spielt eine wichtige Rolle im Narrativ der verfassungsseitigen Eigenständigkeit der Länder. Aus finanzwissenschaftlicher Perspektive nuanciert sich diese Frage allerdings nicht entlang der Definition von Finanzkraft, denn ganz ohne Bedarfskennziffern ist kein Finanzausgleich rechenbar. Auch die elementarste Form eines reinen Finanzausgleichs nutzt einen Bedarfsindikator – die einfache Einwohnerzahl.

Dennoch: Ein Finanzausgleich, der im Idealfall nur Unterschiede der Pro-Kopf-Finanzkraft mindert, respektiert nach außen hin am ehesten deren Eigenständigkeit. Es wird nicht

gefragt, wofür die Mittel genutzt werden. Das funktioniert gut für Länder, die im Kern gleich sind. Wo allerdings objektiv unterschiedliche Finanzbedarfe befriedigt werden müssen, um die »gleichwertigen Lebensverhältnisse« des Grundgesetzes herzustellen, bewirkt die reine Finanzkraftorientierung eine fehlsteuernde Gleichbehandlung des Ungleichen. Das ist in Deutschland der Fall. Ob es bei einem zukünftigen Finanzausgleich besser wird, ist offen – und derzeit zweifelhaft.

Unter dem – gewiss plakativen – Label »Solidarität 4.0.« verstehen wir ein solidarisches Zueinanderstehen der Länder im Bund, das objektive und nicht von ländereigenen Prioritätsentscheidungen beeinflusste Unterschiede anerkennt und explizit zum Ausgleichsmaßstab macht. Derartige Unterschiede sollen sich überprüfbar in den staatlichen Aufgaben widerspiegeln – sei es als objektiv unterschiedlicher Aufwand bei der gleichen Aufgabe, sei es bei sachlichen Unterschieden in den Aufgaben selbst. Die pauschalen und seit vielen Jahrzehnten unveränderten »Einwohnerverordnungen« der Stadtstaaten-Einwohner auf 1,35 Flächenstaaten-Einwohner fallen nicht darunter. Zwar mögen die objektiven Bedarfe hier wirklich höher sein. Doch die Ursachen solcher Unterschiede werden im Maßstab nicht offengelegt und sind damit auch nicht überprüfbar.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wollen wir auf zwei besonders augenfällige Beispiele hinweisen, wo eine klarere Orientierung am Finanzbedarf eine systematischere Finanzierung staatlicher Leistungen gewährleisten kann.

Bildung: Obwohl die Länder mehr als 25% ihrer Mittel im Bildungsbereich verausgaben, werden im LFA keine bildungsorientierten Bedarfsindikatoren genutzt. Zu Recht weisen die ostdeutschen Länder darauf hin, dass sie in der sekundären und tertiären Bildung mehr Menschen ausbilden, als später dann bei ihnen bleiben werden. Sie »subventionieren« Bildung und Ausbildung für viele Menschen, die schließlich doch in den Westen abwandern, dort produktiv sind und Steuern zahlen. Die ostdeutschen Länder investieren hier in Köpfe, haben aber selbst nichts davon. In Staaten mit zeitgemäßen Finanzausgleichssystemen¹ wie auch in den moderneren der deutschen kommunalen Finanzausgleiche wäre eine solche Auslassung undenkbar. Diese offene Flanke des LFA-Systems wird mit den notwendigen bildungsorientierten Integrationsleistungen zugunsten von Flüchtlingen absehbar noch problematischer.

Kostenremanenzen: Die ostdeutschen Länder leiden in weit überdurchschnittlichem Maße unter dem demographischen Wandel. Neben den niedrigen Geburtenziffern und der zu-

nehmenden Alterung der Bevölkerung wirkt hier in vielen Regionen die Abwanderung junger Menschen verschärfend auf die ohnehin kontraktiven Trends. Der konventionelle Finanzausgleich unterstellt durch seine weitgehende Einwohnerorientierung implizit, dass das Angebot öffentlicher Leistungen proportional und ebenso schnell heruntergefahren werden kann, wie Einwohner verloren gehen. Objektiv ist das vielfach unmöglich. Schon 2012 hat das Verfassungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt den kommunalen Finanzausgleich dahingehend beanstandet, dass bei Bevölkerungsrückgang ungeprüft ein solcher proportionaler Rückgang kommunaler Aufgaben und Ausgabenlasten unterstellt wurde. Der Gesetzgeber wurde verpflichtet, den Einfluss des Bevölkerungsrückganges und von unvermeidbaren Kostenremanenzen bei den unterschiedlichen kommunalen Aufgaben zu untersuchen und beim kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen. Das hat das Land inzwischen getan, die empirisch nachgewiesenen Kostenremanenzen werden im dortigen KFA berücksichtigt. Eine vergleichbare Diskussion ist für den bundesstaatlichen Finanzausgleich bis dato nicht geführt worden, obwohl es hier vom Anspruch her um die Gesamtheit der Landes- und kommunalen Aufgaben geht, also ein sehr viel breiteres Spektrum.

Diese beiden Beispiele können eine umfassende, an den objektiven Bedarfsunterschieden orientierte »Neuvermessung« des deutschen Fiskalföderalismus nicht ersetzen – sie sollen vielmehr dazu aufrufen.

Ein Bund-Länder-Finanzausgleich nach dem Muster der Solidarität 4.0, der wegen seiner besseren Bedarfsorientierung in der Lage ist, automatisch die Mittelverteilung so anzupassen, dass eine gleichmäßige Finanzierung der öffentlichen Leistungen nach Maßgabe (auch) der objektiven Unterschiede und ihrer Dynamik erfolgt, ist auch der beste Nachfolger für den Solidarpakt II. Er steht den ostdeutschen Ländern dort bei, wo ihre Finanzbedarfe objektiv überproportional sind. Er meidet aber zugleich den Zufluss von etwaigen »freien« überproportionalen Mitteln und damit eine wesentliche Streitquelle. Damit wäre allen Seiten gedient. Auch würde der Weg eingeschlagen in Richtung strukturell anpassungsfähiger und damit auch strukturell nachhaltiger öffentlicher Haushalte in Ost und West.

Nachbemerkung: Beim Abschluss des vorliegenden Beitrags war nicht absehbar, ob die festgefahrenen Verhandlungen zum kommenden LFA womöglich schon am nächsten Tag (3. Dezember 2015) zum Durchbruch kommen könnten oder weiterhin im Stillstand verharren. Je nach Ausgang dieses Tages versteht sich der Beitrag noch als Anregung oder schon als Prüfstein für die kommende Finanzausgleichsreform.

¹ Im deutsch-spanischen Finanzausgleichsvergleich tritt die Schwäche des deutschen Systems bei der aufgabenorientierten Finanzbedarfsbestimmung besonders deutlich hervor. Vgl. A. de la Fuente, C. Kastrop und M. Thöne, »Regional Financing in Germany and Spain: Comparative Reform Perspectives«, BBVA Research Working Paper, Madrid (erscheint im Januar 2016).

Die Lebenserwartung steigt in Deutschland von Jahr zu Jahr. Dies gilt gleichermaßen für die Lebenserwartung im Renteneintrittsalter, und damit nimmt auch die Rentenbezugszeit zu, ohne dass der Rentenversicherung auf der Einnahmenseite zusätzliche Zahlungen zugutekommen. In der kapitalgedeckten privaten Rentenversicherung wird dieser Effekt durch niedrigere Rentenzahlungen oder höhere Beiträge kompensiert, in der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung bleibt dieses Phänomen bisher weitgehend unberücksichtigt. Eine steigende Lebenserwartung kann sich jedoch nicht allein in einer immer weiter zunehmenden Rentenbezugszeit bemerkbar machen, sie sollte gerade in Zeiten des demographischen Wandels auch Auswirkungen auf die Lebensarbeitszeit haben. Die auch als gesetzliches Renteneintrittsalter bezeichnete Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung als Grenze zwischen Arbeitsphase und Rentenphase bedarf daher langfristig einer weiteren Anpassung, wie sie auch mit der Einführung der zum Teil immer noch umstrittenen Rente mit 67 vorgenommen worden ist. Die Regelaltersgrenze – diese ist direkt vom Gesetzgeber steuerbar – könnte dauerhaft an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden; eine Erhöhung der Regelaltersgrenze auf beispielsweise 69 oder 70 Jahre wäre langfristig gesehen dann die Folge. Vorausgehen müssen bereits kurz- bis mittelfristig eine gegenüber heute stärkere Flexibilisierung des faktischen Renteneintrittsalters und eine Anpassung der Hinzuverdienstgrenzen. Mit anderen Worten: Ein früheres Renteneintrittsalter – mit sich am gesetzlichen Renteneintrittsalter als Fixpunkt orientierenden Abschlägen – muss ebenso möglich sein wie ein späteres Renteneintrittsalter – mit Zuschlägen.¹ Die Regelaltersgrenze wird langfristig dann nur noch ein Fixpunkt sein, an dem sich andere Maßnahmen orientieren werden.

Das Problem ...

In der Diskussion um die Regelaltersgrenze wird zumeist die Lebenserwartung bzw. deren Veränderung als Bezugspunkt eingebracht.² Dabei findet häufig eine Beschränkung auf die Entwicklung der Lebenserwartung Neugeborener nach den Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes statt. Die Verwendung dieser Daten ist in doppelter Hinsicht verbesserungsfähig. Zum einen ist die Lebenserwartung derjenigen relevant, die das Renteneintrittsalter erreicht haben und nicht die der Neugeborenen, zum anderen wäre es methodisch sinnvoller, auf die Er-

gebnisse von Generationensterbetafeln zurückzugreifen, da diese ein realistischeres Bild der ferneren Lebenserwartung vermitteln können. Die Verwendung von Periodensterbetafeln im Zusammenhang mit der Lebenserwartung führt zu einer systematischen Unterschätzung dieser Größe (vgl. Bomsdorf 2004), wie auch die folgende Betrachtung andeutet.

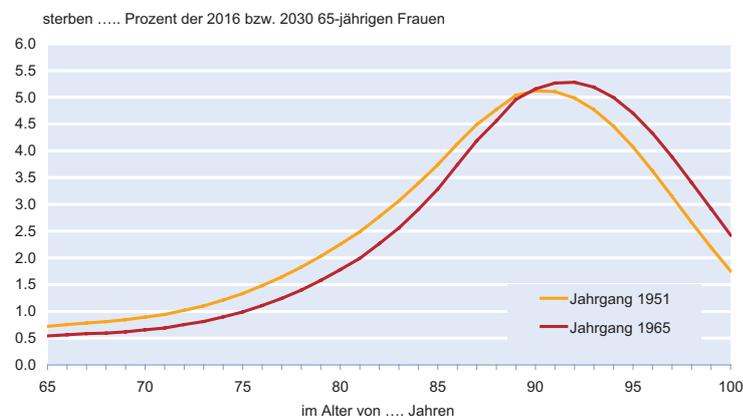
Das Statistische Bundesamt weist in seiner querschnittsbasierten aktuellen allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 eine Lebenserwartung für Neugeborene von knapp 83 Jahren für Mädchen und 78 Jahren für Jungen aus (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S. 4 ff.). Diese eher statische Betrachtungsweise geht von einer Konstanz der einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten auf dem heutigen Niveau aus; alle einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten bleiben demnach auf dem in der Sterbetafel 2010/2012 festgeschriebenen Wert. Derartige Sterbetafeln werden auch Periodensterbetafeln genannt. Um die Lebenserwartung altersabhängig realistischer vorherzusagen, oder besser gesagt, zu modellieren, werden jedoch dynamische längsschnittorientierte Generationensterbetafeln benötigt – und im Folgenden

* Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln.

¹ Diese zum Teil unter dem Schlagwort Flexi-Rente öffentlich diskutierte Rente ist in der politischen Diskussion angekommen, und die Koalition hat sich im November 2015 auf ein Maßnahmenpaket zu deren Ausgestaltung verständigt (vgl. Weiß 2015 sowie Börsch-Supan et al. 2015; Heß und Landmann 2015, S. 1 f.).

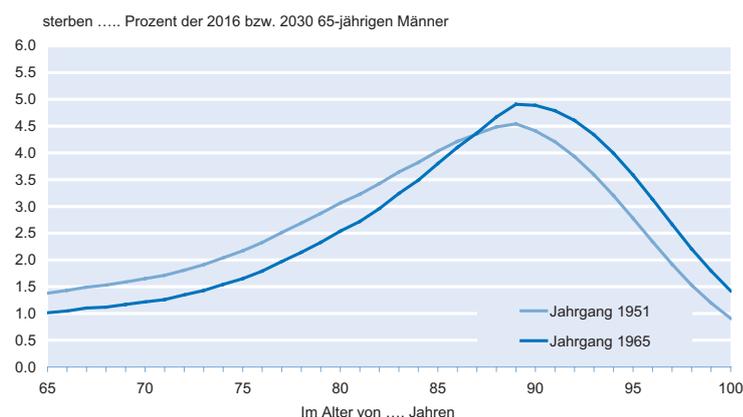
² Hier soll auf ausführliche Literaturverweise zu diesem Thema verzichtet werden. Beispielhaft sei nur auf die Vorschläge der Enquête-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages (Deutscher Bundestag 2002, S. 159 f.) sowie der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2014, S. 11) und auf Raffelhüschen et al. (2013, S. 153) sowie OECD (2013, S. 29) verwiesen.

Abb. 1a
Verteilung der Sterbefälle 2016 bzw. 2030 65-jähriger Frauen



Quelle: Berechnungen des Autors.

Abb. 1b
Verteilung der Sterbefälle 2016 bzw. 2030 65-jähriger Männer



Quelle: Berechnungen des Autors.

eingesetzt. Diese wurden aktuell neu berechnet.³ Danach ist die Lebenserwartung Neugeborener sowohl bei Mädchen als auch bei Jungen über zehn Jahre höher als nach der Periodensterbetafel ausgewiesen. Selbst bei 65-jährigen Frauen bzw. Männern liegt die (fernere) Lebenserwartung den Generationensterbetafeln nach 2½ Jahre über der nach der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 (Lebenserwartung 65-Jähriger nach der allgemeinen Sterbetafel 20,74 bzw. 17,46 Jahre, nach der Generationensterbetafel Geburtsjahrgang 1951 23,16 bzw. 19,89 Jahre, jeweils Frauen bzw. Männer).⁴

³ Diese (nicht veröffentlichten) Generationensterbetafeln wurden unter Verwendung des auch vom Statistischen Bundesamt bei seinen Sterbetafelprojektionen eingesetzten Ansatzes von Bomsdorf und Trimborn (1993) berechnet. Sie umfassen ausgehend vom Jahr 2016 die Geburtsjahrgänge ab 1946, basieren in der Bestimmung der zukünftigen Entwicklung der geburtsjahrgangsabhängigen einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten auf den Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes ab 1980 und berücksichtigen demnach auch die auf der Basis des Zensus 2011 berechnete aktuelle allgemeine Sterbetafel 2010/2012. Bei diesen Generationensterbetafeln geht es nicht um die vergangene Entwicklung, sondern um die zukünftige ab dem Jahr 2016.

⁴ Mit Lebenserwartung ist hier durchgängig die fernere Lebenserwartung gemeint.

Die Frage, wie sich in Deutschland die Lebenserwartung im Rentenalter weiter entwickelt, kann beispielhaft durch den Vergleich von Generationensterbetafeln der im Jahr 2016 bzw. 2030 65 Jahre alt werdenden Personen beantwortet werden. Eine geschlechtsspezifische Betrachtung der Verteilung der Sterbefälle zeigt zunächst die erwartete Verschiebung dieser in höhere Alter (vgl. Abb. 1a und 1b). Bei den Frauen verschiebt sich die Kurve bei ansonsten gleicher Figur nach rechts, d.h., auch die Position des Maximalwerts verändert sich.⁵ Bei den Männern kommt es neben einer etwas ungleichmäßigen Rechtsverschiebung noch zu einem höheren Maximum mit einem Wert von 5,0% im Alter von 90 Jahren bei den 2030 65-Jährigen gegenüber einem Wert von 4,5% bei den 89-Jährigen der 2016 65-jährigen Männer.⁶

Die Quantilfunktionen (Abb. 2a und 2b), die detaillierte Aussagen darüber zulassen, wie viel Prozent der im Jahr 2016 bzw. 2030 65-Jährigen ein bestimmtes Alter erreichen, zeigen in den Differenzen der Kurven der beiden Jahrgänge jeweils die Überlebensgewinne, die die jüngeren Jahrgänge gegenüber den bereits 2016 65-Jährigen erzielen. Sie weisen zudem darauf hin, dass beispielsweise nach der Generationensterbetafel 50% der heute 65-jährigen Frauen (Männer) das Alter von gut 89 (86) Jahren erreichen; für die 2030 65-jährigen Frauen (Männer) liegen die vergleichbaren Alter bei

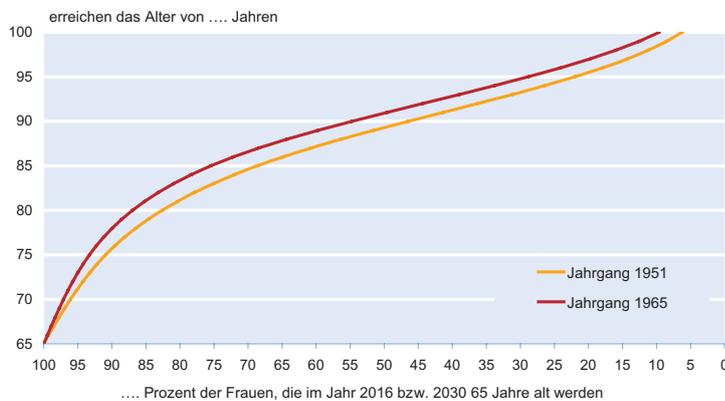
91 (88) Jahren. Außerdem wird im geschlechtsspezifischen Vergleich sichtbar, dass Frauen gegenüber Männern weiter eine höhere Lebenserwartung haben. Dies macht sich unter anderem auch darin bemerkbar, dass von den 65-Jährigen der beiden betrachteten Jahrgänge bei den Frauen jeweils nahezu doppelt so viele 100 Jahre alt werden wie bei den Männern.

Die Lebenserwartung steigt also weiter – auch für die Älteren. Das ist ein Grund dafür, dass über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, vor allem durch Erhöhung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung und vergleichbarer Alterssicherungssysteme, weiter nachgedacht werden muss. Dies hat sich bereits in der Einführung der Rente mit 67 niedergeschlagen, auch wenn die

⁵ Bei den linksschiefen, rechtssteilen Verteilungen der Sterbefälle handelt es sich gleichsam um kuptierte Verteilungen, da ab dem Alter von 100 Jahren wegen des Fehlens belastbarer Daten keine Werte der Verteilung der Sterbefälle angegeben werden.

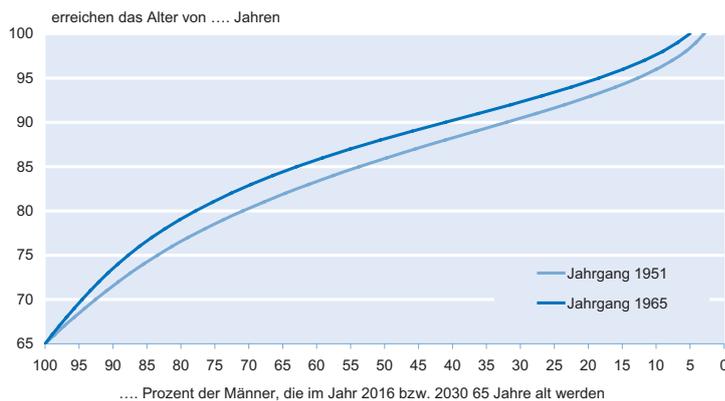
⁶ Soweit in einem Jahr von x-jährigen Frauen oder Männern gesprochen wird, sind strenggenommen immer Frauen oder Männer gemeint, die in dem betreffenden Jahr dieses Alter x erreichen.

Abb. 2a
Quantilfunktion der Überlebensverteilung 2016 bzw. 2030 65-jähriger Frauen



Quelle: Berechnungen des Autors.

Abb. 2b
Quantilfunktion der Überlebensverteilung 2016 bzw. 2030 65-jähriger Männer



Quelle: Berechnungen des Autors.

Begründung zum entsprechenden Gesetzentwurf zum Teil auf andere Aspekte abhebt (vgl. Deutscher Bundestag 2006, S. 1). Der letzte Jahrgang, der prinzipiell eine Regelaltersgrenze von 65 Jahren hatte, war der Geburtsjahrgang 1946. Der erste Jahrgang, für den die Regelaltersgrenze von 67 Jahren gilt, ist der Jahrgang 1964, der 2029 die Altersgrenze nach altem Recht (65 Jahre), 2031 die nach neuem Recht (67 Jahre) erreicht. Diese Altersgrenze ist immer noch umstritten, manchen erscheint sie zu hoch, manchen noch als zu niedrig. Wie gleich skizziert werden wird, steigt die Lebenserwartung weiter, so dass sich – unabhängig von der Einführung einer Flexi-Rente – langfristig die Frage nach einer weiteren Erhöhung der Regelaltersgrenze stellt. Es ist kaum vorstellbar und wohl auch gesellschaftlich nicht wünschenswert, dass sich bei steigender Lebenserwartung nur die Rentenphase verlängert.⁷

⁷ Einige Staaten haben dem bereits heute Rechnung getragen und schon jetzt langfristig nicht nur die Rente mit 67, sondern eine höhere Altersgrenze vorgesehen (vgl. OECD 2013, S. 26 f., OECD 2014, S. 23).

... und dessen Lösung⁸ ...

Die folgende Betrachtung beginnt im Jahr 2030, in dem das gesetzliche Renteneintrittsalter fast 67 Jahre beträgt.⁹ Es bietet sich daher an, ausgehend von der Entwicklung der Lebenserwartung der 67-Jährigen, einen Anstieg dieses Renteneintrittsalters nach 2030 qualitativ zu diskutieren sowie quantitativ zu modellieren.¹⁰ Ausgangspunkt ist die Prämisse, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter an die Entwicklung der Lebenserwartung bei Eintritt in die Rente gekoppelt und die zusätzliche Lebenserwartung auf Erwerbsphase und Rentenphase aufgeteilt werden soll. Dies soll also nicht heißen, dass die Regelaltersgrenze oder die Rentenbezugszeit absolut wie die Lebenserwartung steigen soll, sondern es muss eine Aufteilung dieser gewonnenen Lebenszeit auf Erwerbsphase und Rentenphase erfolgen.¹¹ Dabei kann eine Orientierung an der gegenwärtigen bzw. der vergangenen Situation hilfreich sein. Während um 1960 das Verhältnis von Erwerbsphase zur Rentenbezugszeit näherungsweise 4 zu 1 betrug, liegt es heute in einer Größenordnung von 2,25 zu 1: 45 Jahren im Erwerbsalter stehen 20 zu erwartende Jahre im Rentenalter gegenüber. Im letzteren Fall würde, vereinfacht gesagt, eine zu erwartende Zunahme der Lebenserwartung 67-Jähriger um drei Jahre zu einem Aufchieben der Regelaltersgrenze um gut zwei Jahre führen. Die Rentenlaufzeit würde sich somit um knapp ein Jahr verlängern. Würde dagegen das Verhältnis von 1960 zugrunde

gelegt, so müsste rund gerechnet das Renteneintrittsalter um 29 Monate nach hinten verschoben werden, die Rentenlaufzeit würde sich somit nur um sieben Monate verlängern.¹²

⁸ Es ist fast überflüssig darauf hinzuweisen, dass die folgenden Vorschläge in gleicher Weise für die Altersversorgung der Beamten und andere Alterssicherungssysteme gelten.

⁹ Bei der später vorgeschlagenen Erhöhung der Regelaltersgrenze wird berücksichtigt, dass diese Grenze nach gegenwärtigem Recht erstmals für den Geburtsjahrgang 1964 gilt, der demnach 2031 regulär in Rente gehen kann.

¹⁰ Nach Heß und Landmann (2015, S. 5) liegt das vom Durchschnittsbürger erwartete gesetzliche Renteneintrittsalter bereits in 20 Jahren bei knapp 70 Jahren.

¹¹ Sei c der Quotient aus durchschnittlicher Dauer der Erwerbsphase und erwarteter Rentenbezugsdauer, d.h.

$$c = \frac{RAG - EA}{LEB_{RAG}}$$

mit RAG Regelaltersgrenze, EA durchschnittliches Alter bei Erwerbseintritt, LEB_{RAG} Lebenserwartung bei Erreichen der Regelaltersgrenze, c (angestrebtes) Verhältnis von Verweildauer im Erwerbsalter und Rentenbezugszeit. Daraus folgt für das Renteneintrittsalter RAG: $RAG = EA + c \cdot LEB_{RAG}$.

¹² Es ließe sich natürlich auch unabhängig vom bisherigen Verhältnis zwischen Erwerbsphase und Rentenphase für die Aufteilung der Erhöhung der Lebenserwartung auf diese beiden Phasen ein anderer Wert finden, z.B. eine hälftige Aufteilung auf beide Phasen.

... sowie deren Umsetzung

An dieser Stelle interessiert in erster Linie die zeitdynamische Anpassung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung in diesem Alter. Daher sind letztlich zunächst nicht die Höhe der Lebenserwartung, sondern die Veränderungen der betreffenden Lebenserwartung entscheidend. Es ist jedoch nur eine näherungsweise Berechnung möglich, da streng genommen die Lebenserwartung im jeweiligen – noch nicht festgelegten – Renteneintrittsalter verwendet werden müsste. Da es letztlich aber jeweils um die Veränderung der Lebenserwartung im Renteneintrittsalter geht, und diese im interessierenden Altersbereich relativ unabhängig vom Alter ist, kann – falls die Betrachtung im Jahr 2030 einsetzen soll, wenn die Rente mit 67 praktisch vollständig umgesetzt ist, von einer Regelaltersgrenze von 67 Jahren ausgegangen werden. Für dieses Alter wird dann eine Berechnung der Lebenserwartung bzw. Änderung der Lebenserwartung im Zeitablauf vorgenommen.

Tabelle 1 enthält die aufgrund von modellierten Generationensterbetafeln für die 67-Jährigen der Geburtsjahrgänge 1963 bis 2008 ermittelte fernere Lebenserwartung, getrennt nach Frauen und Männern. Diese Jahrgänge vollenden ihr 67. Lebensjahr in den Jahren 2030 bis 2075.¹³ Eine Anpassung des gesetzlichen Renteneintrittsalters muss den Prinzipien der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß geschlechtsneutral erfolgen, daher enthält Tabelle 1 auch eine geschlechtsunabhängige fernere Lebenserwartung.¹⁴ Bei den Frauen ergibt sich im betrachteten Zeitraum eine Zunahme der Lebenserwartung 67-Jähriger um $4\frac{1}{4}$ Jahre, bei den Männern sogar um fünf Jahre; geschlechtsunabhängig resultiert ein Zuwachs von nahezu $4\frac{3}{4}$ Jahren.

Im Detail zeigen die Abbildungen 3a und 3b – wiederum für Frauen und Männer getrennt – die Verteilung der Sterbefälle 67-Jähriger

¹³ Die angegebene Genauigkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um reine Modellrechnungen handelt; sie ist aber notwendig, um die Veränderungen bzw. Unterschiede besser sichtbar zu machen.

¹⁴ Der Einfachheit halber hier berechnet als gleichgewichtetes arithmetisches Mittel der Lebenserwartung von Frauen bzw. Männern des betreffenden Jahrgangs; sie wird in Anlehnung an den Begriff der Unisex-Tarife in der Versicherungsbranche unter der Überschrift Unisex in der Tabelle aufgeführt.

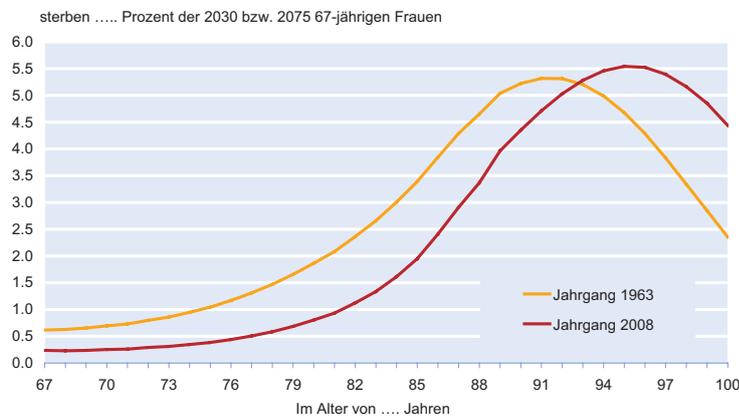
Tab. 1
Lebenserwartung 67-Jähriger 2030 bis 2075 nach Geburtsjahrgang und Geschlecht

Geburtsjahrgang	Jahr	Lebenserwartung in Jahren		
		Frauen	Männer	Unisex
1963	2030	22,88	20,05	21,46
1964	2031	22,99	20,18	21,58
1965	2032	23,10	20,31	21,70
1966	2033	23,21	20,44	21,82
1967	2034	23,31	20,57	21,94
1968	2035	23,42	20,69	22,06
1969	2036	23,52	20,82	22,17
1970	2037	23,62	20,94	22,28
1971	2038	23,73	21,07	22,40
1972	2039	23,83	21,19	22,51
1973	2040	23,94	21,31	22,63
1974	2041	24,04	21,43	22,74
1975	2042	24,14	21,55	22,85
1976	2043	24,25	21,67	22,96
1977	2044	24,35	21,79	23,07
1978	2045	24,45	21,91	23,18
1979	2046	24,55	22,03	23,29
1980	2047	24,65	22,14	23,40
1981	2048	24,75	22,26	23,50
1982	2049	24,84	22,37	23,61
1983	2050	24,94	22,49	23,71
1984	2051	25,04	22,60	23,82
1985	2052	25,13	22,71	23,92
1986	2053	25,23	22,83	24,03
1987	2054	25,32	22,94	24,13
1988	2055	25,41	23,05	24,23
1989	2056	25,51	23,15	24,33
1990	2057	25,60	23,26	24,43
1991	2058	25,69	23,37	24,53
1992	2059	25,78	23,48	24,63
1993	2060	25,87	23,58	24,73
1994	2061	25,96	23,69	24,82
1995	2062	26,05	23,79	24,92
1996	2063	26,14	23,90	25,02
1997	2064	26,23	24,00	25,11
1998	2065	26,31	24,10	25,21
1999	2066	26,40	24,20	25,30
2000	2067	26,48	24,30	25,39
2001	2068	26,57	24,40	25,48
2002	2069	26,65	24,50	25,58
2003	2070	26,74	24,60	25,67
2004	2071	26,82	24,69	25,76
2005	2072	26,90	24,79	25,85
2006	2073	26,98	24,89	25,93
2007	2074	27,06	24,98	26,02
2008	2075	27,14	25,07	26,11

Quelle: Berechnungen des Autors.

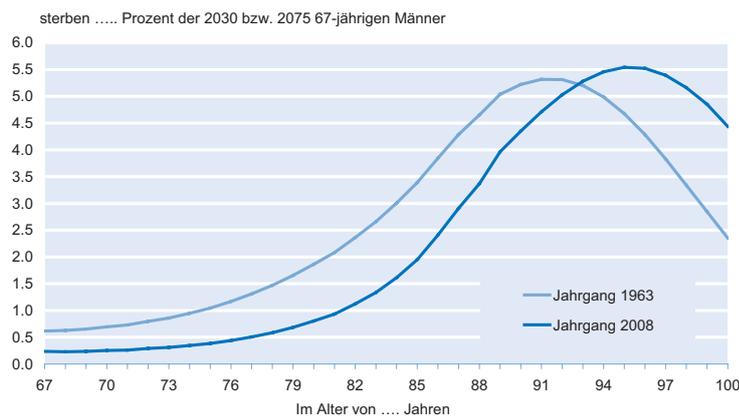
der Jahre 2030 bzw. 2075. Es ergibt sich eine deutliche Verschiebung der Sterbefälle in höhere Alter, die allein schon wegen des längeren Zeithorizontes wesentlich größer ist als

Abb. 3a
Verteilung der Sterbefälle 2030 bzw. 2075 67-jähriger Frauen



Quelle: Berechnungen des Autors.

Abb. 3b
Verteilung der Sterbefälle 2030 bzw. 2075 67-jähriger Männer



Quelle: Berechnungen des Autors.

bei den vergleichbaren Kurven in den Abbildungen 1a und 1b. Bei den Männern ist die Verschiebung erneut etwas stärker als bei den Frauen, und der Maximalwert der Verteilung nimmt wiederum zu – allerdings mit einer Verschiebung von vier Jahren. Diese Verschiebung der Kurve verdeutlicht aus anderer Perspektive, dass die Lebenserwartung 67-jähriger Männer im Zeitablauf etwas stärker steigt als die der 67-jährigen Frauen; dies bestätigen die in Tabelle 1 angeführten Werte.

Die Quantilfunktionen (vgl. Abb. 4a und 4b) weisen nochmals auf die möglichen Veränderungen hin. So erreichen von den 2030 67-jährigen Frauen (Männern) 50% das Alter von fast 91 Jahren (88 Jahren), bei den 2075 67-Jährigen könnten 50% älter als 95 Jahre (Frauen) bzw. 93 Jahre (Männer) werden. Das Alter von 100 Jahren erleben gut 9% (knapp 5%) der 2030 67-jährigen Frauen (Männer), aber 23½% (fast 16%) der 2075 67-jährigen Frauen (Männer). Dies weist nochmals darauf hin, welche Zuwächse erwartet werden können.

Abbildung 5 zeigt die zeitliche Entwicklung der Lebenserwartung 67-Jähriger geschlechtsspezifisch und geschlechtsneutral. Die Darstellung lässt einen nahezu exakten linearen Trend in der Entwicklung der Lebenserwartung im betrachteten Zeitraum erkennen.¹⁵ Dieser ist keineswegs darauf zurückzuführen, dass die Lebenserwartung einfach linear fortgeschrieben wurde, vielmehr wurde sie, wie oben skizziert, mit Hilfe der jeweiligen einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter von 67 modelliert. Eine Trendanalyse ergibt für die geschlechtsneutrale Lebenserwartung einen die Steigerung der Lebenserwartung wiedergebenden Trendkoeffizienten von gut 0,1,¹⁶ was bedeutet, dass die geschlechtsneutrale Lebenserwartung 67-Jähriger jährlich um 1¼ Monate zunimmt. Für Frauen liegt dieser Trendkoeffizient etwas unter, für Männer etwas über 0,1.

Welche Folgerungen sich hieraus für die Entwicklung des gesetzlichen Renteneintrittsalters in den Jahren nach 2030 ergeben, hängt natürlich davon ab, wie der zusätzliche Gewinn an Lebenserwartung aufgeteilt werden soll. In welcher Höhe eine Aufteilung der gewonnenen Lebenserwartung auf die Erwerbsphase sowie die Rentenphase erfolgt und damit die Regelaltersgrenze angepasst wird, bleibt letztlich eine politische Entscheidung, die sich auch am gesellschaftlichen Umfeld orientieren sollte. Dabei kann es keinesfalls darum gehen, jetzt schon konkrete

Werte gesetzlich festzuschreiben, vielmehr wäre eine Orientierung an der Lebenserwartung 67-Jähriger wie oben angedeutet möglich.¹⁷ Hier soll zwar nicht ausführlich diskutiert werden, wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters erfolgen soll, aber weitere Betrachtungen können doch zeigen, wie eine Anpassung der Regelaltersgrenze in einem gewissen Gleichschritt mit der Zunahme der Lebenserwartung 67-Jähriger erfolgen könnte.

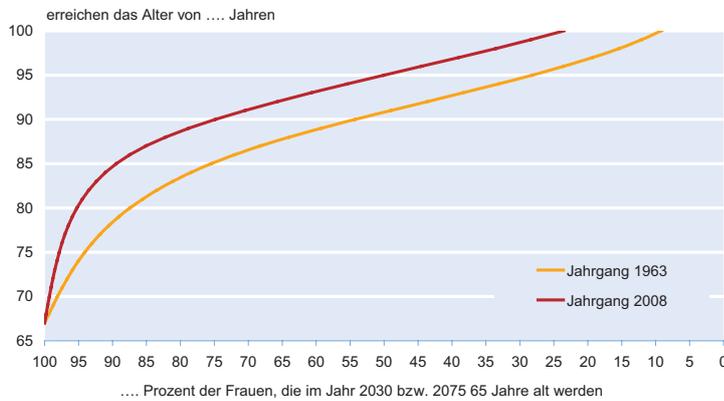
Im Jahr 2031 liegt die Regelaltersgrenze bei 67 Jahren. Der erste Jahrgang, für den dieses gilt, ist der Jahrgang

¹⁵ Auch wenn sich bei genauer Betrachtung zeigt, dass im Zeitablauf die absoluten Zuwächse leicht abnehmen.

¹⁶ Die lineare Trendfunktion lautet: $LE(x) = 21,69 + 0,1032 \cdot (x - 2030)$ mit $LE(x)$ Lebenserwartung 67-Jähriger im Jahr x , $x = 2030, 2031, \dots, 2075$.

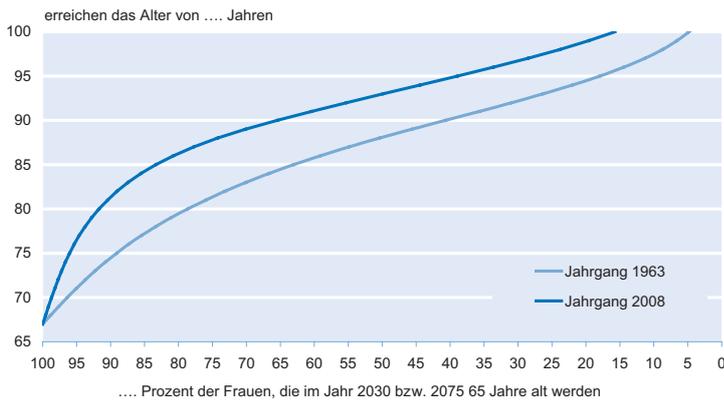
¹⁷ Um nicht zu stark auf Schätzungen angewiesen zu sein, kann es sinnvoll sein, als Ersatzgröße für die Veränderung der Lebenserwartung 67-Jähriger die entsprechende Größe nach der jeweils aktuellen Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes zu verwenden. Auch wenn diese in ihrer absoluten Höhe zu niedrige Werte der Lebenserwartung im jeweiligen Alter angeben und letztlich ebenfalls eine Schätzung darstellen, kann die Veränderung der Lebenserwartung 67-Jähriger in Generationenbetrachtung so angenähert werden.

Abb. 4a
Quantilfunktion der Überlebensverteilung 2030 bzw. 2075 67-jähriger Frauen



Quelle: Berechnungen des Autors.

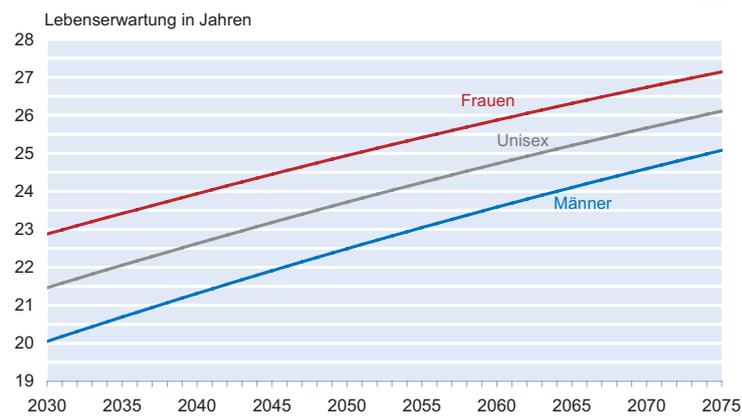
Abb. 4b
Quantilfunktion der Überlebensverteilung 2030 bzw. 2075 67-jähriger Männer



Quelle: Berechnungen des Autors.

1964. Werden die oben angegebenen aktuellen Verhältnisse zugrunde gelegt, würde sich eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters im Zeitraum nach 2030 bis 2070 in Höhe von insgesamt drei Jahren anbieten. Daraus

Abb. 5
Lebenserwartung 67-Jähriger 2030 bis 2075



Quelle: Berechnungen des Autors.

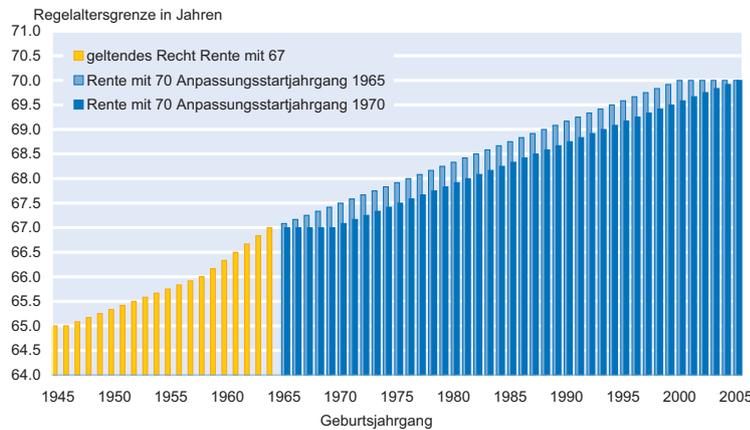
würde für 2070 ein gesetzliches Renteneintrittsalter von 70 Jahren resultieren. Ein einfacher Weg der Anhebung der Regelaltersgrenze wäre für die Geburtsjahrgänge nach 1964, für jeden Jahrgang das Rentenzugangsalter um einen Monat gegenüber der vorangehenden Alterskohorte anzuheben. Die erste Erhöhung in Richtung Rente mit 70 fände dann 2032 statt, für den Geburtsjahrgang 1965 würde dann eine Regelaltersgrenze von 67 Jahren und einem Monat gelten. Dies würde weiter dazu führen, dass für den Geburtsjahrgang 1976 eine Regelaltersgrenze von 68, für den Jahrgang 1988 eine von 69 Jahren und für den Jahrgang 2000 schließlich eine von 70 Jahren gilt. Damit würde das gesetzliche Renteneintrittsalter im betrachteten Zeitraum gleichmäßig erhöht, bis es im Jahr 2070 70 Jahre erreicht hat (vgl. Abb. 6).

Soll die Rente mit 70 zeitlich etwas hinausgeschoben werden, um eine für die Rentengeneration günstigere Aufteilung des Zugewinnes an Lebenserwartung zu erreichen, könnte beispielsweise der Beginn der Erhöhung der Regelaltersgrenze um fünf Jahre auf das Jahr 2037, d.h. quasi um fünf Jahrgänge auf den Geburtsjahrgang 1970 verschoben werden. Durch diese Karenzzeit mit einem Festhalten des Rentenzugangsalters von 67 Jahren würde etwas dem Umstand Rechnung getragen, dass nach geltendem Recht für die Geburtsjahrgänge 1959 bis 1964 das Rentenzugangsalter jeweils um zwei Monate, und damit um die gegenüber den vorangehenden Jahrgängen doppelte Höhe, zunehmen wird. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1970 würde das Rentenzugangsalter pro Geburtsjahrgang um einen Monat gegenüber dem vorangehenden Jahrgang erhöht. Im Jahr 2049 gilt dann für den Geburtsjahrgang 1981 eine Rentenzugangsalter von 68 Jahren, im Jahr 2062 für den Jahrgang 1993 eines von 69 und schließlich im Jahr 2075 für den Geburtsjahrgang 2005 eines von 70 Jahren (vgl. Abb. 6).

Ob diese Anpassungen sinnvoll sind und den weiter oben skizzierten Forderungen entsprechen, kann unmittelbar mit Hilfe von Modellrechnungen der Sterbetafeln geprüft werden. Die Zunahme der Lebenserwartung 67-Jähriger bis 2070 bzw. 2075 in Höhe von 4,21 bzw. 4,65 Jahren soll ausge-

Abb. 6

Jahrgangsspezifische Anpassung der Regelaltersgrenze
bis 1964 nach geltendem Recht, danach Modellrechnung für Rente mit 70



Quelle: Berechnungen des Autors.

hend von den aktuellen Verhältnissen zu einer Verschiebung der Regelaltersgrenze und zur Verlängerung der Rentenlaufzeit in einem Verhältnis von 2,25 zu 1 führen, d.h., die Zunahme der Lebenserwartung soll ungefähr zu 70% zu einer Erhöhung der Regelaltersgrenze und zu 30% in einer Erhöhung der Rentenphase münden. Die erste Bedingung ist in beiden Fällen unmittelbar erfüllt.¹⁸ Die Frage bleibt, wie hoch die Lebenserwartung in Abhängigkeit vom 2070 bzw. 2075 aktuellen Renteneintrittsalter gegenüber dem Vergleichswert von 2030 ist, d.h. um wie viel sich die Rentenphase verlängert. Dazu muss die Lebenserwartung 67-Jähriger 2030 (Regelaltersgrenze 67 Jahre) mit der Lebenserwartung 70-Jähriger 2070 bzw. 2075 (Regelaltersgrenze 70 Jahre) verglichen werden. Im Jahr 2030 beträgt die Lebenserwartung im gesetzlichen Renteneintrittsalter von 67 Jahren geschlechtsneutral der Modellrechnung nach 21,46 Jahre (vgl. Tab. 1); die Lebenserwartung 70-Jähriger im Jahr 2070 bzw. 2075 ist den Generationensterbetafeln des Geburtsjahrgangs 2000 bzw. 2005 nach geschlechtsneutral 22,68 bzw. 23,11 Jahre.¹⁹ Demnach hätte sich gemessen an diesen Größen die Rentenlaufzeit gegenüber der Regelaltersgrenze von 67 Jahren um 1,22 bzw. um 1,65 Jahre erhöht; das entspricht ungefähr den Forderungen (30% von 4,21 bzw. 4,65 Jahren).

Das skizzierte Verfahren erfüllt also auch in seiner Näherung die Anforderungen; trotz späteren Renteneintritts steigt die Renten-

¹⁸ Innerhalb einzelner Jahre können sich allein schon aus rechnerischen Gründen Abweichungen von dieser Forderung ergeben.

¹⁹ Es soll hier zumindest angemerkt werden, dass weiterhin die Lebenserwartung von Frauen höher ist als die von Männern. Bei den 70-jährigen Frauen liegt die Lebenserwartung um ungefähr ein Jahr über, bei den Männern um ein Jahr unter dem geschlechtsneutralen Wert.

laufzeit, wobei der Fall einer Regelaltersgrenze von 70 Jahren ab 2075 letztlich dazu führt, dass die Erhöhung der Lebenserwartung im Verhältnis 2 zu 1 auf die Erwerbsphase und die Rentenphase aufgeteilt wird. Letzteres entspricht ungefähr den Verhältnissen, wie sie 2031 nach vollständiger Einführung der Rente mit 67 zu erwarten sind.

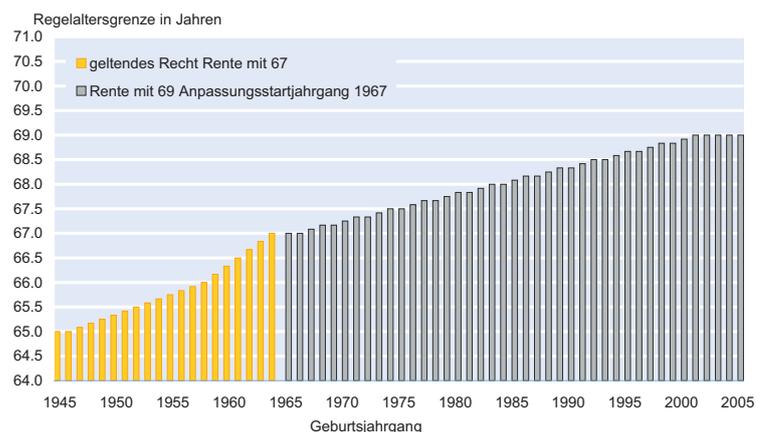
Sollte der Lebenserwartungszugewinn jeweils zur Hälfte auf die Erwerbs- sowie die Rentenphase aufgeteilt werden²⁰, würde sich eine stufenweise Erhöhung des Rentenzugangsalters bis auf 69 statt auf 70 Jahre im Jahr 2070 anbieten. Abbildung 7 zeigt in Analogie zur Abbildung 6 wie hier eine schrittweise Erhöhung erfolgen könnte. Nach drei Karenzjahren würde beim Geburts-

jahrgang 1967 die Erhöhung der Regelaltersgrenze beginnen. Für jeweils zwei aufeinanderfolgende Geburtsjahrgänge würde das gesetzliche Renteneintrittsalter um einen Monat gegenüber dem vorangehenden Jahrgang erhöht. Danach bliebe die Regelaltersgrenze für den nächsten Jahrgang konstant auf dem erreichten Niveau, bevor erneut eine Erhöhung nach der genannten Regel stattfindet. Die Regelaltersgrenze läge dann 2051 für den Geburtsjahrgang 1983 bei 68 Jahren, im Jahr 2070 würde sie dann für den Geburtsjahrgang 2001 69 Jahre betragen. Die bis zum Jahr 2070 um gut vier Jahre steigende Lebenserwartung 67-Jähriger würde zur Hälfte (zwei Jahre) zu einer Erhöhung der Erwerbsphase führen. Die Rentenphase verlängert sich näherungsweise um dieselbe Zeit, da die Lebenserwartung 69-Jähriger des Geburtsjahrgangs 2001 um ungefähr zwei

²⁰ Dieser Halbteilungsgrundsatz ist u.a. von Raffelhüschen (2013, S. 153) angesprochen worden. Allerdings ist dieser Grundsatz seinerzeit bei der Einführung der Rente mit 67 nicht zur Anwendung gelangt und hat demgemäß keinen Eingang in die Begründung zum Gesetz gefunden.

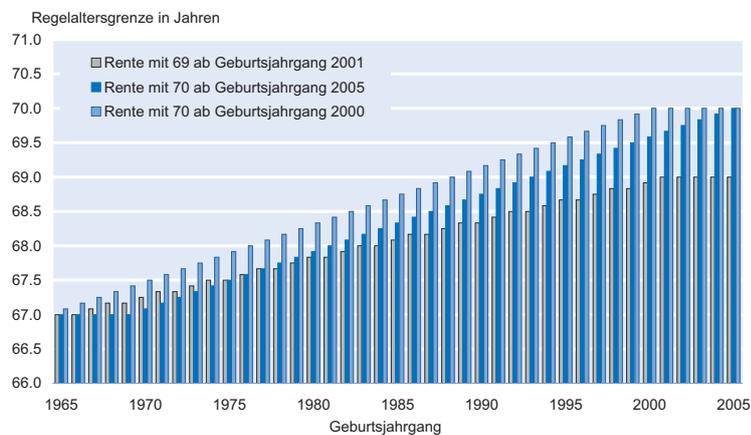
Abb. 7

Jahrgangsspezifische Anpassung der Regelaltersgrenze
bis 1964 nach geltendem Recht, danach Modellrechnung für Rente mit 69



Quelle: Berechnungen des Autors.

Abb. 8

Jahrgangsspezifische Anpassung der Regelaltersgrenze auf 69 bzw. 70 Jahre (Modellrechnung)

Quelle: Berechnungen des Autors.

Jahre über der Lebenserwartung 67-Jähriger im Jahr 2030 liegt, wie aus den eingangs erwähnten Generationensterbetafeln ersichtlich ist. Danach beträgt die geschlechtsneutrale Lebenserwartung 69-Jähriger im Jahr 2070 23,67 Jahre; sie liegt somit um gut zwei Jahre über der Lebenserwartung 67-Jähriger im Jahr 2030 von 21,46 Jahren (vgl. Tab. 1).²¹

In Abbildung 8 werden alle drei betrachteten Modelle einer Erhöhung des Rentenzugangsalters nach 2030 unmittelbar vergleichend dargestellt, wobei die Skalen gegenüber den vorangehenden Darstellungen sinnvoll angepasst werden. Die unterschiedlichen Zeitpunkte und Zeiträume der Anpassung der Regelaltersgrenze sind unmittelbar ersichtlich.

Die Verschiebung des Eintritts in die Rentenphase hat einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt und auf die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung. Es sollte aber nicht übersehen werden, dass der positive Effekt auf die Finanzen der Rentenversicherung dadurch etwas gemildert wird, dass sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern verbessert und somit der Rentenwert, d.h. der Rentenanspruch, der durch ein Jahr durchschnittlicher Beitragszahlung erworben wird, etwas stärker steigt als ohne diese Maßnahme zu erwarten wäre. Der Arbeitsmarkt kann im demographischen Wandel in jedem Fall von einem höheren Renteneintrittsalter profitieren.

Das populäre, um nicht zu sagen populistische Argument gegen eine Erhöhung der Regelaltersgrenze, dass diese Erhöhung grundsätzlich eine riesige Rentenkürzung darstelle, hat trotz ständiger Wiederholung nur einen bedingten Wahrheitsgehalt. Eine Erhöhung des Rentenzugangsalters, wie

²¹ Es erscheint bemerkenswert, dass die prozentuale Verlängerung der Dauer der Rentenphase in den beiden betrachteten Fällen der Rente mit 70 letztlich in derselben Größenordnung wie die prozentuale Verlängerung der Erwerbsphase liegt. Die Erhöhung des Rentenalters auf nur 69 Jahre dagegen würde sogar dazu führen, dass die prozentuale Zunahme der Länge der Rentenphase über doppelt so hoch wie die prozentuale Zunahme der Erwerbsphase wäre.

bei der Rente mit 67 geschehen und wie es auch die Rente mit 70 mit sich bringen würde, hat nämlich durchaus einen positiven Einfluss auf die Rentenhöhe. Der Rentenwert steigt durch diese Maßnahme stärker als ohne die Verschiebung der Regelaltersgrenze, da sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern positiver entwickelt und dies zu einer Verbesserung der Entwicklung des Rentenwerts führt. Zusätzlich steigen die Ansprüche der Arbeitnehmer, da sie eine längere Lebensarbeitszeit haben. Auch verlängert sich trotz der Erhöhung der Regelaltersgrenze die Rentenlaufzeit weiter, wie oben bereits gezeigt wurde. Die Rente wird also stärker steigen als ohne diese Maßnahme, was dazu führt, dass bei einem früheren Rentenbezug Abschläge leichter verkraftbar sind.

Die dynamische Rente ist sicher ein Erfolgsrezept. So hat sich in den Jahren seit ihrer Einführung 1957 der Rentenwert mehr als verzehnfacht, real mehr als verdreifacht. Gleichzeitig hat sich die durchschnittliche Rentenbezugszeit mehr als verdoppelt. Dies findet in der Diskussion um die Rente zu wenig Berücksichtigung, sondern wird als selbstverständlich empfunden.

Eines ist langfristig sicher und sollte akzeptiert werden: Ohne längere Lebensarbeitszeit kann es keine längere Rentenbezugszeit geben. Das hält auf die Dauer kein umlagefinanziertes Rentensystem – und auch keine Gesellschaft – aus, es sei denn, die monatlichen Leistungen werden eingeschränkt oder die Beitragssätze stark erhöht, und beides will natürlich niemand. Eines sollte aber auch klar sein: Die Rente mit 70 kommt nicht heute, sie kommt nicht morgen, aber übermorgen wird sie erforderlich sein, wenn das gegenwärtige System prinzipiell erhalten bleiben soll.²²

Wer im Übrigen glaubt, unsere demographisch induzierten Probleme auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen ließen sich durch die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen lösen, ist sehr optimistisch. Fünf Jahre mit extrem hoher Nettowanderung beispielsweise können zwar mittelfristig in manchen Punkten die Situation verbessern, langfristig allerdings eher nicht, da diese Personen zu einem sehr großen Teil der Generation der heute 20- bis 35-Jährigen angehören, die nach 2050 in Rente gehen und die dann auftretenden Probleme verstärken, selbst wenn berücksichtigt wird, dass diese Generation natürlich wieder Kinder hat.²³

²² Wobei die Bedeutung der Regelaltersgrenze sich verändern könnte, zu einem Fixpunkt in einem stärker flexiblen Rentensystem z.B. mit Lebensarbeitszeitkonten.

²³ Nach Sinn (2015) müsste uns die aktuell extrem hohe Anzahl von Flüchtlingen sogar dazu veranlassen, heute schon mehr und länger zu arbeiten und nicht etwa früher in Rente zu gehen.

Literatur

Bomsdorf, E. (2004), »Life expectancy in Germany until 2050«, *Experimental Gerontology* 39, 159–163.

Bomsdorf, E. und M. Trimborn (1992), »Sterbetafel 2000. Modellrechnungen der Sterbetafel«, *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* 81, 457–485.

Börsch-Supan, A., T. Bucher-Koenen, S. Kluth, M. Haupt und N. Goll (2015), »Vor- und Nachteile höherer Flexibilität als Instrument zur Erhöhung der Beschäftigung Älterer«, MEA Discussion Paper 06-2015, München.

Deutscher Bundestag (2002), *Schlussbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages, Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik*, Bundestagsdrucksache 14/8800, 28. März 2002.

Deutscher Bundestag (2006), *Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demographische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz)*, Drucksache 16/3794 16. Wahlperiode 12. Dezember 2006

Europäische Kommission (2014), *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäisches Semester 2014: Länderspezifische Empfehlungen*. Brüssel.

Heß, M. und J. Landmann (2015), »Großer Bedarf an flexiblen Übergängen vom Arbeitsleben in die Rente«, Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), *Zukunft Soziale Marktwirtschaft*, Impulse 6/2015, Gütersloh.

OECD (2013), *OECD Pensions Outlook 2012*, revised version, April, OECD Publishing, Paris.

OECD (2014), *Renten auf einen Blick 2013: OECD- und G20-Länder – Indikatoren*, OECD Publishing, Paris.

Raffelhüschchen, B., D. Ehing, S. Gänsler, R. Kast, St. Moog und M. Rückert (2013), »Soziale Sicherung«, in: J. Rump und N. Walter (Hrsg.), *Arbeitswelt 2030, Trends, Prognosen, Gestaltungsmöglichkeiten, Teil II Arbeitswelt 2030*, Schäffer-Poeschel, Stuttgart, 145–165.

Sinn, H.-W. (2015), »Rentenalter muss steigen, um Flüchtlinge zu ernähren«, *Die Welt*, 7. Oktober, verfügbar unter: <http://www.welt.de/147318985>, aufgerufen am 20. Oktober 2015.

Statistisches Bundesamt (2015), *Allgemeine Sterbetafeln für Deutschland, das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder sowie die Bundesländer, 2010/12*, Wiesbaden.

Weiß, P. (2015), »Einigung bringt mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente«, Pressemitteilung, 10. November.

Die aktuelle Flüchtlingskrise stellt die Europäische Union vor eine enorme Herausforderung. Das Ziel des ifo Migrationsmonitors besteht darin, aktuelle Informationen sowohl zur regulären Einwanderung als auch zu den Asylsuchenden in der Europäischen Union bereitzustellen. Der ifo Migrationsmonitor wird vom Ifo Center of Excellence for Migration and Integration Research (CEMIR) herausgegeben, das 2012 gegründet wurde und das Ziel hat, eine aktive Rolle in der Einwanderungsdebatte in Deutschland und Europa zu spielen.

Einwanderer und Asylbewerber in Deutschland – ein Überblick

In den vergangenen Jahren wurde Deutschland zu einem der Hauptzielländer für Arbeitsmigranten und Flüchtlinge. Dieser Überblicksartikel beschreibt die Einwandererströme und die in Deutschland lebenden Einwanderer und geht insbesondere auf die in letzter Zeit nach Deutschland kommenden Asylbewerber ein. Es werden Informationen in Bezug auf die Herkunftsländer sowie die Alters-, Geschlechts- und Qualifikationsstruktur dargestellt. Einwanderer sind im Schnitt jünger und weniger gut ausgebildet als Deutsche. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist unter den Flüchtlingen höher. Ein hoher Anteil der Flüchtlinge verfügt über

eine sehr geringe oder gar keine Bildung, was eine Herausforderung für die Integration derjenigen darstellt, die in Deutschland bleiben dürfen.

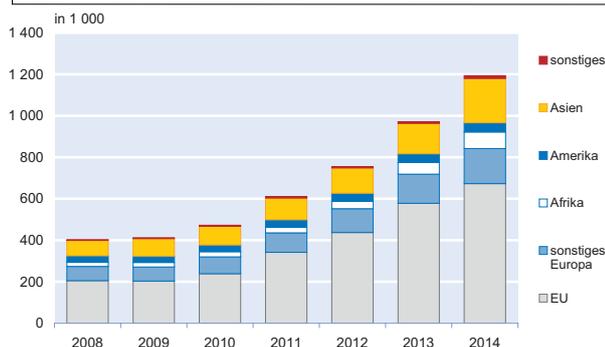
Wie viele Personen nach Deutschland kommen

Entwicklung der Einwandererzahlen

In den vergangenen Jahren war Deutschland eines der Länder in der Europäischen Union mit der höchsten Zahl an Einwanderern.¹ In den Jahren 2012 und 2013² stand Deutschland bei den Einwandererzahlen sogar an erster Stelle innerhalb der EU (vgl. Eurostat 2015c). Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Einwandererzahlen nach Herkunftsregion seit dem Jahr 2008. Generell ist ein Anstieg der Einwanderer nach Deutschland aus allen Regionen zu verzeichnen. Die Einwandererzahl war im Jahr 2014 etwa drei Mal so hoch wie im Jahr 2008. Einwanderer aus EU-Staaten stellten die mit Abstand größte Gruppe dar, diese machten im Jahr 2014 mit einer Zahl von etwa 673 000 etwas mehr als die Hälfte aller Einwanderer aus.

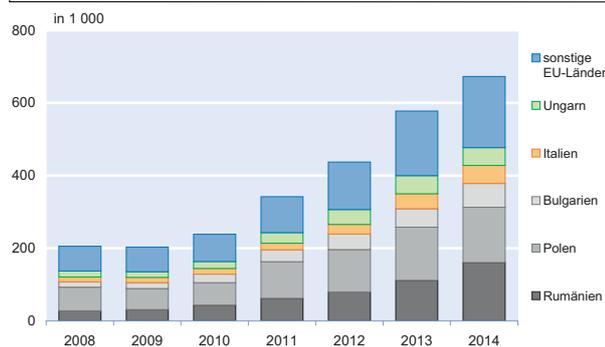
Abbildung 2 veranschaulicht die Entwicklung der Einwandererzahlen aus EU-Staaten.³ Im Zeitraum von 2008 bis 2014 kamen die meisten Einwanderer aus Rumänien und Polen, wobei der Anteil der ru-

Abb. 1
Entwicklung der Einwandererzahlen nach Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015a).

Abb. 2
Einwanderer aus EU-Staaten nach Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015a).

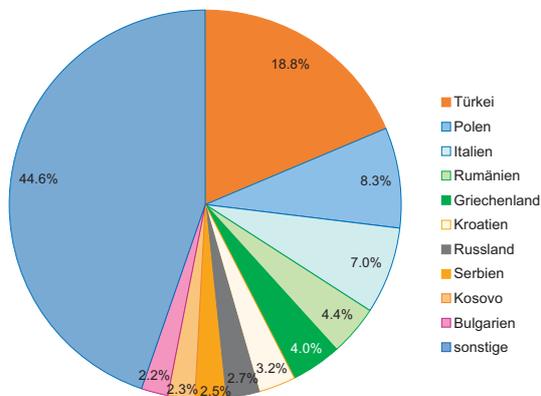
* Panu Poutvaara leitet das Ifo Center of Excellence for Migration and Integration Research (CEMIR), das von der Leibniz-Gemeinschaft finanziell gefördert wurde (SAW-2012-ifo-3). Die Autoren danken Matthias Bujko, Dominik Elsner, Jan-Philipp Suchta und Sabine Rumscheidt für die Unterstützung bei der Datenrecherche.

¹ Unter Einwanderern versteht man auch deutsche Staatsangehörige, die wieder nach Deutschland zurückkehren.

² Dies sind die letzten beiden Jahre, für die bei Eurostat Daten vorliegen.

³ Bei der Definition des Herkunftslands eines Einwanderers wird dessen Staatsangehörigkeit betrachtet.

Abb. 3
Nationalitäten in Deutschland lebender Ausländer im Jahr 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015a).

männischen Einwanderer von ca. 13% im Jahr 2008 auf ca. 24% im Jahr 2014 anstieg, während der Anteil der polnischen Einwanderer von ca. 32% im Jahr 2008 auf ca. 23% im Jahr 2014 sank. Der Anteil der drittgrößten Gruppe im Jahr 2014 – Einwanderer aus Bulgarien – lag bei knapp 10%.

Bei der Betrachtung der Einwandererzahlen sollte allerdings berücksichtigt werden, dass nicht nur Personen nach Deutschland einwandern, sondern auch eine bedeutende Zahl an Personen aus Deutschland auswandert. Im Jahr 2014 beispielsweise lag die Nettoeinwanderung aus EU-Staaten bei etwa 322 000; diese Zahl ist nur etwa halb so hoch wie die der Einwanderer aus EU-Staaten (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a). Besonders groß war die Differenz zwischen Einwandererzahlen und Nettoeinwandererzahlen aus Polen; es wanderten mehr Menschen aus Deutschland nach Polen als Menschen aus Polen nach Deutschland einwanderten. Im Jahr 2014 lebten insgesamt 8 150 000 Ausländer in Deutschland (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a). Abbildung 3 zeigt die Verteilung der Nationalitäten der in Deutschland lebenden Ausländer. So stellten türkische Staatsbürger mit etwa 19% die größte Gruppe dar, polnische bzw. italienische Staatsbürger lagen mit ca. 8% bzw. 7% an zweiter und dritter Stelle.

Entwicklung der Asylbewerberzahlen

In der aktuellen politischen Debatte liegt der Fokus allerdings auf den Asylbewerberzahlen. Bei der Betrachtung der Asylantragszahlen muss zwischen zwei Arten von Anträgen unterschieden werden. Ein Asylersantrag liegt dann vor, wenn ein Bewerber zum ersten Mal einen Asylantrag stellt; um einen Folgeantrag handelt es sich, wenn nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut ein Antrag gestellt wird (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014b). Abbildung 4 zeigt einen deutlichen Anstieg sowohl der Erst- als auch der Folgeanträge ab dem Jahr 2012. Im Jahr 2014 lag die Zahl

Abb. 4
Asylanträge in Deutschland

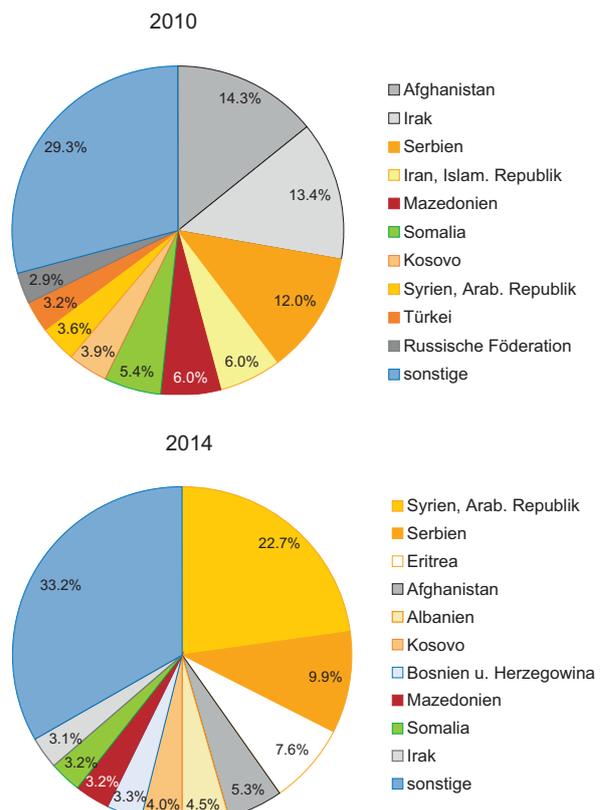


Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014b).

der Gesamtanträge bei etwas mehr als 200 000, was einem Anstieg von fast 60% gegenüber dem Vorjahr entspricht; im Vergleich zum Jahr 2012 war diese Zahl etwa 2,5 Mal so hoch.

Abbildung 5 zeigt den Anteil der Asylersanträge, der auf die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer entfällt. Dabei wird deutlich, dass sich die Zusammensetzung der Asylbewerber im Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2010 deutlich verändert hat. Während im Jahr 2014 Asylbewerber aus Syrien mit ca. 23% den größten Anteil aller Bewerber aus-

Abb. 5
Asylersanträge in Deutschland nach Herkunftsländern



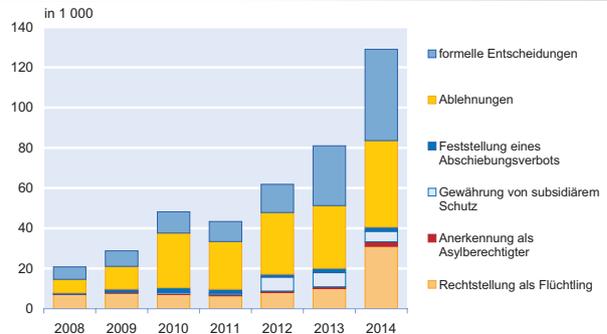
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014b).

machten, stellten im Jahr 2010 Bewerber aus Afghanistan mit ca. 14% den größten Anteil dar. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass 2010 nur knapp 4% der Bewerber aus Syrien stammten und 2014 Bewerber aus Afghanistan wiederum nur noch ca. 5% aller Asylbewerber ausmachten. An zweiter und dritter Stelle standen 2014 Asylbewerber aus Serbien und Eritrea; 2010 kamen die zweitmeisten Bewerber aus dem Irak und die drittmeisten Bewerber aus Serbien.

Abbildung 6a stellt die Entwicklung der Entscheidungen über Asylanträge in Deutschland dar, wobei sowohl Erst- als auch Folgeanträge betrachtet werden. Abbildung 6b veranschaulicht die Entscheidungsquoten im Jahr 2014. Die Zahl der Anträge, über die entschieden wurde, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Im Jahr 2014 lag sie bei fast 130 000, dies entspricht einem Anstieg von über 50% gegenüber dem Vorjahr. Bei den Entscheidungen sind deutliche Veränderungen im Zeitablauf zu erkennen.⁴ In den vergangenen Jahren wurden zwischen 1,1% und 1,8% der Antragsteller als Asylberechtigte anerkannt. Ein Bewerber erhält diesen Status, wenn er von staatlicher Verfolgung in seinem Herkunftsland bedroht ist. Eine Rechtstellung als Flüchtling erhalten Bewerber, wenn sie in ihrem Herkunftsland wegen persönlicher Merkmale von Verfolgung bedroht sind. Der Anteil der Anträge, bei denen eine Rechtstellung als Flüchtling festgestellt wurde, lag in den Jahren 2010 bis 2013 lediglich zwischen 12% und 15%; im Jahr 2014 betrug er hingegen 24%. Sowohl Asylberechtigte als auch Flüchtlinge bekommen eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre. Subsidiärer Schutz wird den Bewerbern gewährt, denen in ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht. Der Anteil der Anträge, bei denen die Gewährung von subsidiärem Schutz beschlossen wurde, lag bis zum Jahr 2011 bei unter 2%. Hingegen wurde 2012 in 11,3% der Fälle entschieden, subsidiären Schutz zu gewähren; in den Jahren 2013 und 2014 lag dieser Anteil bei 8,7% bzw. 4,0%. Subsidiär Schutzberechtigte erhalten zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr. Der Anteil der Asylanträge, bei denen ein Abschiebungsverbot festgestellt wurde, sank von über 4% in den Jahren 2009 bis 2011 auf 1,6% im Jahr 2014. Ein Abschiebungsverbot besteht dann, wenn die Abschiebung eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt oder erhebliche konkrete Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit des Asylbewerbers bestehen. Der Prozentsatz der Anträge, die abgelehnt wurden, lag in den Jahren 2010 bis 2012 etwas über bzw. knapp unter 50%. Im Jahr 2014 wurden hingegen nur etwa ein Drittel der bearbeiteten Asylanträge abgelehnt. Als formel-

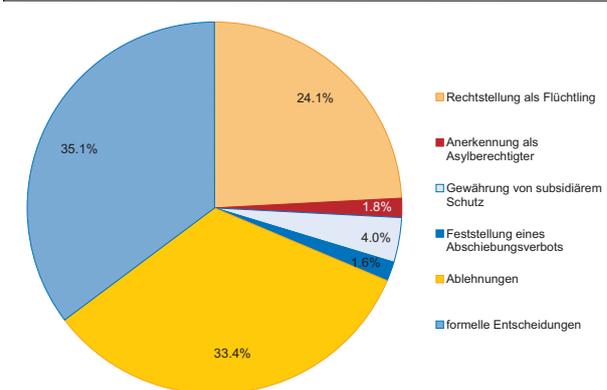
⁴ Aufgrund der Komplexität der Entscheidungsverfahren wird in diesem Artikel nicht im Detail auf die Kriterien eingegangen, nach denen eine Entscheidung getroffen wird. Ausführliche Informationen dazu finden sich beispielsweise in Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014a; 2014b). Zudem beschäftigt sich ein in Kürze im ifo Schnelldienst erscheinender Artikel über institutionelle Grundlagen des Asylrechts mit dieser Thematik.

Abb. 6a
Entscheidungen über Asylanträge in Deutschland (Erst- u. Folgeanträge)



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014b).

Abb. 6b
Entscheidungsquoten in Deutschland (Erst- und Folgeanträge), 2014



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014b).

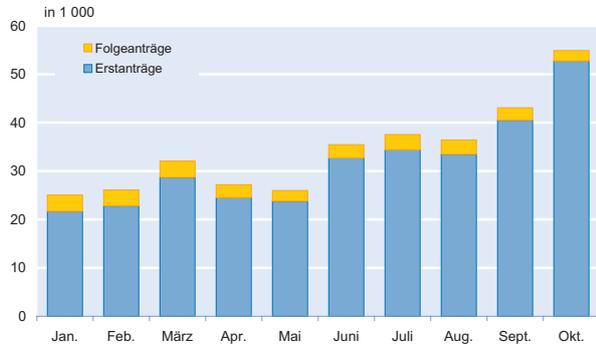
le Entscheidungen werden die Fälle bezeichnet, für die Deutschland nach dem Dublin-Verfahren nicht zuständig ist⁵, oder in denen das Verfahren eingestellt wird, da der Bewerber seinen Antrag zurückzieht. Der Anteil der formellen Entscheidungen betrug in den Jahren 2010 bis 2012 etwa 22–23%; in den Jahren 2013 und 2014 war er mit über 35% deutlich höher.

Die Situation im Jahr 2015

In diesem Jahr sind die Asylbewerberzahlen noch einmal drastisch gestiegen. Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der monatlichen Asylantragszahlen im Jahr 2015. Ab Juni lag die Zahl der monatlichen Gesamtanträge bei über 35 000, im September lag sie erstmals über 40 000. Im Oktober stellten insgesamt fast 55 000 Bewerber einen Asylantrag, was einem Anstieg von gut 25% gegenüber September und etwa 50% gegenüber August entspricht. In den Monaten von Januar bis Oktober 2015 lag die akkumulierte Zahl der Gesamtanträge bei über 360 000, während sie im gesamten Jahr 2014 nur bei etwa 200 000 lag.

⁵ Nach dem Dublin-Verfahren ist das EU-Land für die Prüfung eines Asylantrags zuständig, das der Asylbewerber zuerst betritt.

Abb. 7
Asylanträge in Deutschland im Jahr 2015



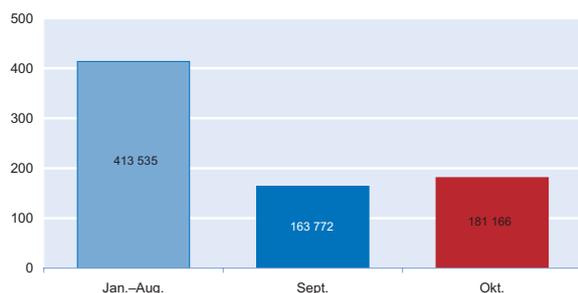
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015b); Bundesministerium des Innern (2015).

Abbildung 8 zeigt ein viel drastischeres Bild der Lage. Es wird die Zahl der bislang im Jahr 2015 in Deutschland registrierten Flüchtlinge dargestellt. Die Gesamtzahl der registrierten Flüchtlinge ist mit gut 750 000 etwa doppelt so hoch wie die Zahl der Asylbewerber.⁶ Bemerkenswert ist die Zahl der registrierten Flüchtlinge in den Monaten September und Oktober 2015. Allein in diesen beiden Monaten wurden fast 350 000 Flüchtlinge registriert; während im gesamten Zeitraum von Januar bis August 2015 etwas mehr als 400 000 Flüchtlinge registriert wurden. Allerdings spiegeln selbst diese Zahlen die tatsächliche Situation vermutlich nicht vollständig wider. So gehen die neuesten Schätzungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge davon aus, dass etwa 290 000 Flüchtlinge in Deutschland derzeit noch nicht einmal registriert worden sind (vgl. *Die Zeit* 2015).

Abbildung 9 veranschaulicht den Anteil der Asylerstanträge von Januar bis Oktober 2015, der auf die zehn zugangsstärksten Herkunftsländer entfiel. Die mit Abstand meisten Asylbewerber kamen in diesem Zeitraum aus Syrien (ca. 30%), gefolgt von Bewerbern aus Albanien, dem Kosovo, Afghanistan und dem Irak. Bemerkenswert ist auch die absolute Anzahl der Asylbewerber aus Syrien. Von Januar bis

⁶ Die große Differenz zwischen der Zahl der registrierten Flüchtlinge und der Zahl der Asylbewerber ist auf die Überlastung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zurückzuführen.

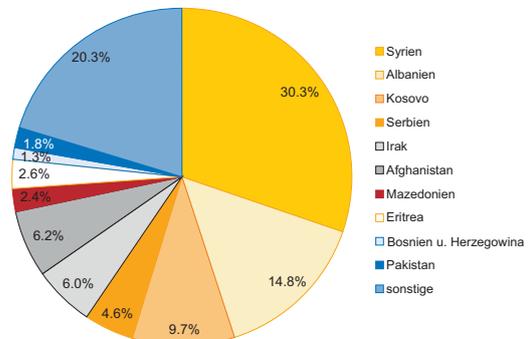
Abb. 8
Registrierte Zugänge nach Deutschland im EASY-System^{a)} im Jahr 2015



^{a)} Erstverteilung von Asylbegehrenden.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015a); Bundesministerium des Innern (2015).

Abb. 9
Asylerstanträge in Deutschland nach Herkunftsländern, Jan. bis Okt. 2015



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015b); Bundesministerium des Innern (2015).

Oktober 2015 stellten ca. 100 000 Bewerber aus Syrien einen Asylerstantrag in Deutschland. Die Dimension dieser Größenordnung wird bei einem Vergleich mit Abbildung 4 deutlich. In den Jahren 2008 bis 2012 lag die Zahl der Erstanträge, die pro Jahr in Deutschland gestellt wurden, deutlich unter 100 000.

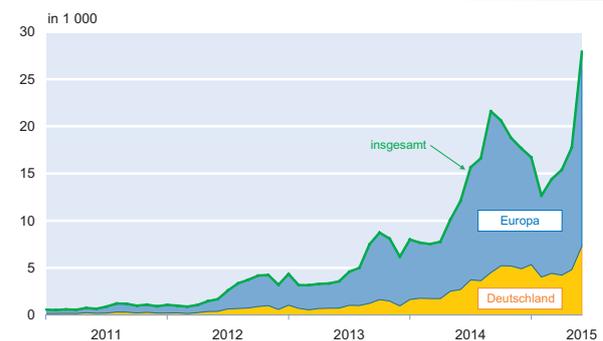
Die Lage syrischer Flüchtlinge

Im fünften Bürgerkriegsjahr hat sich die Lage der syrischen Flüchtlinge dramatisiert. Innerhalb Syriens sind 7,6 Mio. Menschen auf der Flucht, mehr als 4 Mio. Syrer sind aus ihrem Heimatland geflüchtet. Diese haben zum größten Teil in den angrenzenden Ländern Zuflucht gesucht (Türkei: 2 Millionen, Libanon: 1 Million, Jordanien: 600 000, Irak 250 000, Ägypten: 130 000 (Stand: Oktober 2015)).⁷

In den letzten Monaten stieg die Anzahl der syrischen Flüchtlinge, die in Europa Schutz suchen, rasant an. Dies ist nach Meinung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auf die beklemmende Lage in den Nachbarstaaten Syriens, die zunehmend auch von Versorgungsengpässen bis hin zur Nahrung geprägt ist, sowie die mittlerweile verlorene Hoffnung auf Rückkehr nach Syrien zurückzuführen (vgl. Bun-

⁷ Vgl. <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>.

Abb. 10
Asylerstanträge von Syrern in Europa und Deutschland, Jan. 2011 bis Juni 2015



Quelle: Eurostat (2015a).

desamt für Migration und Flüchtlinge 2015c). Es könnte aber auch daran liegen, dass dieses Amt am 21. August beschlossen hat, Syrer pauschal nach der Genfer Flüchtlingskonvention anzuerkennen, was Pro Asyl sogleich in die Flüchtlingslager verbreitete. Diese Entscheidung könnte eine Lawine losgetreten haben.

Im Zeitraum von Januar 2011 bis Juni 2015 stellten etwa 280 000 Personen, die Syrer waren oder sich als solche ausgaben, in Europa – inklusive der Nicht-EU-Staaten Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und Island – einen Asylersantrag, etwa ein Drittel aller Anträge wurde in Deutschland gestellt (vgl. Abb. 10).⁸

Syrien ist nun das Hauptherkunftsland von Asylsuchenden in Deutschland. Lag der Anteil von Asylsuchenden aus Syrien bis Mitte 2013 noch bei etwa 10%, stieg er zum Oktober 2015 auf gut 50%. Zwischen Januar und Oktober 2015 haben etwa 100 000 Syrer in Deutschland einen Asylantrag gestellt (Erstanträge), allein im Oktober waren es 28 214 (vgl. Abb. 11).

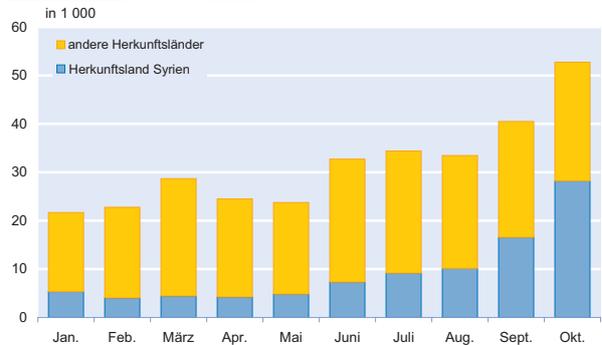
Was man über Einwanderer und Asylbewerber weiß

Angaben zur ausländischen Bevölkerung

Abbildung 12 zeigt die Altersstruktur der im Jahr 2014 in Deutschland lebenden Ausländer. Etwas mehr als 80% der Ausländer waren im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre). Die Anteile derjenigen, die unter 15 Jahre bzw. 65 Jahre und älter waren, waren mit ca. 8,5% bzw. ca. 9,5% ähnlich groß. Unter den deutschen Staatsbürgern lag der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei etwa 65%; der Anteil der Deutschen, der 65 Jahre und älter war, lag bei fast 20%. Der Anteil von Männern und Frauen an der ausländischen Bevölkerung war in etwa gleich groß (vgl. Eurostat 2015b). Abbildung 13 zeigt die Schulbildung der im Jahr 2014 in Deutschland lebenden Ausländer im Alter von 15 Jahren und mehr. Die Anteile an Ausländern mit Fachhochschul- oder Hochschulreife bzw. Haupt- bzw. Volksschulabschluss waren mit jeweils ca. 30% am höchsten. Bei einem Vergleich mit der deutschen Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr ist festzustellen, dass die Anteile der Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife bzw. Haupt- bzw. Volksschulabschluss ähnlich hoch sind. Beim Anteil derjenigen, die keinen allgemeinen Schulabschluss haben, besteht allerdings ein sehr großer Unterschied zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung. Während der Anteil bei den Ausländern im Jahr 2014 bei etwa 18% lag, lag dieser bei der deutschen Bevölkerung nur bei ca.

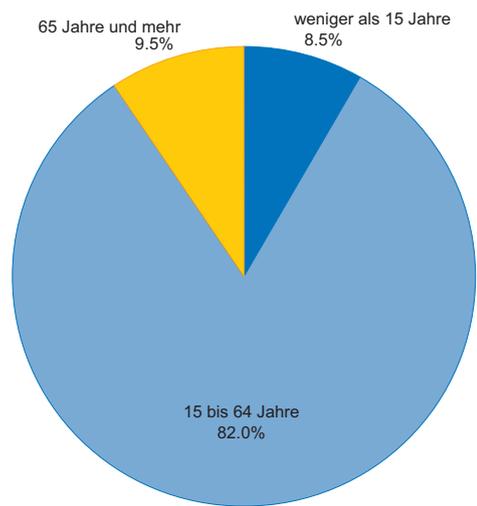
⁸ Es wird nur der Zeitraum bis Juni 2015 betrachtet, da dies der letzte Monat ist, für den für alle europäischen Länder Daten verfügbar sind. Nur unter dieser Voraussetzung kann der Anteil der Asylersanträge, der in Deutschland gestellt wird, bestimmt werden.

Abb. 11
Asylerstanträge in Deutschland, Januar bis Oktober 2015



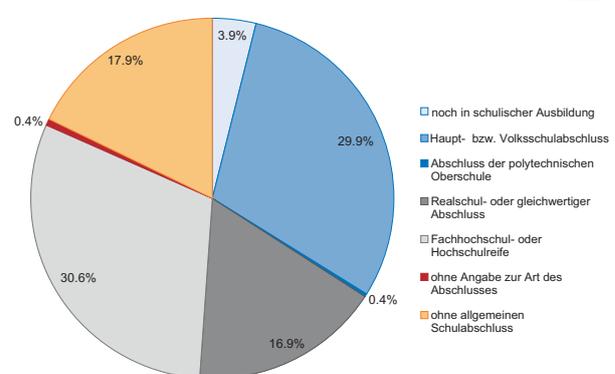
Quelle: Eurostat (2015a); Bundesministerium des Innern (2015).

Abb. 12
Altersstruktur der in Deutschland lebenden Ausländer im Jahr 2014



Quelle: Eurostat (2015b).

Abb. 13
Schulbildung der in Deutschland lebenden Ausländer im Jahr 2014

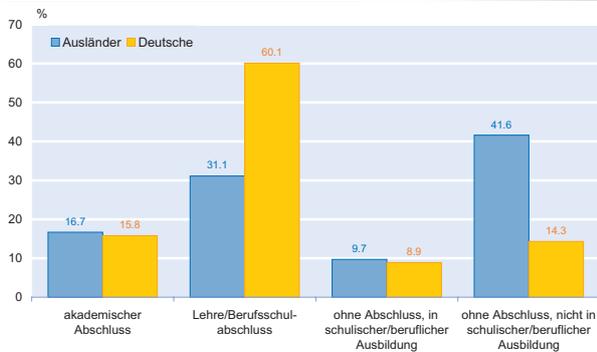


Quelle: Statistisches Bundesamt (2015b).

2%. Die Anteile der deutschen Bevölkerung mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluss bzw. Abschluss einer polytechnischen Oberschule waren mit ca. 23% bzw. ca. 7% deutlich höher als bei der ausländischen Bevölkerung.

Abb. 14

Berufliche Bildungsabschlüsse der ausländischen und deutschen Bevölkerung im Jahr 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015b).

Abbildung 14 veranschaulicht die Unterschiede bei den beruflichen Bildungsabschlüssen zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr im Jahr 2014. Der Anteil der Bevölkerung mit einem akademischen Abschluss unterscheidet sich kaum zwischen Ausländern und Deutschen, er liegt in beiden Fällen bei etwa 16%. Dasselbe gilt auch für den Anteil der Bevölkerung, der sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befindet, dieser liegt in beiden Fällen bei etwa 9%. Ein großer Unterschied ergibt sich allerdings bei der Betrachtung der Bevölkerung, die eine Lehre absolviert hat bzw. über einen Berufsschulabschluss verfügt. So ist der Anteil der Deutschen mit ca. 60% fast doppelt so hoch wie der Anteil der Ausländer mit ca. 31%. Bei der Betrachtung des Anteils der Bevölkerung, der keinen Abschluss hat und sich weder in schulischer noch in beruflicher Ausbildung befindet, ergibt sich ein umgekehrtes Bild. Während fast 42% der ausländischen Bevölkerung dieser Gruppe zuzuordnen ist, fällt nur etwa 14% der deutschen Bevölkerung in diese Kategorie.

Abbildung 15 gibt einen Überblick über Arbeitsmarktdaten der ausländischen und deutschen Bevölkerung im Jahr 2014. So erreichte die Erwerbsquote der Ausländer mit ca. 64% etwa 86% des Niveaus der Erwerbsquote der Deutschen.

Abb. 15

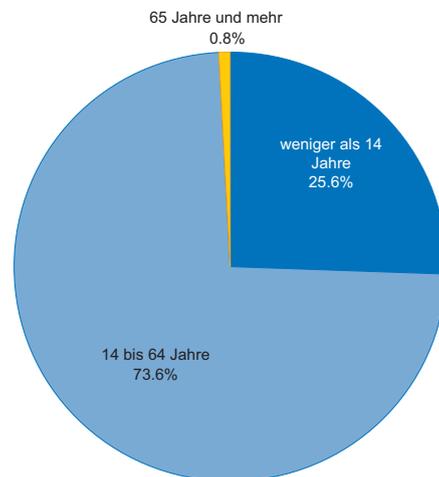
Arbeitsmarktdaten der ausländischen und deutschen Bevölkerung im Jahr 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015c); Bundesagentur für Arbeit (2015); Berechnungen des ifo Instituts auf Basis von Eurostat (2015b).

Abb. 16

Altersstruktur der erstmaligen Asylbewerber in Deutschland im Jahr 2014



Quelle: Eurostat (2015b).

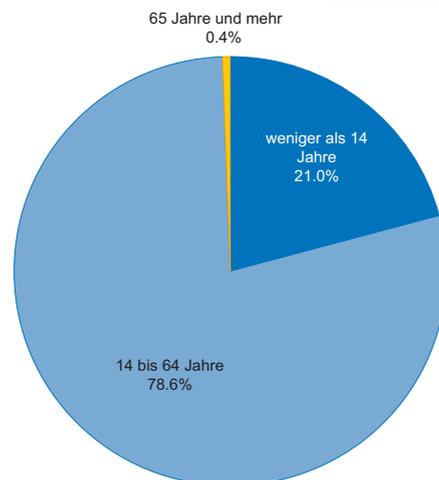
schen, das bei ca. 74% lag. Bei der Arbeitslosenquote sind die Unterschiede deutlich höher; so war die Quote bei den Ausländern mit etwa 9% fast doppelt so hoch wie die der Deutschen (ca. 5%).

Angaben zu Asylbewerbern

Abbildung 16 gibt einen Überblick über die Altersstruktur der Personen, die im Jahr 2014 erstmals einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben. Etwas mehr als ein Viertel aller Asylersantragsteller waren jünger als 14 Jahre alt; der Anteil derjenigen, die 65 Jahre und älter waren, lag bei unter 1%. Etwa zwei Drittel der erstmaligen Asylbewerber waren männlich (vgl. Eurostat 2015b). Abbildung 17 zeigt die Al-

Abb. 17

Altersstruktur der erstmaligen Asylbewerber in Deutschland im Oktober 2015



Quelle: Eurostat (2015b).

tersstruktur der Asylersantragsteller im Oktober 2015. Diese zeigt ein ähnliches Bild wie Abbildung 16; die Anteile der Antragsteller, die unter 14 Jahren bzw. 65 Jahre und älter waren, lagen mit ca. 21% bzw. ca. 0,5% allerdings unterhalb den Werten in Abbildung 16. Frauen machten im September 2015 knapp 30% der erstmaligen Asylbewerber aus (Eurostat 2015b).

Die in Abbildung 18 dargestellte Qualifikationsstruktur der Asylbewerber im Jahr 2015 basiert auf einer Befragung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Die Erhebung der Daten basiert auf freiwilligen Selbstauskünften, die Angaben können nicht als repräsentativ betrachtet werden (vgl. IAB 2015). Die durchgeführte Befragung ergibt, dass die meisten Asylbewerber einen Haupt- oder Realschulabschluss haben (30%); einen Hochschul- bzw. Gymnasialabschluss haben 13% bzw. 17,5%. Knapp ein Viertel aller Befragten gab an, lediglich über eine Grundschulbildung zu verfügen; 8% der Asylbewerber haben eigenen Angaben zufolge keine Schulbildung. Es ist allerdings wichtig zu betonen, dass keine belastbaren Aussagen zur Qualifikationsstruktur der Asylbewerber in Deutschland getroffen werden können, da keine repräsentativen Daten zu deren Bildungsabschlüssen vorliegen (vgl. IAB 2015).

Battisti und Felbermayr (2015) stellen die Qualifikationsstruktur syrischer Flüchtlinge in türkischen Flüchtlingslagern dar; die Angaben beruhen auf Umfragedaten einer türkischen Behörde im Jahr 2013. Nachdem in den Jahren 2014 und 2015 ein bedeutender Teil der Asylersantragssteller in Deutschland aus Syrien stammte (vgl. Abb. 5b, 9 und 11), lassen diese Informationen Rückschlüsse auf die Qualifikationsstruktur eines beachtlichen Teils der Asylbewerber in Deutschland zu. Den Angaben zufolge haben ca. 8% der Flüchtlinge keine Schulbildung, und etwa 35% verfügen nur über eine Grundschulbildung. Etwa 22% haben einen Hauptschulabschluss und ca. 11% einen Gymnasialabschluss; einen Hochschulabschluss haben nur ca. 9% der Befragten. Etwa 16% der Flüchtlinge gaben an, Analphabeten zu sein. Ein allgemeines Problem bei der Bewertung der

Qualifikation von Flüchtlingen und Asylbewerbern liegt in der mangelnden Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse (vgl. Battisti und Felbermayr 2015). Unter Verwendung vergleichender internationaler Schülertests kommen die Autoren zu dem Schluss, dass 65% der Syrer im Heimatland und 46% der Syrer in den türkischen Flüchtlingslagern über keine Basiskenntnisse westlicher Bildungsstandards verfügen (z.B. was die Grundrechenarten betrifft).

Schlussfolgerungen

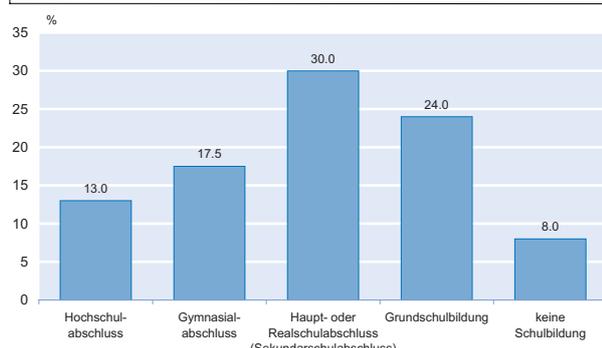
Die deutsche Bevölkerung altert zusehends, und auf dem Arbeitsmarkt werden mehr junge Arbeitnehmer gebraucht. Einwanderer können sowohl über den Arbeitsmarkt als auch über die Finanzen der öffentlichen Haushalte Wohlfahrtseffekte für die einheimische Bevölkerung haben. Was die Effekte auf dem Arbeitsmarkt betrifft, so ist davon auszugehen, dass Einwanderung für die Einheimischen mit einem komplementären Qualifikationsniveau zu höheren Löhnen führt. Für die Einheimischen mit einem ähnlichen Qualifikationsniveau wie Einwanderer ist allerdings zu erwarten, dass die Löhne unter Abwärtsdruck geraten. Bei sich anpassenden Löhnen und einem gut funktionierenden Arbeitsmarkt können Einwanderer zu einer Belebung des Arbeitsmarkts beitragen. Zu solchen positiven Effekten kann es aber nicht kommen, wenn ein Mindestlohn oder eine Tarifvereinbarung eine Lohnanpassung verhindern.

Was die Effekte hinsichtlich der Finanzen der öffentlichen Haushalte betrifft, so liegt eine entscheidende Frage darin, wie viel Steuern Einwanderer zahlen. Dies muss im Verhältnis zur Höhe der Transferzahlungen und öffentlichen Gütern betrachtet werden, die Einwanderer erhalten (vgl. Bonin 2015). Die Einwanderer, die mehr Steuern zahlen, als sie in Form von Transferzahlungen und der Bereitstellung öffentlicher Güter bekommen, üben eine positive fiskalische Externalität auf die Einheimischen aus. Diejenigen, die ein geringeres Einkommen haben oder gar keine Arbeit finden, üben hingegen eine negative fiskalische Externalität aus. Da Einwanderer im Durchschnitt geringer qualifiziert sind als Einheimische und deshalb weniger verdienen, kann man davon ausgehen, dass sie für das Steuer- und Transfersystem eine Nettobelastung darstellen, wenn man auch die Kosten mitberücksichtigt, die durch die Bereitstellung öffentlicher Güter entstehen.

Da Einwanderer jünger sind, können sie allerdings gleichzeitig auch dazu beitragen, einen Teil der finanziellen Belastung, der sich dadurch ergibt, dass die Babyboomgeneration in den Ruhestand geht, auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Junge berufstätige Einwanderer kommen für die Finanzierung der Rentenzahlungen an die Babyboomgeneration auf und haben später, wenn sie selbst in den Ruhestand gehen, Rentenansprüche.

Abb. 18

Qualifikationsstruktur der Asylbewerber in Deutschland im Jahr 2015



Battisti, Felbermayr und Poutvaara (2015) betonen, dass die fiskalischen Effekte der Einwanderung entscheidend davon abhängen, ob die Integration der Einwanderer in den Arbeitsmarkt erfolgreich ist. Um die Wohlfahrtseffekte der Einwanderer auf die einheimische Bevölkerung zu verbessern, ist es von entscheidender Bedeutung, sowohl ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, als auch für flexible Arbeitsmärkte zu sorgen, die eine Anpassung der Löhne ermöglichen.

Nach deutschem Gesetz ist für Asylsuchende und Geduldete die Arbeit in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts ganz verboten (vgl. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 1992). Aber auch danach haben sie nur schlechte Chancen, eine Arbeitsstelle zu bekommen, weil es »bevorrechtigte Arbeitnehmer« gibt. Dies sind Deutsche, aber auch EU-Ausländer oder anerkannte Flüchtlinge. Die Vorrangregel sollte fallen.

Wie Battisti und Felbermayr (2015) zeigen, verdienen fast 50% der in den letzten fünf Jahren aus Ländern außerhalb des westlichen Kulturkreises zugewanderten Menschen im Alter von 25 bis 55 Jahren im Jahr 2013 einen Stundenlohn unter dem damaligen Äquivalent des heutigen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde. Für Einheimische betrug der Anteil 12%. Diese Ergebnisse legen nahe, dass der Mindestlohn und andere Arbeitsmarktregulierungen einen bedeutenden Anteil gering qualifizierter Einwanderer vom Arbeitsmarkt ausschließen werden. Es ist zu erwarten, dass Flüchtlinge viel stärker von solchen negativen Effekten betroffen sind als Arbeitsmigranten.

Literatur

Battisti, M. und G. Felbermayr (2015), »Migranten im deutschen Arbeitsmarkt: Löhne, Arbeitslosigkeit, Erwerbsquoten«, *ifo Schnelldienst* 68(20), 39–47.

Battisti, M., G. Felbermayr und P. Poutvaara (2015), »Einwanderung: Welchen Nutzen hat die einheimische Bevölkerung«, *ifo Schnelldienst* 68(18), 42–51.

Bonin, H. (2015), »Langfristige fiskalische Erträge künftiger Zuwanderungen nach Deutschland«, *Wirtschaftsdienst* 95(4), 262–268.

Bundesagentur für Arbeit (2015), *Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitreihen bis 2014*, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014a), *Ablauf des deutschen Asylverfahrens*, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014b), *Das Bundesamt in Zahlen 2014 – Asyl, Migration und Integration*, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015a), »Aktuelle Meldung – Sehr hoher Asyl-Zugang im September«, verfügbar unter: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20151007-asylgeschaefststatistik-september.html>, aufgerufen am 30. Oktober 2015.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015b), *Aktuelle Zahlen zu Asyl – Ausgabe September 2015*, Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015c), *Prognoseschreiben zur Zahl der im Verteilungssystem EASY registrierten Personen nach § 44 Abs. 2 AsylVfG*, Nürnberg.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (1992), *Asylverfahrensgesetz (AsylVfG)*, verfügbar unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylvf_g_1992/gesamt.pdf, aufgerufen am 14. September 2015.

Bundesministerium des Innern (2015), »Anhaltend hoher Asylzugang im Oktober 2015«, verfügbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/11/asylantraege-oktober-2015.html>, aufgerufen am 9. November 2015.

Die Zeit (2015), »Bamf vermutet 290 000 unregistrierte Flüchtlinge in Deutschland«, verfügbar unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-09/fluechtlinge-bamf-zahlen-nicht-registrierte-fluechtlinge>, aufgerufen am 19. November 2015.

Eurostat (2015a), »Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber«, monatliche Daten [migr_asyappctzm], <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>, aufgerufen am 30. Oktober 2015.

Eurostat (2015b), »Bevölkerung am 1. Januar nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit«, [migr_pop1ctz], <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>, aufgerufen am 30. Oktober 2015.

Eurostat (2015c), »Einwanderung nach Geschlecht, fünfjährigen Altersgruppen und Staatsangehörigkeit«, [migr_imm1ctz], <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>, aufgerufen am 30. Oktober 2015.

IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) (2015), *Aktuelle Berichte – Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015*, Nürnberg.

Statistisches Bundesamt (2015a), »Bevölkerungsstand«, verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Bevoelkerungsstand.html>, aufgerufen am 30. Oktober 2015.

Statistisches Bundesamt (2015b), *Bildungsstand der Bevölkerung 2015*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015c), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2014*, Wiesbaden.

UNHCR (2015), »Syria Regional Refugee Response«, verfügbar unter: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>.

Am 28. Oktober 2015 fand der diesjährige ifo Branchen-Dialog statt, wiederum unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Rund 200 Vertreter aus Wirtschaft und Politik nahmen daran teil. Wie üblich folgten auf Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Themen vier Foren zur Industrie und zum Handel (Parallelveranstaltung) sowie zur Bauwirtschaft und zu den Dienstleistungen (Parallelveranstaltung). Der nächste ifo Branchen-Dialog findet am 9. November 2016 in den Räumen der IHK für München und Oberbayern statt.

Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK München und Oberbayern, begrüßte als Hausherr die Gäste. Sasse konzentrierte sich in seiner Einführung auf einige aktuelle wirtschaftspolitische Themen. An erster Stelle stehe derzeit das Flüchtlingsproblem. Nach Sasse muss in diesem Zusammenhang das gegenwärtig gültige Aufenthalts- und Arbeitsrecht hinterfragt werden. Frühzeitig hätten die bayerischen IHKs das Modell 3 + 2 in die Debatte eingebracht. Während der Ausbildung sowie zwei Jahre danach sollen bei diesem Modell Jugendliche bzw. junge Erwachsene nicht abgeschoben werden dürfen. Dies schaffe Rechtssicherheit für Betriebe, die Flüchtlinge ausbilden.

Änderungen beim Mindestlohn müssen nach Sasse ebenfalls diskutiert werden. Die IHKs stellen den Mindestlohn nicht grundsätzlich in Frage und fordern auch keine Senkung. Zwei Änderungen seien jedoch notwendig:

1. Die im Mindestlohngesetz verankerte Ausnahmeregelung für Jugendliche bis 18 Jahre, die über keine abgeschlossene Ausbildung verfügen, müsse auf die Altersgrenze von 25 Jahren angehoben werden. Für Jugendliche bzw. junge Erwachsene ist es derzeit nämlich kurzfristig attraktiver, eine mit Mindestlohn bezahlte Stelle anzutreten, als eine Ausbildung zu beginnen. Dieser falsche Anreiz müsse korrigiert werden, denn viele Flüchtlinge sind Jugendliche bzw. junge Erwachsene.
2. Praktika stellen einen wichtigen Qualifizierungsschritt nicht zuletzt für Flüchtlinge dar. Auch hier leiste der Mindestlohn nach Sasse einen Bärendienst. Wie Umfragen der bayerischen Handelskammern zeigten, habe rund ein Drittel der bayerischen Unterneh-

men die Zahl ihrer Praktikumsplätze aufgrund der Mindestlohnregelungen reduziert. Zusätzliche Ausnahmeregelungen könnten dazu beitragen, dass Unternehmen wieder mehr Praktikumsplätze anbieten.

Der Boom in Deutschland bekommt nach Sasse aus folgenden Gründen Risse:

1. Das Exportgeschäft werde deutlich schwieriger. Lange Jahre hätten die Schwellenländer, allen voran China, das Wachstum der Weltwirtschaft angetrieben. China, für Bayern mittlerweile das dritt wichtigste Exportland, habe sein wirtschaftliches Tempo deutlich gedrosselt. Andere Schwellenländer, die stark von Rohstoffexporten abhängig sind, seien ebenfalls unter Druck: Aufgrund der niedrigen Preise sanken ihre Einnahmen deutlich. Dies bremse die Nachfrage, auch nach Produkten aus Deutschland und damit den deutschen Export.
2. Einen weiteren Riss bekomme der Boom in Deutschland, da die Inlandsnachfrage vor allem vom privaten Konsum der Haushalte angetrieben wird. Die Unternehmen investierten trotz gut laufender Geschäfte zu wenig. Für Produktivitätsfortschritte in Deutschland seien jedoch Investitionen in Maschinen und Anlagen zentral. Werde zu wenig investiert, bremsten uns in Zukunft nicht nur Schlaglöcher in den Straßen und marode Brücken aus, sondern der Kapitalstock in Deutschland veralte. Damit setze Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel.
3. Der dritte Riss entstehe durch den Fachkräftemangel. Nach einer Umfrage der bayerischen Industrie- und Handelskammern sehen ihn 43% der Unternehmen als Risiko für ihre Ge-



Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK München und Oberbayern

schäftsentwicklung an – so viele wie noch nie seit Beginn der Abfrage im Jahr 2010. Dies habe Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, denn der Mangel beschränke einerseits die Expansionsmöglichkeiten der Unternehmen, andererseits führe er zu höheren Arbeitskosten.

Der vierte Riss käme von der Wirtschaftspolitik: Sasse vermisst ein klares Bekenntnis der Politik zum Wachstum. Dies ließe sich z.B. am geplanten Ausbau des Flughafens München festmachen: Nach zehn Jahren Planung, Genehmigungsverfahren und Klärung aller juristischer Fragen, werde nun wieder diskutiert, ob das Ganze überhaupt sinnvoll sei. Ein Scheitern hätte Signalcharakter für ganz Deutschland. Einerseits werden die Unternehmen hinterfragen, ob Gleiches bei anderen staatlichen Großprojekten drohe. Zweifel an einer Realisierung an, werden sie ihre eigenen Investitionsentscheidungen überdenken und im schlimmsten Fall ganz davon abrücken. Andererseits zeigt ihnen ein Nein zur Startbahn, dass ein weiteres Wachstum in Bayern politisch nicht gewollt ist.

Abschließend bekundete Sasse das Interesse der IHK, die Tradition des Branchen-Dialogs, der gemeinsam vom ifo Institut und der IHK durchgeführt wird, auch in den nächsten Jahren fortzusetzen, wenn Prof. Clemens Fuest die Präsidenschaft des ifo Instituts von Prof. Sinn übernommen habe.

Im Anschluss an diese Einführung referierte **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn**, Präsident des ifo Instituts, zum Thema »Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Welt«. Nach Sinn befindet sich die Weltwirtschaft in einem leichten Aufwärtsprozess, der seine Impulse vorwiegend aus den USA und erfreulicherweise zunehmend auch aus Europa erhält. Die Schwellenländer, die über viele Jahre die Weltwirtschaft angetrieben haben, leiden dagegen mehrheitlich unter den stark gesunkenen Rohstoffpreisen. Dies gelte insbesondere für Brasilien und Russland. In China sei demgegenüber die wirtschaftliche Dynamik zwar stärker, aber bei weitem nicht mehr so lebhaft wie in der Vergangenheit. Am



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, und Dr. Gernot Nerb

besten von allen Schwellenländern entwickle sich derzeit die Wirtschaft in Indien.

In der Eurozone seien konjunkturelle Erholungstendenzen erkennbar. Allerdings erscheine der Aufschwung noch nicht überall gefestigt, so z.B. in Frankreich und Italien, ganz zu schweigen von Griechenland. Am Beispiel Griechenlands ging Sinn auf die gewaltigen öffentlichen Kredithilfen ein. Insgesamt beliefen sie sich bis heute in Griechenland auf 358 Mrd. Euro. Als negativer Effekt der Rettungskredite sei klar erkennbar, dass die neuen Schuldverhältnisse zwischen den Euroländern die Völker Europas gegeneinander aufgebracht hätten.

Abschließend befasste sich Sinn mit der Flüchtlingsproblematik, die er unter dem Titel »Die Völkerwanderung« behandelte. Neben sofortigen Sprachkursen in Deutsch und einer Berufsausbildung schlug Sinn die Aussetzung des Mindestlohns vor, damit eine Integration am Arbeitsmarkt gelingen könne. Dies müsse zumindest für alle jungen Arbeitnehmer ohne Qualifikation gelten. Auch müssten die Hilfen für Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens massiv ausgebaut werden. Gleichzeitig sollten die Außengrenzen des Schengen-Raums gesichert und der Binnenmarkt funktionstüchtig gehalten werden. Eine wirksame Einreisekontrolle an der deutschen Grenze wäre nützlich.

Branchenforum 1: Konjunkturelle und strukturelle Perspektiven für die Industrie

Michael Ebnet, Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg

Der Beitrag der deutschen Industrie zum Bruttoinlandsprodukt ist unverändert hoch, ...

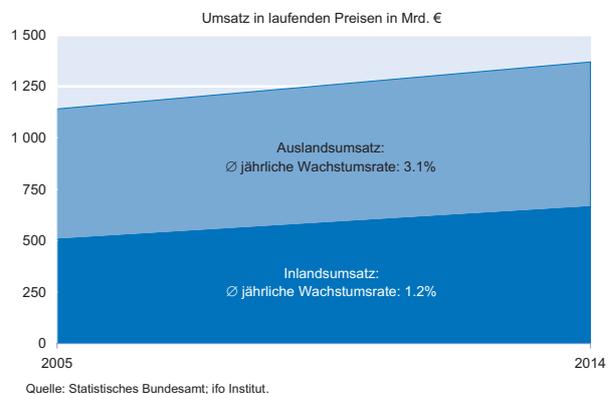
Die Überwindung der Krise im Euroraum war vor allem daran zu erkennen, dass 2014 die meisten Länder der Währungszone wieder ein Wirtschaftswachstum erzielen konnten. Die deutsche Wirtschaft hat 2014 nach dem schwachen Wachstum im Jahr 2013 deutlich zugelegt und damit besser abgeschnitten als die beiden anderen gewichtigen Volkswirtschaften der Eurozone, Frankreich und Italien. Unter den großen EU-Ländern erreichte allein das nicht zum Währungsraum gehörende Großbritannien ein höheres Wachstum. Von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung Deutschlands war die Leistungskraft des Verarbeitenden Gewerbes, das sich nach wie vor durch eine starke Wettbewerbsposition auszeichnet und seine Stellung auf den Weltmärkten behaupten konnte. Die besondere Position des Verarbeitenden Gewerbes für Deutschland manifestiert sich in dem vergleichsweise hohen Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung: Dieser Anteilswert ist hier zu Lande fast doppelt so hoch wie in anderen großen Ländern der EU und stieg 2014 leicht auf 22,6%, auch im ersten Halbjahr 2015 verblieb er auf diesem Niveau. Insgesamt ist die industrielle Wertschöpfung 2014 real um 2,3% höher ausgefallen; damit hat sie sich besser entwickelt als das Bruttoinlandsprodukt, das um 1,6% stieg. Wie es in den kommenden beiden Jahren weitergeht, hängt wie schon in der Vergangenheit stark von der Auslandsnachfrage ab.

... dank ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihres Erfolges auf den Weltmärkten

Seit dem Ende der Finanzkrise hat das Verarbeitende Gewerbe einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung in Deutschland geleistet, mit hohen Zuwachsraten und einer Ausweitung der Beschäftigung. Für diese positive Entwicklung war die Auslandsnachfrage – insbesondere aus Schwellenländern – verantwortlich. Seit 2012 hat sich das Wachstum der Exportnachfrage aus dieser Region jedoch spürbar verlangsamt.

Seit langem setzen die deutschen Industrieunternehmen einen immer größeren Teil ihrer Produktion auf Auslandsmärkten in Übersee ab. Zum einen ist diese Entwicklung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, zum anderen aber auch der technologischen Stärke in bestimmten Produktbereichen geschuldet. Die zunehmende Abhängigkeit der Industrie vom Aus-

Abb. 1
Verarbeitendes Gewerbe: Kaum Wachstum ohne Exporte



land muss aber auch im Kontext eines Inlandsmarkts gesehen werden, der kaum Chancen zur Expansion bietet. So ist der Inlandsumsatz von 2005 bis 2014 mit einer mittleren jährlichen Rate von 1,2% – gerechnet in laufenden Preisen – gewachsen (vgl. Abb. 1), was in etwa der durchschnittlichen Steigerung der Erzeugerpreise entspricht. Der Inlandsmarkt hat also real gerechnet stagniert.

Demgegenüber waren die Industrieunternehmen im gleichen Zeitraum in der Lage, ihren Auslandsumsatz um durchschnittlich 3,1% p.a. auszuweiten. Aufgrund der Exporterfolge ist also der Beitrag der Industrie zum Bruttoinlandsprodukt stabil geblieben, während in anderen reifen Volkswirtschaften der industrielle Beitrag stetig gefallen ist.

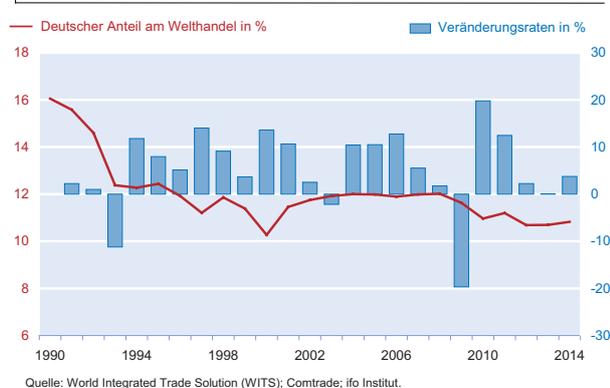
Bei einer dem Inland vergleichbar schwachen Entwicklung des Auslandsgeschäfts über den Betrachtungszeitraum wäre der industrielle Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt 2014 um rund ein Zehntel geringer ausgefallen. Dies bedeutet, dass in erster Näherung ohne den Erfolg deutscher Unternehmen auf Auslandsmärkten im Jahre 2014 rund 500 000 Arbeitnehmer weniger in der Industrie beschäftigt gewesen wären.

Die Weltwirtschaft im Umbruch fordert die vom Ausland abhängige Industrie immer wieder neu heraus

Den aktuellen Herausforderungen wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt nicht nur, dass die früher bewältigten Risiken nicht zu unterschätzen waren, sondern gibt auch Hinweise, welche Entwicklungen in der Zukunft zu erwarten sind.

Eine Analyse des deutschen Außenhandels bietet diesbezüglich Interessantes. In den Jahren nach 1987 erlebte die deutsche Industrie eine Revitalisierung, die in der öffentlichen Wahrnehmung primär einer gestiegenen Wettbewerbsfähig-

Abb. 2

Deutscher Export von Industrieerzeugnissen in die Welt

keit zugeschrieben wurde. Ein wesentlicher Einflussfaktor war neben konjunkturellen Elementen jedoch die Stabilität der Wechselkurse im europäischen Währungssystem. Bis 1992 kam es nur zu einem einzigen Realignment gegenüber den Partnerländern, so dass es aufgrund der gegenüber den Partnerländern niedrigeren Inflation in Deutschland zu einer laufenden Verbesserung der Preiswettbewerbsfähigkeit gekommen war.

Der Erfolg deutscher Unternehmen im europäischen Ausland war wesentlich durch diesen von Jahr zu Jahr stärkeren Effekt getrieben worden. Die im Verlauf des Jahres 1992 einsetzenden Turbulenzen auf den Währungsmärkten löschten den Vorteil binnen kurzem aus.¹ Die Folgen für die deutsche Industrie, die zu dieser Zeit noch stärker als aktuell von der Nachfrage aus Europa abhängig war, haben deutliche Spuren bei den deutschen Exporten von Industrieprodukten hinterlassen, deren Anteil am Welthandel zwischen 1990 und 1993 von 16% auf 12% fiel (vgl. Abb. 2).

Die Industrialisierung der Schwellenländer gewinnt schon in den 1990er Jahren an Fahrt, ...

Schon in den 1990er Jahren war der internationale Handel durch die beginnende Industrialisierung der Schwellenländer, vor allem die kleineren asiatischen Volkswirtschaften wie Südkorea, Taiwan, Thailand und Singapur, gekennzeichnet. China wuchs ebenfalls kräftig, besaß aber noch nicht die eine Dekade später herausragende Stellung im globalen Konzert. Überlagert wurde dieser Industrialisierungsprozess durch den Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), deren Diffusion die Struktur des Welthandels veränderte. Der Anteil der zu-

¹ Direkter Auslöser war die Bundesbank, die in der Folge der deutschen Wiedervereinigung die sich beschleunigende Inflation mit einer Anhebung der Leitzinsen bekämpfte. Da sich andere Partnerländern im EWS in einer Phase des konjunkturellen Abschwungs befanden, konnten die Zentralbanken ihre Geldpolitik nicht anpassen, ohne die rezessiven Tendenzen zu verschärfen. Es kam zu einer massiven Aufwertung der DM, die für Deutschland zu einer existentiellen Krise der Industrie führte.

nehmend in Asien produzierten IKT-Hardware im grenzüberschreitenden Warenverkehr stieg massiv an. Die deutsche Industrie, die in diesen Technologien nur schwach vertreten ist, verlor weitere Anteile am weltweiten Handel mit Industriewaren.

... wurde aber noch bis 2001 vom dynamischen Wachstum der New Economy überlagert

Im Höhepunkt der New Economy brach die Spekulationsblase zusammen. Überzogene Erwartungen von Investoren und betrügerische Pleiten (Enron, Worldcom), die zu einer massiven Kapitalvernichtung geführt hatten, brachten zusammen mit den Terrorattacken vom 11. September 2001 die Weltwirtschaft an den Rand des Ruins. Alan Greenspan, damaliger Chef der Federal Reserve, verhinderte wie schon in den 1990er Jahren bei der Asien- und Russlandkrise einen Zusammenbruch durch eine entschlossene Lockerung der Geldpolitik. Die dadurch ausgelöste Geldschwemme legte jedoch auch die Grundlage für die US-Immobilienblase, deren Platzen den Auftakt für die spätere Weltfinanzkrise 2008/09 lieferte.

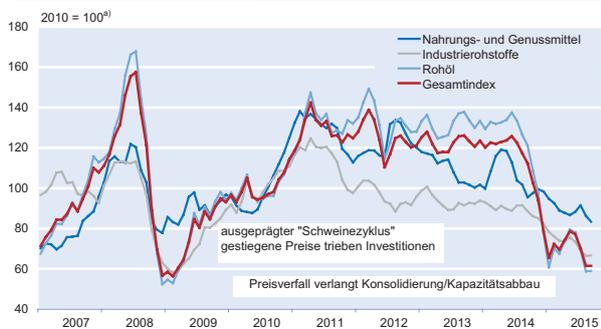
Die Geldpolitik der US Zentralbank befeuerte die Investitionstätigkeit der Schwellenländer und löste einen außerordentlichen Wachstumsschub aus

Die Geldpolitik der Fed wirkte über die USA hinaus global. Investoren versuchten, den niedrigen amerikanischen Zinsen zu entkommen, und fanden lukrative Anlagemöglichkeiten in den Schwellenländern, deren Industrialisierungsprozesse sich dank günstiger Finanzierung beschleunigten. In diesem Zusammenhang liegt eine der zentralen Erklärungen für das Ausnahmewachstum der Weltwirtschaft im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts.

Die explodierende Nachfrage nach Rohstoffen beschleunigt prozyklisch das globale Wachstum

In Folge der Industrialisierung und der zunehmenden Produktion physischer Güter stieg die Nachfrage nach Rohstoffen so stark an, dass das Angebot nicht folgen konnte. Die Engpässe ließen die Preise zeitweise explodieren. Nur kurz – während der akuten Phase der Finanzkrise – kam es zu einem Einbruch der Rohstoffpreise, die anschließend wieder auf das vorherige Niveau hochschossen. Erst die seit 2012 festzustellende Verlangsamung des globalen Wachstums in Verbindung mit den in den vergangenen Jahren bis zuletzt in Betrieb genommenen Kapazitäten zur Rohstoffförderung und -verarbeitung bewirkten einen Preisverfall. Das Preisniveau für Rohstoffe ist auf dem niedrigsten Niveau seit 6,5 Jahren (vgl. Abb. 3).

Abb. 3
HWWI-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe
 US-Dollar-Basis



^{a)} Monatsdurchschnitte (der Durchschnitt für den letzten ausgewiesenen Monat ist unvollständig, solange der Monat nicht abgeschlossen ist).

Quelle: HWWI.

Die vom Verfall der Rohstoffpreise betroffenen Unternehmen streichen ihre Investitionsbudgets zusammen

Viele der im Boom in Betrieb genommenen Förder- und Produktionsanlagen arbeiten zu Grenzkosten, die bei den gegenwärtigen Marktpreisen nicht mehr wirtschaftlich sind. Dies gilt insbesondere für eine Reihe der Fördereinrichtungen für eher kleinere Vorkommen von Schiefergas in den USA. So wie der Nachfrageschub nach Rohstoffen und die folgenden Investitionen im letzten Jahrzehnt das weltwirtschaftliche Wachstum noch verstärkten, bremst der Preisverfall jetzt das dringend benötigte Wachstum zusätzlich. In großem Umfang werden Investitionsprojekte, soweit möglich, gestoppt oder ihre Realisierung weit in die Zukunft verschoben. Die Rohstoffmärkte sind auf dem Weg zu einem neuen Gleichgewicht. Wie schnell es erreicht wird, hängt u.a. vom Wachstum der Weltwirtschaft und insbesondere von China ab. Die Volksrepublik zieht rund 30% des weltweiten Angebots an Eisenerz und etwa die Hälfte des Angebots an Kupfer auf sich. Die Nachfrage nach Ausrüstungen für die Förderung von Rohstoffen und ihre erste Verarbeitung wird erst dann wieder deutlich zunehmen, wenn die Preise wieder auf ein spürbar höheres Niveau steigen. Der Boom des letzten Jahrzehnts hat einen »Schweinezyklus« ausgelöst, der auch in Zukunft Übertreibungen erwarten lässt.

Die unorthodoxe Geldpolitik der Fed im Gefolge der Finanzmarktkrise stimulierte die Wirtschaft der Schwellenländer bis 2012, ...

Im Zuge der Finanzkrise ab 2007 hatte die Fed mit der Absenkung der Leitzinsen auf 0% ihre geldpolitische Handlungsfähigkeit ausgeschöpft. Um auch die Kapitalmarktzinsen zu senken, begann sie auch verbriefte Forderungen zu kaufen. Dieses Ende 2008 gestartete sogenannte »Quantitative Easing« (QE) wurde mit verschiedenen Programmen bis Oktober 2014 fortgesetzt. Wie schon in der Ära

Greenspan ließen sich die Effekte nicht auf die USA beschränken.

... seitdem hemmt sie deren Entwicklung mit ihren Maßnahmen zur Normalisierung der Geldpolitik

Investoren nutzten die in den Schwellenländern höheren Zinsniveaus, was im Laufe der Jahre insbesondere im Unternehmenssektor zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldung auf Dollarbasis führte. Die Ankündigung der Fed am 22. Mai 2013, den Ankauf verbriefter Forderungen zurückzufahren, löste Turbulenzen auf den Finanzmärkten aus (Taper Tantrum). Investoren ziehen sich seitdem aus den Schwellenländern zurück. Der Kapitalabfluss hemmt zunehmend deren wirtschaftliche Entwicklung.

Der nächste Schritt, nachdem die Fed das QE eingestellt hat, besteht in einer Anhebung der Leitzinsen. Zwar bietet die robuste Verfassung der Binnenwirtschaft der USA die Möglichkeit hierzu, jedoch befinden sich viele Schwellenländer in einer labilen Verfassung, die das Federal Open Market Committee (FOMC) bisher zu Zurückhaltung veranlasst hat. Eine Zinserhöhung für Ende 2015 oder Anfang 2016 wird inzwischen mit hoher Sicherheit erwartet. Zusammenfassend ist für die Schwellenländer zu konstatieren, dass die amerikanische Geldpolitik in den kommenden beiden Jahren das Wachstum in dieser Ländergruppe und damit auch die deutschen Industrieexporte eher bremsen wird.

Zusätzliche Probleme in den Schwellenländern verhindern ein ähnlich dynamisches Wachstum wie im vergangenen Jahrzehnt

Die BRIC-Staaten sind beispielhaft für die vielfältigen Probleme, denen sich die Schwellenländer gegenübergestellt sehen. Ihre Entwicklung wird im Folgenden betrachtet, um Chancen und Risiken für die deutsche Industrie in dieser Region aufzudecken.

In Brasilien konkurrieren zunehmend Schwellenländer mit deutschen Anbietern ...

Brasilien hat traditionell enge Verbindungen zur deutschen Industrie, sowohl durch Direktinvestitionen als auch über den Außenhandel. Allerdings haben die deutschen Exporte in diese Region in den vergangenen Jahrzehnten – gemessen an den brasilianischen Einfuhren von Industrieerzeugnissen – laufend an Bedeutung verloren. Dies erklärt sich teils über die Veränderungen in der Handelsstruktur, teils über neue Konkurrenten wie Taiwan, Südkorea etc. Eine wichtige Erklärung für den Rückgang deutscher Exporte in den letzten

Jahren liegt in der wirtschaftspolitischen Annäherung von China und Brasilien, die durch komplementäre Interessen getrieben wird: China wünscht, Industrieprodukte abzusetzen, und Brasilien wünscht, Absatzmärkte für Rohstoffe und Agrarprodukte zu erschließen. Auf dem Feld der Handelspolitik ist die deutsche Industrie aufgrund einer von der europäischen Agrarlobby gegen eine Marktöffnung für brasilianische Erzeugnisse getriebenen Politik benachteiligt.

... in einem wirtschaftlich schwieriger werdendem Umfeld

Gegenwärtig leidet die brasilianische Wirtschaft unter einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Dies ist besonders schmerzlich für die technologisch leistungsfähige brasilianische Industrie, die unter hohen Kosten ächzt. Die Arbeitslosigkeit steigt an. Hinzu kommen der weltweite Verfall der Preise auf den Rohstoffmärkten, der das Defizit der Leistungsbilanz weiter vertieft, und das sich in den vergangenen zwei Jahren massiv ausweitende Haushaltsdefizit weiter wachsen lässt. Eine in Skandale verwickelte Regierung beschränkt die Handlungsfähigkeit, um die Schwierigkeiten auflösen zu können. Es muss davon ausgegangen werden, dass der leichte Rückgang der deutschen Ausfuhren von Industrierzeugnissen nach Brasilien 2015 sich im kommenden Jahr beschleunigt fortsetzt.

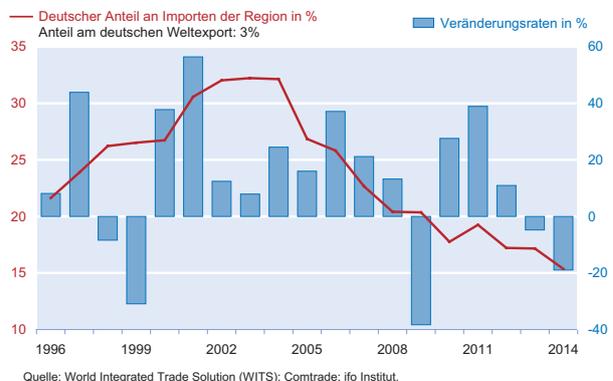
Deutsche Unternehmen spüren im traditionell gut erschlossenen russischen Markt vermehrt chinesische Konkurrenz, ...

Traditionell bestehen enge Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist das Interesse nicht mehr wie in der Vergangenheit stark auf deutsche Waren fokussiert. Auf den Märkten der russischen Föderation herrscht seitdem ein schärferer Wettbewerb unter Anbietern aus vielen Ländern. Seit der Mitte des letzten Jahrzehnts sind es insbesondere chinesische Erzeugnisse, die in den Markt drängen. Der Anteil deutscher Industrierzeugnisse an den russischen Importen sinkt stetig (vgl. Abb. 4). Hierfür sind nicht nur chinesische Waren für den privaten Verbrauch und Elektronik verantwortlich, die nicht in direktem Wettbewerb mit deutschen Industrierzeugnissen stehen. Es handelt sich auch um Maschinen und Ausrüstungen.

In den Jahren 2000 bis 2004 wurden unter Putin wichtige Wirtschaftsreformen durchgeführt. Steigende Rohstoffpreise und Auslandskapital trieben eine von Investitionen getragene Entwicklung, die die Nachfrage nach deutschen Maschinen und Ausrüstungen förderte. In den Folgejahren erlahmten die Reformen und politisch motivierte Prozesse veranlassen Investoren, sich zurückzuziehen.

Abb. 4

Deutscher Export von Industrierzeugnissen in die Russische Föderation



... leiden zusätzlich unter den westlichen Sanktionen, einer reformfeindlichen Innenpolitik und den rezessiven Tendenzen im Markt

Mit dem Verfall der Rohstoffpreise ist die russische Wirtschaft in schwieriges Fahrwasser gekommen. Die in der Folge der Annektierung der Krim 2014 in Kraft getretenen Sanktionen haben die Lage weiter erschwert. Russland befindet sich seit 2015 in einer Rezession. Parallel zu den seit einigen Jahren rückläufigen Investitionen sind auch die deutschen Industriegüterexporte auf dem Rückzug. Seit 2013 fallen sie beschleunigt, und auch das laufende Jahr wird mit einer hohen zweistelligen Minusrate abschließen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht, für 2016 wird mit einer Stagnation auf niedrigem Niveau gerechnet. Selbst wenn im kommenden Jahr die Sanktionen aufgehoben werden sollten, kann nicht vor 2017 mit einer Zunahme der deutschen Exporte gerechnet werden.

Indien bietet trotz schwieriger Rahmenbedingungen Chancen für Wachstum, ...

Indien hat 1995 mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation einen wichtigen Schritt zur internationalen Öffnung getan. Das Land tut sich allerdings schwer, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Nichttarifäre Marktzutrittsbarrieren und eine unzureichende Infrastruktur behindern ausländische Unternehmen. Im vergangenen Jahrzehnt expandierte Indien wesentlich schwächer als China. Seit 2013 – als das Wachstum der meisten Schwellenländer in einem schwieriger werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld an Dynamik verlor – erweist sich die indische Wirtschaft als robust.

Die deutsche Industrie hatte mit dem Beitritt Indiens zur WTO – gemessen an den Importen von Industrierzeugnissen – Marktanteile verloren. Nach einer Phase der Stabilität haben sich die Verluste ab 2010 bis zum aktuellen Rand fortgesetzt. Die Ursache für die schwache Entwicklung liegt in der starken und wachsenden Präsenz asiatischer Unter-

nehmen, namentlich aus Japan und Korea, die u.a. im Straßenfahrzeugbau eine starke Marktstellung in Indien erreicht haben.

... die die deutsche Industrie in den kommenden Jahren nutzen kann

Die Regierung Modi verfolgt einen wirtschaftsfreundlichen Kurs. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit legen aber nahe, dass ein rascher Erfolg beim Abbau von bürokratischen Hemmnissen nicht zu erwarten ist. Der Einfluss nationaler Interessenvertretungen bremsen ebenso wie regionale Disparitäten und die föderale Struktur. Unternehmen, die den Markt erschließen wollen, benötigen einen langen Atem. Die deutschen Exporte nach Indien waren in den letzten Jahren trotz der expandierenden Wirtschaft rückläufig. Für 2015 wird ein zweistelliges Minus erwartet. Es bestehen jedoch gute Aussichten für die deutsche Industrie in den kommenden Jahren an der Aufwärtsentwicklung der indischen Wirtschaft zu partizipieren. Es herrscht ein hoher Bedarf an Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung. Außerdem hat das Land einen hohen Nachholbedarf bei der Industrialisierung und dem Einsatz moderner Fertigungstechnik.

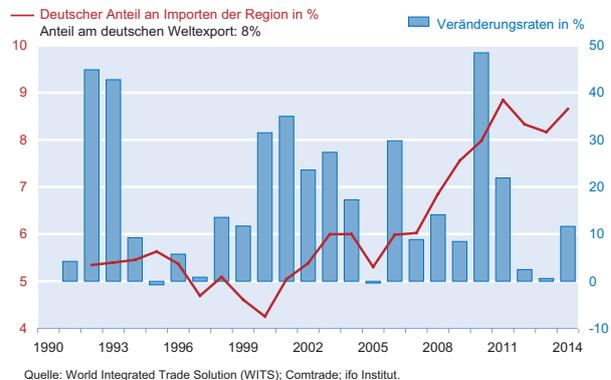
Die deutsche Industrie profitierte überproportional von der Industrialisierung Chinas im letzten Jahrzehnt, ...

Die Volksrepublik China hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zum industriellen Powerhouse der Weltwirtschaft entwickelt. Der Volkswagenkonzern war eines der ersten marktwirtschaftlichen Großunternehmen, das in China in großem Maßstab produzierte. In der Frühphase folgten Zulieferer und Maschinenbauer ihren Großkunden und profitierten von der langfristig kontrollierten Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft. Deutsche Unternehmen lieferten in der Phase der Industrialisierung die notwendigen Maschinen und Ausrüstungen. Der Anteil Deutschlands an den stark wachsenden chinesischen Einfuhren von Industrieerzeugnissen stieg in diesen Jahren überproportional von 5% auf 9% an (vgl. Abb. 5).

Die chinesische Wirtschaft war 2010 das letzte Mal mit zweistelliger Rate gewachsen, seitdem lässt die Dynamik im Trend nach. Der Bauboom der vergangenen Jahre, der die Wirtschaft am Laufen hielt, erwies sich als eine die finanzwirtschaftliche Stabilität Chinas gefährdende Fehlallokation von Ressourcen. Auch die Industrie berichtet von nicht mehr auszulastenden Überkapazitäten.

China steht vor einem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Nach einer vom Export getriebenen Industrialisie-

Abb. 5
Deutscher Export von Industrieerzeugnissen nach China



rung muss ein Umschwung zu einer mehr auf die Binnen- nachfrage gerichteten Wirtschaft geschafft werden. Dementsprechend verändert sich auch der Markt für deutsche Unternehmen, deren Position im weltweiten Wettbewerb durch ihre Stärke bei Ausrüstungen für die Industrie liegt. Es geht nicht mehr um die Errichtung neuer Kapazitäten, sondern um die effiziente Gestaltung vorhandener Produktionsanlagen. Deutsche Initiativen zur Forcierung von Industrie 4.0 bieten Chancen mit der Rationalisierung von Fertigungsabläufen weiter im Geschäft zu bleiben. Die Chancen für den Fahrzeugbau hängen dagegen vor allem von der Konsumneigung und der Kaufkraft der neuen chinesischen Mittelschicht ab. Darüber hinaus müssen Maßnahmen der Regierung zur Begrenzung des Individualverkehrs und der Umweltbelastung für eine Abschätzung des zukünftigen Potenzials ins Kalkül gezogen werden.

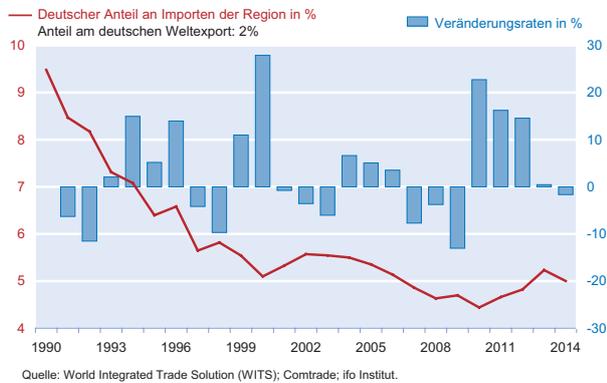
... wird aber aufgrund des Wandels in der chinesischen Wirtschaft in Zukunft nur noch unterproportional vom Wachstum profitieren

Für 2015 werden die deutschen Exporte nach China erstmals seit vielen Jahren zurückgehen. Angesichts des hohen Niveaus deutscher Lieferungen nach China und des Strukturwandels ist ein Wiederanstieg in den kommenden beiden Jahren nicht als sicher anzusehen. Es muss davon ausgegangen werden, dass nicht nur die chinesischen Importe von Industrieerzeugnissen in Zukunft schwächer als in der Vergangenheit wachsen werden. Auch der Anteil Deutschlands an diesen Importen wird sinken.

Japan ist industriell der stärkste Konkurrent Deutschlands, ...

Japans Industrie ist der wichtigste Konkurrent für Deutschland. Ihre Stärken liegen ebenfalls bei Investitionsgütern und dem Fahrzeugbau. Noch in den 1990er Jahren war Japan bei bestimmten Maschinen und Ausrüstungen für die Indus-

Abb. 6
Deutscher Export von Industrieerzeugnissen nach Japan



trie von deutschen Lieferungen abhängig. Diese Beziehung hat sich im Zeitverlauf deutlich gelockert. Beide Länder agieren im Bereich von Fertigungstechnologien auf Augenhöhe. Der Anteil Deutschlands an den japanischen Einfuhren von Industrieerzeugnissen ist von rund 10% auf nur noch rund 5% zurückgefallen (vgl. Abb. 6)

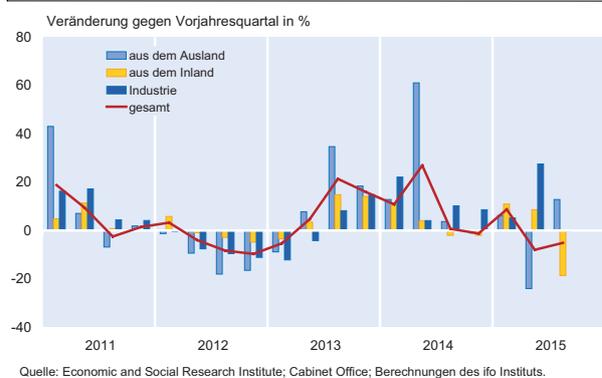
... als Absatzmarkt spielt das Land nur eine untergeordnete Rolle

Die japanische Volkswirtschaft befindet sich seit Mitte der 1990er Jahre in einer Phase hartnäckiger Stagnation, die bisher allen geld- und finanzpolitischen Maßnahmen widerstand. Auch die Reformen von Shinzo Abe konnten nichts daran ändern. Erschwerend kommt für Japans Industrie die starke Abhängigkeit von der chinesischen Wirtschaft hinzu. Die japanische Industrieproduktion, die schon 2014 rückläufig war, wird im vierten Quartal 2015 voraussichtlich wieder in negatives Territorium absinken. Eine durchgreifende Erholung im kommenden Jahr ist nicht zu erwarten. Dementsprechend sind auch die Aussichten für Industrieinvestitionen schlecht, was durch den scharfen Rückgang der inländischen Maschinenbestellungen im dritten Quartal 2015 bestätigt wird (vgl. Abb. 7). Die deutschen Exporteure müssen damit rechnen, dass ihre Lieferungen nach Japan in den kommenden beiden Jahren schrumpfen werden.

Die USA sind wieder der wichtigste überseeische Absatzmarkt

Die USA waren lange Jahre der wichtigste Auslandsmarkt für die deutsche Industrie. Im letzten Jahrzehnt hatte China die Rolle übernommen, bevor es zuletzt den Rang wieder an die USA abgeben musste (vgl. Tab. 1). Die zunehmende wirtschaftliche Dynamik in den Vereinigten Staaten und das

Abb. 7
Maschinenbestellungen in Japan



schwächelnde chinesische Wachstum sind hierfür verantwortlich. Hinzu kommt, dass sich Chinas Wirtschaft in einem Umbruch befindet, der vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern beeinträchtigt, einer Stärke der deutschen Industrie.

Die deutsche Industrie konnte ihre Position in den USA langfristig halten, ...

Bemerkenswert ist die Entwicklung des Anteils deutscher Industriegüterexporte an den amerikanischen Importen.² Er hat am aktuellen Rand wieder in etwa das Niveau erreicht,

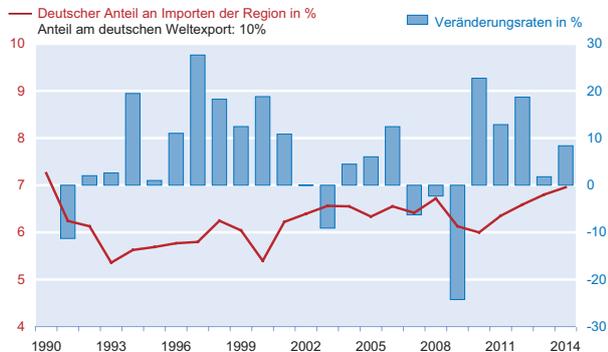
² Rund ein Zehntel der deutschen Industrieexporte werden in die USA geliefert. Der amerikanische Markt ist einer der wenigen in Übersee, auf denen deutsche Unternehmen langfristig Marktanteile gewonnen haben. Diese Fakten unterstreichen die Bedeutung des amerikanischen Marktes und damit auch des Freihandelsabkommens (TTIP) für die deutsche Wirtschaft. Sofern TTIP scheitert, müssten deutsche Unternehmen Nachteile im Wettbewerb gegenüber asiatischen Konkurrenten hinnehmen, die auf Grundlage der zwischenzeitlich unterzeichneten Transpazifischen Partnerschaft (TPP) in einem multilateralen Rechtsrahmen miteinander handeln und grenzüberschreitend sicher investieren können. Insbesondere die japanische Industrie, die auf vielen Märkten direkter Konkurrent der deutschen Industrie ist, würde dadurch einen Vorteil erhalten.

Tab. 1
Deutsche Industriegüterexporte in wichtigen Absatzregionen

Region	2014	2013	2014	2015 ^{a)}
	Anteile am Industriegüterexport (in %)	Veränderungsraten in % ^{b)}		
Vereinigte Staaten	10	1,8	8,4	25,0
Japan	2	0,5	-1,7	1,0
Brasilien	1	-1,8	-9,5	-2,0
Indien	1	-9,5	-3,6	-15,0
China	8	0,6	11,6	-3,0
Russische Föderation	3	-4,8	-18,9	-25,0
Euroland	34	-2,2	3,5	5,0
Sonstige EU	20	2,9	11,5	8,0
Sonstige Länder	21	1,2	-3,6	-3,1
Gesamt	100	0,1	3,8	4,0

^{a)} Schätzung für das Gesamtjahr. – ^{b)} Nominale Werte.
Quelle: World Integrated Trade Solution (WITS); Comtrade; ifo Institut.

Abb. 8

Deutscher Export von Industrieerzeugnissen in die Vereinigten Staaten

das er zuletzt Anfang der 1990er Jahre besaß (vgl. Abb. 8). Dies ist in Teilbereichen einer die Investitionsgüternachfrage stimulierenden Reindustrialisierung geschuldet. Hier ist aber auch der Erfolg der deutschen Automobilindustrie zu nennen, die es geschafft hat, die Präferenzen und den Geschmack einer breiten Mittelschicht zu treffen.

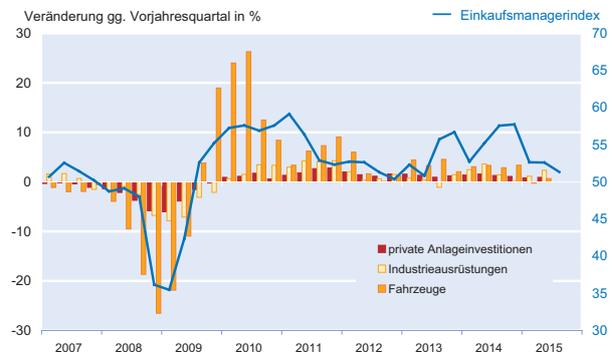
Die Auswirkungen des VW-Skandals auf die Performance deutscher Exporteure im US-Markt können gegenwärtig in keiner Weise zuverlässig abgeschätzt werden. Gravierende Folgen würde ein Verbot zum Betrieb schon zugelassener Kraftfahrzeuge haben, deren Betriebserlaubnis aufgrund der Nichteinhaltung von Vorschriften erlosch. Verschärfend könnte ein Verbot der Zulassung einzelner Fahrzeugtypen hinzukommen. Langfristig – und in gesamter Breite für die europäische Automobilindustrie von Bedeutung – wird politisch die Eignung der Dieselschicht für die Lösung von Umweltproblemen zu hinterfragen sein. Die Antwort auf diese Frage kann entscheidend für den Führungsanspruch Europas in der KFZ-Antriebstechnologie sein.

Für die Prognose der deutschen Industrieausfuhren in die USA wird – ebenso wie für den innereuropäischen Fahrzeugverkauf – davon ausgegangen, dass sich ein Rückgang des Absatzes von Pkw in Grenzen halten wird, da es nicht zu einem von den Marktregulatoren verhängtem Verkaufsverbot kommen wird. Unbenommen davon wird der VW-Skandal für Aktionäre und die Unternehmensfinanzierung erhebliche Auswirkungen haben, die den Spielraum für Innovationen und Investitionen einschränken. Unter diesen Prämissen werden die Exporte des deutschen Fahrzeugbaus in den kommenden zwei Jahren zwar erschwert, aber nicht massiv einbrechen.

... und die Perspektiven für die kommenden Jahre sind trotz des VW-Skandals gut

Die konjunkturelle Situation in den USA ist robust. Die Fed war in der Lage, im Oktober 2014 den Aufkauf von verbrieferten Wertpapieren einzustellen, ohne dass sich spürbar ne-

Abb. 9

Konjunkturindikatoren für die US-Industrie

gative Effekte für die Realwirtschaft ergaben. Sie hat ihre Bereitschaft zu einer vorsichtigen und schrittweisen Erhöhung der Leitzinsen für Ende 2015 bekräftigt. Die Arbeitsmarktzahlen von Oktober 2015 bieten hierfür Unterstützung. Dennoch ist festzustellen, dass der Aufschwung – zumindest in der Industrie – an Dynamik verloren hat. Seit Ende 2014 ist der Einkaufsmanagerindex rückläufig (vgl. Abb. 9), und die Kurzfristprognose für die Industrieproduktion deutet für das erste Quartal 2016 auf einen Rückgang hin.

Wesentlicher Treiber der Expansion in den USA ist der private Verbrauch. Die gesunkenen Spritpreise haben die Nachfrage nach KFZ kräftig befördert. VW hat schon vor Bekanntwerden des Skandals in den USA nur unterproportional von dem guten Marktumfeld profitiert, da der Konzern bei den besonders gefragten, aber vergleichsweise umweltschädlichen SUVs schlecht aufgestellt ist. BMW und Mercedes haben 2015 in etwa mit der Marktentwicklung Schritt gehalten. Mit Blick auf die Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen muss davon ausgegangen werden, dass der Höhepunkt der Dynamik schon überschritten ist. Die deutschen Exporte haben nach einem extremen Plus von rund einem Viertel 2015 in den kommenden beiden Jahren nur noch wenig Luft für Expansion.

Die EU ist mit einem Anteil von 54% weiterhin die wichtigste Absatzregion

Die Europäische Gemeinschaft ist der wichtigste Absatzmarkt für die deutsche Industrie mit einem Anteil von 34% der Ausfuhren, die in die Euroländer geliefert werden, und 20% in andere Mitgliedstaaten der EU. Die Exporte in beide Teilregionen der EU zeigen bis 2011 einen ähnlichen Verlauf. In der Folge des Zusammenbruchs der New-Economy-Blase schrumpften die Exporte über die zwei folgenden Jahre, um dann bis 2007 kräftig zu expandieren. Ein wesentlicher Treiber sind seit Mitte der 1990er Jahre massive Investitionen im Vorfeld des Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas zur Gemeinschaft. Innerhalb der Eurozone stimulieren zusätzlich die durch die Einführung der gemeinsamen Wäh-

Abb. 10

Deutscher Export von Industrieerzeugnissen in Euroländer

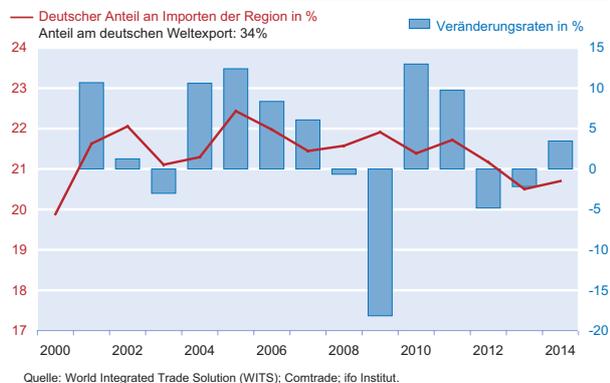
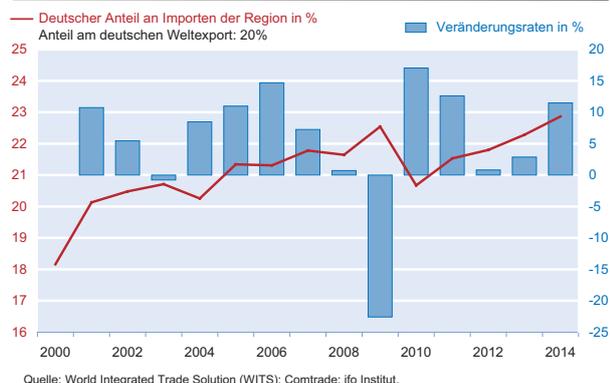


Abb. 11

Deutscher Export von Industrieerzeugnissen in andere EU Länder (9)



zung verbesserten Finanzierungsbedingungen die Nachfrage aus den südlichen Mitgliedstaaten. Ein drittes Element ergibt sich aus der Verschlechterung der Preiswettbewerbsfähigkeit in einigen dieser Länder sowie in Frankreich gegenüber der deutschen Industrie, die dadurch Marktanteile im Binnenmarkt gewinnt (vgl. Abb. 10; Abb. 11)

In der Phase der Erholung nach der weltweiten Finanzkrise mit einem kurzen aber heftigen Zusammenbruch des internationalen Handels 2009 springt die Nachfrage in den Euroländern und den anderen Mitgliedstaaten 2010 und 2011 gleichzeitig wieder an. Erst die Staatsschulden- und Bankenkrise lässt die Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten aus dem Euroland einbrechen, während die Exporte in andere Mitgliedstaaten – wenn auch abgeschwächt – weiter wachsen.

Mit Ausnahme von Griechenland, das seinen Reformkurs mit der Wahl von Syriza für ein dreiviertel Jahr unterbrochen hatte und dessen Regierung nun widerwillig notwendige Maßnahmen umsetzt, und Frankreichs, das sich nicht in der Lage sieht, notwendige Reformen zu realisieren, sind die Krisenländer auf einen Erholungskurs eingeschwenkt, der schon 2014 zu steigenden deutschen Exporten geführt hat, obwohl die strukturellen Probleme noch nicht überwunden sind. Die Rückführung der Defizite in den öffentlichen Haus-

halten kommt nur langsam voran, und die Kreditvergabe der Banken wird weiterhin durch den Bestand an uneinbringlichen Forderungen belastet.

Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB führen über ein »geliehenes« Wachstum ...

Die Lage in diesen Euroländern bleibt weiterhin labil, wenn auch die EZB durch den Ankauf von Vermögenswerten die Konjunktur mit der Absicht anzuschieben sucht, das Inflationsziel von knapp 2% zu erreichen. Anfang 2015 wurden verschiedene Programme in das Expanded Asset Purchasing Programme (EAPP) integriert, mit dem bis mindestens September 2016 monatlich 60 Mrd. Euro Wertpapiere aufgekauft werden sollen. Im Oktober 2015 wurde angekündigt, das Volumen des Programms und den Zeitraum notfalls auszuweiten.

... zu einer Stabilisierung der Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen in der EU

In der Wirkung handelt es sich um ein Konjunkturprogramm, durch das die EZB finanzpolitisch beschränkt handlungsfähigen Regierungen und den Banken unter die Arme greift. Sofern die Mitgliedstaaten, den »geliehenen« Stimulus zu Strukturreformen nutzen, kann die Rechnung der EZB aufgehen, so dass sie längerfristig wieder zu einer »normalen« Geldpolitik zurückkehren kann. Für den Zeitraum der kommenden beiden Jahre sollte das EAPP die Konjunktur in jedem Fall so weit stimulieren, dass die deutsche Industrie hiervon ebenfalls durch steigende Aufträge profitiert. Insbesondere die in den Jahren der Krise aufgestaute Nachfrage lässt Wachstum erwarten.

Außerhalb der Eurozone stehen die Zeichen in der EU auf Wachstum. Die Wirtschaft in Großbritannien ist robust. Die Regierung versucht, die Lage zur Reduzierung des hohen Staatsdefizits zu nutzen, während die Zentralbank mit einer weiterhin lockeren Geldpolitik kontraktiven Effekten begegnet. Perspektivisch dürfte das Risiko eines Brexit die Investitionsbereitschaft zwar bremsen, hat aber bisher die deutschen Ausfuhren bislang nicht gedämpft. Die skandinavischen Volkswirtschaften erweisen sich dank der Interventionen ihrer Zentralbanken zur Stabilisierung der Wechselkurse im schwierigen Umfeld robust. Die Länder Mittel- und Osteuropas bewegen sich ebenfalls auf einem moderaten Wachstumskurs.³ Alles in allem sind auch die Aussichten für eine stimulierende Nachfrage aus den sonstigen Ländern der Gemeinschaft gut.

³ Sollte allerdings der VW-Skandal nennenswerte realwirtschaftliche Folgen für die Fahrzeugproduktion haben, hätte dies gravierende Auswirkungen auf die Region. Aufgrund des hohen Gewichts der Automobilproduktion am Bruttoinlandsprodukt wären besonders Ungarn und die slowakische Republik betroffen.

Abb. 12

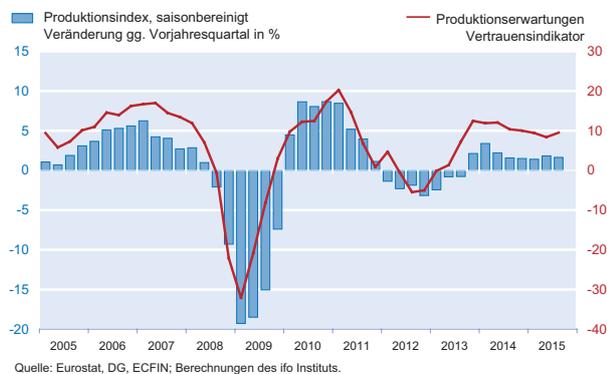
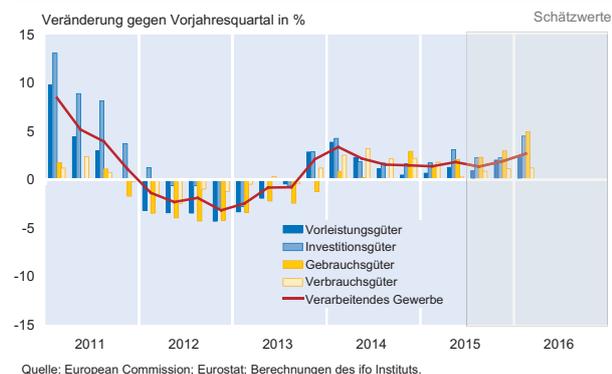
EU 28: Industrieproduktion und Produktionserwartungen

Abb. 13

Industrieproduktion der EU 28

Der moderate Aufwärtstrend in der EU wird außenwirtschaftlich durch die geldpolitischen Entscheidungen der EZB, der britischen Zentralbank und den kleineren Zentralbanken gestützt, die zu einer Abwertung der jeweiligen Währungen beitragen. Die Produktionserwartungen der europäischen Industrie haben sich jüngst wieder leicht aufgehellt, so dass für 2016 mit einer Expansion gerechnet werden kann (vgl. Abb. 12; Abb. 13). Die deutschen Unternehmen, namentlich die Hersteller von Maschinen und Ausrüstungen werden von dieser Entwicklung profitieren.

Trotz einer schwächeren Auslandsnachfrage bleiben die Exporte der wesentliche Treiber für die Industrie

Zusammenfassend ist festzustellen, dass insbesondere die Nachfrage aus Europa – trotz der makroökonomischen Schiefelage in vielen Ländern – im dem weltwirtschaftlich unsicherem Umfeld zu einer Stabilisierung der Entwicklung der deutschen Industrie in den kommenden beiden Jahren wesentlich beitragen wird. Es kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass die fehlenden Wachstumsimpulse aus Übersee vollständig durch die konjunkturelle Aufhellung in der EU ausgeglichen werden können.

2015: Moderates Wachstum der inländischen Industrieproduktion

Das industrielle Produktionsvolumen in Deutschland – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – ist nach dem geringen Anstieg 2013 im Jahr 2014 um 1,9% beschleunigt gewachsen. Dies ist vor allem auf die Expansion im ersten Halbjahr 2014 zurückzuführen. 2015 zeigte die Industriekonjunktur im ersten Halbjahr eine eher schwache Dynamik. Die reale Produktion in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres lag mit einem Plus von 0,9% nur vergleichsweise wenig über dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode.

Nach einer Zunahme um 2,8% im Jahr 2013 stieg der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes 2014 nur unwesentlich stärker – um 2,9%, wobei sich die Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte spürbar abschwächte. In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 wuchsen die Orders nur noch knapp halb so stark (+ 1,5%) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie ist immer noch vergleichsweise hoch; saisonbereinigt nahm sie von Oktober 2014 bis Oktober 2015 sogar noch leicht von 84,1% auf 84,4% zu und liegt noch weit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Nach Branchen aufgefächert, zeigt sich bei den Auftragseingängen eine heterogene Entwicklung. Die Mehrheit der Industriebranchen konnte in den ersten neun Monaten 2015 mehr Bestellungen verbuchen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Einige Bereiche mussten aber auch Bestellrückgänge hinnehmen. Gefragt sind derzeit vor allem die Erzeugnisse der großen Investitionsgüterhersteller und der Automobilindustrie. Zu den Auswirkungen des Abgasskandals auf die Automobilindustrie wurde bei der Behandlung des US-Markts eingegangen. Eine fundierte Aussage ist gegenwärtig nicht möglich, da unklar ist, welche Entscheidungen die Marktregulatoren treffen werden. Diese Unsicherheit gilt nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern gleichermaßen für den europäischen wie alle anderen großen Kfz-Märkte. Für die Industrieprognose wird davon ausgegangen, dass es nicht zum Entzug von Fahrzeugzulassungen für Autos kommen wird und Neufahrzeuge den gesetzlichen Vorschriften binnen kurzer Frist genügen werden. Bisher gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass die Kunden in großem Umfang Aufträge stornieren und sich mit Käufen zurückhalten. Für die Prognose des Straßenfahrzeugbaus wird davon ausgegangen, dass die Verunsicherung der Kunden im kommenden Jahr zur Zurückhaltung beim Kauf führen wird, aber schon 2017 die technischen Probleme überwunden sein werden, die Fahrzeuge den gesetzlichen Bestimmungen genügen und die Kunden wieder Vertrauen fassen.

Weniger gut als bei den Investitionsgüterherstellern entwickelten sich die Bestelleingänge im Vorleistungsgütergewerbe. Einzig die Hersteller elektrischer Ausrüstungen konnten leicht überdurchschnittliche Auftragszuwächse verzeichnen, wohingegen die Metallerzeugung/-bearbeitung und die chemische Industrie Auftragseinbußen hinnehmen mussten. Bei den Konsumgütern konnten vor allem die pharmazeutische Industrie und das Textilgewerbe gestiegene Bestellungen verbuchen. Im Textilgewerbe sind es vor allem die technischen Textilien, die die Entwicklung treiben. Aussichtsreich aus nationaler Perspektive ist zudem das Produktfeld »intelligenter« Textilien, da deutsche Hersteller auf diesem Gebiet mit einer Vorreiterrolle einnehmen.

Während in den vergangenen Jahren häufig die Ausweitung der Industrieproduktion vom Anstieg der Auslandsnachfrage überproportional bestimmt wurde, ist die Situation am aktuellen Rand weniger klar: Inlands- und Auslandsorders wachsen fast gleich stark. Real war der Auslandsauftragszugang 2013 und 2014 noch um 4,3% bzw. 3,8% gestiegen, während aus dem Inland nur ein Plus von 0,9% bzw. 1,6% für die beiden Jahre gemeldet wurde. In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 haben die Auslandsorders gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur noch um 1,6% zugelegt, während sich das Wachstum aus dem Inland mit einem Plus von 1,5% auf dem Vorjahresniveau hielt. Am besten schnitt dabei in diesem Zeitraum mit einem Anstieg von 4,2% die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern ab. Einen geringeren Zuwachs wies die Nachfrage nach Konsumgütern mit 1,7% auf; die Bestellungen von industriellen Vorleistungsgütern fielen sogar um 1,3% niedriger aus.

Das Auslandsgeschäft wurde in den ersten neun Monaten 2015 durch ein Plus von 5,4% bei Aufträgen aus der Eurozone getragen, während die Bestellungen aus dem übrigen Ausland den Vorjahreswert um 0,7% unterschritten. Bemerkenswert ist, dass die Orders aus dem übrigen Ausland im ersten Halbjahr noch moderat expandierten, im dritten Quartal aber um 6,5% einbrachen.

Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Urteile zur aktuellen Geschäftslage und die Einschätzungen der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zusammengefasst sind, spiegelt die aktuelle Entwicklung gut wider. Nach den leicht positiven Werten im letzten Quartal 2014 ist der Geschäftsklimawert bis Frühjahr 2015 zunehmend besser ausgefallen, danach war ein stetiger Rückgang festzustellen. Dabei wurde die aktuelle Geschäftslage das ganze Jahr über bis zu den jüngsten Meldungen vom Oktober 2015 per saldo gut beurteilt. Bei den Geschäftserwartungen hat zuletzt ein geringer Pessimismus die Oberhand gewonnen. Zu diesen aktuellen Einschätzungen kommen die Meldungen der Testteilnehmer über etwas zu große Lagerbestände, eine ge-

genüber dem Vormonat rückläufige Nachfrage und nur noch knapp positiv beurteilte Exporterwartungen. Insgesamt deutet dieses Stimmungsbild auf eine nur schwach expandierende Produktion hin.

Seine Entsprechung findet die Abschwächung des Geschäftsklimaindixators für das Verarbeitende Gewerbe seit dem Sommer 2015 in dem vergleichsweise geringen Wachstum der Weltwirtschaft. Dabei steht einem stabilen Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften eine geringere Dynamik in den Schwellenländern gegenüber. Die Produktion in Deutschland nahm zwar im bisherigen Verlauf dieses Jahres zu, die nur wenig wachsenden Bestellungen haben sich aber bereits in den Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Produktionsplanungen niedergeschlagen, die eine nachlassende Dynamik signalisieren. Als Überraschung ist zu werten, dass die Produktionspläne der Automobilindustrie im Oktober – dem ersten Monatswert nach Bekanntwerden des Abgasskandals beim größten deutschen Automobilhersteller – sogar wieder zunehmend auf Expansion ausgerichtet waren. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt mit einem Anstieg der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2015 von real 1,0% zu rechnen.

Trotz der schwachen Expansion gingen von dem hohen Niveau der Industrieproduktion positive Impulse auf die Beschäftigung aus. Die Zahl der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe wuchs 2014 um 1,0%, nach einer Erhöhung um 0,3% im Jahr 2013. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen 2014 mit 1,1% geringfügig stärker zu. In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 setzte sich der Beschäftigungsaufbau fort; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 1,0% mehr Erwerbstätige registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren aber nur um 0,7% höher als im Vorjahr. Angesichts des moderaten Anstiegs der industriellen Produktion dürfte der Personalbestand nicht mehr nennenswert zunehmen, vorübergehend könnte es aber auch zu einer geringeren Ausnutzung des Personals durch einen Abbau von Überstunden kommen.

Industrie kann 2016 von Erholung im Euroraum und der weltwirtschaftlichen Expansion profitieren

Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die bestimmend für die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sind, basieren auf dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2016 leicht auf 2,9% zunehmen, das reale Welthandelsvolumen wird nach dieser Abschätzung um 3,4% höher sein. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis der Sorte Brent für 2016 von 51 US-Dollar je

Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,12 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Dies ist mit Blick auf die erwartete Zinswende allerdings eine pessimistische Prognose für die deutsche Industrie. Der Euro wird angesichts der angekündigten weiteren Lockerung der Geldpolitik der EZB vermutlich deutlich schwächer tendieren. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die real im laufenden Jahr um 1,9% zunehmen werden, dürften 2016 ähnlich stark, und zwar um 1,8% zulegen. Dagegen wird für 2016 bei den Ausrüstungsinvestitionen mit einem etwas geringeren Zuwachs gerechnet als im Jahr 2015. Trotz der erwarteten Erhöhung des weltwirtschaftlichen Wachstums werden die Exporte nicht mehr so stark wie 2015 zunehmen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2016 – dem Herbstgutachten zufolge – um 1,8% höher ausfallen.

Vor dem Hintergrund ihrer starken Stellung auf dem Weltmarkt wird die deutsche Industrie 2016 von der Belebung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften profitieren können. Die Stabilisierung der Konjunktur im Euroraum kann den Ausfall von Nachfrage aus den Schwellenländern nur zum Teil kompensieren. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes wird im kommenden Jahr nahezu so stark wachsen wie die Gesamtwirtschaft. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Elektrotechnik, Maschinenbau, Metallerzeugnisse) werden von der Zunahme der Nachfrage im Inland und in Europa Impulse erhalten. Abgesehen von der im internationalen Vergleich starken Stellung der deutschen Firmen bei Investitionsgütern herrschen im Investitionsgütergewerbe auch deutlich längere Vor- und Durchlaufzeiten als bei Vorleistungen und Konsumgütern, so dass die Belebung dort ihre volle Wirkung erst 2016 entfalten wird. Insgesamt dürfte das reale Produktionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2016 voraussichtlich um rund 1,5% zunehmen (vgl. Abb. 14).

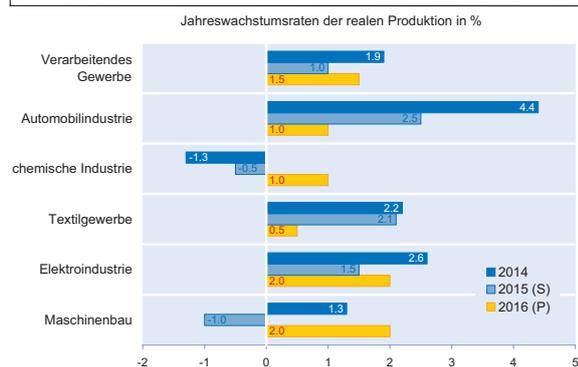
Die geringe Dynamik der Weltwirtschaft und insbesondere das niedrigere Wachstum in den Schwellenländern resultiert im laufenden Jahr in einer schwachen Ausweitung des Welt-

handels. Die Spuren dieser Entwicklung zeigen sich auch in der Investitionsgüterindustrie, bei der die inländischen Auftragseingänge in den ersten neun Monaten 2015 real um 4,2% höher waren und damit die Auslandsorders, die um 2,2% gestiegen sind, deutlich übertrafen. Dabei sind die Bestellungen aus der Eurozone um 9,2% höher ausgefallen, während die Orders aus dem übrigen Ausland um 0,8% niedriger waren. Angesichts der in den letzten Monaten sinkenden Bestellungen und schwächeren Nachfrage wird die Produktion 2015 nur um etwa 1,3% zulegen können. Neben der Automobilindustrie trägt auch die Elektrotechnik zum Produktionsanstieg im Investitionsgüterbereich bei. Es wurde unterstellt, dass es erst im kommenden Jahr wegen des Abgasskandals zwar nicht zu starken aber doch zu spürbaren Auswirkungen auf die Produktion in der Automobilindustrie kommen wird. Die Entwicklung der Investitionsgüterindustrie wird 2016 von der Inlandskonjunktur und vor allem von der Nachfrage aus der Eurozone stimuliert. Die Inlandsnachfrage wird wegen der von den Schwellenländern ausgehenden dämpfenden Effekte stärker zunehmen als die Bestellungen aus dem Ausland. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck; danach werden die Auslandsaufträge von den Investitionsgüterproduzenten ungünstiger beurteilt als der Auftragsbestand insgesamt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2016 die Investitionsgüterproduktion um 1,6% höher ausfallen wird.

Die Konsumgüterproduktion ist im Allgemeinen wesentlich geringeren konjunkturellen Schwankungen unterworfen als die übrigen Industriesparten. Sie ist mit 1,3% im Jahr 2014 weniger stark als die gesamte Industrieproduktion ausgeweitet worden. Die Auslandsaufträge stiegen in den ersten neun Monaten 2015 um 1,5%, und der Auftragseingang aus dem Inland nahm in diesem Zeitraum um 1,7% zu. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandgeschäfts stieg die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterproduzenten um 1,6%. Im Jahresdurchschnitt 2015 dürfte die Produktion dieses Bereichs um etwa 1,0% zulegen. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo bis zuletzt gut beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich in den jüngsten Meldungen auch eine überwiegend optimistische Haltung durch. Angesichts der erwarteten Zunahme der privaten Konsumausgaben und des steigenden Wirtschaftswachstums wird das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2016 um etwa 1,2% höher ausfallen.

Die Vorleistungsgüterproduktion besitzt im Allgemeinen einen Vorlauf gegenüber der Konjunktur im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Auch im Betrachtungszeitraum war dieses Muster zu beobachten, allerdings weniger ausgeprägt wegen der in den letzten Jahren geringeren Zyklik. Die im Jahr 2014 anziehende Konjunktur ließ die Lagerbestän-

Abb. 14

Verarbeitendes Gewerbe: Produktionsanstieg setzt sich im Jahr 2016 fort

de abschmelzen, so dass eine moderate Ausweitung der Produktion reichte, die wachsende Nachfrage der Kunden zu befriedigen. Bei einem realen Plus der Inlandsbestellungen um 0,4% und der Auslandsaufträge um 3,7% wurde die Produktion im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,7% gesteigert. In den ersten neun Monaten 2015 stieg die Nachfrage aus dem Ausland um 0,1%, die Bestellungen aus dem Inland sanken dagegen um 1,3%. Angesichts der zur Jahresmitte einsetzenden Abschwächung der Nachfrage dürfte die Produktion nur um etwa 0,3% im Gesamtjahr 2015 höher sein. Die Aussichten für den Bereich der Vorleistungsgüter sind, wie auch die aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen, leicht eingetrübt. Die Geschäftserwartungen wurden zuletzt von einer Mehrheit der Produzenten pessimistisch eingeschätzt. Die Produktion von Vorleistungsgütern wird 2016 mit einem realen Plus von rund 1,3% abschließen können.

Ausblick auf 2017 und längerfristige Entwicklung

Angesichts der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sind die Perspektiven für die Entwicklung der Produktion auch über das Jahr 2016 hinaus im Grundsatz positiv einzuschätzen. Unter der Voraussetzung, dass die konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weitgehend störungsfrei bleiben, ist 2017 ein Wachstum in ähnlicher Größenordnung wie im kommenden Jahr wahrscheinlich. Die für 2017 geschätzte geringfügig höhere Wachstumsrate (+ 1,7%, vgl. Tab. 2) resultiert im Wesentlichen aus

einer Annahme hinsichtlich des Fahrzeugbaus: Es wird unterstellt, dass die Automobilindustrie, die im Zuge der schwächeren Nachfragedynamik auf dem chinesischen Absatzmarkt und infolge der leicht dämpfenden Auswirkungen des Abgasskandals ihre inländische Produktion 2016 nur noch geringfügig ausweiten kann, im Jahr 2017 – wenn die negativen Effekte durch den Abgasskandal auslaufen sollten – dann wieder zu ihrem kräftigeren trendmäßigen Wachstum zurückkehrt. Dieses Szenario für den Automobilbau⁴ (gedämpftes Wachstum 2016, Rückkehr zu einer stärkeren Expansion 2017) schlägt aufgrund seines Stellenwerts für die gesamte Industrie nicht nur auf das Investitionsgütergewerbe durch, sondern – unmittelbar durch das Gewicht dieser Branche und mittelbar über den Bezug von Vorleistungen – ebenso auf die Prognose und den Ausblick für das Verarbeitende Gewerbe als Ganzes.

Ordnet man diese Projektionen zur Produktionsentwicklung in einen längerfristigen Kontext ein, so wird deutlich, dass sich die deutsche Industrie seit dem Jahr 2013 im Vergleich zur vorherigen Aufschwungsphase, die von 2003 bis 2007 andauerte und durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ein jähes Ende fand, auf einem deutlich flacheren Wachstumspfad befindet (vgl. Abb. 15). So betrug die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der inländischen Produktion im Zeitraum 2003 bis 2007 noch 4,0%. In der seit 2013 laufenden Aufschwungsphase beläuft sie sich (mit Betrachtungs-

⁴ Neben dem Maschinenbau ist die Automobilindustrie die bedeutendste Industriebranche Deutschlands. Beide tragen mit einem Anteil von jeweils rund 12% zur Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe bei.

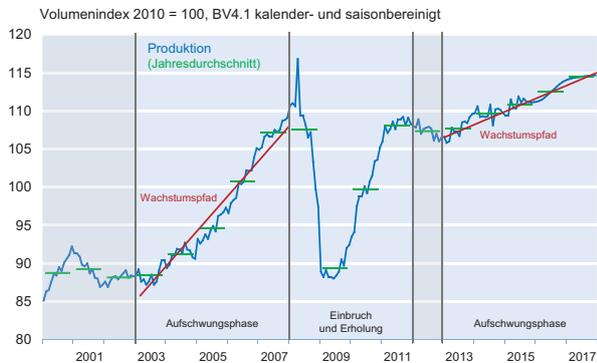
Tab. 2
Prognosen zur Industrieproduktion nach Branchen
Produktion (Veränderung gegenüber Vorjahr in %, kalender- und saisonbereinigt)

WZ 2008	Branche	Ist-Werte		Schätzung 2015	Prognose 2016	Ausblick 2017
		2013	2014			
C	Verarbeitendes Gewerbe	0,3	1,9	1,0	1,5	1,7
	Vorleistungsgüter	- 0,1	1,7	0,3	1,3	1,3
	Investitionsgüter	0,5	2,4	1,3	1,6	2,3
	Konsumgüter	0,7	1,3	1,0	1,2	1,0
10	Ernährungsgewerbe	- 0,1	0,1	0,5	1,5	1,0
13	Textilgewerbe	0,2	2,2	2,1	0,5	1,0
20	Chemische Industrie	0,9	- 1,3	- 0,5	1,0	1,0
22	Gummi- und Kunststoffwaren	1,8	0,4	2,0	1,5	2,0
23	Glas, Keramik, Steine und Erden	0,0	2,0	- 1,8	1,5	1,5
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	- 0,4	2,8	0,0	0,5	1,0
25	Metallerzeugnisse	1,5	2,6	0,5	1,5	2,0
28	Maschinenbau	- 1,4	1,3	- 1,0	2,0	2,0
29	Automobilindustrie	1,9	4,4	2,5	1,0	3,0
ET	Nachrichtlich: Elektrotechnik ^{a)}	- 2,7	2,6	1,5	2,0	1,5
	darunter: Investitionsgüter	- 2,3	2,0	1,8	2,5	2,0
	Gebrauchsgüter	- 1,4	0,4	0,2	0,5	0,5
ME	Metall- und Elektroindustrie ^{b)}	0,2	2,7	0,6	1,0	1,5

^{a)} Abgrenzung gemäß ZVEI. – ^{b)} WZ 2008: 24–30 und 32.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Abb. 15
Deutschland: Produktion auf flacherem Wachstumspfad



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

horizont 2017) jedoch nur noch auf rund 1,5%. Die steile Aufholbewegung in den Jahren 2010 und 2011 darf hier nicht mitgezählt werden, da dadurch im Grund nur das Vorkrisen-niveau aus dem Jahr 2008 wieder hergestellt wurde. Auch die Entwicklung im Jahr 2012, in der es zu einem leichten Rückgang der Produktion kam, ist wohl weitgehend noch von den vorangegangenen Turbulenzen beeinflusst worden und muss für diese Betrachtung ausgeklammert werden.

Als Fazit bleibt damit festzuhalten, dass die Perspektiven der deutschen Industrie zwar insgesamt positiv sind, sie aber in eine Phase schwächeren Trendwachstums eingetreten ist. Hohe Zuwachsraten – in den Vorkrisenjahren 2003 bis 2007 noch die Regel – sind auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Dieses abgeflachte Wachstum ist aber auch darauf zurückzuführen, dass die deutsche Industrie durch umfangreiche Direktinvestitionen in fortgeschrittenen Industrie- und Schwellenländern Teile ihrer Produktion verlagert hat. Die wichtigsten Gründe für diese Aktivitäten sind die Nähe zu den Absatzmärkten, das günstige Rohstoffangebot, niedrigere Energie- und Arbeitskosten. Insbesondere energieintensiv produzierende Unternehmen aus dem Vorleistungsgütergewerbe haben Kapazitäten im Ausland aufgebaut und versorgen zunehmend auch inländische Kunden von diesen Standorten aus. Nicht zuletzt die hohen Strompreise in Deutschland treiben diesen Strukturwandel. Nach Angaben der amtlichen Statistik wurden zwischen 2000 und 2013 von diesen Firmen nur noch rund 90% der Abschreibungen in Deutschland durch Investitionen ersetzt. Dennoch ist der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft in Deutschland bisher weitgehend konstant geblieben.

Die Schwellenländer, die wesentlich für die steigende Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, Maschinen und Ausrüstungen waren – dem Rückgrat der deutschen Industrie – sind in ein schwierigeres Fahrwasser geraten. Dies hat im Auftragseingang deutscher Industrieunternehmen deutliche Spuren hinterlassen. Auch deswegen geht das ifo Institut für den zu-

künftigen Trend der industriellen Produktion von deutlich niedrigeren Zuwachsraten aus.

Die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) als zentraler Schlüssel für Industrieunternehmen, die Zukunft zu meistern

Die Analyse der Konjunktur der Industrie hat gezeigt, dass die durch das dynamische Wachstum der Schwellenländer im Verlauf des ersten Jahrzehnts der 2000er Jahre stimulierte Nachfrage nach typischen Produkten der deutschen Industrie, Fahrzeugen, Maschinen und Ausrüstungen, spätestens seit 2012 einem Wandel unterworfen ist. Nicht nur, dass die makroökonomische Expansion der Weltwirtschaft auf ein schwächeres Trendwachstum eingeschwenkt ist, sondern auch die Struktur der Nachfrage hat sich verändert. Dies ist eine Herausforderung für die Investitionsgüterindustrie, dem Rückgrat des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland.

Auch wenn sich die Ursachen für das schwächere Wachstum und den Wandel in der Nachfragestruktur von Land zu Land unterscheiden, so weisen ihre Effekte Gemeinsamkeiten auf. Kapazitätswirksame Investitionen in Hardware verlieren an Bedeutung. Der mit der schwächeren Nachfrage steigende Wettbewerbsdruck erfordert Investitionen zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz bestehender Fertigungskapazitäten.

In diesem Kontext gewinnen die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und die Digitalisierung als strategisch zu nutzende Schlüsseltechnologien an Bedeutung für eine auch in Zukunft wettbewerbsfähige Industrie in Deutschland. Den sich strukturell verändernden globalen Wachstumsprozessen müssen sich die Unternehmen mit einer Steigerung der Produktivität ihrer internen Prozessabläufe als auch mit der Entwicklung technologisch an der Spitze stehenden Produkten stellen. Diesen strukturellen und eher langfristigen Aspekten einer modernen Industrie in Deutschland wurde im Forum Industrie ebenfalls Raum gegeben.

Bernhard Diegner vom ZVEI zeigt in seinem Beitrag »Industrie 4.0 – Eine Einführung« die Entwicklung hin zu weitestgehend in ihre Umwelt integrierte Fertigungssysteme, die schon in den späten 1980er Jahren angedacht waren. Diesen unter dem Begriff des Computer Integrated Manufacturing subsumierten Ideen fehlte es damals allerdings noch an den notwendigen Technologien und der durch das Internet zur Verfügung gestellten Infrastruktur. Jetzt können Cyber-Physical-Systems entwickelt werden, in die betriebliche Dienste-Systeme, Produktion, Logistik, Engineering, Management und Internetdienste, eingebettet sind. In diesen Systemen laufen physikalische Prozesse auf der Grundlage von über Sensoren erfassten Informationen in Verbin-

derung mit exogen vorgegebenen Daten über Aktoren selbstständig ab. Die verschiedenen Systeme und die ihnen zugeordneten Aufgaben sind mittels digitaler Netze miteinander verbunden, Daten können weltweit via Internet zur Verfügung gestellt werden. Der Mensch greift in die Prozesse über multimodale Schnittstellen in die virtuellen Systeme ein. Aus der traditionell hierarchisch aufgebauten, aber fehleranfälligen Automatisierung von Fertigungsprozessen werden dank neuer leistungsfähiger IKT unter Industrie 4.0 dezentral miteinander kommunizierende Systeme, die aufgrund einer beschränkten Autonomie und ausreichender Redundanz eine hohe Verfügbarkeit bieten. Massive Veränderungen sind durch die unternehmensübergreifende Interaktion, die unabhängig von der Region Unternehmen und Betriebe zeitnah miteinander verbindet, auf den Weg gebracht worden. Neue Geschäftsmodelle entstehen. Wertschöpfungsketten werden »upstream« flexibler – unter Nutzung regional unterschiedlicher komparativer Vorteile – gesteuert. Downstream erhalten produzierende Unternehmen über Online-Marktplätze einen direkten Zugang zum Endkunden, der insbesondere für die Konsumgüterindustrie die Abhängigkeit vom Handel verringert.

Claus Oetter vom VDMA zeigte in seinem Beitrag »Softwarekompetenz als Schlüsseldisziplin« einleitend für den Maschinenbau, dass die Unternehmen der Branche durchwegs die Bedeutung von IT und Digitalisierung erkannt haben. Selbst in Sparten, die bei der Umsetzung dieser Technologien noch zurückhängen, ist den Unternehmen die Notwendigkeit bewusst, entsprechende Aktivitäten in die Wege zu leiten. Ein Schwerpunkt der Ausführungen von Herrn Oetter war die Organisation von Innovationsprozessen unter dem Diktat sich verkürzender »Time-to-Market« bei gleichzeitig durch die Integration von IT-Komponenten und Software komplexer werdenden Produkten. Im Gegensatz zu konventionellen Formen der Projektplanung ist ein deterministischer Ansatz nicht mehr ausreichend, da sich geänderte Anforderungen und neue Aufgaben im Entwicklungsprozess ergeben können. Die Prozesse müssen an definierten Ablaufschritten entsprechend iterativ anzupassen sein, ohne dass die Koordination unter den verschiedenen Akteuren verletzt wird. Die Projektplanung muss mit dem Ziel agil ausgerichtet sein, dass letztendlich die Integration aller Komponenten – Hardware wie Software – ohne unproduktive Zeiten möglich ist. Letztendlich können dann mit dem Einsatz moderner Tools Innovationsprozesse effizient und ohne aus dem Ruder laufende Kosten gestaltet werden. Die Organisation der Produktentwicklung ist im Wettlauf, um Spitzenpositionen im globalen Angebot halten und ausbauen zu können, zu einem kritischen Baustein geworden.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel: Handel auf allen Kanälen

Gülsüm Orhan

Im Branchenforum Handel beschäftigten sich die Referenten mit der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel, der Verzahnung digitaler Kanäle mit dem stationären Geschäft und der weiteren Entwicklung im Bereich der Warenhäuser.

Großhandel: Nominaler Umsatzrückgang zwischen Januar und August 2015

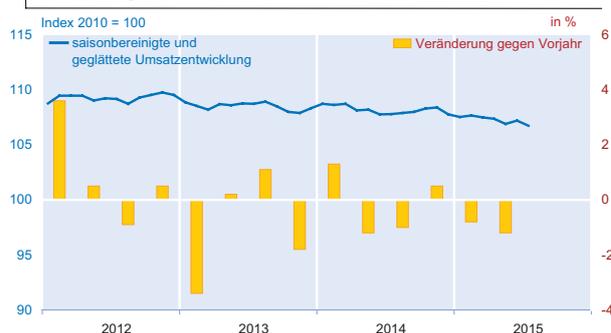
Arno Städtler vom ifo Institut referierte zum Thema »Entwicklung im Handel«. Im gesamten Jahr 2014 war im Großhandel (ohne Handelsvermittlung und ohne Kraftfahrzeughandel) ein leichter Umsatzrückgang zu beobachten (vgl. Abb. 16). Die nominalen Ergebnisse verfehlten das Ergebnis des Vorjahres um 0,2%, was real aber einem Plus von 1,3% entspricht. Im laufenden Jahr ist nahezu durchgehend eine Abschwächung der nominalen Umsätze zu beobachten. In den ersten acht Monaten verfehlten die Umsätze des Großhandels das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um nominal 1,1%. Zu konstanten Preisen ergab sich ein Plus um 0,2%.

Umsatzminus im Produktionsverbindungshandel

Der Produktionsverbindungshandel (Großhandel mit Rohstoffen, Halbwerten und Maschinen), der ein wichtiger Indikator für die Industrieproduktion und den Export ist, verzeichnete im laufenden Jahr eine starke Abschwächung der nominalen Umsätze (vgl. Abb. 17), was auf den Preisverfall bei Rohstoffen zurückzuführen ist. In den ersten acht Monaten verfehlten die Umsätze das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 3,9%. Real ergab sich ein Rückgang um 0,9%. Eine überdurchschnittliche Expansion der nominalen Umsätze verzeichneten vor allem die

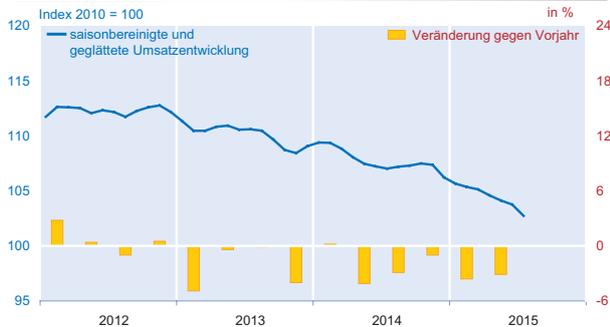
Abb. 16

Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 17
Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 18
Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Großhändler mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik. Auch der Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör konnte seine nominalen Umsätze stärker steigern als der gesamte Produktionsverbindungshandel. Bremsseffekte zeigten sich erneut in der Umsatzentwicklung des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren.

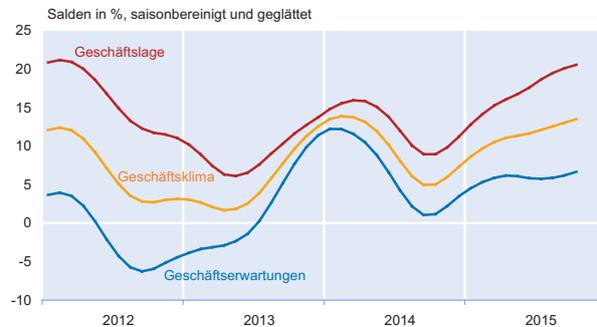
Nominale Umsätze im Konsumgütergroßhandel tendieren nach oben

Im Konsumgütergroßhandel traten seit Beginn des Jahres deutliche Schwankungen auf. Insgesamt tendierten die nominalen Umsätze aber nach oben (vgl. Abb. 18). Im Zeitraum von Januar bis August 2015 ergab sich ein nominales Plus von 2,3%, was real einem Wachstum von 1,7% entspricht.

Großhandel insgesamt: Stagnation zu erwarten

Die am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Großhändler beurteilten ihre Geschäftslage im Oktober weiterhin überwiegend als gut (vgl. Abb. 19). Teilweise gelang es ihnen, überhöhte Warenbestände abzubauen. Die Perspektiven sind weiterhin günstig, weswegen die Händler ihre Bestellpläne nach oben korrigierten. Hinsichtlich der Möglichkeiten zu

Abb. 19
Geschäftsentwicklung im Großhandel^{a)}



^{a)} Ohne Kfz.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

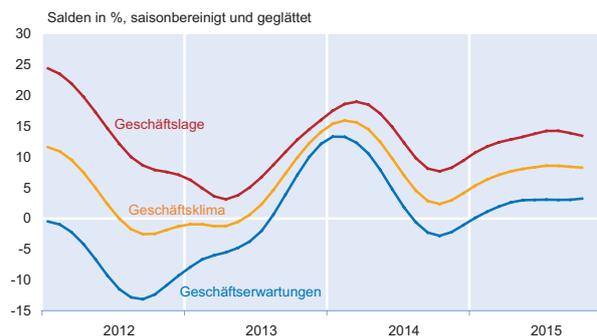
einer Anhebung der Verkaufspreise äußerten sich die Umfrageteilnehmer weiterhin skeptisch.

Die Entwicklung der nominalen Umsätze ist im laufenden Jahr erneut durch sinkende Verkaufspreise in verschiedenen Rohstoffbereichen gekennzeichnet; insgesamt werden die Umsätze das Vorjahresergebnis gerade noch erreichen. Für 2016 deuten wichtige Einflussfaktoren auf eine Zunahme der nominalen Umsätze von schätzungsweise 2% hin.

Produktionsverbindungshandel erwartet moderates Umsatzplus

Die Unternehmen des Produktionsverbindungshandels gingen nach den jüngsten Befragungen im Rahmen des ifo Konjunkturtests für die kommenden Monate von einer guten Geschäftslage aus und rechneten auch für die kommenden Monate mit einer Verbesserung (vgl. Abb. 20). Diese Beurteilungen sind vor dem Hintergrund der Stimmungslage einer wichtigen Kundengruppe zu sehen: den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Die Auslastung ihrer Fertigungskapazitäten ist nach wie vor höher als im Durchschnitt der zurückliegenden Jahre, obwohl sie seit Beginn des Jahres 2015 leicht zurückgegangen ist (von 84,5 auf 84,4%). Die Hersteller rechneten für die

Abb. 20
Geschäftsentwicklung im Produktionsverbindungshandel



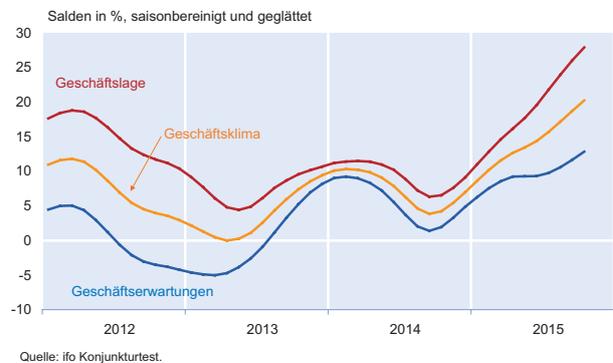
Quelle: ifo Konjunkturtest.

kommenden Monate eher vereinzelt mit Produktionssteigerungen. Dementsprechend ist mit keiner wesentlichen Veränderung ihrer Nachfrage nach Rohstoffen und Vorprodukten zu rechnen. Die nominalen Umsätze der Rohstoffgroßhändler werden 2015 das Vorjahresergebnis infolge gesunkener Verkaufspreise erneut verfehlen. Allerdings dürften sich der hohe Auslastungsgrad sowie die erwartete Stabilisierung der günstigen Geschäftslage positiv auf die Investitionsbereitschaft der Industrieunternehmen auswirken. Insbesondere die Intensivierung der vertikalen Zusammenarbeit mit Lieferanten von Rohstoffen, Komponenten und sonstigen Vorprodukten sowie mit den Kunden setzt leistungsfähige Ausstattungen mit Informations- und Kommunikationsanlagen voraus. Das günstige Investitionsklima spiegelt sich auch in den zuversichtlichen Erwartungen des Investitionsgütergroßhandels wider. Der bauaffine Großhandel profitiert von der weiterhin kräftigen Entwicklung im Wohnungsneubau. Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen sowie die gute Arbeitsmarktlage werden die privaten Haushalte weiterhin zum Erwerb von Wohneigentum bewegen. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden dagegen weiterhin nur sehr zögerlich ausgeweitet. Angesichts des schwachen Welthandels dürften die exportorientierten Unternehmen von umfänglicheren Bauinvestitionen absehen. Trotz der milden Witterung wurden die öffentlichen Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 2015 erheblich reduziert. Es ist wohl davon auszugehen, dass sich die merklich aufgestockten Bundesmittel für Kindertagesstätten und Schulen sowie zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wegen der üblichen Planungs- und Implementierungsprobleme erst mit zeitlicher Verzögerung in einer höheren Investitionstätigkeit niederschlagen. Unterstellt man für das Jahr 2016, dass die Rohstoffpreise weiter sinken, ist bei einer regen Bautätigkeit und weiter ansteigenden Ausrüstungsinvestitionen für den Produktionsverbindungshandel nominal und real mit einem moderaten Umsatzplus zu rechnen.

Konsumgütergroßhandel: Umsatzanstieg zu erwarten

Die Unternehmen des Konsumgütergroßhandels beurteilen ihre aktuelle Geschäftslage im Oktober weiterhin überwiegend als gut (vgl. Abb. 21). Auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung zeigten sich die Händler mehrheitlich optimistisch. Für das gesamte Jahr 2015 ist unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren von Umsätzen auszugehen, die das Ergebnis des Vorjahres übertreffen. Der Konsumgütergroßhandel wird dabei insbesondere von der Zunahme des Einkommens und der damit verbundenen hohen Konsumfähigkeit privater Haushalte profitieren. Der Anstieg des verfügbaren Einkommens wird auch 2016 andauern. Neben den Nettolöhnen und -gehältern werden auch die monetären Sozialleistungen erneut steigen. Vor dem

Abb. 21
Geschäftsentwicklung im Konsumgütergroßhandel



Hintergrund dieser Entwicklung werden die Umsätze der Unternehmen im Konsumgütergroßhandel auch im Jahr 2016 moderat zunehmen.

Einzelhandelsumsätze tendieren nach oben

Im Zeitraum von Januar bis September 2014 tendierten die nominalen Umsätze des Einzelhandels (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) nach oben (vgl. Abb. 22). Nach einem Plus im Jahr 2014 von nominal 1,6 und real 1,3% übertrafen die Umsätze in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal

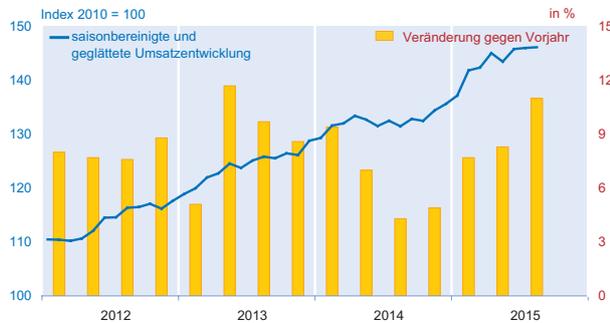
Abb. 22
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel^{a)}



Abb. 23
Entwicklung der nominalen Umsätze im stationären Einzelhandel



Abb. 24
Entwicklung der nominalen Umsätze im Versand- u. Interneteinzelhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

um 2,8%. Real, also zu konstanten Preisen, waren die Umsätze sogar um 2,9% höher.

Die Entwicklung der einzelnen Angebotstypen wich teilweise beträchtlich von derjenigen des Gesamtaggregats ab. Das zeigt sich besonders deutlich in der Unterscheidung zwischen dem stationären Einzelhandel und dem Distanzhandel. Die stationären Händler verzeichneten in den ersten neun Monaten 2015 einen Umsatzzuwachs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von nominal 2,6% (real: + 2,4%) (vgl. Abb. 23). Wesentlich stärker als im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels erhöhten sich die Umsätze im katalog- und internetbasierten Versandhandel. Sie übertrafen im Zeitraum von Januar bis September das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal wie real um 9,0% (vgl. Abb. 24).

Moderates Umsatzplus für 2016 erwartet

Die prognostizierte Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren lässt auch für das Jahr 2016 eine Zunahme der Einzelhandelsumsätze erwarten. Bei geringer Zunahme des Arbeitsvolumens wird die Summe der Nettolöhne und -gehälter stärker zunehmen als 2015. Unter Berücksichtigung steigender monetärer Sozialleistungen kann von einem Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um 3,0% ausgegangen werden. Auch der private Verbrauch wird mit ähnlicher Rate (+ 2,9%) steigen und somit stärker zulegen als 2015. Allerdings wird der Umsatzanstieg im Einzelhandel mit dieser Entwicklung erneut nicht ganz Schritt halten können. Insgesamt werden die Einzelhändler wohl eine Zunahme der nominalen und realen Umsätze um rund 2,5% erzielen.

Frau Dr. *Eva Stüber*, Leiterin Research und Consulting ECC Köln, referierte zum Thema »Handel auf allen Kanälen«. Sie setzte ihren Schwerpunkt auf das Cross-Channel-Management und beleuchtete die Veränderungen im stationären Handel. Zudem vermittelte sie den Zuhörern einen Überblick über das sich ändernde Kaufverhalten von Konsumenten. Bei den Kanalpräferenzen dominieren mittlerweile die Selekt-

tiven Online-Shopper, also diejenigen, die bestimmte Produkte (Bücher, CDs etc.) im Internet kaufen und sich andere Produkte vor dem Kauf lieber in einem Geschäft anschauen. Generell geht dem stationären Kauf die Informationsbeschaffung im Internet voraus. Insbesondere Suchmaschinen werden dabei schwerpunktmäßig zur Online-Kaufvorbereitung herangezogen. Deswegen bietet mittlerweile jeder zweite große Multi-Channel-Händler den Service »Click & Collect« an: Der Kunde kann sich die Produkte im Internet anschauen, sie online bestellen und im Laden abholen. Kanalübergreifende Services, die Präsenz auf mehreren Kanälen sowie die optimale Verzahnung dieser Kanäle gelten als wichtige Überlebensstrategien für den stationären Handel.

Der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg, *Nils Busch-Petersen*, berichtete als ausgewiesener Experte über die spannende Entwicklung im Warenhaussektor. Sein Thema lautete »Handel auf allen Kanälen – Anmerkungen zu einer unklaren Zukunft ...«. Zu Beginn seines Vortrags berichtete er über die Entwicklung des Umsatzes, der Verkaufsfläche und der Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel. Dessen Umsätze stiegen in den zurückliegenden Jahren nach dem krisenbedingten Rückgang stark an. Im Jahr 2014 beliefen sich die nominalen Umsätze im stationären Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel, Apotheken und Tankstellen) auf 14,8 Mrd. Euro. Die Zahl der Beschäftigten hat sich von rund 105 000 im Jahr 1991 in den folgenden 23 Jahren auf etwa 71 500 verringert. Nach diesem kurzen Einstieg widmete sich der Referent dem Warenhaussektor. Anhand des Warenhauses Tietz, das schon 1879 auf die ersten Elemente des neuen Handels (freier Eintritt, transparente Preisauszeichnung, sofortige Barzahlung etc.) setzte, beleuchtete er die historische Entwicklung in diesem Bereich. Die Vielfalt der Sortimente sowie die Ideen und Aktionen der Warenhäuser lockten damals viele Konsumenten in das Geschäft. Zudem punktetten die Warenhäuser mit ihrer hohen Exportfähigkeit.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor: Geht dem Wohnungsneubau die Luft aus?

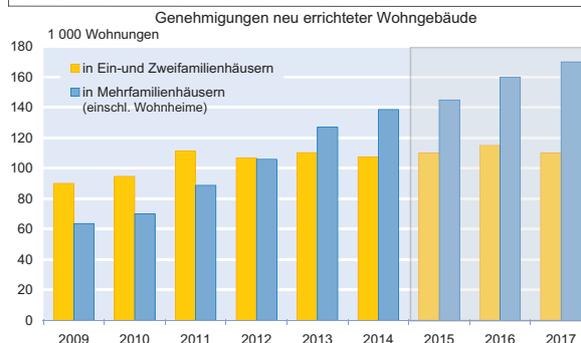
Ludwig Dorffmeister und Matijas Kocijan

Im August 2015 schwollen die Flüchtlingsströme nach Mitteleuropa dramatisch an. Bis dahin gingen Beobachter des Wohnungsmarkts noch davon aus, dass der jährliche Nachschub an Neubauprojekten in absehbarer Zeit nicht mehr weiter zunehmen würde. Einerseits stagnierten bereits seit einiger Zeit die Baugenehmigungen für neu errichtete Ein- und Zweifamilienhäuser, andererseits blieben die Genehmigungen für Wohnungen in neu errichteten Mehrfamiliengebäuden im ersten Halbjahr 2015 deutlich hinter den Erwartungen zurück. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass die Neubaunachfrage in einigen Regionen von kräftig gestiegenen Grundstückspreisen bzw. dem erheblichem Mangel an Bauland sowie den weiter gestiegenen Gesteigungskosten merklich gedämpft wird. Die Stimulierung des Wohnungsbaus durch niedrige Zinsen, fehlende Anlagealternativen sowie weitere positive Einflussfaktoren dürfte im Zeitablauf abgenommen haben.

Geschosswohnungsbau »profitiert« von Flüchtlingszuzug

In seinem Einführungsvortrag zeigte Ludwig Dorffmeister, ifo Institut, auf, dass der Wohnungsneubau vom enormen Flüchtlingszuzug »profitieren« wird. Im Geschosswohnungsbau dürften die Genehmigungszahlen für Neubauvorhaben neuen Schub erhalten (vgl. Abb. 25). Die neue Genehmigungsprognose geht deshalb von einem Anstieg bis 2017 aus. Dann werden voraussichtlich rund 170 000 Geschosswohnungen (2015: 145 000) und etwa 110 000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (2015: 110 000) bewilligt. Hinzu kommen rund 45 000 Wohnungen in neu errichteten Nichtwohngebäuden bzw. in bestehenden Gebäuden. Aus dem weiteren Anstieg der Genehmigungen folgt, dass die Fertigstellungszahl bis 2017 auf insgesamt 312 000 Wohnungen klettern wird (vgl. Tab. 3). Dabei entfallen von den

Abb. 25 Nachfrage nach Geschosswohnungen erhält neuen Schub



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

270 000 Einheiten in neu errichteten Wohngebäuden 160 000 Einheiten auf den Geschosswohnungsbau.

Bei der Prognose der Genehmigungen für Geschosswohnungen wird unterstellt, dass vor allem die Kommunen und Landkreise, die besonders stark von der Flüchtlingskrise betroffen sind, die Eigeninitiative ergreifen und schnellstmöglich – nicht nur für die Flüchtlinge – Wohnungen bauen werden. Daneben dürften kurzfristig auch etliche Flüchtlingsheime entstehen, deren Wohnungen ebenfalls in die Genehmigungsrubrik »Mehrfamiliengebäude« eingehen.

Gerade bei den Erstaufnahmeeinrichtungen ist es dagegen nicht selten so, dass sich der zur Verfügung gestellte »Wohnraum« deutlich von der amtlichen Definition einer »Wohnung« unterscheidet und deshalb nicht als solche erfasst wird. Bei den privaten Investoren wird es hingegen vorerst zu keiner Verhaltensänderung kommen. Es wird jedoch unterstellt, dass die Politik in gewissem Umfang auch diese Marktakteure unterstützen wird. Bislang steht allerdings nur ein Versprechen bezüglich der »unverzöglichen« Schaffung von »geeigneten Anreizinstrumenten« für den »Neubau von preiswertem Wohnraum in Gebieten mit angespannter Wohnungslage« im Raum.

Zu bedenken ist hierbei, dass Geld allein nicht ausreichen wird, um den Wohnungsneubau auf ein deutlich höheres

Tab. 3 Wohnungsfertigstellungen in Deutschland nach Gebäudearten 2008 bis 2017
1 000 Wohnungen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ^{a)}	2016 ^{a)}	2017 ^{a)}
Deutschland insgesamt										
In neu errichteten Wohngeb. davon in:	152,2	136,5	140,1	161,2	176,6	188,4	216,1	230	255	270
Ein- und Zweifamiliengeb.	96,4	83,9	85,4	97,0	100,3	102,2	106,8	105	110	110
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	55,9	52,6	54,7	64,2	76,3	86,2	109,3	125	145	160
Sonstige Fertigstellungen ^{c)}	23,7	22,5	19,7	21,9	23,8	23,8	26,2	36	40	42
Wohnungen insgesamt	175,9	159,0	159,8	183,1	200,5	214,8	245,3	266	295	312

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in neu errichteten Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Niveau zu heben. Es wird auch darauf ankommen, die Wirkungen diverser anderer Hemmnisse (Baulandverfügbarkeit, Genehmigungsverfahren, Normen/Auflagen/Verordnungen, Bauordnungen der 16 Bundesländer, Verkehrskonzepte für Ballungsräume etc.) abzumildern. Auf der anderen Seite dürfte klar sein, dass der Neubau hinsichtlich der Unterbringung der Flüchtlinge nur eine Teillösung darstellen kann. Gleichzeitig sollte also das Potenzial der leerstehenden Wohnungen bestmöglich genutzt werden. Dass diese nicht selten in Kleinstädten oder ländlichen Gebieten vorzufinden sind, muss dabei kein Nachteil sein, da dort eine echte Integration in die Gesellschaft/lokale Gemeinschaft häufig besser gelingt.

Zudem konzentriert sich das Jobangebot in Deutschland nicht in so extremem Maße auf einzelne, wirtschaftsstarke Regionen, wie die Zu- und Binnenwanderung der vergangenen Jahre vermuten lassen würde. Die Reaktivierung des Wohnortzuweisungsgesetzes, das ab 1996 neu zugezogene Spätaussiedler für einen gewissen Zeitraum an einen bestimmten Wohnort band und mit dem man insgesamt gute Erfahrungen gemacht hat, kann deshalb als sinnvoll angesehen werden. Damit könnte die ansonsten wohl unausweichliche weitere erhebliche Zunahme der Wohnraumnachfrage in etlichen Ballungsräumen abgemildert werden.

Aufwendungen für energetische Sanierung seit Jahren rückläufig

Das weitaus bedeutendere Teissegment im Wohnungsbau ist allerdings der Bestandsmarkt. Laut Berechnungen des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) stehen Arbeiten im Gebäudebestand derzeit für rund 70% des gesamten Wohnungsbauvolumens. In den vergangenen Jahren haben sich die Anteile kaum noch verändert, auch wenn die Bestandsmaßnahmen 2013 um etwa 2% schrumpften. Bemerkenswert ist auch, dass die Aktivitäten in Zusammenhang mit energetischen Vorhaben (Wärmedämmung an Dach und Fassade, Austausch von Fenstern und Türen, Heizungserneuerung, Solarthermie- bzw. Photovoltaikinstallationen) seit 2011 rückläufig sind. Hier muss jedoch berücksichtigt werden, dass entsprechende Zeitreihen nur bis 2010 zurückreichen. Der kräftige Rückgang dürfte unter anderem am stark verringerten Zubau von PV-Leistung oder an den politischen Diskussionen um die steuerliche Abschreibung energetischer Maßnahmen an Wohngebäuden gelegen haben. Zudem sollte ebenfalls eine Rolle gespielt haben, dass in der Vergangenheit vorwiegend die Gebäude energetisch (teil-)saniert worden sind, bei denen das Energieeinsparpotenzial besonders hoch war. Die Anreize für die übrigen Gebäude, die also heute oder demnächst mit der Modernisierung »an der Reihe« wären, sind damit entsprechend niedriger. Die gesunkenen bzw. sinkenden Energiepreise haben die Anreize weiter verringert.

Insgesamt kann mit weiterhin hohen Investitionen für bestehende Wohngebäude gerechnet werden. Während ein weiterer Anstieg von dem bislang erreichten Niveau (Bestandsvolumen 2014: 130 Mrd. Euro) sehr unwahrscheinlich ist, würde ein zumindest leichter Rückgang in den kommenden Jahren nicht überraschen. Vor dem Hintergrund dieser Er-

Tab. 4
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2008 bis 2017
Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (Referenzjahr: 2010)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ^{a)}	2016 ^{a)}	2017 ^{a)}
Wohnungsbau	132,21	127,76	133,27	146,58	151,56	150,43	155,36	159,2	163,2	165,7
Nichtwohnungsbau	105,67	102,08	103,86	109,85	106,19	104,58	107,10	105,3	107,2	108,1
davon:										
gewerblicher Bau	73,49	69,71	70,59	75,74	74,93	73,37	74,83	73,9	75,1	75,3
- gew. Hochbau	58,56	54,89	54,58	59,28	58,81	57,41	58,41	57,5	58,4	58,7
- gew. Tiefbau	14,98	14,85	16,01	16,46	16,12	15,96	16,43	16,4	16,7	16,6
öffentlicher Bau	32,18	32,36	33,27	34,11	31,25	31,20	32,25	31,4	32,1	32,8
- öff. Hochbau	11,72	12,55	13,84	13,61	11,70	11,59	11,25	10,9	11,0	11,3
- öff. Tiefbau	20,44	19,80	19,43	20,51	19,55	19,61	21,00	20,6	21,1	21,5
Insgesamt	237,90	229,94	237,12	256,42	257,73	255,00	262,45	264,6	270,4	273,8
Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015 ^{a)}	2016 ^{a)}	2017 ^{a)}
Wohnungsbau	- 3,2	- 3,4	4,3	10,0	3,4	- 0,7	3,3	2,5	2,5	1,5
Nichtwohnungsbau	2,9	- 3,4	1,7	5,8	- 3,3	- 1,5	2,4	- 1,6	1,8	0,8
davon:										
gewerblicher Bau	4,1	- 5,1	1,3	7,3	- 1,1	- 2,1	2,0	- 1,2	1,6	0,3
- gew. Hochbau	6,5	- 6,3	- 0,6	8,6	- 0,8	- 2,4	1,7	- 1,5	1,5	0,5
- gew. Tiefbau	- 3,9	- 0,9	7,8	2,8	- 2,1	- 1,0	3,0	- 0,5	2,0	- 0,5
öffentlicher Bau	0,1	0,6	2,8	2,6	- 8,4	- 0,2	3,4	- 2,5	2,2	2,2
- öff. Hochbau	0,4	7,1	10,3	- 1,7	- 14,0	- 0,9	- 2,9	- 3,5	1,5	2,5
- öff. Tiefbau	0,0	- 3,1	- 1,9	5,5	- 4,7	0,3	7,1	- 2,0	2,5	2,0
Insgesamt	- 0,6	- 3,4	3,2	8,1	0,5	- 1,1	2,9	0,8	2,2	1,2

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

wartungen und den gleichzeitig weiter expandierenden Neubaugaben werden die Wohnungsbauinvestitionen dieses und nächstes Jahr um jeweils rund 2,5% zulegen (vgl. Tab. 4). Auch 2017 dürfte das Wachstum mit etwa 1,5% noch ansehnlich sein.

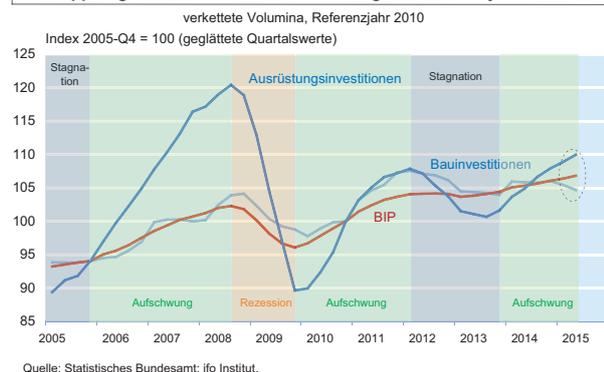
Investitionszurückhaltung vonseiten der Unternehmen

Der Wirtschaftsbau ist derzeit, was den Neubau betrifft, von einer ausgeprägten Zurückhaltung der Unternehmen gekennzeichnet. Im vergangenen Jahr konnten immerhin die Bestandsleistungen an existierenden Nichtwohngebäuden deutlich zulegen. Insgesamt ergab sich dadurch ein Plus bei den gewerblichen Hochbauinvestitionen von 1,7%. Aufgrund der inzwischen wieder schwächeren Modernisierungsnachfrage dürfte es aber 2015 auf ein Minus bei den Hochbauleistungen von rund 1,5% hinaus laufen. Für die kommenden Jahre sind zudem keine großen Sprünge zu erwarten.

Auf Datenbasis bis zum zweiten Quartal 2015 ist gegenwärtig von einer Abkopplung der gewerblichen Baunachfrage von der übrigen Investitionsnachfrage bzw. von der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung auszugehen. Obwohl die Wirtschaft seit 2014 stark wächst und auch wohl noch einige Zeit weiter kräftig expandieren dürfte, bewegt sich im Teilbereich des gewerblichen Hochbaus – der wesentlich größer ist als der gewerbliche Tiefbau – eher wenig (vgl. Abb. 26). Grundsätzlich gilt es zu berücksichtigen, dass der Wirtschaftsaufschwung seit 2015 immer stärker konsumgetrieben ist. Dies wird sich aufgrund der erheblich gestiegenen Zuwanderung auch nicht so schnell ändern. Die Impulse für die heimische Volkswirtschaft kommen also nicht primär von den Auslandsmärkten. Viele der heimischen Firmen sehen daher keine Notwendigkeit, kräftig in die Ausweitung der (baulichen) Produktionskapazitäten zu investieren.

Eher ist das Gegenteil der Fall. Zwar entwickeln sich zahlreiche europäische Märkte wieder etwas positiver, dafür

Abb. 26
Entkopplung des Gewerbebaus von der allgemeinen Konjunktur



schwächeln aber einige große Auslandsmärkte wie China, Russland oder Brasilien. Bei einzelnen Ländern müssen sogar die langfristigen wirtschaftlichen Wachstumsperspektiven grundlegend überdacht werden. Hinzu kommt, dass deutsche Firmen in der Tendenz immer mehr Güter im Ausland bzw. vor Ort produzieren (müssen) und dadurch natürlich auch immer mehr Investitionen jenseits des heimischen Marktes tätigen.

Daneben haben einige der Maßnahmen der Bundesregierung (Mindestlohn, Rente mit 63, Diskussionen um Erbschaftsteuerreform bzw. um weitere Verschärfung der Regelungen für Werkverträge/Zeitarbeit) sicherlich nicht zur Verbesserung der heimischen Standortbedingungen beigetragen, wozu auch die Energiepolitik der vergangenen Jahre zu zählen ist. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen des äußerst niedrigen Zinsniveaus auf die Geschäftstätigkeit der Banken- und Versicherungsbranche sowie auf die Höhe der heute zu tätigen Rückstellungen für die Betriebsrenten zahlreicher Unternehmen. Unter diesen Voraussetzungen werden häufig alle nicht dringend notwendigen Investitionen zunächst einmal »hinausgeschoben«.

Zusammenfassend lässt sich demnach sagen, dass die Firmen hierzulande kaum einen Zwang verspüren deutlich mehr zu investieren. So besteht etwa auch in Bezug auf den Zustand der Gewerbebauten häufig kein akuter Handlungsbedarf. Andererseits wollen sie auch – aus den erwähnten Gründen – nicht wesentlich mehr investieren.

Gleichwohl muss angemerkt werden, dass sich der derzeit erreichte Umfang der gewerblichen Bauinvestitionen durchaus auf einem ansehnlichen Niveau befindet. Dabei wird sich der Tiefbaubereich in den kommenden Jahren etwas dynamischer entwickeln. Dies liegt zum einen an der staatlichen Förderung des Breitbandausbaus bzw. der stärkeren Selbstverpflichtung der Marktakteure. Zum anderen erhält der Eisenbahnbau zusätzliche Geldmittel aus den beiden Konjunkturprogrammen des Bundes. Hinzu kommt eine dauerhafte deutliche Ausweitung der Bundesmittel für die Modernisierung des überregionalen Bahnnetzes. Hier wird besonders auf die Sanierung maroder Brücken Wert gelegt. Während die gewerblichen Hochbauinvestitionen bis 2017 das Niveau des Jahres 2011 nicht erreichen dürften, werden die gewerblichen Tiefbauaktivitäten dann bereits umfangreicher sein als damals.

Bund investiert deutlich mehr, ...

Der öffentliche Bau wird in den kommenden Jahren enorm von den beiden Investitionsprogrammen des Bundes profitieren. So sind zwischen 2014 und 2018 zusätzliche Ausgaben allein für den Bundesfernstraßenbau von insgesamt rund 5½ Mrd. Euro vorgesehen (vgl. Tab. 5). Nach dem prog-

Tab. 5
Investitionsprogramme des Bundes
(in Mrd. Euro)

5-Mrd.-Euro-Paket						
	2014	2015	2016	2017	2018	Summe
Bundesfernstraßen	500	600	1 000	1 500		3 600
Eisenbahnen d. Bundes	0	300	300	450		1 050
Bundeswasserstraßen	5	100	100	145		350
Gesamt	505	1 000	1 400	2 095		5 000
10-Mrd.-Euro-Paket (Bereich Verkehr)						
	2014	2015	2016	2017	2018	Summe
Bundesfernstraßen			500	500	894	1 894
Eisenbahnen d. Bundes			349	376	270	995
Bundeswasserstraßen			50	100	50	200
Gesamt			899	976	1 214	3 089
10-Mrd.-Euro-Paket (übrige baurelevante Bereiche)						
	2014	2015	2016	2017	2018	Summe
Anteil BMUB			267	300	292	859
Digitale Infrastruktur ^{a)}			400	500	200	1 100
Gesamt			667	800	492	1 959

Quelle: BMM; BMUB; BMF.

nostizierten Rückgang der öffentlichen Tiefbauinvestitionen in 2015 um 2% dürften die Jahre 2016 und 2017 von Zuwächsen gekennzeichnet sein. Allerdings wird das Wachstum wohl deutlich geringer ausfallen als der Bund mit seinen Ausgabenerhöhungen eigentlich bezweckt hatte.

... Länder und Gemeinden aber wohl sichtlich weniger

So kostet die Unterbringung, Verpflegung, Betreuung und Weiterbildung der Flüchtlinge die Kommunen und Länder viel Geld, das an anderer Stelle fehlt. Die kommunalen Spitzenverbände rechnen mit jährlichen Gesamtausgaben pro Asylbewerber zwischen 10 000 und 13 000 Euro. Nach einer aktuellen Umfrage von Ernst & Young vom Oktober unter Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern erwartet etwa jede vierte Kommune, aufgrund der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung, in diesem Jahr mehr Schulden machen zu müssen. Für 2016 gingen sogar 40% von einer dadurch verursachten Schuldenaufnahme aus. Zwar hat der Bund den Ländern und Kommunen schon finanzielle Hilfe zugesagt, allerdings nur in bescheidenem Umfang. Darüber hinaus wird sich der Bund immer stärker an den Kosten für die Versorgung beteiligen, etwa wenn die offiziell anerkannten Asylanten keinen Job finden und auf Hartz IV angewiesen sind. Speziell bei den Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger ist es dann jedoch so, dass der Bund – nach den gesetzlichen Vorgaben – nur rund ein Drittel davon übernimmt und der Rest bei der Kommune hängen bleibt. Auf-

grund der schleppenden Abarbeitung der Asylanträge dürfte die stärkere Kostenübernahme des Bundes aber sowieso nur langsam vorstattgehen. Außerdem hat sich der Zustrom bis heute nicht wesentlich abgeschwächt.

Es ist davon auszugehen, dass Länder und Kommunen auf die zusätzliche finanzielle Belastung durch den Flüchtlingszuzug durch Einsparungen an anderer Stelle bzw. durch Verschiebung von Investitionen reagieren werden. Dies wird auch durch die Ergebnisse der oben erwähnten Umfrage unter größeren Kommunen bestätigt. So praktizierten bzw. planten im Oktober insgesamt fast ein Drittel der befragten Gemeinden eine zeitliche Verschiebung von Investitionen. Für den öffentlichen Bau bedeutet dies, dass der Umfang der öffentlichen Bauleistungen in diesem Jahr schwächer ausfallen und im kommenden Jahr weniger stark wachsen wird als noch zur Jahresmitte angenommen wurde. Der öffentliche Hochbau dürfte 2015 das fünfte Jahr in Folge schrumpfen – näm-

lich um 3,5% – und 2016 lediglich um 1,5% zunehmen. Im Tiefbau wird dagegen nach dem geschätzten Rückgang um 2% im laufenden Jahr ein Anstieg um rund 2,5% im kommenden Jahr erwartet.

In dieser Betrachtungsweise werden die tatsächlichen Investitionsvolumina der Kommunen allerdings unterschätzt. So dürften Städte und Gemeinden – beginnend mit dem vierten Quartal 2015 sowie in den kommenden Jahren – deutlich mehr Geld für die Schaffung von Wohnraum ausgeben. Zu den Zielgruppen, für die diese Wohnungen erstellt werden sollen, zählen dabei aber nicht nur die zugewanderten Flüchtlinge, sondern auch die lokale Bevölkerung, die in einigen Regionen bereits zuvor unter einer allgemeinen Wohnungsknappheit gelitten hat. Neben den kommunalen Wohnungsgesellschaften werden hierbei auch zahlreiche Gemeinden direkt die Erstellung von Wohngebäuden (Wohnheime, aber auch normale Mehrfamiliengebäude) bei Planern und Baufirmen in Auftrag geben bzw. die Baukosten selbst tragen. Im Gegensatz zur bislang praktizierten Praxis, private Investoren/Bauherren – zum Beispiel über soziale Wohnraumförderung, sozialgerechte Bodennutzung oder Einheimischenprogramme – mit dem Bau von Wohnungen zu betrauen, müssen viele Gemeinden nunmehr aufgrund des erheblich gestiegenen Handlungsdruckes wieder direkt am Markt agieren.

Etlliche Gemeinden werden also in der nächsten Zeit mit eigenen Mitteln Wohnraum schaffen. Gleichwohl erscheinen diese Investitionen per Definition nicht im öffentlichen Bau,

sondern im Bereich Wohnungsbau. Insgesamt wird sich die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand demnach positiver entwickeln als der Blick auf die öffentlichen Bauinvestitionen vermuten lassen würde.

Wohnungsbau weiter Impulsgeber für die Bauwirtschaft

Die Bauleistungen in Deutschland werden sich in den Jahren bis einschließlich 2017 positiv entwickeln. Auf den etwas schwächeren Zuwachs der gesamten Bauinvestitionen um knapp 1% 2015, dürfte 2016 eine Zunahme um mehr als 2% und 2017 um gut 1% folgen. Die Aufwärtsdynamik geht dabei überwiegend auf den Wohnungsbau zurück, wobei der Neubau von Mehrfamilienhäusern hervorzuheben ist. Für den Wirtschaftsbau wird lediglich eine Seitwärtsbewegung – ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2014 – erwartet. Im öffentlichen Bau sind die Aussichten zwar etwas günstiger. Bund, Länder und Gemeinden zusammen dürften aber erst 2017 sichtlich mehr investieren als im vergangenen Jahr. Die tatsächliche Entwicklung der Bauinvestitionen in den kommenden Jahren hängt insgesamt stark vom weiteren Verlauf der Flüchtlingszuwanderung und den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Notwendigkeiten bzw. politischen Entscheidungen ab. Dies dürfte für einige Jahre sogar die Einflüsse, die aus der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung resultieren, übertreffen.

Zur Entwicklung des zukünftigen Wohnungsbaubedarfes

In seinem Referat »BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030« stellte Matthias Waltersbacher, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), zunächst die Methodik vor, mit der das BBSR die Schätzung des zukünftigen Wohnungsbedarfs durchführte. Die wesentlichen Einflussfaktoren sind dabei die Entwicklung der Bevölkerung, der Privathaushalte sowie die Bautätigkeit in den vergangenen Jahren und weitere strukturelle Merkmale des deutschen Wohnungsmarkts.

Die regionalisierten Prognosen erfolgen auf der Basis eines »Bottom-up«-Ansatzes. Im Unterschied zu einer Ableitung von bundesweiten Eckwerten wird bei regionalisierten Prognosen die Entwicklung der Wohnungsnachfrage von wachsenden und schrumpfenden Regionen nicht saldiert. »Überzählige« Wohnungen in einer Stadt mit schrumpfendem Wohnungsmarkt werden somit nicht mit fehlenden Wohnungen in einer Stadt mit wachsendem Wohnungsmarkt gegengerechnet. Als demographische Grundlage der Wohnungsmarktprognose dient die BBSR-Bevölkerungs- und Haushaltsprognose (vgl. »Die Raumordnungsprognose 2035«). Für die Nettozuwanderung wird angenommen, dass

sie – nach einer Anpassungsphase von fünf Jahren – langfristig auf einem Niveau von jährlich ca. 200 000 Personen einschwenkt. Die zuletzt angeschwollenen Flüchtlingsströme sind in dieser Studie allerdings nicht berücksichtigt.

Infolge einer starken Zuwanderung ist die Bevölkerungszahl in Deutschland seit rund vier Jahren wieder gestiegen. Im Zeitraum von 2015 bis 2030 ist in den westdeutschen Regionen mit einem durchschnittlichen Bevölkerungsschwund von insgesamt 0,7% und im Osten von 7,6% zu rechnen.

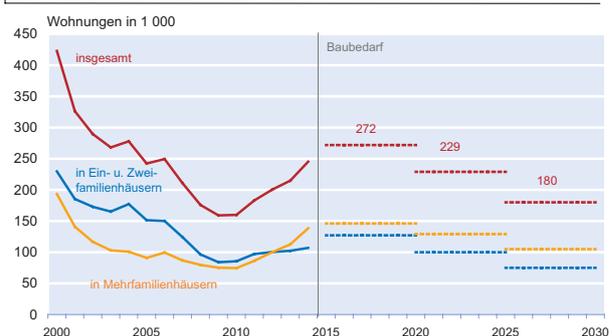
Trotz der für Gesamtdeutschland unterstellten Bevölkerungsabnahme ab 2018 wird sich die Zahl der Haushalte im Prognosezeitraum positiv entwickeln. Auch hier wird die Entwicklung in West- und Ostdeutschland unterschiedlich verlaufen. So ist in den alten Ländern bis 2030 von einer wachsenden Zahl an Haushalten (+ 3,1%) auszugehen; in den neuen Ländern wird die Haushaltszahl bis 2030 jedoch um rund 5½% schrumpfen.

Strukturelle und verhaltensbezogene Veränderungen der Haushalte sind ebenfalls nachfragerrelevant. Denn die Nachfrage nach Wohnungen kann auch dann anhalten, wenn die Zahl der Haushalte in einer Region insgesamt schrumpft. Durch Alterung und Individualisierung der Haushalte steigt nämlich der Pro-Kopf-Wohnflächenkonsum über das quantitative Mengengerüst hinaus (z.B. Remanenzeffekt, Single-Haushalte etc.).

Nach den Ergebnissen der BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030 wird bis 2020 ein Zubaubedarf von gut 270 000 Wohnungen pro Jahr prognostiziert. Erst danach wird es zu einer Bedarfsabschwächung kommen. Die »benötigte« Zahl an Wohnungsfertigstellungen in Mehrfamiliengebäuden – dazu zählen Fertigstellungen in neu errichteten und bestehenden Mehrfamilien- sowie in Nichtwohngebäuden – wird dabei im gesamten Prognosezeitraum unter dem Niveau der nach der Schätzung »notwendigen« Fertigstellungen von Wohnungen in neu errichteten Ein- und Zweifamilienhäusern liegen (vgl. Abb. 27).

Abb. 27

Wohnungsfertigstellungen und Zubaubedarf bis 2030



Quelle: Statistisches Bundesamt; BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030 (April 2015).

Seit dem Spätsommer 2015 hat sich der Flüchtlingsstrom sichtlich verstärkt, so dass das BBSR seine Prognosen korrigieren muss. Dabei wurden zwei »vorläufige« Szenarien erstellt. Im ersten Szenario (»oberes« Szenario) wird eine hohe Flüchtlingszuwanderung bis 2020 unterstellt, die sich ab 2021 verlangsamt. Im zweiten Szenario (»unteres« Szenario) wird für die Jahre 2015 und 2016 eine hohe Flüchtlingszuwanderung angenommen; ab 2017 wird diese in ihrem Umfang dann abnehmen. In beiden Szenarien stabilisiert sich die Zuwanderung ab dem Jahr 2026 bei etwa 200 000 Personen.

Auf Grundlage der daraus errechneten Bevölkerungsentwicklung kann der erhöhte Wohnraumbedarf ermittelt werden. Um die Auswirkungen auf die Bevölkerungszahl zu ermitteln wurden für beide Szenarien Annahmen zur Asylbeantragung, Schutzquote, erstmaligen räumlichen Verteilung, zur Freizügigkeit und der nachfolgenden Wohnstandortwahl getroffen. Danach werden aller Voraussicht nach die wirtschaftlich prosperierenden Regionen das vorrangige Ziel der Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlinge sein. Für die Ermittlung der durchschnittlichen Haushaltsgrößen spielt der Umfang der möglicherweise nachziehenden Familienangehörigen eine wesentliche Rolle.

In beiden Szenarien ergab sich vor allem für die ersten fünf Jahre eine deutliche Abweichung gegenüber den ursprünglichen Prognosewerten, die April 2015 veröffentlicht wurden. So müssen nach den vorläufigen Berechnungen des BBSR in den Jahren 2015 bis 2020 zwischen knapp 350 000 und knapp 400 000 Wohnungen pro Jahr zum Wohnungsbestand hinzukommen. Für den Bereich Mehrfamiliengebäude wurde dabei ein Zubaubedarf von jährlich fast 250 000 Wohnungen (oberes Szenario) ermittelt. Nach den Ergebnissen des unteren Szenarios wären immerhin noch fast 200 000 Geschosswohnungen pro Jahr nötig. Für die darauffolgenden fünf Jahre kommen die vorläufigen Simulationen für den gesamten zusätzlichen Wohnbedarf auf Werte zwischen nahezu 250 000 und rund 280 000 Wohnungen. Alle diese Prognosezahlen beruhen allerdings auf Rahmenbedingungen, die sich auch kurzfristig noch stark verändern können.

Zur Bereitstellung preisgünstigen Wohnraumes

Klaus Freiberg, Vonovia SE, stellte in seinem Vortrag mit dem Titel »Preisgünstiges Wohnen in wachsenden Städten – intelligentes Bestandsmanagement vs. Neubau« die Kernfrage: Wie schaffen wir bezahlbaren Wohnraum? Er stellte zunächst Folgendes fest: Die aktuellen Wanderungsbewegungen in Deutschland verlaufen – abgesehen von der überregionalen Wanderung – zumeist vom Dorf in das Mittelzentrum, vom Mittelzentrum in die Großstadt und vom äußeren Ring der Großstadt ins Zentrum. Deutschland wird ein Land

von Städten. Dabei ist die Landflucht nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch in Teilen Westdeutschlands sichtbar. Beweggründe für die beobachtete Landflucht ist der Wunsch einer guten bzw. besseren Infrastruktur. Dazu gehört nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch die soziale Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Schulen usw.). Das häufig genannte größere Kulturangebot spielt dagegen eine weitaus geringere Rolle.

Auch wies Herr Freiberg auf die – im Verlauf der vergangenen Jahre – gestiegene durchschnittliche Inanspruchnahme von Wohnfläche je Person hin. Mit der alternden Bevölkerung spielt außerdem die altersgerechte Modernisierung von Wohngebäuden eine immer größere Rolle. Er stellte die Frage, ob in Gebieten mit Wohnungsmangel in den nächsten Jahren genug Wohnungen gebaut werden können, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Vorlaufzeit bis zum Baubeginn eines Gebäudes in der Regel einige Jahre dauert (aktuell in Berlin: zwei bis drei Jahre, in München: vier bis fünf Jahre). Nach eigener Erfahrung sind 27% bis 36% der Kosten, die im Verlauf eines Bauprojektes anfallen, auf Beratungsleistungen (Planung, Antragstellung, Lärmgutachten usw.) zurückzuführen. Weitere Kosten entstehen durch staatliche Vorgaben, wie z.B. zum Anteil öffentlich geförderter Wohnungen oder hinsichtlich der Bereitstellung von Tiefgaragenstellplätzen, sowie durch Infrastrukturabgaben, beispielsweise für Kita-Plätze.

Das Unternehmen von Herrn Freiberg verfolgt verschiedene Strategien, um die Kosten zu senken. So erfolgt etwa eine detaillierte Planung, mit dem Ziel, die Bauzeit zu verkürzen und eine optimale Raumnutzung zu erzielen. Daneben wird der Neubau als Ergänzung zum Bestand gesehen. In Bezug auf eine effektive Nachverdichtung (einschließlich Aufstockung von Gebäuden) besteht seiner Meinung nach landesweit großes Potenzial (nach eigener Einschätzung Zunahme der Wohnraumfläche um 6 bis 8% allein durch Aufstockungen möglich). Denn viele Gebäude in deutschen Großstädten sind aus den 1950er, 1960er, und 1970er Jahren und verfügen zudem nicht selten über Flachdächer, was die Aufstockung um eine zusätzliche Etage erleichtert. Hierbei können standardisierte, kostengünstige Bauverfahren (z.B. Holzmodulbauweise) zum Einsatz kommen. Durch die Ausweitung der Wohnungszahl verteilen sich die Betriebskosten darüber hinaus nicht nur auf mehr Parteien, wodurch die Bestandsmieter entlastet werden (Sicherung bezahlbaren Wohnraumes). Gleichzeitig findet nämlich auch eine soziale Durchmischung des Mieterbestands statt. Hinzu kommt, dass bei Um-/Ausbauten im Bestand keine Aufwendungen für Infrastrukturmaßnahmen vorgenommen werden müssen und der Planungsvorlauf wesentlich kürzer ausfällt als bei Neubauvorhaben.

Der Bau von Wohngebäuden ist in Deutschland bis heute noch stark individualisiert. In den allermeisten Fällen werden

bauliche Unikate errichtet. Durch die Einführung von standardisierten Wohngebäuden und der Umstellung von Produktionsverfahren (z.B. mehr Fertigbauweise) ließe sich der Bau von Wohnungen deutlich kostengünstiger gestalten.

Nach Einschätzung von Herrn Freiberg sollte zukünftig besonderes Augenmerk auf die Verkürzung der Bauzeit (einschl. Planungsvorlauf) und die Verringerung der Baukosten gelegt werden. Nur so kann der stark steigende Bedarf an (bezahlbarem) Wohnraum befriedigt werden. Neben der Beschleunigung von Planungsverfahren sowie der Reduzierung des staatlichen Anforderungskataloges kommt dabei neuen Produktionsverfahren eine Schlüsselrolle zu. Durch diese können u.a. der notwendige menschliche Arbeitseinsatz auf der Baustelle merklich reduziert und damit die Produktionskapazitäten der Bauwirtschaft erhöht werden.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb und Przemyslaw Wojciechowski
unter Mitarbeit von Matthias Balz und Rudolf Stanga

2015/16: Fortsetzung des Aufwärtstrends erwartet

Nach einer vorübergehenden konjunkturellen Verlangsamung im zweiten und dritten Quartal 2014 hat sich der konjunkturelle Aufwärtstrend im Dienstleistungssektor bis zuletzt fortgesetzt. Im Oktober 2015 hatte das Geschäftsklima im Dienstleistungssektor einen Höchststand seit Einführung dieser Umfrage im Jahre 2005 erreicht. Der insgesamt positive Umsatztrend im Dienstleistungssektor dürfte im Prognosezeitraum anhalten. In beiden Jahren (2016 und 2017) ist mit einem nominalen Umsatzwachstum im Dienstleistungssektor von jeweils rund 3% p.a. zu rechnen.

Dienstleistungssektor in Deutschland konjunkturresistenter als im europäischen Durchschnitt

Neben der im Prognosezeitraum leicht nach oben gerichteten konjunkturellen Gesamttendenz profitiert der Dienstleistungssektor vom Digitalisierungstrend sowie weiterhin von demographisch bedingten Verschiebungen in der Wirtschaft (z.B. positiver Effekt auf den Immobiliensektor sowie auf Anbieter im Gesundheits- und Freizeitmarkt). Die Konjunkturumfrageergebnisse im Dienstleistungssektor für Deutschland fallen noch etwas positiver aus als im europäischen Durchschnitt. In Abbildung 28 ist der von den EU-Kommissionsdienststellen berechnete Vertrauensindikator im Dienstleistungssektor für die EU insgesamt, für Deutschland und darüber hinaus noch das ifo Geschäftsklima für Dienstleister dargestellt.⁵

⁵ Der Vertrauensindikator wird als arithmetischer Mittelwert aus Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage und der Einschätzung der aktuellen und der in den nächsten drei Monaten erwarteten Nachfragetrends berechnet. Das ifo Geschäftsklima wird demgegenüber als geometrisches Mittel aus den Urteilen zur gegenwärtigen Geschäftslage und den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate gebildet.

Abb. 28

EU-Vertrauensindikator (SCI) und ifo Geschäftsklima (BC) Dienstleister

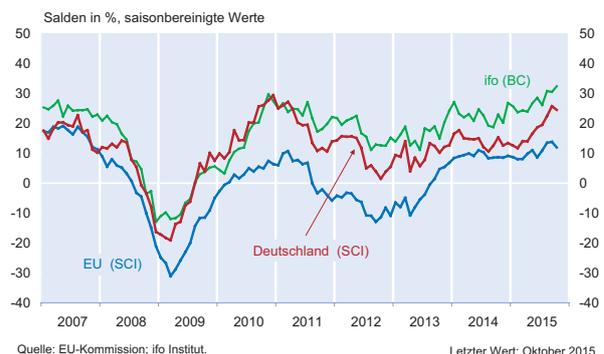


Abb. 29
Geschäftsklima

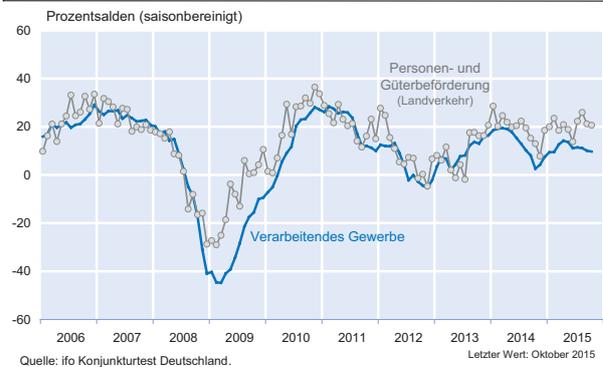
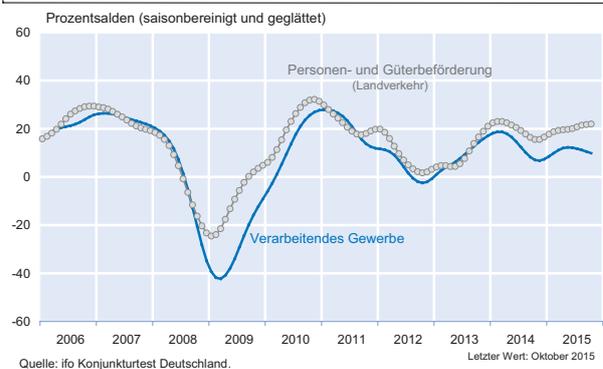
Der seit Anfang 2015 weit stärkere Anstieg des Klimaindixators für das Dienstleistungsgewerbe in Deutschland gegenüber dem Gegenstück in der Europäischen Union hängt zu einem erheblichen Teil mit dem in Deutschland derzeit prosperierenden Immobiliensektor zusammen. Dies zeigt Abbildung 29, in der das Geschäftsklima für das Dienstleistungsgewerbe in Deutschland mit und ohne die Immobilienwirtschaft dargestellt ist (geglättete Werte). Zwar ist auch in der Dienstleistungswirtschaft ohne den Immobiliensektor eine Konjunkturerholung sichtbar, die starke Aufwärtsdynamik rührt aber von der Immobilienwirtschaft her, die mit ihren verschiedenen Unterbranchen mit einem Gewicht von rund einem Drittel in das Gesamtaggregate »Dienstleistungswirtschaft« eingeht.

Konjunkturelle Prognosen für ausgewählte Dienstleistungsbranchen⁶

Verkehr und Lagerei (Transportsektor)

Nach internationalen Erfahrungen liefert der Transportsektor gute Frühindikatoren, vor allem an oberen konjunkturellen Wendepunkten. Dies ist auf den ersten Blick überraschend. Schließlich kann nur transportiert werden, was vorher produziert wurde. Nicht vergessen werden darf allerdings die große Bedeutung der Lagerbestände für den Konjunkturzyklus. Wenn z.B. die Industrieunternehmen mit einer konjunkturellen Verschlechterung in den nächsten Monaten rechnen, werden sie ihre Bestellungen von Vorprodukten bereits drosseln, obgleich die aktuelle Produktion noch unverändert weiterläuft. Es überrascht daher nicht, dass nach verschiedenen Untersuchungen Frühindikatoren aus dem Transportsektor einen Vorlauf an oberen gesamt-

⁶ Die hier vorgestellten Prognosen basieren auf ökonometrischen Schätzungen sowie auf dem Branchenwissen der ifo-Experten, wie es z.B. in der Veröffentlichung »VR Branchen special« zum Ausdruck kommt, die im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) erstellt wird. Es werden hierbei zweimal im Jahr für mehr als 100 Branchen Berichte erstellt, die einzeln nur bei den Volks- und Raiffeisenbanken erhältlich sind. Eine Zusammenstellung ausgewählter ökonometrischer Schätzergebnisse findet sich in der Tabelle 6.

Abb. 30
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und Verarbeitendes Gewerbe**Abb. 30a**
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und Verarbeitendes Gewerbe

wirtschaftlichen Wendepunkten haben (rund sechs Monate). Dies wird besonders deutlich anhand der geglätteten Kurven (vgl. Abb. 30a).

Das ifo Geschäftsklima im Transportsektor, das sich in diesem Bereich als guter Frühindikator erwiesen hat, zeigt tendenziell weiter nach oben. Diese Entwicklung steht im Einklang mit dem erwarteten moderaten Konjunkturaufschwung im Prognosezeitraum. Der gesamte Transportmarkt dürfte nach den vorgenommenen Schätzungen ein nominales Umsatzwachstum von jährlich 2 bis 3% aufweisen, wobei die Logistikdienstleister ein etwas höheres Plus verzeichnen werden als die reinen Transportunternehmen.

Ein wichtiger Impulsgeber für den Landtransport, aber auch für Luft- und Seefracht, ist erfahrungsgemäß der Welthandel. Nach dem neuen Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute dürfte der Welthandel im Jahr 2015 lediglich um 1,2% (real) und 2016 um 3,4% (real) zunehmen. Verglichen mit dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre, sind dies sehr bescheidene Zuwächse. Ursächlich hierfür sind neben der insgesamt moderaten Weltkonjunktur auch strukturelle Änderungen in der Wirtschaft Chinas (Verkürzung von Wertschöpfungsketten). Der wenig dynamische Welthandel wirkt sich zusammen mit dem Überangebot an Schiffstonnage negativ auf die Entwicklung der Seeschiffsfrachtraten aus.

Software und IT-Dienstleistungen

Die Software- und DV-Dienstleistungsbranche erzielte 2014 ein deutliches Umsatzplus. Nach Erhebungen des Branchenverbands BITKOM sind im vergangenen Jahr die nominalen Umsätze um 3,6% auf 55,4 Mrd. Euro gestiegen, nach 2,7% 2013. Überdurchschnittlich stark entwickelte sich dabei der Softwaremarkt, der um 5,6% auf 19,1 Mrd. Euro zulegen konnte. Bei IT-Dienstleistungen ist danach das Umsatzwachstum 2014 mit 2,7% (auf 36,3 Mrd. Euro) 2014 deutlich geringer ausgefallen. Hier machte sich vor allem im Projektgeschäft die gesamtwirtschaftliche Konjunkturabschwächung im Sommerhalbjahr 2014 bemerkbar. Einige IT-Projekte – wie auch Investitionsprojekte generell – dürften offenbar erst einmal aufgeschoben worden sein.

Die am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Unternehmen des Bereichs »Software und DV-Dienstleistungen« bewerteten im bisherigen Jahresverlauf 2015 die Geschäftsentwicklung insgesamt sehr günstig, mit nur geringen Ausschlägen von Monat zu Monat. Nach den Regressionsschätzungen dürften die nominalen Umsatzzuwächse in den Jahren 2016 und 2017 jeweils gut 5% betragen (vgl. Abb. 31).

Auch mittel- bis langfristig zeichnen sich für die Gesamtbranche nach wie vor sehr gute Wachstumsperspektiven ab, die deutlich über dem Wachstum der Gesamtwirtschaft liegen dürften. Das Analyseunternehmen Lünendonk erwartet für die führenden deutschen Standard-Softwareunternehmen sowie IT-Beratungs- und Systemintegrationsunternehmen ein Umsatzplus von jährlich etwa 9% bis 2020. Nicht ganz so hoffnungsvoll sind die Umsatzerwartungen im Marktsegment IT-Service (rund 5% p.a.).

Reisebüros und Reiseveranstalter (Touristik)

Die Reisebranche ist positiv in das Jahr 2015 gestartet. Gemäß den Erhebungen der GfK lag der Umsatz der Reisebüros für Urlaubsreisen im ersten Quartal 2015 um 5,5% über dem Vorjahreswert. Eine verhalten optimistische Grundstim-

Abb. 31
Vergleich des Geschäftsklimas: Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie und gewerbliche Wirtschaft

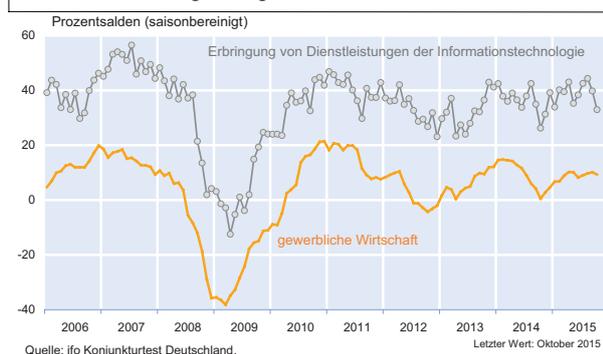
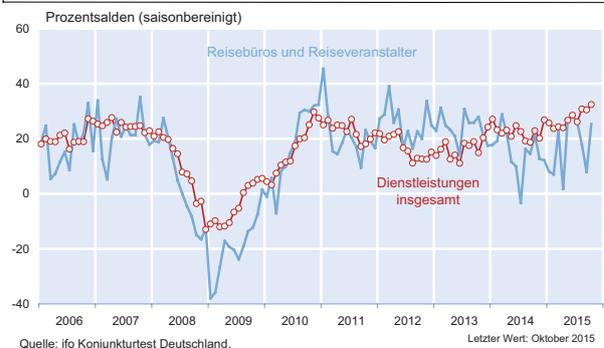


Abb. 32
Vergleich des Geschäftsklimas: Reisebüros und Reiseveranstalter und Dienstleistungen



mung kommt in dem Frühindikator »Geschäftsklima der Reisebüros und Reiseveranstalter« zum Ausdruck, auch wenn sich von Monat zu Monat zum Teil erhebliche Veränderungen ergeben, die eine Vielzahl von Ursachen haben können, nicht zuletzt wetterbedingt sowie ausgelöst durch politische bzw. sicherheitsrelevante Ereignisse. Die Branche ist einem intensiven Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Airlines, Deutsche Bahn, Hotels und andere Anbieter bauen den Direktvertrieb massiv aus, auch Reiseveranstalter verstärken den Ausbau eigener Direktvermarkter über das Internet. Ferner werden über Reisekanäle im TV Reiseangebote lanciert.

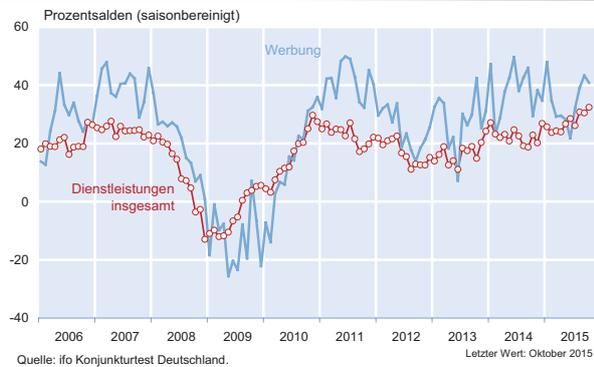
Es gibt allerdings Anzeichen, dass Reisebüros weiter als Vermittler gefragt sein werden. Sie geben dem Kunden Sicherheit, z.B. mittels Betreuung im Falle von Streiks. Die Stiftung Warentest hat zudem ermittelt, dass sich die Preise von Pauschalreisen im Internet und in Reisebüros weitgehend gleichen. Der stationäre Vertrieb bietet häufig nützliche Zusatzinformationen. Kompetente Berater finden passende Angebote schneller als ein Laie in der riesigen Internetauswahl.

Der Umsatztrend bei Reisebüros und Reiseveranstaltern ist weiter aufwärts gerichtet, mit Umsatzzuwächsen von rund 4% sowohl 2016 als auch 2017. Inwieweit sich die Flüchtlingsströme aus Kriegs- und Krisengebieten auf den Tourismus auswirken, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Es spricht aber viel dafür, dass sich an den Tourismusausgaben insgesamt hierdurch wenig ändert. Einzelne gerade bei deutschen Touristen beliebte Reiseziele, wie die griechischen Inseln Kos, Lesbos oder auch Zypern, dürften aber dadurch merklich tangiert werden.

Werbung und Marktforschung

Die Werbeumsätze korrelieren erfahrungsgemäß stark mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Anders als von der Theorie gefordert, verhalten sich die meisten Unternehmen nämlich nicht antizyklisch, sondern prozyklisch in ihrem Werbeverhalten. Die Werbeaufwendungen werden erhöht, wenn

Abb. 33
Vergleich des Geschäftsklimas: Werbung und Dienstleistungen



die Umsätze in den Firmen gut laufen und zurückgefahren, wenn die Geschäftstätigkeit wegen der allgemein schwachen Konjunktur lahm.

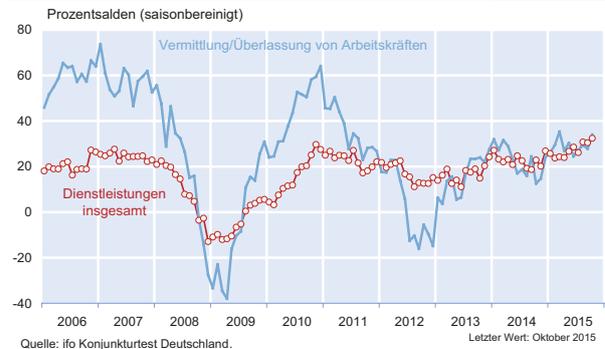
Der Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlichen und werbewirtschaftlichen Veränderungen ist jedoch seit einiger Zeit instabiler geworden. Auffallend ist, dass die Heterogenität zwischen den Unternehmen und damit ihre Konjunkturanfälligkeit zugenommen haben. Dies spiegelt sich u.a. in den seit 2013 deutlich stärkeren Schwankungen des Geschäftsklimas für diese Branche wider. Hier schlägt sich vor allem der Umstrukturierungsprozess der Werbeagenturen nieder, der von der Digitalisierung getrieben ist. Nahezu alle Unternehmen gaben in einer Verbandsumfrage an, dass die Neuen Medien, Multimedia, Online-Marketing und E-Commerce an Bedeutung gewonnen haben. Verstärkt werden von den werbenden Unternehmen umfassende Kommunikationskonzepte nachgefragt. Dies können in der Regel nur große Agenturen leisten. Der Konzentrationsprozess in der Werbebranche nimmt dementsprechend zu. Kleinere Agenturen versuchen zum Teil erfolgreich, diesem Trend mit Netzwerken entgegenzusteuern. Netzwerke sind dann auch das Mittel, um dem Wunsch vieler Kunden nach Internationalisierung der Werbemaßnahmen zu entsprechen.

Die Umsatzzuwächse der Werbebranche werden sich 2015 bei rund 5% bewegen, mit allerdings erheblichen Schwankungen innerhalb der Werbebranche. In den großen Agenturen dürften die Zuwächse 2015 eher um die 8% liegen. Mit ähnlichen Umsatzraten wie 2015 ist auch in den Jahren 2016 und 2017 zu rechnen.

Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften

2014 lag die Jahreswachstumsrate des nominalen Umsatzes im Bereich der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften bei + 4,2%. Im ersten Halbjahr 2015 stieg der nominale Umsatz um 0,4% im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014. Die stark konjunktursensible Branche reagiert erfahrungsgemäß schnell auf eine wirtschaftliche Abkühlung und

Abb. 34
Vergleich des Geschäftsklimas: Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften und Dienstleistungen



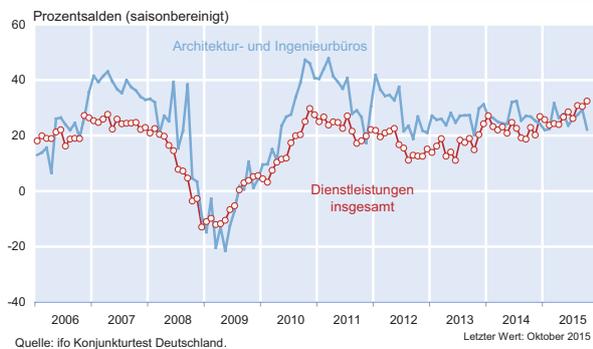
unvorhersehbare Ereignisse. Das Geschäftsklima im Bereich der Personaldienstleister war im bisherigen Jahresverlauf mit kleineren Schwankungen durchweg positiv. Am aktuellen Rand waren die befragten Unternehmen sowohl mit ihrer Lage als auch mit ihren Perspektiven zufrieden.

Im Zuge des VW-Abgasskandals bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Entwicklung auf die Belegschaft auswirken wird. Sollten negative Beschäftigungseffekte entstehen, so werden in erster Linie die Zeitarbeitsstellen wegfallen. Als großer Arbeitgeber und Entleiher von Arbeitskräften wird der direkte Effekt von negativen Beschäftigungseffekten bei VW und deren Zulieferern auch bei Personaldienstleistern zu spüren sein. Trotz der abgeschwächten Dynamik des Umsatzwachstums und der kürzlich durch den VW-Abgasskandal verursachten Unsicherheit gibt es bisher keine überzeugenden Argumente, die ursprüngliche Prognose zu revidieren. 2016 und 2017 wird der nominale Umsatz entsprechend der Regressionsschätzung um jeweils rund 6% steigen. Für diese unveränderte Prognose spricht auch die steigende Bedeutung der Zeitarbeit als Flexibilisierungsinstrument der Unternehmen. Vor allem Firmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe greifen bei Auftragspitzen vermehrt auf die Beschäftigung von Leiharbeitern zurück. Von dieser Entwicklung werden die Firmen dieses Bereichs auch in den nächsten Jahren profitieren. Neben der Überlassung von Arbeitskräften ist auch die Vermittlung von Arbeitskräften ein von Unternehmen verbreitet genutzter Dienst um personelle Lücken zu schließen. Besonders die Suche nach Fachkräften erfordert häufig viele Ressourcen. An dieser Stelle greifen Personalberater in das Geschehen ein und können Bewerber und Unternehmen zusammenbringen. Somit ist der zunehmende Fachkräftemangel für Personalberatungsunternehmen eine geschäftsfördernde strukturelle Veränderung des Arbeitsmarktes.

Architektur- und Ingenieurbüros

Im Jahr 2013 wurden im Bereich der Architektur- und Ingenieurbüros etwa 50,4 Mrd. Euro Umsatz erwirtschaftet. Un-

Abb. 35
Vergleich des Geschäftsklimas: Architektur- und Ingenieurbüros und Dienstleistungen



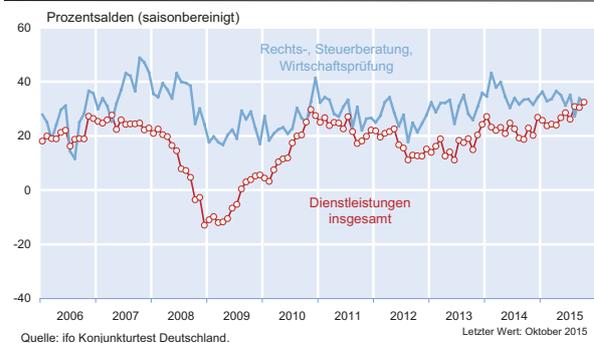
gefähr 18% davon entfielen auf Architekturbüros und hier insbesondere auf die für den Hochbau tätigen Architekten. 82% des Umsatzes wurden von Ingenieurbüros erzielt, die ein deutlich breiter aufgestelltes Tätigkeitsfeld aufweisen als Architekturbüros. Nahezu die Hälfte des Umsatzes stammte bei den Ingenieurbüros von Ingenieuren, die auf Ingenieurdesign und technische Fachplanungen spezialisiert sind. Ingenieurbüros sind allerdings auch an Projekten des Hoch- und des Tiefbaus beteiligt. Etwa 13,7 Mrd. Euro des Umsatzes stammten aus diesem Bereich.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Umsatz 2013 um 0,8% gesunken. 2014 setzte jedoch eine deutliche Erholung ein. Grund hierfür war die starke Ausweitung der Bauinvestitionen, die allerdings im Laufe des Jahres 2015 wieder zurückgefahren wurden, so dass das kräftige Wachstum der nominalen Umsätze 2014 (+ 10%) im ersten Halbjahr 2015 nicht aufrechterhalten werden konnte. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 ist der nominale Umsatz um 3,4% gestiegen. Die Architekturbüros und auch teilweise die Ingenieurbüros profitieren weiterhin von der guten Baukonjunktur. Für das laufende Jahr wird eine Jahreswachstumsrate von 4,4% (real: 3,9%) geschätzt, und für die kommenden beiden Jahre zeichnet sich eine Stabilisierung dieser Wachstumsrate des nominalen Umsatzes ab. Die zunehmende Anzahl Asylsuchender wird vor allem in den Ballungsräumen zu einem verstärkten Bedarf an Wohnraum führen. Inwieweit sich diese Entwicklung auf die Entwicklungen der Branche übertragen wird, bleibt abzuwarten. Architekturbüros sind laut dem ifo Konjunkturtest zunehmend zufrieden mit ihrer momentanen Situation. Auch im Hinblick auf die Entwicklungen der kommenden Monate sehen die Architekten weiteres Wachstumspotenzial. Ingenieurbüros hingegen blicken seit längerer Zeit auf eine stabile und sehr positive Geschäftslage.

Rechts- und Steuerberatung sowie Wirtschaftsprüfung

Das Marktvolumen im Bereich der Rechts-, Steuerberatung und der Wirtschaftsprüfung lag 2013 bei 46,8 Mrd. Euro.

Abb. 36
Vergleich des Geschäftsklimas: Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung

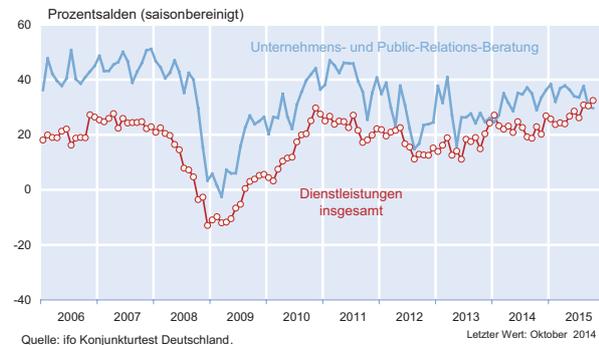


Der größere Anteil entfiel dabei auf die Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung (57%). 2014 konnten die Unternehmen dieses Bereichs ihren Umsatz deutlich erhöhen (+ 4,9%). Vor allem die Rechtsberatung wuchs mit 6% rasant. Zurückzuführen ist dies auch auf die Honorarerhöhung. Im ersten Halbjahr 2015 setzte sich diese Entwicklung fort, und der nominale Umsatz wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 5%. Die Branche zeigt eine geringere Konjunkturabhängigkeit als andere Branchen, und in den vergangenen Jahren war ein stetiger positiver Trend der Umsatzentwicklung zu beobachten. Innerhalb von fünf Jahren (2009 bis 2014) ist der Umsatz um 19% gestiegen. Für die nächsten Jahre ist nicht mit einem jähen Ende dieses Trends zu rechnen. Im ifo Konjunkturtest zeigt sich, dass dieser Bereich von konjunkturellen Schwankungen eher selten betroffen ist. Sowohl ihre Geschäftslage als auch die Perspektiven beurteilen die befragten Unternehmen im Jahresverlauf relativ konstant. Der Geschäftsklimaindikator bewegte sich infolge dessen nur geringfügig. Aktuell wird die von der EU eingeführte Zwangsrotation bei den Wirtschaftsprüfern zu einer verschärften Wettbewerbssituation führen. Für 2015 ist mit einem anhaltenden Wachstum des Umsatzes zu rechnen, und für die Jahre 2016 und 2017 wird der Umsatz voraussichtlich um 4–5% im Jahr wachsen.

Unternehmens- und PR-Beratung

Die Unternehmens- und Public-Relations-Beratungen werden von konjunkturellen Entwicklungen stärker tangiert als die Unternehmen des Bereichs Rechts- und Steuerberatung sowie Wirtschaftsprüfung. So ließ die Wirtschaftskrise 2008/2009 den nominalen Umsatz um mehr als 10% in 2009 sinken und auch 2012 verlangsamte sich das Wachstum merklich. 2013 sind die Umsätze dieses Bereichs hingegen um 4,9% und 2014 um knapp 6% gestiegen. Die im Konjunkturtest befragten Unternehmens- und PR-Beratungen vermeldeten im bisherigen Jahresverlauf eine äußerst zufriedenstellende aktuelle Geschäftslage und auch die Perspektiven wurden als recht zuversichtlich eingestuft. Am aktuellen Rand gab der Geschäftsklimaindikator jedoch nach. Nichtsdestotrotz erscheint die regressionsanalytische

Abb. 37
Vergleich des Geschäftsklimas: Unternehmens- und Public-Relations-Beratung



Prognose des nominalen Umsatzwachstums von 6,7% in diesem Jahr weiterhin plausibel. 2016 werden die Umsätze voraussichtlich um 4,9% und 2017 um 4,7% steigen.

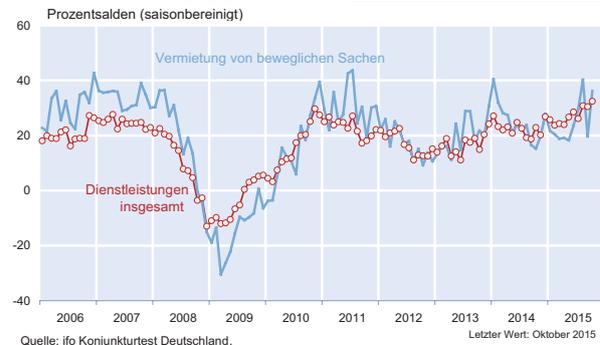
Vermietung beweglicher Sachen

Die Branche »Vermietung beweglicher Sachen« profitiert weiterhin von den zunehmenden Tendenzen der Unternehmen zum Outsourcing. Besonders im Bereich des Fahrzeugparks und mobiler Geräte wird immer seltener der eigene Bestand genutzt. Vielmehr konzentrieren sich die Unternehmen auf ihr Kerngeschäft und fragen den Service der Bereitstellung und Wartung der benötigten beweglichen Sachen bei externen Dienstleistern nach. Investitionen in das eigene Unternehmen werden somit im steigenden Maße durch Mieten und Leasing von Wirtschaftsgütern abgelöst. Die Vermietung ist dabei weniger stark ausgeprägt als das Leasinggeschäft, denn auf die Anmietung greifen Unternehmen in der Regel nur bei kurzfristigen Bedarfen zurück. Je langfristiger der Bedarf ausfällt, desto eher fällt die Wahl auf Leasing.

Die Digitalisierung eröffnet neue Felder in der Vermietung beweglicher Sachen. So ist unter dem Begriff der »Shared Economy« das Teilen der angemieteten Objekte subsumiert. Beispiele wären hier die gemeinsame Nutzung von externem Speicherplatz und externer Rechenkapazität. Aber auch Privatpersonen profitieren von der zunehmend vernetzten Gesellschaft. »Car-Sharing« ist beispielsweise ein Bereich, der durch die verbreitete Nutzung von Smartphones und der Verfügbarkeit des mobilen Internets neue Möglichkeiten bietet. In der Vernetzung von zur Vermietung angebotenen Gütern liegen enorme Wachstumspotenziale.

Im Teilbereich der Autovermieter wurde in den Jahren vor 2014 die Fahrzeugflotte aufgrund gesunkener Nachfrage merklich ausgedünnt. 2014 jedoch stieg die Nachfrage im Zuge der gehäuften Streikaktivitäten im Bahn- und Flugverkehr sprunghaft an, so dass die Autovermieter ihre Fahrzeugflotten wieder vergrößerten. Im Vergleich zum Vorjahr stieg 2014 die Anzahl neu zugelassener Personenkraftwa-

Abb. 38
Vergleich des Geschäftsklimas: Vermietung von beweglichen Sachen und Dienstleistungen



gen bei Autovermietungen um 5,3%, und auch in den bisherigen Monaten des Jahres 2015 ist im Vergleich zum Vorjahr eine weitere Zunahme der Neuzulassungen zu erkennen. Wie sich die Flottengröße nach erfolgreich beendeten Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Der nominale Umsatz lag 2013 bei etwa 31,1 Mrd. Euro. Somit stieg dieser innerhalb eines Jahres um knapp 14,9%. Während die Unterbereiche »Vermietung von Gebrauchsgütern« und die »Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen« ihre Umsätze deutlich um 15% und 6,2% steigern konnten, gingen die Umsätze bei den Vermietern von Kraftwagen um 1,6% zurück.

Beim ifo Konjunkturtest im Bereich der »Vermietung beweglicher Sachen« war eine positive Entwicklung im ersten Halbjahr 2015 zu erkennen. Die befragten Unternehmen waren zunehmend zufrieden mit ihrer aktuellen Situation und sahen auch mit Zuversicht auf die kommenden Monate. Der positive Trend hat sich im Oktober, nach einem Rückgang des Geschäftsklimaindikatoren im September, fortgesetzt. Letztmalig im Januar 2014 waren die Testteilnehmer so verbreitet zufrieden mit ihrer aktuellen Situation wie im Oktober 2015. Der Saldo der positiven und negativen Antworten bei der Beurteilung der momentanen Geschäftslage befand sich bei sehr guten + 42 Punkten.

Auch waren die Firmen im Oktober bezüglich der weiteren Entwicklungen deutlich zuversichtlicher als im September, wenn auch nicht ganz so optimistisch wie im August dieses Jahres. Nominal lag das Wachstum im ersten Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr bei 4%. Der Investitionsindikator weist für 2015 ein eher moderates Wachstum von 3,4% auf.

Gastgewerbe

Für das Gastgewerbe zeichnet sich 2015 ein ausgesprochen positives Bild ab. Die Gästezahlen erklimmen ein neues Re-

kordniveau. Bis Ende August stieg die Zahl der Gästeübernachtungen um 3% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Erneut wuchs dabei die Zahl der Touristen aus dem Ausland mit + 5% überproportional. Das gute Wetter begünstigte auch den Campingurlaub. Laut den Daten des Statistischen Bundesamtes wurde hier das beste erste Halbjahresergebnis seit 1992 erzielt. Campingplatzbetreiber setzen immer stärker auf Komfort. Die Angebote werden erweitert, neben dem Bau von Sauna- und Grillhütten werden verstärkt »Camping Resorts« gegründet, wo Übernachtungsmöglichkeiten in festen Mietunterkünften die Auswahl komplettieren. Das hier dazugehörige Naturgefühl kommt gut an und hilft, neue Zielgruppen zu kreieren. Die Wachstumsregionen bilden insbesondere Küstenstandorte und Süddeutschland. Kommunen weisen zudem immer mehr Plätze für Wohnmobile aus. Der Strukturwandel im Beherbergungsgewerbe setzt sich fort. Neu- und Erweiterungsinvestitionen werden neben dem stetig wachsenden Tourismus in Deutschland zusätzlich von den historisch niedrigen Zinsen besonders begünstigt.

Auch die Gastronomie stimmt 2015 in den optimistischen Tenor mit ein. Der robuste Arbeitsmarkt sowie die niedrigen Ölpreise stützen den privaten Konsum und fördern die Lust am Ausgehen. Das gute Wetter im Sommer begünstigte schließlich Freigastonomie und Biergärten. Bis Ende August stiegen die Umsätze um 4%. Nach dem bereits guten Vorjahr konnte also in Folge erneut ein kräftiges Umsatzplus erzielt werden. Deutschlands Ketten- und Systemgastronomie bekundet ein großes Interesse an der Einstellung von Migranten und fordert hier einen Abbau von bürokratischen Hemmnissen. Deutschlands Caterer bilden seit Jahren eine stabile Wachstumsbranche.

Der DEHOGA sieht im Jahr 2015 »Hotellerie und Gastronomie als markante Zugpferde für das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt in Deutschland«. Die Umsatzsteigerungen im Monat Juni 2015 zählen zu den stärksten gemessenen Werten in den letzten 20 Jahren. Für 2016 bestehen bei den prognostizierten anhaltend günstigen Binnenkonjunkturperspektiven gute Chancen auf einen sich fortsetzen-

den stabilen Wachstumsprozess. Die Branche blickt mittelfristig hoffnungsfroh in die Zukunft.

2014 verbuchten die Unternehmen des Gastgewerbes ein kräftiges Wachstum der nominalen Umsätze (+ 3,6%). Im ersten Halbjahr 2015 setzte sich diese positive Entwicklung fort (+ 4,3%), wobei die Zahlen für die Beherbergung (+ 5,1%) besser ausgefallen sind als für die Gastronomie (+ 3,9%). Innerhalb des Gastgewerbes nimmt die Catering-Branche eine Sonderrolle ein. Wie schon in den Vorjahren wurde hier auch im ersten Halbjahr 2015 ein höheres Umsatzwachstum als in den beiden anderen gastgewerblichen Branchen Beherbergungs- und Gaststättengewerbe erzielt (erstes Halbjahr 2015: nominal: + 4,5%; real: + 2,7%). Grundsätzlich profitieren die Caterer von dem Trend, dass Unternehmen und soziale Einrichtungen zunehmend ihre Betriebsverpflegung auf externe Dienstleister auslagern. Verglichen mit anderen europäischen Staaten besteht dabei in Deutschland weiter Nachholbedarf, so dass hier auch in den nächsten Jahren noch Wachstumspotenziale liegen dürften. Bei den übrigen Tätigkeitsfeldern ist insbesondere im Event-Catering ein verstärktes Wachstum zu beobachten.

Maßgebliche Einflüsse auf den deutschen Markt wurden und werden vom Wachstum der Kettenhotellerie und der Systemgastronomie mit teilweise international tätigen Mutterkonzernen ausgeübt. Im Trend nimmt der Verzehr von Speisen und Getränken außer Haus zwar weiter zu, aber gleichzeitig verschieben sich die Marktanteile. Die Unternehmen des Gaststättengewerbes stehen hier zusätzlich in intensivem Wettbewerb mit branchenfremden Anbietergruppen (Ernährungshandwerk, Lebensmitteleinzelhandel, Tankstellen, Kioske etc.).

Das Gastgewerbe war nach den Angaben der Unternehmen auf eine Sonderfrage des ifo Instituts häufig vom Mindestlohn betroffen. Die betroffenen Unternehmen meldeten, dass sie planen, ihre Preise anzuheben, um die gestiegenen Personalkosten abzufangen. Im ersten Halbjahr 2015 gaben die Firmen des Gastgewerbes im Rahmen des ifo Konjunkturtests Dienstleistungen entsprechend häufiger an, dass sie beabsichtigen ihre Preise anzuheben. Nichtsdestotrotz ist an den Wachstumsraten des Umsatzes erkennbar, dass das Gastgewerbe im guten konjunkturellen Umfeld des bisherigen Jahres die Zusatzbelastungen durch den Mindestlohn gut auffangen konnte.

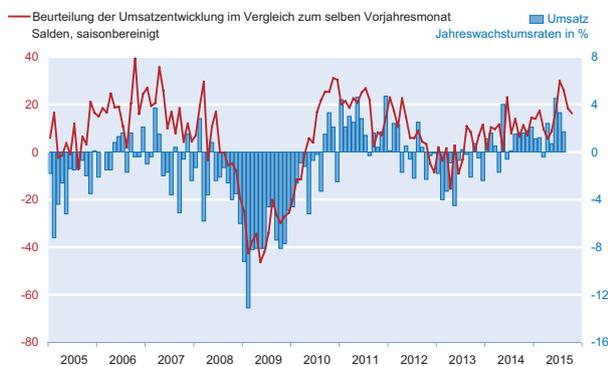
Als bewährter Indikator für das konjunkturelle Umfeld im Gastgewerbe gelten neben der Umfrage durch die DEHOGA auch die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests. Besonders die Salden aus den positiven und negativen Antworten zu der Frage nach der Umsatzentwicklung im Vergleich zum Vorjahr weisen in der Regel einen ähnlichen Verlauf wie die Jahreswachstumsraten des Umsatzes auf (vgl. Abb. 40). Am aktuellen Rand befindet sich der Saldo im positiven

Abb. 39
Vergleich des Geschäftsklimas: Gastgewerbe und Dienstleistungen



Abb. 40

Umsatzentwicklung im Gastgewerbe



Bereich, jedoch merklich unter dem Niveau vom Juli und August 2015. In den Sommermonaten hatten die Testteilnehmer, wohl bedingt durch das überaus freundliche und heiße Sommerwetter, eine äußerst zufriedenstellende Situation gemeldet.

Entsprechend dem diesjährigen Schwerpunktthema »Digitalisierung und Innovationen« wurden zwei externe Experten eingeladen, die sich seit Jahren intensiv mit der Digitalisierung im Dienstleistungsbereich befassen.

Robert Rendl, ein Dienstleistungsexperte der P3 Group, Stuttgart, stellte seinen Kurzvortrag unter das Motto »Wie Digitalisierung unser Leben verändert«. Seine drei Hauptthesen, die er eingehend erläuterte, waren:

- Digitalisierung ist kein neues Thema.
- Wer den Wandel nicht mitgeht, kann in der heutigen Welt nicht überleben.
- Die zunehmende Daten-Granularität verändert unsere Gesellschaft und unser Denken.

Anschließend zeigte er an einem Beispiel, wie Digitalisierung den Service in den Autowerkstätten revolutioniert.

Der zweite externe Referent auf dem Dienstleisterforum war Rafael Reyer-Bienert, Geschäftsführender Gesellschafter von RR/COM, München. Er legte den Schwerpunkt seiner Präsentation auf eine optimale Gestaltung der Firmen Website. Thesenartig lässt sich sein Vortrag folgendermaßen zusammenfassen:

71 Millionen Menschen oder 89% der Gesamtbevölkerung in Deutschland sind Nutzer des Internet, darunter 28% auch der sogenannten »Sozialen Medien« (Quelle: Global Digital Report 2015). Durchschnittlich verbringen die User drei Stunden und 41 Minuten pro Tag beim Internetsurfen. Es ist daher angezeigt, sich als Unternehmen Gedanken über die eigene Internet- und E-Marketing-Strategie zu machen.

Praktisch jedes Business braucht heutzutage eine Website, sei es zur Präsentation der eigenen Arbeit oder zur Kommunikation mit Kunden, Partnern und der Öffentlichkeit. Ganz besonders im Fokus steht die Website als Landing-Page für alle Marketing-Aktionen. Das klingt einfach, ist aber angesichts einer Flut von Informationen über Technik, Inhalte und Vorgehensweise nicht nebenbei umzusetzen. Die wesentlichen Einstiegs- und Umstiegsprobleme ins und im E-Marketing sind nachfolgend zusammengefasst. Es ist dabei im Einzelfall zu untersuchen, was Inhouse geht und was besser mit Partnern erledigt werden sollte.

1. Website light: Was muss man für die neue Website beachten?
Unzählige Provider, von 1und1 bis zu Google, bieten verschiedenste Pakete für die eigene Internetinfrastruktur. Dabei ist Know-how gefragt, das vor zehn Jahren noch ausschließlich Fachleuten vorbehalten war. Hosting star-

Tab. 6

Ausgewählte Dienstleistungsbranchen

Regressions-schätzungen (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Branchen	Umsatz (nominal)				Beschäftigtenzahl			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
Landverkehr und Transport in Rohrleitungen	3,0	2,3	2,7	2,7	2,5	3,0	2,4	2,4
Luffahrt	0,9	3,9	3,4	3,3	1,7	4,3	2,5	2,4
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2,2	4,2	3,3	3,2	3,6	2,7	2,6	2,5
Post-, Kurier- und Expressdienste	2,5	0,6	2,5	2,4	0,8	0,2	0,6	0,6
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	4,8	3,2	4,5	4,3	1,9	-0,5	0,9	0,9
Public-Relations- und Unternehmensberatung	5,7	6,7	4,9	4,7	3,8	3,9	4,4	4,2
Architektur- und Ingenieurbüros	10,0	4,4	4,5	4,3	3,9	5,1	4,0	3,9
Technische, physikalische und chemische Untersuchungen	4,4	6,0	4,4	4,2	6,3	2,3	4,4	4,2
Sonstige freiberufliche wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	-8,2	20,1	6,4	6,0	2,4	5,2	5,5	5,3
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	6,2	7,1	5,2	5,0	5,3	5,8	4,9	4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des ifo Instituts.

tet bei 3,99 Euro im Monat (z.B. 1und1.de). Aber wie steht es mit der IT-Sicherheit? Wo muss der eigene Internetserver stehen, was darf er kosten? Content-Management-System, aber welches? Was muss beim Betrieb einer Website unbedingt beachtet werden? SSL und HTTPS, Google, Responsive Design, Typo3 und Wordpress.

- Website vorhanden, aber woher kommen Texte, Bilder und Graphiken?

Eine Website, die einmal steht, ist noch lange nicht fertig. Erst die stetige Erneuerung macht aus der Site ein Marketing- und Präsentationsinstrument, das die Kunden und Suchmaschinen von den eigenen Leistungen und Angeboten überzeugt. Welche Strategie und Tools sollten eingesetzt werden, um stetig neuen Content präsentieren zu können?

- Wenn alles steht: Was sind die ersten drei Schritte zum Erfolg im E-Marketing?

Im E-Marketing ist nichts in Stein gemeißelt. E-Marketing ist evolutiv, das Bessere verdrängt das Gute. E-marketing ist ein Lernprozess. Aber dazu braucht es einen Plan, sonst überfordert man sich selbst und das Unternehmen. Was ist die richtige Strategie?

Schritt 1: Website optimieren,

Schritt 2: E-Mails kreieren und optimieren,

Schritt 3: Erfolgreiche Landing-Pages aufbauen.

Zum Abschluss des diesjährigen ifo Branchen-Dialogs referierte Prof. Dr. Oliver Falck, Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien, zu dem aktuellen Thema:

Innovation und technologischer Wandel in der digitalisierten Welt

Oliver Falck

Innovationen und Wachstum

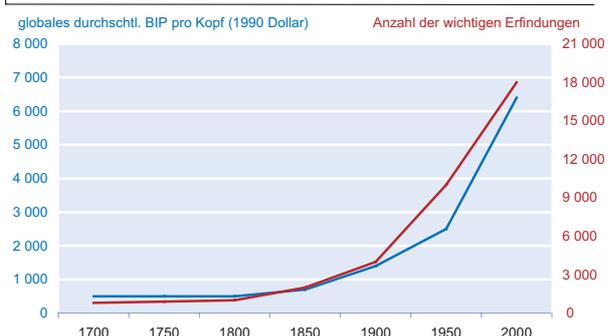
Innovationen gelten gemeinhin als Treiber wirtschaftlichen Wachstums. In der Tat zeigt Abbildung 41 einen seit Beginn des 18. Jahrhunderts bemerkenswerten Gleichlauf des globalen durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf (in 1990 internationalen Geary-Khamis-Dollar) und der Anzahl wichtiger Erfindungen. Unter den Erfindungen gelten insbesondere sogenannte Universaltechnologien als Treiber nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Universaltechnologien zeichnen sich nicht nur durch ihre hohe technologische Dynamik, sondern auch durch ihre universale Einsetzbarkeit aus. Diese universale Einsetzbarkeit ermöglicht Folgeinnovationen in zahlreichen Wirtschaftszweigen. Wirtschaftshistoriker zählen zu den wichtigsten Universaltechnologien der vergangenen 200 Jahre fließend Wasser, Elektrizität, Verbrennungsmotor, Rohöl/Erdgas sowie Unterhaltung, Kommunikation und Informationsverarbeitung.

Internet als Universaltechnologie

Damit Universaltechnologien zu Folgeinnovationen und letztendlich Wachstum führen, ist ihre rasche Verbreitung nötig. Das Internet als Universaltechnologie sticht dabei heraus: Das Internet wurde ab Anfang der 1990er für kommerzielle Zwecke nutzbar gemacht. Bereits zehn Jahre danach nutzen in den USA 50% der Haushalte das Internet. Eine Verbreitung, die das Internet binnen zehn Jahren schaffte, erreichte beispielsweise das Fernsehen erst nach 25 Jahren.

Abb. 41

Wirtschaftliche Entwicklung und wichtige Erfindungen in langer Perspektive



Quelle: Clark, G. (2007), A Farewell to Alms: A Brief Economic History of the World, Princeton University Press / Angus Maddison (1991), Historical Statistics of the World Economy.

Die Bedeutung einer schnellen Verbreitung von Universaltechnologien scheint im Übrigen auch die Begründung für eine Fokussierung in der Innovationspolitik auf nachfrageorientierte Maßnahmen zu sein. Diese haben im Gegensatz zu angebotsorientierten Maßnahmen der Forschungs- und Entwicklungsförderung das Ziel, die Diffusion von Innovationen zu fördern. Beispiele hierfür sind die öffentliche Beschaffung von Innovationen, steuerliche Anreize zum Kauf von Innovationen oder komplementäre Maßnahmen wie Informationsbereitstellung über die Leistungsfähigkeit neuer Technologien.

Die rasche Verbreitung des Internets und seine universale Einsetzbarkeit sind nicht zuletzt für seine wesentliche Bedeutung für das Wirtschaftswachstum verantwortlich. So finden Czernich et al., dass eine frühe Breitbandverbreitung in OECD-Staaten erhebliche Wachstumsimpulse hatte.⁷ Die Autoren zeigen, dass eine Erhöhung der Breitbandverbreitung in der Bevölkerung um 10 Prozentpunkte zu einer Erhöhung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf um mindestens 0,9 Prozentpunkte führte. Deutschland lag in der frühen Phase der Breitbandverbreitung ungefähr um 10 Prozentpunkte hinter den führenden OECD-Ländern und hat damit Wachstumspotenziale verschenkt.

Allerdings können fehlende komplementäre Fähigkeiten beim Umgang mit Universaltechnologien die Entfaltung ihrer Wachstumseffekte behindern. Die OECD hat im Jahr 2012 erstmals Erwachsene in ihren Mitgliedstaaten im Hinblick auf deren Kompetenzen im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) getestet. Bei den IKT-Kompetenzen liegt Deutschland nur knapp über dem OECD-Durchschnitt. Deutschland hat also in der Vergangenheit nicht nur deshalb Wachstumspotenziale verschenkt, weil die Verbreitung des Internets langsamer als in anderen Ländern voranschritt, sondern auch, weil es an entsprechenden Kompetenzen im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien fehlte.

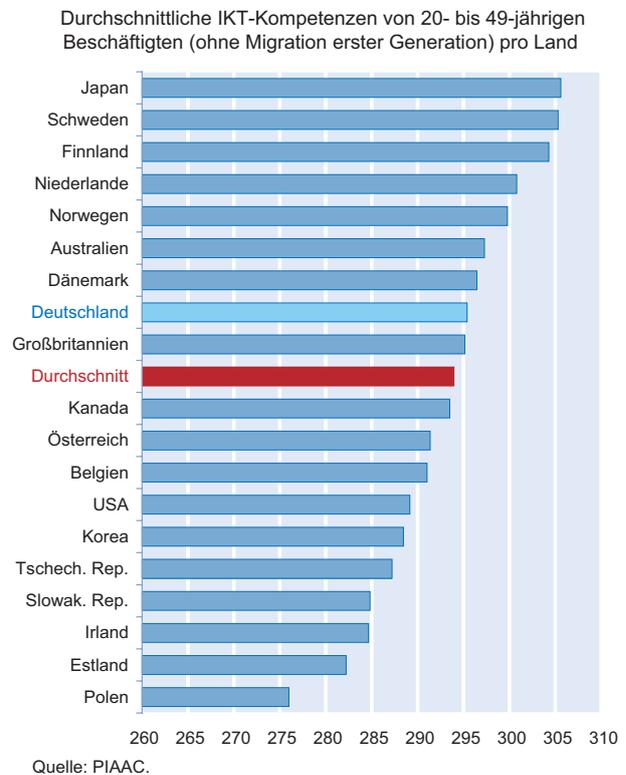
Beschäftigungseffekte der Digitalisierung

Die mit der Digitalisierung unbestritten einhergehenden Wachstumsimpulse müssen sich allerdings nicht zwangsläufig in durchweg positive Beschäftigungseffekte niederschlagen. Die Verbreitung von IKT ermöglichen Produktinnovationen und neue Geschäftsmodelle in vielen Wirtschaftszweigen. Diese dürften positive Beschäftigungseffekte haben. IKT ermöglichen aber auch Prozessinnovationen, die zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital bei gewissen Tätigkeiten führen dürfte. Der Anteil an Tätigkeiten, bei denen durch IKT-basierte Prozessinnovationen Arbeit

⁷ Czernich, N., O. Falck, T. Kretschmer und Ludger Wößmann (2011), »Broadband Infrastructure and Economic Growth«, *Economic Journal* 121, 505–532.

Abb. 42

IKT-Kompetenzen in OECD-Ländern



durch Kapital ersetzt werden kann, dürfte in Zukunft weiter zunehmen. Bisherige Studien⁸ zur Computerisierung als auch zur Automatisierung durch Robotereinsatz legen nahe, dass die gesamten Beschäftigungseffekte tendenziell positiv sind. Allerdings kommt es in Teilsegmenten des Arbeitsmarktes auch zu negativen Beschäftigungs- und Lohneffekten. Dies gilt insbesondere für Beschäftigte, die Tätigkeiten ausüben, die durch IKT-basierte Prozessinnovationen wegfallen.

Schlussfolgerungen

Innovationen und die Verbreitung des Internets generieren Wachstum und Beschäftigung. Sie können aber auch zu Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt führen. Mit Industrie 4.0 steht die nächste große digitale Veränderungswelle in der Industrie an. Sie stellt hohe Anforderungen an Beschäftigte im Hinblick auf Flexibilität und lebenslanges Lernen und das Bildungssystem im Hinblick auf neue Bildungsinhalte.

⁸ Autor, David H., Frank Levy, and Richard J. Murnane (2003): »The Skill Content of Recent Technological Change: An Empirical Exploration.« *Quarterly Journal of Economics*, 118(4): 1279–1333.

Leasing und Anlageinvestitionen wachsen im Gleichschritt – moderates Wachstum auch für 2016 erwartet

Die konjunkturelle Entwicklung hat 2014, nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der Schwächephase im Sommer, zum Jahresende wieder Fahrt aufgenommen. Für das gesamte Jahr 2014 ergab sich daraus ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,6% (nominal: 3,4%). Die Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Inland. Insbesondere wurde in Ausrüstungsgüter – darunter fallen hauptsächlich Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – nominal 4,7% (preisbereinigt: 4,5%) mehr investiert als vor Jahresfrist.

Das Leasing insgesamt hat 2014 – mit einem kräftigen Zuwachs von 8,3% – wesentlich besser abgeschnitten als die gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben, wie der neueste ifo Investitionstest bei den deutschen Leasinggesellschaften zeigt, der auch in diesem Jahr wieder zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) durchgeführt wurde. Hierfür waren sowohl das Immobilien-Leasing, das ein kräftiges Plus von 20,6% auf 1,7 Mrd. Euro erzielte, als auch das Neugeschäft mit Mobilien verantwortlich, das um 7,9% auf 49 Mrd. Euro expandierte. Dadurch erhöhte sich die Leasingquote von 14,7 auf 15,3% und die Mobilienleasingquote von 22,2 auf 23,0%. Das Mobiliengeschäft der herstellerunabhängigen Gesellschaften stieg um 7,8%, das der Hersteller um 8,0%.

Die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft hat sich 2015 fortgesetzt. Die aktuelle Prognose der Gemeinschaftsdiagnose führender Forschungsinstitute vom Oktober für die Ausrüstungsinvestitionen liegt bei nominal + 4,5% (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2015). Die Leasingbranche entwickelte sich ähnlich. Dies belegen die Ergebnisse der Konjunkturumfragen des ifo Instituts im Leasingsektor. Im Jahresdurchschnitt von 2015 dürfte im Neugeschäft ein Wachstum von 3% auf 52,2 Mrd. Euro erreicht werden; wobei bei Mobilien ein Plus von 4,1% und bei Immobilien ein Rückgang von 28,8% zu erwarten ist. Damit schneiden die Leasinggesellschaften bei den Mobilien geringfügig schlechter ab als die gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Dies bedeutet für die Leasingquote 2015 ein unverändertes Niveau von 15,3% und bei Mobilien einen minimalen Rückgang von 23,0 auf 22,9%, falls die Prognosen für die Gesamtwirtschaft eintreffen.

Für 2016 rechnet die Gemeinschaftsdiagnose erneut mit einem realen Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland, und zwar in Vorjahreshöhe. Im Jahresdurchschnitt wird für das BIP ein reales Plus von 1,8% (nominal: + 3,2%) angenommen und für die Ausrüstungsinvestitionen ein Wachstum von nominal wie real knapp 4%. Daran sollten die Leasinggesellschaften zumindest durchschnittlich partizipieren können.

Weniger mittelständische Leasinganbieter gaben auf

Die Erhebungsunterlagen für die jüngste Leasingumfrage, die wie immer als Totalerhebung angelegt war, wurden an alle bekannten Vermieter bzw. Leasinganbieter von mobilen und immobilien Anlagegütern in Deutschland versandt. Dabei hat der Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen seine Mitglieder direkt befragt und das ifo Institut die übrigen Leasinggesellschaften. Die Grundlage des Adressmaterials bilden diejenigen Leasinggesellschaften, die bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Finanzdienstleistungsunternehmen zugelassen sind. Hinzu kommen die Leasingaktivitäten von Unternehmen, die schwerpunktmäßig in anderen Sektoren

der Wirtschaft tätig sind – beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe – und das Vermietungsgeschäft nicht in einer Einheit mit eigener Rechtspersönlichkeit betreiben. Nach wie vor unberücksichtigt bleiben Firmen, die die kurzfristige Vermietung (Renting, Carsharing) von Ausrüstungsgütern, wie z.B. Fahrzeugen und Maschinen, betreiben (vgl. Städtler 2015), sowie Immobilienfonds, Bauträgergesellschaften (vgl. Rußig 2015), Developer, Pensionsfonds und sonstige Institutionen, die vor allem gewerbliche Immobilien bauen und vermieten.

Die Beteiligung am ifo Investitionstest war auch in diesem Jahr sehr hoch. So konnte für den Bereich der herstellerunabhängigen Leasinggesellschaften durch Hinzuschätzen der fehlenden Angaben – von

meist kleineren Firmen – über ein differenziertes Rechenverfahren ein Gesamtwert der Investitionen ermittelt werden. Für die Herstellervermietung und das Hersteller-Leasing (Captives) sind nur die Berichtskreisinvestitionen ausgewiesen, da uns wohl nicht alle Produzenten, Händler oder Importeure, die auch im Vermietgeschäft tätig sind, bekannt sind. Nachdem in der Umfrage jedoch alle bedeutenden Anbieter berücksichtigt wurden, dürfte auch dieser Bereich der Anlagenvermietung sehr hoch repräsentiert sein.

Die Unternehmensteuerreform von 2008, die Unterwerfung unter eine »moderate« Aufsicht (»KWG-Light«) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) einschließlich der Umsetzung der organisatorischen Pflichten in Verbindung mit den Mindestanforderungen an ein Risikomanagementsystem (MaRisk) sowie die Finanzkrise führen schon seit Jahren dazu, dass zahlreiche Leasinggesellschaften – vor allem mittelständische – aus dem Markt und damit auch aus dem Berichtskreis des ifo Investitionstests ausscheiden. Gemessen am Bestand war deren Zahl 2009 und 2010 besonders hoch, in den Jahren 2011 bis 2014 setzte sich dieser Trend in abgeschwächter Form fort; 2015 waren es nur noch Einzelfälle. Die Regulierungsdichte ist zugleich eine hohe Hürde für Neugründungen von Leasinggesellschaften.

Die zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen, Pflichten und direkte sowie indirekte Kosten, die weder ihrer mittelständischen Struktur, dem Geschäftsmodell noch dem Risikogehalt angemessen sind, haben also bisher schon eine ganze Reihe mittelständischer Leasingunternehmen dazu veranlasst aufzugeben. Diese waren häufig auf bestimmte Investitionsgüter, einzelne Branchen oder regionale Märkte spezialisiert. Ihren Kunden aus dem mittelständischen Gewerbe stehen sie als Geschäftspartner nun nicht mehr zur Verfügung. Dieser Kollateralschaden ist der Preis für die hohe Regulierungsdichte.

Die Begründungen für das bürokratische Reglement, dem die Leasingbranche ohne Not unterworfen wurde, klingen noch immer wenig überzeugend. Diese Unternehmen haben die weltweite Finanzkrise weder ausgelöst, noch waren sie an ihr beteiligt. Die Banken, die der Ursprung dieses Dramas waren, standen ja schon immer unter Finanzaufsicht. Die Schattenbanken mit ihren enormen Finanzvolumina, die inzwischen in der Währungsunion auf mehr als 23 Billionen Euro angewachsen sein sollen, sind nicht reguliert und sitzen oft in exotischen Finanzzentren und Steuerparadiesen, wie eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) konstatierte. Am gesamten Finanzsektor in der Eurozone halten sie mittlerweile einen Anteil von 38% (vgl. *Süddeutsche Zeitung* 2015).

Eine europäische Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte stellte fest, dass die Ausfallraten beim Leasing gering sind und auch deutlich niedriger als bei vergleichbaren Kreditportfolios.

In der aktuellen Investitionsbefragung wurden die Neuzugänge auf den Anlagekonten der Leasinggesellschaften in den Jahren 2013 und 2014 sowie die Güterstruktur und die Empfängersektoren erhoben. Außerdem wurde nach den effektiven Anschaffungswerten und nach den Buchwerten der am 31. Dezember 2014 noch vermieteten Objekte gefragt. Hinzu kamen Angaben zur Anzahl der 2014 neu kontrahierten und der insgesamt verwalteten Verträge sowie zu den Erwartungen für das Neugeschäft im Jahr 2015. In einer ergänzenden Sonderfrage wurden auch die Stückzahlen der neu vermieteten Straßenfahrzeuge erhoben.

2014: Hoher Marktanteilsgewinn des Leasings

Die konjunkturelle Entwicklung hat 2014, nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der Schwächephase im Sommer, zum Jahresende wieder Fahrt aufgenommen. Für das gesamte Jahr 2014 ergab sich daraus ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,6% (nominal: 3,4%). Die Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Inland. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) übertrafen das schwache Vorjahresniveau mit nominal 4,5% überraschend deutlich. Dabei wurde in Ausrüstungsgüter, also die Anschaffungen von Maschinen, Fahrzeugen sowie sonstigen Ausrüstungsgütern (insbesondere Software) – nominal 4,7% (preisbereinigt: 4,5%) und in den Nichtwohnungsbau (nominal: + 4,5%) mehr investiert als 2013.

Das Leasing insgesamt hat 2014 – mit einem kräftigen Zuwachs von 8,3% – wesentlich besser abgeschnitten als die gesamtwirtschaftlichen Investitionsausgaben (+ 4,5%), wie der neueste ifo Investitionstest bei den deutschen Leasinggesellschaften zeigt, der auch in diesem Jahr wieder zusammen mit dem BDL durchgeführt wurde. Hierfür waren sowohl das Immobilien-Leasing, das ein kräftiges Plus von 20,6% auf 1,7 Mrd. Euro erzielte, als auch das Neugeschäft mit Mobilien verantwortlich, das um 7,9% auf 49 Mrd. Euro expandierte, wozu in erster Linie die Zuwächse bei Maschinen und Fahrzeugen beitrugen. Das Mobiliengeschäft der herstellerunabhängigen Gesellschaften stieg um 7,8%, das der Hersteller um 8,0% (vgl. Tab. 1)

Die Leasingquote, also der Anteil der gesamten Leasinginvestitionen an den gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau), in der Bundesrepublik erhöhte sich 2014 von 14,7 auf 15,3%. Beim Mobilien-Leasing stieg die Quote kräftig von 22,2 auf 23,0% (vgl. Tab. 2).

Die effektiven Anschaffungswerte aller am 31. Dezember 2014 noch vermieteten Anlagen (ohne AfA) addierten sich in der gesamten Leasingbranche auf einen Wert für das Bruttoanlagevermögen von rund 221 Mrd. Euro, verteilt auf rund 5 Mio. Verträge.

Tab. 1
Bruttoanlageinvestitionen 2008–2015 in jeweiligen Preisen
Deutschland

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ^{a)}	2015 ^{b)}
	Herstellerunabhängiges Leasing							
Investitionen (in Mio. Euro)	27 360	20 000	21 100	21 100	19 420	18 290	19 880	19 410
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	- 6,5	- 26,9	5,5	0,0	- 8,0	- 5,8	8,7	- 2,4
	Hersteller-Leasing							
Investitionen (in Mio. Euro)	27 240	22 600	24 500	27 480	28 640	28 520	30 820	32 800
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	6,3	- 17,0	8,4	12,2	4,2	- 0,4	8,1	6,4
	Anlagenvermietung insgesamt ^{c)}							
Investitionen (in Mio. Euro)	54 600	42 600	45 600	48 580	48 060	46 810	50 700	52 210
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	- 0,5	- 22,0	7,0	6,5	- 1,1	- 2,6	8,3	3,0

^{a)} Vorläufig. – ^{b)} Anhand der Planangaben berechnet. – ^{c)} Soweit erfasst.

Quelle: ifo Investitionstest.

Die deutsche Leasingindustrie konnte sich zu Anfang des Jahrhunderts an einer dynamischen Entwicklung ihrer Auslandsaktivitäten erfreuen. Sie profitierte von den lebhaften Exportaktivitäten der deutschen Wirtschaft, vor allem mit den osteuropäischen Beitrittsländern. Der Expansions-

schwerpunkt lag dabei weniger beim Cross-Border-Leasing, sondern im Bereich des Offshoring, also in der Gründung von Auslandsdependancen bzw. Joint Ventures. Da die Finanzkrise auch diese Zielländer besonders schwer getroffen hat, schrumpfte das Auslandsgeschäft der deutschen Lea-

Tab. 2
Gesamtwirtschaftliche Investitionen^{a)} 2007–2015 in jeweiligen Preisen
Deutschland

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ^{c)}	2015 ^{d)}
Gesamtwirtschaftliche Investitionen ^{b)} (in Mio. Euro)	314 530	327 109	279 659	300 939	326 275	319 822	317 593	331 842	341 830
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	8,4	4,0	- 14,5	7,6	8,4	- 2,0	- 0,7	4,5	3,0
Zum Vergleich: Leasing-Investitionen ^{e)} (in Mio. Euro)	54 890	54 600	42 600	45 600	48 580	48 060	46 810	50 700	52 210
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	4,8	- 0,5	- 22,0	7,0	6,5	- 1,1	- 2,6	8,3	3,0
Leasingquote (in %)	17,5	16,7	15,2	15,2	14,9	15,0	14,7	15,3	15,3
darunter: Gesamtwirtschaftliche Ausrüstungsinvestitionen ^{f)} (in Mio. Euro)	218 210	224 330	178 934	197 083	212 751	207 192	204 091	213 239	222 780
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	8,8	2,8	- 20,2	10,1	7,9	- 2,6	- 1,5	4,5	4,5
Investitionen des Mobilien-Leasings (in Mio. Euro)	49 480	51 080	40 690	41 430	46 400	46 155	45 400	49 000	51 000
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	10,2	3,2	- 20,3	1,8	12,0	- 0,5	- 1,6	7,9	4,1
Mobilien-Leasingquote (in %)	22,7	22,8	22,7	21,0	21,8	22,3	22,2	23,0	22,9
Gesamtwirtschaftliche Bauinvestitionen ^{a)} (in Mio. Euro)	96 320	102 779	100 725	103 856	113 524	112 630	113 502	118 603	119 050
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	7,6	6,7	- 2,0	3,1	9,3	- 0,8	0,8	4,5	0,4
Investitionen des Immobilien-Leasings (in Mio. Euro)	5 410	3 520	1 910	4 170	2 180	1 905	1 410	1 700	1 210
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (in %)	- 27,8	- 34,9	- 45,7	118,3	- 47,7	- 12,6	- 26,0	20,6	- 28,8
Immobilien-Leasingquote (in %)	5,6	3,4	1,9	4,0	1,9	1,7	1,2	1,4	1,0

^{a)} Ohne Wohnungsbau. Zeitreihen vom Statistischen Bundesamt revidiert. – ^{b)} Bruttoanlageinvestitionen nach neuem Statistikkonzept (ESVG). – ^{c)} Vorläufig. – ^{d)} Anhand der Planangaben berechnet. – ^{e)} Soweit erfasst. – ^{f)} Einschließlich sonstiger Anlagen (z.B. Software); ohne Aufwendungen für Forschung und Entwicklung.

Quelle: ifo Investitionstest; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

singbranche 2010 deutlich und bewegt sich seither auf niedrigerem Niveau. Einige Gesellschaften haben sich auch aus diesem Geschäft zurückgezogen.

Wachstum in fast allen Produktgruppen

Über zwei Drittel des Neugeschäfts der Leasinggesellschaften entfallen jährlich auf Straßenfahrzeuge, daher ist die Branche in hohem Maße von der Entwicklung in diesem Marktsegment abhängig.

Die Pkw-Neuzulassungen nahmen 2014 hier zu Lande einen ähnlichen Verlauf wie die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt. Nur wenige Monate waren von Minusraten geprägt. Der Dezember beschloss das Jahr mit einem kräftigen Wachstum von 6,7%. Für das Gesamtjahr bedeutete dies einen Zuwachs von 2,9%, dabei ging der Anteil der privaten Neuzulassungen zu Gunsten der gewerblichen – die als Investitionen gezählt werden – erneut zurück. Das fünfte Jahr in Folge schrumpfte der Privatanteil bei den Pkw-Neuzulassungen auf nunmehr 36,2% (2013: 37,9%) (vgl. Kraftfahrt-Bundesamt 2015a). Auch der Nutzfahrzeugmarkt war 2014, im Gegensatz zum Vorjahr, im Aufwind (+ 3,7%).

Die Leasinggesellschaften offerieren schon seit Jahren laufend neue Angebotsvarianten, um die Wettbewerbsfähigkeit ihres Produkts zu steigern. Im Mittelpunkt dieser Aktionen standen zuletzt nicht nur günstige Leasingraten, sondern auch zusätzliche Dienstleistungspakete auch für Einzelfahrzeuge, die früher eher aus dem Flottengeschäft bekannt waren. Bei diesem »Bundling« werden beispielsweise attraktive Versicherungspakete, Garantieverlängerungen, Assistenzleistungen und Inspektionsschecks offeriert. Bei den Kunden kommen diese Komplettpakete offenbar gut an, auch bei solchen, bei denen der Finanzierungsaspekt nicht im Vordergrund steht. In Zeiten mit extrem niedrigen Finanzierungskosten, geringen Problemen bei der Beschaffung von Krediten und zugleich recht komfortabler Eigenkapitalausstattung vieler Unternehmen erleichtern derartige Leistungen den Wettbewerb mit konkurrierenden Angeboten.

Die Zahl der 2014 neu zugelassenen Leasing-Fahrzeuge beläuft sich auf 1 364 100, das sind 6,3% mehr als 2013. Der Anteil der Leasing-Fahrzeuge an den gesamten Neuzulassungen des Jahres 2014 in der Bundesrepublik erreichte damit 38,4% nach 37,1% 2013. Wertmäßig entfielen wie im Vorjahr 71,7% der Leasinginvestitionen auf Straßenfahrzeuge. Deren Anteil am Anschaffungswert der gesamten gewerblichen Fahrzeugkäufe in Deutschland (Leasingquote) stellte sich auf rund 68%. Das heißt, dass das Leasing auch 2014 die eindeutig bedeutendste Beschaffungsform bei Fahrzeuginvestitionen geblieben ist.

Tab. 3
Kraftfahrzeug-Leasing 2014

Investitionen des Fahrzeug-Leasings ^{a)} in Mio. Euro	36 365
Stückzahlen	1 364 100
davon:	
Herstellerunabhängiges Leasing in Mio. Euro	8 335
Stückzahlen	290 400
Herstellerabhängiges Leasing in Mio. Euro	28 030
Stückzahlen	1 073 700
Gesamte Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Deutschland	
Stückzahlen	3 551 475
davon:	
Leasing-Fahrzeuge in %	38,4
^{a)} Neuzugänge.	

Quelle: ifo Investitionstest; Kraftfahrt-Bundesamt.

Von den 1 364 100 in 2014 neu vermieteten Straßenfahrzeugen waren 1 162 000 Pkw und Kombi (+ 6,3%) sowie 202 100 Lkw, Busse, leichte Nutzfahrzeuge und Anhänger (+ 6,3%). Von den markenunabhängigen Leasinggesellschaften wurden rund 290 400 Straßenfahrzeuge neu vermietet, im Bereich des Hersteller-Leasings rund 1 073 700 (vgl. Tab. 3).

Die Maschinen für die Produktion erreichten 2014 – bei einem kräftigen Anstieg von fast 12% – eine Steigerung ihres Anteils an den gesamten Leasinginvestitionen von 10,1 auf 10,5%; damit konnten sie Rang 2 unter den Leasinggütern behaupten. Nach der EU-einheitlichen Gütersystematik zählt hierzu eine sehr breite Palette von Geräten. Das Spektrum reicht von Werkzeugmaschinen über Pressen, Webmaschinen, Waschanlagen, Wiege- und Messmaschinen bis zu Gabelstaplern und Baugeräten.

Der Computer- und Kommunikationsbereich hat zwar dem auslaufenden Kondratieff-Zyklus seinen Namen gegeben, zählte aber in den letzten Jahren nicht mehr zu den Wachstumstreibern. Er ist aber noch immer einer der innovativsten in der Wirtschaft. Jeder, der sich mit ihm beschäftigt, muss sich dem rasanten Entwicklungstempo und der teils enormen Markt- und Preisvolatilität anpassen, das gilt natürlich auch für die Leasinggesellschaften. Die Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen, die bis 1984 im Leasinggeschäft immer dominiert hatten, verloren in den Folgejahren – mit dem Siegeszug des PCs – kontinuierlich Anteile an den gesamten Leasinginvestitionen. Dieser Trend konnte ab 1997 gestoppt werden. Seit dem Jahr 2002 – nach Jahrtausendwende und Euromstellung – musste das EDV-Leasing bei nominaler Betrachtung aber größtenteils wieder Rückgänge hinnehmen, so auch 2014. Die Leasinginvestitionen in diesem Segment verringerten sich nominal um 4,6%, hierbei sind allerdings die hier immer noch anhaltenden Preissenkungstendenzen zu beachten; real dürfte das

Ergebnis besser ausfallen. Der Anteil des IT-Bereichs am gesamten Leasingvolumen ging damit von 8,7 auf 7,7% zurück. Das reichte gleichwohl wieder für den dritten Platz bei den neu verleaste Gütern. Die Entwicklung dieser Produktgruppe wird bei nominaler Betrachtung allerdings unterzeichnet, da bei EDV-Anlagen und Büroequipment einschließlich der Software die Preise seit vielen Jahren rückläufig sind. Experten gehen davon aus, dass dieser Preisverfall zwar an Tempo verliert, aber noch nicht beendet ist.

Im Zuge der technischen und organisatorischen Anforderungen, die im Zusammenhang mit der Einführung von »Industrie 4.0« stehen, dürfte der Investitionsbedarf bei IKT-Produkten erheblich zunehmen. Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung stellte hierzu fest: Fast drei Viertel der deutschen Unternehmen (72%) fühlen sich sehr gut auf die digitale Transformation vorbereitet. Wenn es allerdings um den notwendigen Um- und Ausbau der IT-Infrastruktur geht, zeigt sich, dass es noch umfangreicher Investitionen in neue Systeme und Infrastrukturen bedarf. Noch immer fließen mehr als zwei Drittel der IT-Investitionen in den Betrieb der bestehenden IT-Infrastruktur und Anwendungslandschaft. Lediglich 33% wenden die Unternehmen dafür auf, neue, dynamische Infrastrukturen aufzubauen – sogenannte Next-Generation-Infrastructures –, die auf die speziellen Anforderungen der digitalen Transformation im Hinblick auf Flexibilität, Agilität und Skalierbarkeit ausgerichtet sind. Ohne erhebliche Investitionen wird es indes nicht gehen: Die meisten Unternehmen erachten eine Aufstockung ihres IT-Budgets als notwendig. Vier von fünf Befragten (82%) fordern eine Erhöhung des Budgets um 10 bis 30%. Bei der Auswahl neuer Technologien sind sich die Unternehmen bewusst, dass nur der Einsatz einer breitgefächerten Applikationsbasis langfristig erfolgversprechend ist (vgl. *computerwoche.de* 2015).

Die »sonstigen Ausrüstungsgüter« einschließlich Nachrichten-, Medizin- und Signaltechnik sowie immaterieller Wirtschaftsgüter wurden 2014 als Leasinggüter stärker nachgefragt als im Vorjahr. Sie hatten ein Plus von 7% zu verzeichnen; damit erreichte ihr Anteil an den gesamten Leasinginvestitionen wieder 5,6%. Das bedeutet weiterhin Platz 4. In dieser Gruppe gibt es neben hochpreisigen immateriellen Assets ein extrem heterogenes Bündel von Leasinggütern, die auch recht unterschiedliche Entwicklungen aufzuweisen haben.

Auf dem Gebiet der Telekommunikation besteht beispielsweise nach wie vor ein erheblicher Investitionsbedarf, der sich nicht nur auf relativ niedrigpreisige Endgeräte, sondern auch auf teure Vermittlungstechnik, Sendeanlagen und Satelliten erstreckt. Diese Technologien erfordern einen enormen Kapitalbedarf, der auch mittels Leasing gedeckt werden kann. Mit dem wachsenden Bedarf an neuen Fernsehdiensten, Handy-TV und vor allem schnellen und breitbandigen Internetverbindungen zwischen den Kontinenten in-

vestieren die Satellitenbetreiber massiv in neue Kapazitäten. Mit dem Angebot neuer Mobilfunkdienste steigt auch der Bedarf an Übertragungseinrichtungen enorm. Zahlreiche Funkstationen befinden sich bereits im Eigentum von Leasinggesellschaften und anderen Vermietern. Wegen der Überlastung der Mobilfunkinfrastruktur müssen die Anbieter in großem Rahmen in ihre Netze investieren und eine Vielzahl zusätzlicher Antennen installieren.

Last but not least zählen auch die Produkte der Medizintechnik zur Rubrik der sonstigen Ausrüstungsgüter. Der weltweit wachsende Markt für Medizintechnik, der bis 2020 jährlich um etwa 5% wachsen soll (vgl. Telgheder 2015), umfasst sowohl Massenprodukte als auch Hightech-Artikel, die fast alle auch auf dem Wege des Leasings vertrieben werden. Sogar für aufwendige Spitzentechnologien, wie Protonenquellen wurden Leasingkonzepte entwickelt. Die deutschen Medizintechnikanbieter rangieren in der international führenden Topliga weit oben und erweitern ständig ihre Systemkompetenzen um Dienstleistungen, zu denen auch Finanzdienstleistungen wie das Leasing zählen. Diese Instrumente können dazu beitragen, den beträchtlichen Investitionsstau in deutschen Krankenhäusern, der bereits mehrfach festgestellt wurde, aufzulösen. Eine ifo-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesländer, die für die Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur zuständig sind, seit Jahren ihre Haushaltsmittel für Krankenhausinvestitionen reduzieren. So seien alleine im Jahr 2011 über 700 Mio. Euro zu wenig investiert worden, um den abschreibungsbedingten Wertverlust des Kapitalstocks zu stoppen (vgl. Rösel 2013). Kürzlich stellten die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO und das Deutsche Krankenhausinstitut (DKI) in einer Studie fest, dass fehlende Investitionsmittel mehr und mehr die Versorgung in den Krankenhäusern erheblich beeinträchtigen. Nur noch ein Viertel der rund 2000 Kliniken sei in der Lage, die notwendigen Investitionen für patientenorientierte Vorsorge, Fürsorge und Heilung zu bestreiten (vgl. *sueddeutsche.de* 2015).

Auf Platz 5 landeten die Immobilien mit 3,3%, darunter Handelsobjekte, Geschäfts- und Bürogebäude (2,5%), gefolgt von kompletten Produktions- und Versorgungsanlagen sowie Produktionsgebäude, Lagerhallen, sonstige Bauten (0,8%). Weit abgeschlagen belegten die Big Tickets, wie Luft-, Wasser- und Schienenfahrzeuge den letzten Platz. Sie konnten 2014 ihren Anteil von 0,8 auf 1,2% steigern, das erscheint aber im Vergleich mit den Niveaus in den Jahren vor 2009 sehr niedrig. Die Leasingengagements in dieser Gütergruppe verloren seither über zwei Drittel ihres Volumens. Dieses Produktsegment der Großmobilitäten hat seit jeher eine sehr volatile Entwicklung aufzuweisen. Angesichts des weltweit sehr hohen Leasinganteils bei Flugzeugen und des Wachstums in diesem Produktsegment mag deren geringer Anteil am deutschen Leasingportfolio verwundern. Dieser Markt ist jedoch stark international ausgerichtet und von sehr großen Playern geprägt, die sich auf die wettbe-

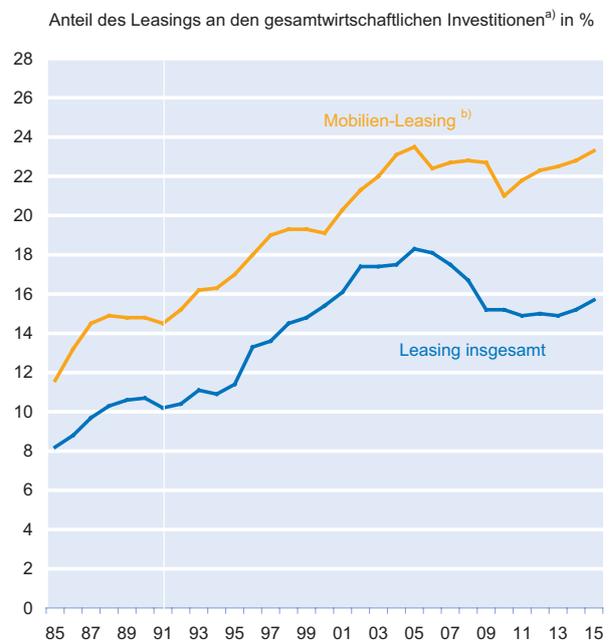
werbsfähigsten Standorte, nicht zuletzt unter steuerlichem Aspekt, konzentrieren. Seit einigen Jahren engagieren sich hier verstärkt chinesische Investoren, auch durch Zukäufe bedeutender ausländischer Unternehmen. Daneben leidet das Flugzeuggeschäft in Deutschland – ähnlich wie das Immobilien-Leasing – auch unter der Reglementierung im Gefolge der Unterstellung unter die Bankenaufsicht. Zudem waren hier früher vor allem bankenabhängige Leasinggesellschaften engagiert, die seit Jahren bei mobilen wie immobilien Big Tickets sehr zurückhaltend agieren.

Erhöhte Leasingengagements in fast allen Wirtschaftsbereichen

Der Dienstleistungssektor ist der größte Bereich in der deutschen Wirtschaft und der Gewinner im Strukturwandel. Seit dem Jahr 1996 ist er auch unangefochten die Nummer 1 im Leasing. Die Leasinggesellschaften erhöhten 2014 ihre Investitionen in diesem Wirtschaftsbereich um rund 11% und platzierten mit 36,4% über ein Drittel ihres Neugeschäfts in diesem äußerst facettenreichen Wirtschaftsbereich. Der Sektor wird in Deutschland hinsichtlich seiner Bedeutung noch häufig unterschätzt, was wohl auch daran liegt, dass er ein sehr heterogenes Konglomerat von Gewerbezweigen ist. Es erstreckt sich vom Hotel- und Gaststättengewerbe über Banken, Versicherungen, Rundfunkanstalten, Filmgesellschaften, Internetprovider, Autovermieter, EDV- und Multimedia-Dienstleister, Unternehmensberater, Verlage, Werbeagenturen, Callcenter, Bewachungs- und Reinigungsunternehmen bis hin zu mittelständischen Selbständigen wie Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten, Ingenieurbüros, Steuerberatern, Maklern und privaten Stellenvermittlern. In diesen Berufsgruppen machen die besonders leasinggeeigneten Fahrzeuge und Büromaschinen einschließlich EDV-Anlagen den größten Teil des Investitionsbedarfs aus, weshalb sie schon immer eine interessante Zielgruppe für die Leasinggesellschaften waren. Besonders bei den unternehmensnahen Dienstleistern entstehen nach wie vor neue Arbeitsplätze, die mit Investitionsgütern von hoher Leasingaffinität ausgestattet werden.

Das Verarbeitende Gewerbe war seit Gründung der ersten Leasinggesellschaften deren wichtigster Kunde und konnte diese Position 30 Jahre lang halten. Danach ging sein Anteil an den gesamten Leasinginvestitionen ziemlich stetig zurück; seit 2005 erhöhte er sich tendenziell wieder. 2014 hat der Sektor seine Investitionen nominal um 2,1% gesteigert (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a), das galt auch für die neuen Leasingengagements, auch sie wurden unterdurchschnittlich um rund 2% angehoben, weshalb sich sein Anteil von 20,1 auf 18,9% verminderte. Dies bedeutet gleichwohl weiterhin unangefochten Rang 2. Auch der Handel gehört zu den traditionellen Wirtschaftsbereichen, die als Leasingkunden jahrelang an Gewicht verloren hatten. Seit 1998 bewegte sich sein Anteil an den Leasinginvestitionen gelegentlich auch

Abb. 1
Leasingquoten Bundesrepublik Deutschland



^{a)} Ohne Wohnungsbau. Ab 1991 neues Statistikkonzept (ESVG).

^{b)} Anteil des Mobilien-Leasings an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen. 2015: vorläufig.

Quelle: ifo Investitionstest; Statistisches Bundesamt.

nach oben. 2007 nahmen die Leasingengagements des Handels sogar sprunghaft um über 25% zu, wodurch sein Anteil von 12,7 auf 15,3% hochschnellte. Von 2008 bis 2013 liegt hier der Anteil an den Leasinginvestitionen konstant bei reichlich 12%. Im Jahr 2014 verminderte er als einziger Sektor seine Leasinginvestitionen, und zwar um knapp 6%, was seinen Anteilswert auf 10,7% reduzierte, das reichte nicht mehr für den dritten Platz, sondern nur noch für den fünften.

Die Autoproduzenten in Deutschland »erfanden« in den 1970er Jahren das Privatleasing mit sehr attraktiven Konditionen, um die Rabattaktionen beim Neuwagenkauf nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen und erreichten damit damals – sozusagen aus dem Stand – einen Anteil von 11% an den gesamten Leasinginvestitionen. In der Folgezeit war die Entwicklung dieser Sparte zwar aufwärts gerichtet, aber von beträchtlichen Schwankungen gekennzeichnet. Die herstellernahen Gesellschaften, die hier mit einem Marktanteil von über 90% klar dominieren, beeinflussen mit unterschiedlich starken Verkaufsanreizen für den Autokredit oder das Autoleasing die Entwicklung dieser Leasingssparte maßgeblich.

Im Jahr 2014 hatte das Privatleasing – bei leicht rückläufigen Pkw-Zulassungen – ein moderates Plus von gut 2% zu verzeichnen. Sein Anteil am gesamten Leasingneugeschäft ging von 11,5 auf 10,9% zurück; das reichte jedoch

für den dritten Rang, dicht gefolgt vom Sektor Verkehr- und Nachrichtenübermittlung. Dieser steigerte seine Leasinginvestitionen 2014 um 37%, wodurch sein Anteil am Leasingportfolio von 8,5 auf 10,8% kletterte, was nun Rang 4 bedeutete.

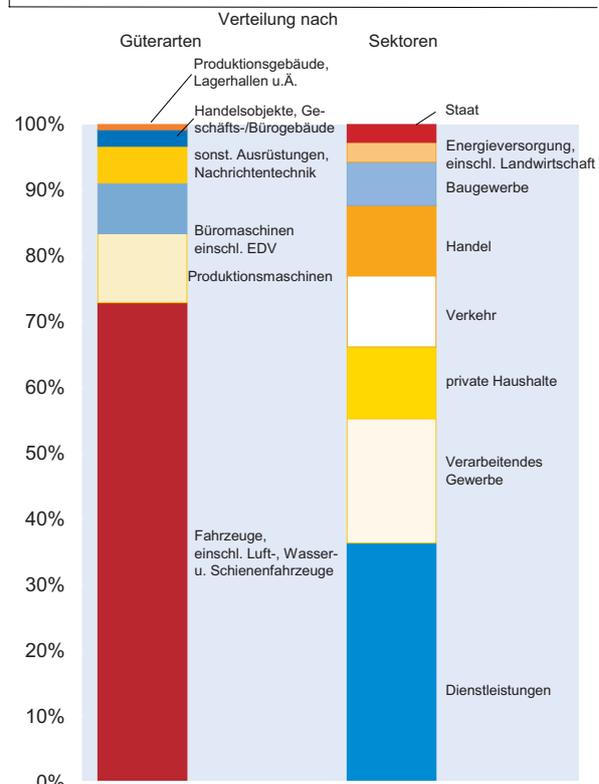
Das Baugewerbe weist seit vielen Jahren ein zumindest durchschnittliches Wachstum seiner Leasingengagements auf. Dieser Aufwärtstrend setzte sich auch 2014 mit einem Plus von rund 11% fort, wodurch der Leasinganteil hier von 6,4 auf 6,6% anstieg. Dagegen fallen die selbst bilanzierten Investitionen seit 2000 zum Teil kräftig zurück und liegen 2014 nur auf dem Niveau von 1999. Die Bauwirtschaft fährt angesichts einer teils sehr volatilen Auftragslage seit geraumer Zeit konsequent ihre eigenen Investitionen zurück und bedient sich intensiv des Angebots aller Arten von Vermietungsdienstleistungen. Sie hat inzwischen die mit Abstand höchste Leasingquote aller Sektoren und setzt noch stärker das Renting, also die kurzfristige Anmietung, ein (vgl. Städtler 2015).

Der primäre Sektor der Wirtschaft, also die Energie- und Wasserversorgung, der Bergbau sowie die Land- und Forstwirtschaft, hatte 1997 seinen Leasinganteil fast halbiert, 2000 stieg er schließlich wieder auf 4,7% und ging seit 2001 wieder zurück, bis er 2004 seinen Tiefpunkt mit 1,7% erreichte. Seither bewegt sich sein Anteilswert bei rund 2%. Im Jahr 2010 nahmen die Leasinginvestitionen in diesem Bereich um über 50% zu, wodurch der Anteil am gesamten Leasingportfolio auf 2,9% anstieg. Diesen Wert konnte er 2011 und 2012 mit 2,8%, nicht ganz halten; 2013 und 2014 stieg der Wert jeweils um einen Zehntelpunkt. Das reichte immerhin um vom letzten auf den vorletzten Platz vorzurücken. Dieses relativ niedrige Niveau geht auch auf die bisher teils weniger für Leasing geeigneten Investitionsgüter der Landwirtschaft zurück. Nach Einschätzung von Fachleuten vollzieht sich hier allerdings gerade die vierte industrielle Revolution. Nicht nur die Informationstechnologie gewinnt seit Jahren deutlich an Bedeutung, auch die Mechanisierung nimmt unaufhörlich zu. Auch wegen des Fachkräftemangels wird zunehmend Arbeit durch Kapital ersetzt. Bis zu 300 000 Euro kosten heute die leistungsfähigsten Großtraktoren, die reichlich mit Elektronik ausgestattet sind. Um ähnliche Dimensionen geht es auch bei modernen Erntemaschinen (vgl. Dostert 2013).

Die öffentliche Hand ist selbst einer der größten Investoren in Deutschland und beeinflusst so, über die Wahl ihrer Finanzierungsmittel bzw. die Art der Durchführung von Investitionen, auch die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Leasingquote. Aus verschiedenen, teilweise auch nichtökonomischen Gründen, machte der Staat in Deutschland von allen Wirtschaftsbereichen bis vor einigen Jahren am wenigsten vom Leasing Gebrauch.

Seit dem Jahr 2003 nehmen die Leasinginvestitionen des Staates tendenziell zu, teilweise sogar sprunghaft. Dem enor-

Abb. 2
Leasinginvestitionen 2014



Quelle: ifo Investitionstest.

men Wachstum von 2005, von über 60%, folgten 2006 und 2007 allerdings Rückgänge, wodurch der Anteil des Staates an den gesamten Investitionen der Leasingbranche von 3,7 auf 2,8% zurückfiel. Ein Wachstum seiner Leasinginvestitionen von 35% sorgte 2008 für ein Ansteigen des Anteils auf 3,8%, aber schon 2009 fiel dieser wieder auf 3,1% zurück und konnte sich 2010 jedoch wieder auf 7,2% mehr als verdoppeln und pendelte sich 2011 mit 3,9% wieder auf sein durchschnittliches Niveau ein. 2013 gab es wieder ein kräftiges Minus von 20%, wodurch der Leasinganteil von 3,4 auf 2,8% zurückging. Im Jahr 2014 stiegen die Leasingengagements des Staates zwar um gut 3%, sein Anteil am Leasingportfolio reduzierte sich gleichwohl auf 2,7%, damit hält er nun die rote Laterne unter den Leasingkunden. Auslöser dieser starken Schwankungen sind vor allem sehr große Immobilienprojekte, die diskontinuierlich anfallen, bei Mobilien verläuft die Entwicklung gleichmäßiger. Wenn man nicht nur den Staat im engeren Sinne, also die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung mit berücksichtigt, sondern auch die Eigengesellschaften der öffentlichen Hand mit eigener Rechtspersönlichkeit, verdoppelt sich der Leasinganteil nahezu. Derartige Kapitalgesellschaften, insbesondere in den Bereichen Personennahverkehr, Energieerzeugung und Abwasserentsorgung werden statistisch nicht dem Staat, sondern den zuständigen fachlichen Wirtschaftsbereichen zugeordnet. Das gilt entsprechend auch für geleaste Straßenbahnen, Kraftwerke oder Kläranlagen. Diese rechtlich selb-

ständigen Unternehmen der Gebietskörperschaften haben einen wesentlichen Anteil an den Leasinginvestitionen im Verkehrs- und Entsorgungssektor sowie nicht zuletzt für Kliniken. Eine weitere Form staatsnaher Einrichtungen sind die Organisationen ohne Erwerbszweck, wie etwa Forschungsinstitute oder karitative Einrichtungen, die in den letzten Jahren ebenfalls häufiger leasen. Die Gebietskörperschaften, allen voran die Kommunen sind auch in Zukunft eine höchst interessante Zielgruppe für die Leasinggesellschaften. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ermittelte für die Kommunen bis zum Jahr 2020 einen Investitionsbedarf von mehr als 700 Mrd. Euro. Dabei handelt es sich vor allem um Infrastrukturprojekte wie Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verwaltungsgebäude, Schulen, Straßen und Kindertagesstätten. Das Difu empfiehlt hierfür auch den Einsatz intelligenter Finanzierungsinstrumente und Public Private Partnership (PPP), um größere Investitionsspielräume zu erhalten (vgl. Wenke-Thiem 2008).

Ein ifo-Gutachten stellte fest, dass es zwar unstrittig ist, dass es in Teilbereichen der öffentlichen Infrastruktur Defizite gibt, die sich negativ auch auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung auswirken können. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien zeigt jedoch, dass die gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekte zusätzlicher Infrastrukturinvestitionen zumindest in hoch entwickelten Ländern im Regelfall eher gering ausfallen. Statt eines breitflächigen Ausbaus von Infrastrukturen sollte der Fokus der künftigen Infrastrukturpolitik in Deutschland daher auf die Instandsetzung sowie auf die Beseitigung von Engpässen gelegt werden. Erhaltungsinvestitionen sollte daher der Vorrang vor dem Neubau von Infrastrukturen gegeben werden (vgl. Ragnitz et al. 2013). Finanzminister Wolfgang Schäuble kündigte am 6. November 2014 im Zuge der jüngsten Steuerschätzung ein Investitionsprogramm über 10 Mrd. Euro für die öffentliche Infrastruktur an. Wenn auch angesichts der Tatsache, dass die öffentlichen Investitionen unter den Abschreibungen liegen, das Vorhaben vielfach als Schritt in die richtige Richtung gesehen wird, kritisieren Volkswirte es massiv: Es komme zu spät und sei zu gering. Die Summe, ab 2016 auf drei Jahre verteilt, ergebe gut 3 Mrd. Euro pro Jahr. Das sind 0,1% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – die Wirkung wird also bescheiden sein (vgl. Kissler 2014). Daneben gilt es zu prüfen, ob verschiedene Projekte nicht auch sinnvoll von kompetenten privaten Investoren durchgeführt werden könnten. So hat die Versicherungswirtschaft zu erkennen gegeben, dass sie an derartigen Projekten durchaus interessiert sei, da diese über Jahre hinweg stabile Renditen versprechen, was gegenwärtig bei festverzinslichen Wertpapieren nicht der Fall sei (vgl. Leitel 2015).

Jenseits von Leasing

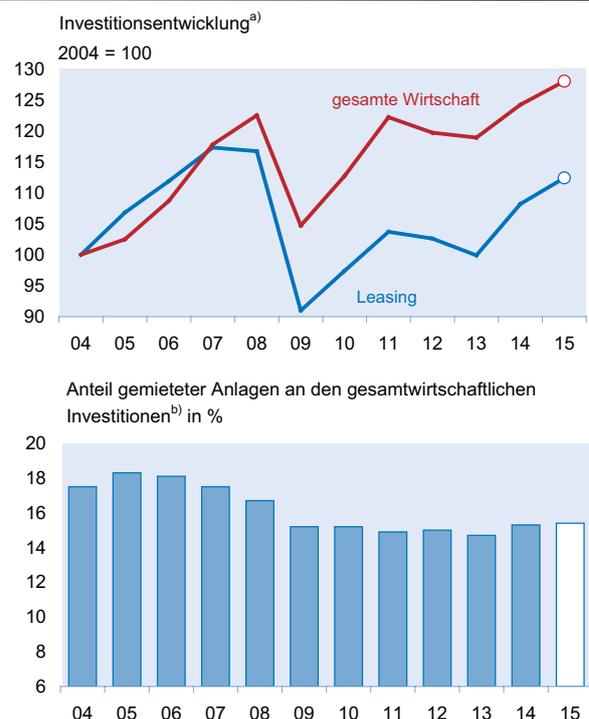
Schon seit einigen Jahren werden von Leasinggesellschaften auch Geschäftsmodelle betrieben, die über das traditionelle

Leasing hinausgehen oder es sinnvoll ergänzen, die aber auf der Ebene ihrer Kompetenzen als Finanz-, Investitions- und Dienstleistungsexperten liegen. Die Umsätze in diesem Segment erreichen heute schon mehrere Milliarden Euro jährlich und haben deutlich steigende Tendenz. Die Palette der Angebote reicht von traditionellem Mietkauf, der 2015, ebenso wie in den Jahren zuvor, alleine schon ein Volumen von 6,7 Mrd. Euro erreichte und vor allem im Nutzfahrzeuggeschäft zur Anwendung kommt, über zusätzliche Services, wie Asset- und Facility-Management, Bauconsulting, Fuhrparkmanagement, Versicherungen, strukturierte Finanzierungen, Fondskonzeptionen, Advising und Packaging bis zur Autovermietung (Renting); selbst die neuen Car-Sharing-Modelle zählen dazu. Diese Aktivitäten ermöglichen den Gesellschaften, sich über zusätzliche bzw. ergänzende Dienstleistungen und divergierende Leistungsmerkmale gegenüber anderen Wettbewerbern – insbesondere dem Investitionskredit der Banken – abzuheben und Erträge zu erzielen.

Zudem können diejenigen, die im Bereich der Big Tickets engagiert sind, die hier übliche enorme Volatilität des Auftragsengangs abfedern.

Der ifo Investitionstest misst die Entwicklung der Leasingbranche an ihrem bilanzierten Neugeschäft, also dem Zu-

Abb. 3
Leasing: Entwicklung und Quoten
Bundesrepublik Deutschland



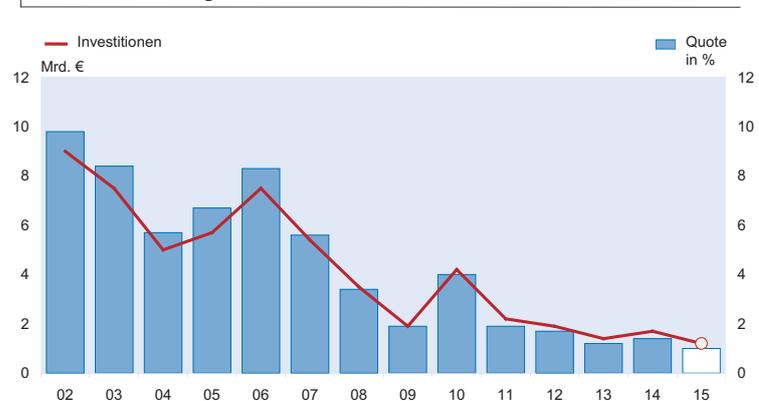
^{a)} In jeweiligen Preisen.

^{b)} 2014: vorläufig, 2015: Planung.

Quelle: ifo Investitionstest Anlagenvermietung; Statistisches Bundesamt.

gang an aktivierungsfähigen Investitionsgütern. Schon definitionsgemäß ist hier das Geschäft mit den werthaltigen zusätzlichen Services nicht enthalten, die seit Jahren einen erheblichen Beitrag zum Umsatz und Ertrag der Leasinggesellschaften leisten und die bei Kunden häufig den Ausschlag bei der Entscheidung für das Leasing geben. Dies gilt auch für sehr liquide Unternehmen. Besonders häufig ist dies beim Autoleasing mit Full Service, bei Büromaschinen und EDV-Equipment, bei Immobilien sowie bei Big Tickets, wie etwa Flugzeugen der Fall. Neue Möglichkeiten auf diesem Betätigungsfeld eröffnen die Energiewende und die neuen Antriebe für Straßenfahrzeuge.

Abb. 4
Immobilien-Leasing



Investitionen des Immobilien-Leasings gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau.
2015: Schätzung.

Quelle: ifo Investitionstest; Statistisches Bundesamt.

2015: Leasing und gesamtwirtschaftliche Investitionen legen das gleiche Wachstumstempo vor

Die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft hat sich 2015 fortgesetzt. Die Gemeinschaftsdiagnose führender Forschungsinstitute vom Oktober 2015 ging von einem Anstieg der nominalen Bruttoanlageinvestitionen von 3,7% (real: + 2,4%) für das Gesamtjahr 2015 aus, davon + 4,5% (real: + 4,4%) für die Ausrüstungsinvestitionen. Die Investitionen im Nichtwohnbau sollen um real 1,5% zurückgehen, was nominal ein hauchdünnes Plus bedeuten dürfte (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2015). Dass der Aufschwung 2015 nicht kräftiger ausfällt, liegt an der weiterhin moderaten Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen mit 4,5% zwar so stark zu wie im Vorjahr. In Anbetracht der relativ guten Konjunktur und der niedrigen Zinsen ist das jedoch eine im historischen Vergleich wenig dynamische Entwicklung, wie der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Herbstgutachten feststellte. Angesichts der ungewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen deutet die insgesamt moderate Investitionsentwicklung auf relativ verhaltene Erwartungen der Unternehmen über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung hin, und es stellt sich die Frage, ob der Investitionsstandort Deutschland hinreichend attraktiv ist (vgl. Sachverständigenrat 2015).

In diesem Zusammenhang ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass die Wirtschaft neben den Anlageinvestitionen nach wie vor auch erheblich in die Gewinnung neuer Mitarbeiter und in die Qualifizierung des vorhandenen Personals investiert. Trotz des eher moderaten Wirtschaftswachstums steigt die Zahl der Beschäftigten in Deutschland scheinbar unaufhaltsam. Wie das Statistische Bundesamt kürzlich mitteilte, wurde im dritten Quartal 2015 mit 43,2 Mio. Erwerbstätigen ein neuer Höchststand bei der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung erreicht (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b).

Die deutsche Wirtschaft will auch weiter neue Mitarbeiter einstellen. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg im Oktober auf 109,9 Punkte, von 109,1 im Vormonat. Dies ist der höchste Wert seit Januar 2012. Der Arbeitsmarktzahlen werden sich damit anhaltend positiv entwickeln. Die Investitionen in Humankapital (wie z.B. innerbetriebliche Weiterbildung) werden in der VGR nicht berücksichtigt. Gerade dem Einsatz hochqualifizierten Personals kommt aber aus Wettbewerbsgesichtspunkten sowie aus Sicht der Innovationsfähigkeit von Unternehmen eine wesentliche Bedeutung zu (vgl. Sauer und Strobel 2015). Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen im Rahmen der Maßnahmen, die unter dem Stichwort »Industrie 4.0« beschrieben werden. Experten weisen darauf hin, dass bisher die Lösungen vor allem in der Technik gesucht werden. Dabei spielen gerade der Mensch im Innovationsprozess eine wichtige Rolle: als Mitgestalter und Koproduzent, als Anwender und Innovator (vgl. Buhr 2015).

Die Leasingbranche entwickelte sich in diesem Jahr ähnlich wie die Anlageinvestitionen der Wirtschaft. Dies belegen die Ergebnisse der Konjunkturumfragen des ifo Instituts im Leasingsektor. Im Jahresdurchschnitt von 2015 dürfte im Neugeschäft ein Wachstum von 3% auf 52,2 Mrd. Euro, erreicht werden; wobei bei Mobilien ein Plus von 4,1% und bei Immobilien ein Rückgang von 28,8% zu erwarten ist. Damit schneiden die Leasinggesellschaften bei den Mobilien geringfügig schlechter ab als die gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Dies bedeutet für die Leasingquote 2015 ein unverändertes Niveau von 15,3% und bei Mobilien einen minimalen Rückgang von 23,0 auf 22,9%, falls die derzeitigen Prognosen für die Gesamtwirtschaft Realität werden.

Eine wesentliche Stütze für das Leasing in diesem Jahr sind die Fahrzeuginvestitionen. Die Automobilkonjunktur entwickelte sich im bisherigen Jahresverlauf von 2015 unerwartet günstig. Bei den Pkw-Neuzulassungen ist in den ersten zehn

Monaten ein Plus von 5,1% aufgelaufen, wobei es aber im Oktober nur noch für einen Zuwachs von 1,1% reichte. Für das Gesamtjahr ist daher eher mit einer Steigerung von etwas weniger als 5% zu rechnen, zumal noch nicht abzusehen ist, wie sich die Dieselpolitik auf die Verkäufe auswirken wird. Dabei ging der Anteil der privaten Neuzulassungen, die dem privaten Verbrauch zuzuordnen sind, zu Gunsten der gewerblichen erneut zurück, und zwar auf 35,5% (vgl. Kraftfahrt-Bundesamt 2015b). Das heißt, der Anteil der Fahrzeuge, die zu den Investitionen zählen, war mit 65,5% rekordverdächtig hoch. Bei den Nutzfahrzeugen, die als guter Konjunkturindikator gelten, gab es von Januar bis Oktober einen Zuwachs von 3%; hier war zuletzt mit + 7% ein überdurchschnittliches Wachstum erzielt worden.

Das Geschäftsklima der Leasinggesellschaften verbessert sich seit dem Jahresbeginn 2015 tendenziell, wie die Ergebnisse der Konjunkturumfragen des ifo Instituts im Leasingsektor belegen. Die Geschäftslageurteile erreichten im Juli mit + 36% ihren Höhepunkt, blieben damit aber unter dem Maximum des Jahre 2014 mit + 39% (August). In diesem Jahr pendelten die Werte von August bis November um die 30%-Marke, das ist immer noch ein sehr komfortables Niveau. Die Geschäftserwartungen erreichten im März mit + 27% ein Zwischenhoch, das im Juni mit + 28% noch übertroffen wurde. Nach einem etwas schwächeren Juli (+ 22%) gab es dann wieder einen klaren Zuwachs bei den Optimisten (August + 26%), der in den folgenden Monaten wieder etwas nachließ, im November hat er allerdings deutlich auf + 8% nachgegeben. Das deutet auf eine nachlassende Dynamik hin. Das vierte Quartal dürfte gegenüber dem dritten ein spürbar geringeres Wachstum aufweisen, da es sich auch mit dem recht hohen Wachstum des Schlussquartals im Vorjahr messen muss.

Für das Wachstum der Leasinginvestitionen 2015 ist vor allem die Fahrzeugsparte verantwortlich, die ein Plus von fast 6% erreichen wird, aber auch die Produktionsmaschinen mit + 4%. Bei den übrigen Produktgruppen waren leichte Rückgänge zu verzeichnen. Das Immobilien-Leasing, das in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Bedeutung verlor, verzeichnete 2015 ein Minus von knapp 29% auf rund 1,2 Mrd. Hier und bei Großmobilen zeigt sich die Zurückhaltung der bankenabhängigen Leasinggesellschaften bei Großprojekten.

2016: Ähnliche Entwicklung wie im Vorjahr zu erwarten

Für 2016 rechnet die Gemeinschaftsdiagnose erneut mit einem realen Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland, und zwar in Vorjahreshöhe. Im Jahresdurchschnitt wird für das BIP ein nominales Plus von 3,2% (real: + 1,8%) angenommen und für die Ausrüstungsinvestitionen ein Wach-

tum von nominal wie real knapp 4%. Auch für die Investitionen in den Nichtwohnbau ist, nach dem Rückgang im Vorjahr, für 2016 ein Zuwachs von real 2,1% veranschlagt, der sich nominal auf etwa 4% belaufen dürfte. An dieser Entwicklung sollten die Leasinggesellschaften zumindest durchschnittlich partizipieren können.

Jüngere Prognosen sehen die Aussichten für das kommende Jahr eine Nuance vorsichtiger. Der Sachverständigenrat rechnet laut seinem im November vorgelegten Gutachten damit, dass sich im Jahr 2016 die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung fortsetzt, und zwar mit einer Zuwachsrate des BIP von real 1,6% (nominal: 3,2%). Dieser Zuwachs im Prognosezeitraum wird aller Voraussicht nach wieder binnenwirtschaftlich getragen sein. Dabei sollen zwar die Konsumausgaben den größten Wachstumsbeitrag zum BIP liefern, für die Ausrüstungsinvestitionen wird gleichwohl noch ein Zuwachs von nominal 3,6% (real: + 3,4%) angenommen (vgl. Sachverständigenrat 2015).

Optimismus ist beim ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands zu erkennen. Er ist deutlich gestiegen, von 108,2 Punkten im Oktober auf 109,0 Punkte im November. Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage haben sich wieder verbessert. Auch der Optimismus mit Blick auf die zukünftigen Geschäfte nahm das dritte Mal in Folge zu. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich von der zunehmenden weltweiten Unsicherheit unbeeindruckt. Nicht einmal die Anschläge von Paris haben sich in den Daten negativ bemerkbar gemacht (vgl. Sinn 2015). Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben aktuell einen Horizont bis zum Frühjahr; das lässt hoffen, dass bei nicht verschlechterten Rahmenbedingungen, der moderate Wachstumskurs der Wirtschaft beibehalten wird. Zumal auch die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland im November positiv klingen. Der Index steigt gegenüber dem Vormonat um 8,5 Punkte auf einen Stand von 10,4 Punkten (langfristiger Mittelwert: 24,8 Punkte). Dies ist der erste Zugewinn nach sieben Rückgängen in Folge. »Der Ausblick für die deutsche Volkswirtschaft hellt sich gegen Ende des Jahres etwas auf. Konjunkturpessimismus aufgrund der Terroranschläge in Paris ist nicht erkennbar. Die robuste deutsche Konjunktur dürfte sich insbesondere auf die derzeitige Konsumfreude der Deutschen, den erneut gesunkenen Außenwert des Euro und die voranschreitende Erholung in den Vereinigten Staaten stützen« (vgl. Fuest 2015).

Insgesamt ist also für 2016 – nach derzeitigem Prognosestand – mit nochmals steigenden Ausgaben für die Ausrüstungsgüter und für die Leasingengagements zu rechnen. Die von Energie sparenden Technologien getriebene Investitionswelle ist ein Hoffnungsträger für die Leasingbranche über 2016 hinaus. Daneben dürfte die unter dem Schlagwort »Industrie 4.0« beschriebene vierte industrielle Revolution beträchtliche Investitionen anstoßen, vor allem auf mittlere Frist.

Darunter versteht man im Produktionsumfeld die echtzeitnahe Vernetzung von Maschinen, Menschen und Objekten aller an einer Wertschöpfung beteiligten Bereiche über das Internet. Fachleute sehen Industrie 4.0 als wesentlichen Treiber für den Erhalt und den Ausbau der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands (vgl. Wimber 2014). Laut einer Umfrage wollen deutsche Industrieunternehmen pro Jahr 40 Mrd. Euro in die Fabrik der Zukunft investieren, allen voran die Informations- und Kommunikationsindustrie (vgl. Freitag 2014).

Auch früher wurden schon neue Technologien maßgeblich via Leasing verbreitet, wie schon in der Gründungsphase der institutionellen Leasinggesellschaften vor über 50 Jahren, zu Beginn der Computer-Ära bzw. des digitalen Zeitalters. Die Chancen für die Leasingindustrie, wieder zu den Pionieren bei der Verbreitung innovativer Wirtschaftsgüter zu gehören, stehen also nicht schlecht. Für eine Finanzierung durch Banken kommen neue Produkte mit rascher technischer Obsoleszenz und schwer einschätzbarer technischer Reife weniger in Frage, es sei denn, es handelt sich bei den Banken um Institute von Herstellern.

Die Leasing-Wirtschaft sieht daher im Thema Industrie 4.0 für sich erhebliches Wachstumspotenzial, wie deren Verband kürzlich darlegte: Hier stehen immense Investitionen an, um Deutschlands Position als Leitanbieter von Industrie-4.0-Technologien zu sichern. Experten schätzen bis 2020 ein jährliches Investitionsvolumen der deutschen Industrie von 40 Mrd. Euro. Doch Investitionen in Industrie 4.0 stellen auch eine Herausforderung dar, denn der Investitionsbegriff verändert sich gänzlich. Es geht nicht mehr nur um klassische Anlageninvestitionen, sondern verstärkt um innovative Prozesse, die finanziert werden müssen. »Weiche Investitionen« in immaterielle Werte wie Software und Patente gewinnen an Bedeutung. Die Leasing-Branche fühlt sich prädestiniert dafür, diese Investitionen zu realisieren, da in den Gesellschaften Ingenieure arbeiten, die mit ihrem Know-how die neuen Prozesse und Geschäftsmodelle bewerten und begleiten können (vgl. BDL 2015).

Literatur

BDL (2015), »Industrie 4.0 – Chancen und Herausforderungen für die Leasing-Wirtschaft«, Pressemitteilung, 19. November.

Buhr, D. (2015), »Weit mehr als Technik: Industrie 4.0«, *ifo Schnelldienst* 68(10), 10–11.

computerwoche.de (2015), »Zwei Drittel der IT-Budgets fließen in die bestehende Infrastruktur«, 10. November, verfügbar unter: www.computerwoche.de.

Dostert, E. (2013), »Feldversuche«, *Süddeutsche Zeitung*, 12. November, 18.

Freitag, L. (2014), »Deutsche Unternehmen wollen 40 Milliarden Euro investieren«, *WirtschaftsWoche*, 14. Oktober, verfügbar unter: www.wiwo.de.

Fuest, C. (2015), »ZEW-Konjunkturerwartungen – Konjunkturausblick verbessert sich«, Pressemitteilung, 17. November.

Kissler, A. (2014), »Schäubles 10-Milliarden-Programm fällt bei Volkswirten durch«, 7. November, verfügbar unter: www.wsj.com.

Leitel, K. (2015), »Zum Allianz-Airport, bitte!«, *Handelsblatt*, September, 29.

Kraftfahrt-Bundesamt (2015a), »Fahrzeugzulassungen im Dezember 2014«, Pressemitteilung Nr. 1/2015.

Kraftfahrt-Bundesamt (2015b), »Fahrzeugzulassungen im Oktober 2015«, Pressemitteilung Nr. 26/2015.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015), »Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben«, *ifo Schnelldienst* 68(19), 3–62.

Ragnitz, J., A. Eck, S. Scharf, Chr. Thater und B. Wieland (2013), *Öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Wachstumswirkungen*, Endbericht zum Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, ifo Institut, München, Dresden.

Rösel, F. (2013), »Kränkelnde Krankenhäuser – Ursachen und Auswirkungen des Rückgangs der Krankenhausinvestitionen der Länder«, *ifo Dresden berichtet* 20(5), 3–15.

Rußig, V. (2015), »Bauträger«, *VR Branchen special* Nr. 100, Dezember.

Sachverständigenrat, (2015), *Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahrestgutachten 2015/16*, 11. November, Wiesbaden.

Sauer, St. und Th. Strobel (2015), »Aktuelle Ergebnisse der ifo Investorenrechnung: Investitionen in geistiges Eigentum gewinnen an Bedeutung«, *ifo Schnelldienst* 68(6), 40–42.

Sinn, H.-W. (2015), »ifo Geschäftsklimaindex steigt merklich – Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im November 2015«, *Pressemitteilung* 24. November, verfügbar unter: www.cesifo-group.de.

Städler, A. (2015), »Vermietung beweglicher Sachen«, *VR Branchen special* Nr. 64, Dezember.

Statistisches Bundesamt (2015a), »Investitionen der Industrie im Jahr 2014: + 2,1% zum Vorjahr«, Pressemitteilung Nr. 423, 18. November.

Statistisches Bundesamt (2015b), »Mehr als 43 Millionen Erwerbstätige im 3. Quartal 2015«, Pressemitteilung Nr. 421, 17. November.

Statistisches Bundesamt (2015c), »Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 3. Quartal 2015«, Pressemitteilung Nr. 430, 24. November.

sueddeutsche.de (2015), »Studie: Gravierender Investitionsstau in Krankenhäusern«, 10. November, verfügbar unter: www.sueddeutsche.de.

Süddeutsche Zeitung (2015), »Warnung vor Schattenbanken«, 30. Oktober, 21.

Telgheder, M. (2015), »Spardruck trifft Medizintechniksparte«, *Handelsblatt*, 10. November, verfügbar unter: www.handelsblatt.com.

Wenke-Thiem, S. (2008), »Bis 2020 sind kommunale Investitionen von mehr als 704 Milliarden Euro notwendig«, *RKW Informationen Bau-Rationalisierung* 37(2), 9.

Wimber, A.-C. (2014), »Eine Revolution mit Ansage«, *Süddeutsche Zeitung*, 16. Juli, 23.

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist deutlich gestiegen, von 108,2 Punkten im Oktober auf 109,0 Punkte im November. Die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage haben sich wieder verbessert. Auch der Optimismus bezüglich der zukünftigen Geschäfte nahm das dritte Mal in Folge zu. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich von der zunehmenden weltweiten Unsicherheit unbeeindruckt. Nicht einmal die Anschläge von Paris haben sich in den Daten negativ bemerkbar gemacht.

Nur im Einzelhandel verschlechterte sich das Geschäftsklima, in den anderen vier Branchen ist der Geschäftsklimaindex gestiegen, im Dienstleistungssektor sogar auf einen neuen historischen Höchststand.

Die **Kredithürde** für die gewerbliche Wirtschaft fiel im November auf 14,5%, nach 14,9% im Vormonat. Das ist ein neuer historischer Tiefstand. Treiber der Entwicklung ist das Baugewerbe. Dort sank die Kredithürde auf 17,1%. Im Handel fiel sie auf 14,7%. Im Verarbeitenden Gewerbe dagegen kletterte die Kredithürde von 12,7 auf 13,3%. Der Anstieg konnte in allen Größenklassen beobachtet werden, am stärksten bei den Großfirmen. Insgesamt aber liegt sie in der Branche weiter besonders niedrig.

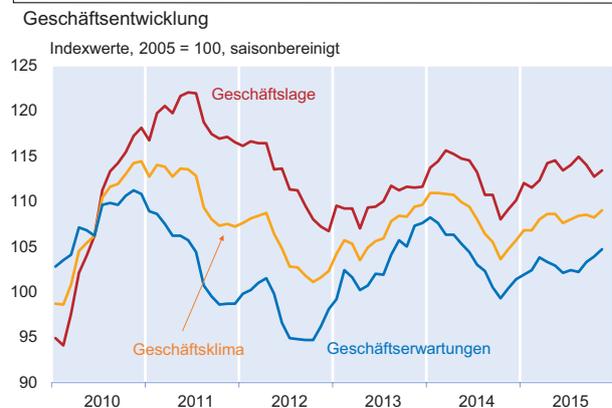
Der Bedarf der Firmen an neuen Mitarbeitern nimmt zu. Das **ifo Beschäftigungsbarometer** stieg – zum vierten Mal in Folge – im November von 109,1 auf 109,9 Punkte. Die treibende Kraft ist wieder der Dienstleistungssektor. Dort verbesserte sich das Beschäftigungsbarometer auf einen neuen Höchststand. Auch im Bauhauptgewerbe werden neue Leute gesucht. Das Barometer stieg auf den höchsten Wert seit Dezember 1991. Der Handel stellt ebenfalls weiter ein. Trotz leicht verbesserter Aussichten bleibt die Beschäftigungsdynamik in der Industrie aber schwach ausgeprägt.

Die deutsche Industrie zeigt sich wieder optimistischer mit Blick auf die kommenden Exporte. Die **ifo Exporterwartungen** konnten den Rückgang vom Vormonat im November wieder ausgleichen. Der Index kehrte zurück von 5,9 auf 7,5 Saldenpunkte. Die Schwäche des Euro hilft dabei. Deutlichster Treiber waren die Automobilbranche und die chemische Industrie. Auch der Maschinenbau erwartet mehr Umsatz im Ausland in den kommenden drei Monaten. Rückläufige Exporterwartungen meldeten Firmen aus der Elektro- und der Pharmaindustrie.

Im **Verarbeitenden Gewerbe** ist der Geschäftsklimaindex nach drei Rückgängen in Folge wieder gestiegen. Die Industriefirmen waren mit ihrer aktuellen Geschäftslage zu-

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests, Ergebnisse von Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern sowie des Ifo World Economic Survey (WES) werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

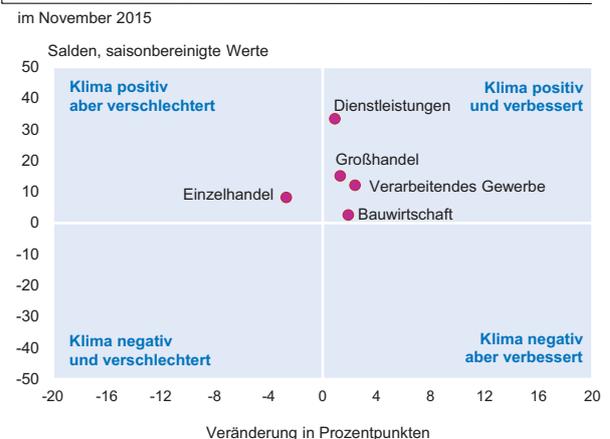
Abb. 1
Gewerbliche Wirtschaft^{a)}



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 2
Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 3
ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland
Deutsche Wirtschaft^{a)}



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel, Dienstleistungssektor.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

friedener als im Vormonat. Zudem stieg der Optimismus für die kommenden Monate auf den höchsten Stand seit März. Die Produktion soll in den kommenden Monaten ausgeweitet werden. Der Teilindex für die Automobilbranche ist trotz des Abgasskandals erneut gestiegen. Im Vorleistungsgütergewerbe verbesserte sich das Geschäftsklima nach drei Rückgängen in Folge wieder. Auch die Lageeinschätzungen besserten sich. Die Chancen auf eine positive Geschäftsentwicklung wurden höher eingeschätzt als in den drei Monaten zuvor, weil steigende Exporte antizipiert wurden. Die Produktionspläne wurden dementsprechend deutlich nach oben korrigiert. Im Bereich der Investitionsgüter setzte sich die Aufwärtsbewegung des Geschäftsklimas fort. Die derzeitige Lage wurde besser bewertet, und die Auftrageingänge legten wieder zu. Es gelang den Firmen, ihre Lagerüberhänge zu reduzieren. Die Produktionspläne änderten sich jedoch nicht. Die Umfrageteilnehmer bewerteten ihre Geschäftsaussichten abermals positiver und gingen auch im Exportgeschäft von einer zunehmenden Dynamik aus. Der Geschäftsklimaindikator der Konsumgüterindustrie (ohne Ernährungsgewerbe) stieg und erreichte den zweithöchsten Jahreswert. Die Firmen beurteilten ihre aktuelle Situation merklich besser als in den beiden Vormonaten. Es wird aber eine abgeschwächte Geschäftsentwicklung erwartet. Das Geschäftsklima im Ernährungsgewerbe kühlte sich ab. Die Lageurteile sind zwar im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt immer noch gut, die Unternehmen gingen aber nur noch von einer leicht positiven Geschäftsentwicklung aus. Das Geschäftsklima in der chemischen Industrie stieg. Dabei gaben die sehr guten Lageurteile vom Vormonat etwas nach, die Unternehmen rechneten jedoch wieder mit einer positiven Geschäftsentwicklung. Die Firmen waren wie zuletzt zufrieden mit ihrem Auftragsbestand und beabsichtigten, ihre Produktion auszuweiten. Wie schon in den beiden Vormonaten war ein weiterer Personalaufbau geplant.

Im **Bauhauptgewerbe** hat sich das Geschäftsklima im November zum vierten Mal in Folge verbessert und mittlerweile den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Zwar verharrten die Einschätzungen zur Geschäftsentwicklung im kommenden halben Jahr auf dem – sehr hohen – Niveau des Vormonats. Dafür beurteilten die befragten Bauunternehmen ihre derzeitige Geschäftslage wesentlich günstiger als im Oktober. Die Auslastung der Gerätekapazitäten stieg auf 73,5% und übertraf damit den vergleichbaren Vorjahreswert um einen halben Prozentpunkt. Wie im Vormonat bzw. im Vorjahr berichteten 26% der Testteilnehmer über Behinderungen der Bautätigkeit. Mit 14% entfiel der größte Teil der Meldungen auf Auftragsmangel; 8% der Firmen klagten über Arbeitskräftemangel. Negative Witterungseinflüsse spielten so gut wie keine Rolle. Per saldo empfanden knapp 13,5% der befragten Firmen den aktuellen Auftragsbestand als zu klein; vor Jahresfrist lag dieser Umfragewert bei 21,5%. Nach den Firmenmeldungen zu

Abb. 4
Kredithürde – gewerbliche Wirtschaft



a) Anteil der Unternehmen, die angeben, die Kreditvergabe sei restriktiv.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 5
Exportorerwartungen – Verarbeitendes Gewerbe^{a)}

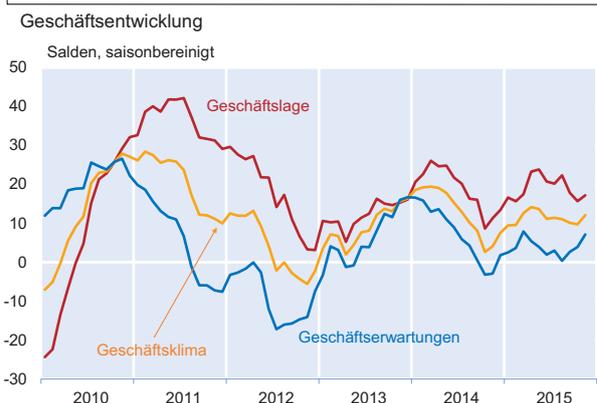


a) Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

b) Aus den Prozentsätzen der Meldungen über zu- und abnehmende Exportgeschäfte.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 6
Verarbeitendes Gewerbe



Quelle: ifo Konjunkturtest.

schließen, konnten die Preise etwas häufiger angehoben werden. Zudem gingen die Testteilnehmer davon aus, dass sich in der nahen Zukunft die Preiserhöhungsspielräume weiter vergrößern werden. Die zuvor schon hohe Bereitschaft der Unternehmen, ihren Personalbestand in den nächsten drei bis vier Monaten aufzustocken, ist im November noch einmal merklich gestiegen. Ein höherer Umfragewert wurde zuletzt im Dezember 1991 verzeichnet. Die November-Sonderfrage beschäftigte sich mit dem Winterbau. Den Umfrageergebnissen zufolge lassen es Auftragslage und eine entsprechende Ausrüstung bei 44% der befragten Bauunternehmen zu, im Winter 2015/2016 außerhalb der behördlich anerkannten Schlechtwettertage mit der vollen Belegschaft durchzuarbeiten. Die Notwendigkeit für Entlassungen bzw. Kurzarbeit ergibt sich bei den übrigen 56% hauptsächlich aus einem Mangel an Aufträgen (42%). Baubetriebliche Gründe spielen in 21% der Fälle eine Rolle. Zudem wurden die teilnehmenden Firmen nach der persönlichen Einstellung ihrer Arbeiter zum Winterbau befragt. Soweit den Unternehmen bekannt ist, würden rund zwei Drittel der Arbeiter – wenn sie die Wahl hätten – ihre Tätigkeit mit normalem Lohn und Mehraufwandswintergeld fortsetzen. Das übrige Drittel würde dagegen eine Arbeitspause bei gleichzeitigem Bezug des Saisonkurzarbeitergeldes (ggf. zusätzlich Zuschusswintergeld) präferieren. Im Tiefbau verschlechterte sich das Geschäftsklima leicht. Während sich die aktuellen Lageeinschätzungen verbesserten, trübten sich die Geschäftserwartungen leicht ein. Im Hochbau hingegen stieg der Geschäftsklimaindikator deutlich. Beide Klimakomponenten wurden merklich besser von den Umfrageteilnehmern eingeschätzt.

Der Geschäftsklimaindikator des **Großhandels** ist im November auf seinen bisherigen Jahreshöchstwert gestiegen. Die Befragungsteilnehmer zeigten sich weiterhin sehr zufrieden mit dem aktuellen Geschäftsverlauf. Sie berichteten von Umsatzzuwächsen und konnten die Verkaufspreise wieder häufiger anheben. Dem kommenden halben Jahr blickten die Firmen zudem erneut mit größerer Zuversicht entgegen. Die Planungen für die kommenden Monate beinhalteten die Ausweitung der Bestellmengen sowie eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl. Im Produktionsverbundhandel hat sich das Geschäftsklima weiter verbessert. Die Firmenmeldungen fielen sowohl zur momentanen Situation als auch bezüglich der kommenden Monate positiver aus als im Vormonat. Das Geschäftsklima des Konsumgüterbereichs kühlte minimal ab, da die Dominanz der günstigen Lageurteile etwas abnahm. Hinsichtlich der kommenden Monate war bei den Unternehmen hingegen zunehmende Zuversicht zu erkennen. Im Nahrungs- und Genussmittelbereich kühlte das Geschäftsklima leicht ab. Die Unternehmen bezeichneten ihre Geschäftslage vor dem Hintergrund der positiven Umsatzentwicklung aber weiterhin als sehr günstig. Die Zukunftsaussichten trübten sich dagegen zum dritten Mal in Folge ein. Auf die expansiven Bestell- und Be-

Abb. 7
Bauhauptgewerbe

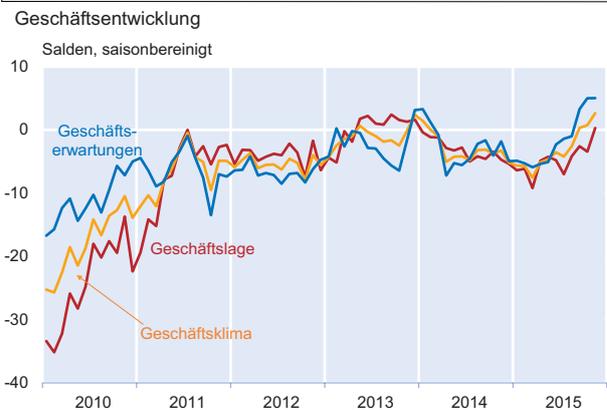
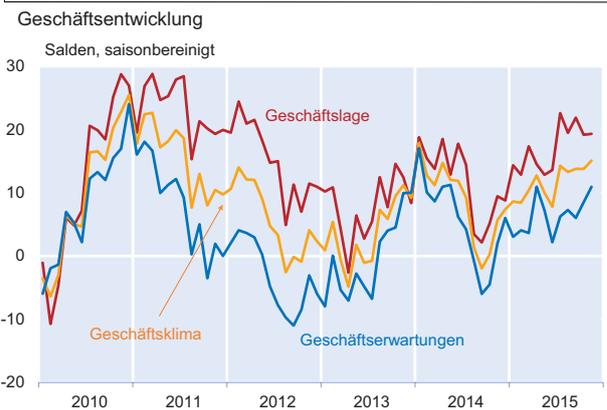


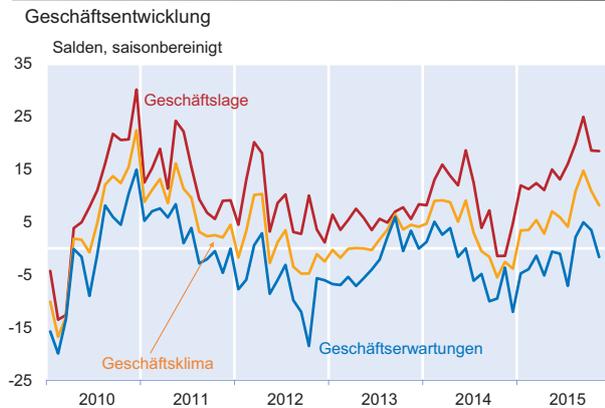
Abb. 8
Großhandel



schäftigtenpläne hatte dies jedoch keine Auswirkungen. Auch die Erhöhung der Verkaufspreise war weiter vielerorts vorgesehen.

Das Geschäftsklima im **Einzelhandel** hat sich im November leicht abgekühlt. Während die Geschäftslage nahezu unverändert auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau geblieben ist, ist Skepsis bei den Erwartungen aufgekommen. Trotzdem gingen mehr Einzelhändler davon aus, höhere Verkaufspreise durchsetzen zu können. Zudem wollten sie weiterhin die Beschäftigung ausweiten. Im Kfz-Einzelhandel ist der Klimaindikator gesunken. Bei den zwischenzeitlich deutlich eingetrübten Geschäftserwartungen dürfte der aktuelle Abgasskandal eine Rolle gespielt haben. Die Umsätze lagen unter dem Vorjahresniveau. Die Orderpläne der Unternehmen wurden wesentlich restriktiver gestaltet. Die Preise sollen gesenkt werden. Im Neuwagengeschäft verschlechterte sich das Geschäftsklima erneut. Ausschlaggebend dafür waren ebenfalls deutlich pessimistischere Geschäftsaussichten. Demzufolge korrigierten die Firmen ihre Bestellpläne noch weiter nach unten und sahen keine

Abb. 9 Einzelhandel



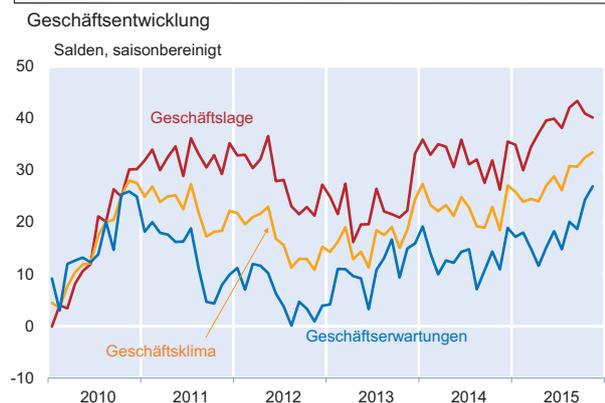
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Spielräume für Preiserhöhungen in den nächsten Monaten. Im Gebrauchtwagenhandel hat sich das Klima dagegen leicht erholt; trotz sinkender Absätze wurde die aktuelle Lage positiv beurteilt. Für die nahe Zukunft rechneten die Händler dennoch weiter mit einer weiteren Abschwächung des Geschäftsverlaufs. Im Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör wurde die Geschäftslage weniger günstig bewertet. Auch in den Erwartungen setzte sich wieder Pessimismus durch. Eine Verringerung der Mitarbeiterzahl war jedoch nicht mehr geplant. Im Nahrungs- und Genussmitteleinzelhandel ist der Geschäftsklimaindikator leicht gestiegen. Angesichts der guten Umsatzentwicklung verbesserte sich die ohnehin gute Geschäftslage. Die Erwartungen wurden allerdings etwas zurückgenommen. Die Testteilnehmer sind bereit, mehr Bestellungen zu tätigen. Darüber hinaus war eine Aufstockung des Personals vorgeesehen.

Noch nie waren die Testteilnehmer im Dienstleistungsbereich so optimistisch bezüglich ihrer Geschäftserwartungen wie aktuell. Zudem stellte sich die Geschäftslage weiterhin äußerst günstig dar. Der erst im Vormonat erzielte neue Re-

kord des Geschäftsklimaindikatoren wird somit übertroffen. Auch die Personalplanungen waren noch nie so deutlich auf Expansion ausgerichtet wie diesen November. Die Investitionstätigkeit ist im aktuellen Jahr höher ausgefallen, als es die Unternehmen noch im Mai annahmen. Im kommenden Jahr dürfte diese nochmals zunehmen, und zwar hauptsächlich im Bereich der Bauinvestitionen. Im Bereich der Reisebüros und Reiseveranstalter verbesserte sich die Lage erneut, jedoch erwarteten die Testteilnehmer seltener eine weiterhin positive Entwicklung in den kommenden Monaten. Im Gastgewerbe verbesserte sich, bei leicht weniger optimistisch beurteilten Aussichten, die momentane Situation deutlich. Per saldo wurde weiterhin ein Personalabbau erwartet. Im Beherbergungsgewerbe gab der Klimaindikator bereits zum vierten Mal in Folge nach. Der Saldo der Meldungen zu den Geschäftserwartungen erreichte den negativen Bereich, und auch in ihren Personalplanungen zeichnete sich erstmals ein Beschäftigtenabbau ab. In der Gastronomie stieg der Klimaindikator merklich an. Sowohl die Lage als auch die Perspektiven wurden günstiger eingeschätzt. Die Beschäftigungsplanungen drehten wieder in den positiven Bereich. Nachdem die Investitionen im aktuellen Jahr höher ausgefallen waren, als noch im Mai angenommen, wurde von einer zurückhaltenden Investitionsplanung im kommenden Jahr ausgegangen.

Abb. 10 Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Kostenlose Online-Informationendienste der CESifo-Gruppe München



Der **ifo Newsletter** berichtet jeweils am Monatsende in deutscher Sprache über neue Forschungsergebnisse, wichtige Publikationen, ausgewählte Veranstaltungen, Personalien, Termine und vieles mehr aus dem ifo Institut.

CESifo Forum

Der **CESifo Forum Newsletter** informiert vierteljährlich über das Erscheinen einer neuen Ausgabe der Zeitschrift CESifo Forum.

CESifo **DICE REPORT** Journal for Institutional Comparisons

Der **CESifo DICE Report Newsletter** informiert vierteljährlich über das Erscheinen einer neuen Ausgabe der Zeitschrift CESifo DICE Report.

CESifo **WORLD ECONOMIC SURVEY**

Der **CESifo World Economic Survey Newsletter** informiert vierteljährlich über das Erscheinen einer neuen Ausgabe der Zeitschrift CESifo World Economic Survey.



Der **CESifo Newsletter** berichtet unter anderem über alle CESifo-Veranstaltungen, liefert eine kurze Zusammenfassung der zuletzt erschienenen CESifo Working Papers, informiert über wichtige Neuigkeiten aus dem ifo Institut und über die Gäste der CESifo-Gruppe.

ifo Institut Niederlassung Dresden

Der **ifo Dresden Newsletter** ist ein Service der ifo Niederlassung Dresden, der regelmäßig über aktuelle Publikationen und Veranstaltungen der Niederlassung berichtet. Er wird alle zwei Monate jeweils zum Erscheinen der Zeitschrift "ifo Dresden berichtet" verschickt.

Auf unserer Homepage www.cesifo-group.de haben Sie die Möglichkeit, die hier aufgeführten Newsletter zu abonnieren.



Introduction

COMPETITIVENESS AND INNOVATION: THE QUEST FOR BEST

Dieter Reiter
Michael Schaefer
Hans-Werner Sinn
Valdis Dombrovskis
Manuel Valls

Panel 1

RESTORING COMPETITIVENESS: WHAT HAS GONE RIGHT, WHAT HAS GONE WRONG?

Daniel Gros

Panel 2

EU AND THE WORLD: OUT-INNOVATING THE COMPETITION

Günther H. Oettinger
Hermann Simon

Panel 3

ECONOMY AND CIVIL SOCIETY: HOW INNOVATION DRIVES CHANGE

Dietmar Harhoff

Trends

STATISTICS UPDATE

Documentation of the
MUNICH ECONOMIC SUMMIT 
21–22 May 2015

Jointly organised with BMW Foundation Herbert Quandt

CESifo DICE REPORT

Journal for Institutional Comparisons

VOLUME 13, No. 3

AUTUMN 2015

Forum

RENT-SEEKING

Sanjay Patnaik
Mark A. Zupan
Thomas Groll and
Maggie McKinley
Panu Poutvaara
Paul Dragos Aligica and
Vlad Tarko
Kjetil Bjorvatn and
Mohammad Reza Farzanegan
Thomas Moutos and
Lambros Pechlivanos
Charles B. Blankart and
David C. Ehmke

Research Report

THE POSITIVE RELATIONSHIP BETWEEN
INSTITUTIONS AND THE ECONOMIC
DEVELOPMENT – EVIDENCE FROM A PANEL
DATA SET OF OECD COUNTRIES

Jochen Wicher and
Theresia Theurl

Reform Models

INTEGRATING OLDER EMPLOYEES INTO THE
LABOUR MARKET – EVIDENCE FROM
A GERMAN LABOUR MARKET PROGRAMME

Bernhard Boockmann and
Tobias Brändle

Database

MEASURING MIGRANT INTEGRATION POLICIES
CENTRAL BANKS
R&D: EU'S PROGRESS
PENSION TAXATION IN THE EU

News

NEW AT DICE DATABASE,
CONFERENCES, BOOKS

ifo Institut

**im Internet:
<http://www.cesifo-group.de>**

